Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege
und Stadtentwicklung

DIE ALTE STADT

36. Jahrgang
Heft 1/2009
BAG - Verlag

Harald Bodenschatz / Hans Schultheiß (Hrsg.)

Zur Zukunft der alten Stadt

In memoriam August Gebeßler

Die alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler †,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiss (Chefredakteur) -
Dr. Nina Ehresmann (Besprechungen)

Prof. Dr. Harald Bodenschatz, TU Berlin, Institut für Soziologie - Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen, Geographisches Institut - Prof. Dr. Andreas Gestrich, Deutsches Historisches Institut, London - Prof. Theresia Gürtler Berger, Zürich - Prof. Dr. Tilman Harlander, Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen - Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut - Prof. Dr. Ursula von Petz, RWTH Aachen - Volker Roscher, Architektur Centrum Hamburg - Prof. Dr. Joachim Schultis, Heidelberg - Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt, Institut für Geschichte - Prof. Dr. Holger Sonnabend, Universität Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften
und Besprechungsexemplare werden an die Redaktionsadresse erbeten:
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.
Tel.: 0711 - 3512 - 3242, Fax: 0711 - 3512 - 2418.
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de
Internet: http://www.alte - stadt.de

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise:
jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:
Jahresabonnement EUR 85,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,- jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redaktion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt eingegangen sein.

Verlag:
Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.
Tel.: 07151/2766-45, Email: info@bag-verlag.de
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2009 BAG-Verlag, Remshalden

Printed in Germany. ISSN 0170 - 9364
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-045-6

Zur Zukunft der alten Stadt – in memoriam August Gebeßler

Herausgegeben von
Harald Bodenschatz und Hans Schultheiß

JÜRGEN ZIEGER, Vorwort 3

HARALD BODENSCHATZ / HANS SCHULTHEISS, Abschied von August Gebeßler 7

ABHANDLUNGEN

GERD ALBERS, Alte Stadt und neue Zeit 15

WOLFGANG PEHNT, Ein Ende der Wundpflege? Veränderter Umgang mit alter Bausubstanz 25

MARIANNE RODENSTEIN, Vergessen und Erinnern der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Frankfurter Altstadt. Ein Beitrag zur politischen Produktion eines Stadtbildes 45

HANS-RUDOLF MEIER, Paradigma oder die Büchse der Pandora? Die Frauenkirche – oder wie Dresden zum Zentrum der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle wurde 59

JOHANN JESSEN / JOCHEM SCHNEIDER, Wohnscheiben, Bürotürme, Schulzentren und andere Altbauten. Neue städtebauliche Schwerpunkte für Umnutzung und Umbau 77

GÜNTER W. ZWANZIG, Altstadtsanierung und Denkmalpflege in Weißenburg 1972-1984 88

SYLVIA GREIFFENHAGEN, Die Stadt in ihrer Bedeutung für Kinder. Spiel, Erlebnis und Sozialisation 106

HANSRUEDI MÜLLER, Altstädte als gewachsene Erlebniswelten 115

FORUM

URSULA VON PETZ, Historische Stadt- und Verkehrsplanung in Nürnberg 127

TILMAN HARLANDER, Neues Stadtwohnen – Luxusquartiere und Armutsinseln? 134

HELMUT BÖHME, Jenseits der Architektur. Die „Alte Stadt" im Wandel und die aktuelle Frage: Wo bleibt ihre Baukultur? 141

DIETER MARTIN, Zum Verständnis des rechtlichen Ensembleschutzes. „Ursachen und Gefahren für die Erhaltung" 148

ERIKA SPIEGEL, Stadtmachen.eu – wohin des Weges? Von der Konvergenz zur Divergenz von Standort, Funktion und Gestalt 155

TILMAN BREUER / RICHARD STROBEL, Schriftenverzeichnis August Gebeßler 163

AUTORINNEN / AUTOREN 164

Abbildung Umschlag:
Ambrogio Lorenzotti, Die Stadt (Ausschnitt)
Siena, Staatliche Pinkothek

Foto August Gebeßler, S. 5:
© *Horst Rudel*, Stuttgart

Vorwort
von Jürgen Zieger

Am 31. Juli 2008 verstarb Professor Dr. August Gebeßler im Alter von 79 Jahren – nur wenige Monate, nachdem er seine Tätigkeit als Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt e.V." niedergelegt hatte und auf unserer Internationalen Städtetagung in Klausen / Südtirol mit dem Titel des „Ehrengeschäftsführers" ausgezeichnet worden war. In Würdigung und Anerkennung für viele Jahre vorbildlich geleistete Arbeit für unsere Arbeitsgemeinschaft war darüber hinaus geplant, das nun vorliegende umfangreichere Sonderheft als Festgabe anlässlich August Gebeßlers 80. Geburtstag in Auftrag zu geben und den Jubilar damit zu überraschen. Nach dem unerwarteten Tod hat sich der Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt" jedoch fraglos entschieden, das Heft dennoch erscheinen zu lassen – „in memoriam August Gebeßler".

Professor Dr. August Gebeßler kam zu uns, nachdem er über drei Jahrzehnte lang in verantwortlicher, leitender Position in der Denkmalpflege tätig war, zuerst in Bayern, dann von 1977 bis 1994 als Präsident des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg. August Gebeßler war ein Glücksfall für die „Alte Stadt", da er der Disziplin der Denkmalpflege nicht nur im Südwesten, sondern bundesweit, ja auch über Deutschland hinaus, neue und wesentliche Impulse gegeben hat. Sein außergewöhnliches Vermögen, Denkmaltheorie mit Denkmalpraxis zu verschmelzen, sein vehementes Eintreten für das Denkmal als Geschichtszeugnis und seine Gabe, für die Belange der Denkmalpflege auch die Öffentlichkeit zu gewinnen, zeichneten ihn dabei besonders aus.

August Gebeßler sagte einmal: „Erhaltenswert ist alles, was Zeugnis einer in sich abgeschlossenen Architekturentwicklung ist und einen konkreten historischen Erfahrungswert darstellt. Die Denkmaleigenschaft ist daher nicht sachimmanent, sondern wird vom aktuellen Geschichtsverständnis bestimmt."

Dieses Zitat ist Kennzeichen einer hohen Flexibilität im Denken August Gebeßlers und verdeutlicht die Priorität, die er den gegebenen Umständen zuweist. Denn sie sind es, die das Handeln bestimmen sollen, und nicht umgekehrt die Sache, die das Handeln vorgibt. Damit umschrieben ist auch sein Wirken für die „Alte Stadt": Hier sah jemand neben aller notwendigen Theorie und Reflexion auch Praxis und Pragmatik als wichtige Schubkraft für Erhaltung wie für Stadtentwicklung an. Dies machte sich auch in August Gebeßlers Arbeitsstil bemerkbar, indem er die Schwerpunkte seiner Tagungsthemen niemals starr vorgab, sondern stets auch aus aktuellen städtischen Belangen und Notwendigkeiten schöpfte.

August Gebeßler war als Nachfolger von Professor Dr. Otto Borst am 7. März 1994 anlässlich der Internationalen Städtetagung in unserer Mitgliedstadt Braunau vom Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft einstimmig zum neuen Geschäftsführer gewählt worden und in dieser Funktion bis Dezember 2007 tätig gewesen. Dabei hat er die Arbeitsgemeinschaft nicht nur mit seinem Engagement als leidenschaftlicher Denkmalpfleger inhaltlich profiliert, er vermochte es auch, das Vakuum zu füllen, dass durch den Tod unseres Gründers Otto Borst im Jahr 2001 zu entstehen drohte. Schließlich, und dies ist in den Jahren seiner Amtszeit besonders hervorzuheben, hat er es geschafft, der Arbeitsgemeinschaft auch finanziell den Rücken zu stärken, indem er in Zeiten knapper Haushalte unermüdlich für sie das Wort ergriffen, Mitgliedstädte und Fördermitglieder überzeugt und gewonnen und darüberhinaus Fördergelder eingeworben hat.

Mit August Gebeßler verliert die „Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V" ihren hoch geschätzten Ehrengeschäftsführer, der uns mit seiner herausragenden Sachkenntnis, seiner beeindruckenden Kreativität als kompetenter Gesprächspartner und Ratgeber und nicht zuletzt als Mitherausgeber unserer Zeitschrift überaus fehlen wird.

Dr. Jürgen Zieger

Erster Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt e.V."
Esslingen am Neckar, März 2009

Harald Bodenschatz / Hans Schultheiß

Abschied von August Gebeßler

Im Mai 2008, auf der Internationalen Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt" in der historischen Stadt Klausen / Südtirol, waren wir noch davon überzeugt, dass Professor Dr. August Gebeßler auch in Zukunft – obschon als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft feierlich verabschiedet – uns im Rahmen der Redaktion der Zeitschrift „Die alte Stadt" mit seinem Sachverstand, Engagement und seiner Erfahrung weiterhin unterstützend und beratend zur Seite stehen wird. Aus der Verabschiedung ist leider ein Abschied geworden. Am Donnerstag, dem 31. Juli 2008, ist August Gebeßler überraschend im Alter von 79 Jahren gestorben.

August Gebeßler nahm im Juli 1994 seine Tätigkeit als Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft auf – als Nachfolger von Professor Dr. Otto Borst. August Gebeßler war also der zweite Geschäftsführer in der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft und hatte als solcher ein bekanntlich breites Spektrum von Aufgaben zu meistern. Eine davon verdeutlicht in besonderer Weise auch das Wirkungsfeld der Arbeitsgemeinschaft: die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Städtetagungen. Diese Tagungen der Arbeitsgemeinschaft sind durch eine zweifache Orientierung geprägt: durch die interdisziplinäre Ausrichtung zum einen und die Kombination von Analyse und Praxisbezug zum anderen.

Was die interdisziplinäre Ausrichtung betrifft, so umfasst unser Spektrum „Stadtgeschichte", „Stadtsoziologie", „Denkmalpflege" und „Stadtentwicklung". Dies ist inzwischen zu einem absoluten Alleinstellungsmerkmal der Arbeitsgemeinschaft geworden. Alle reden gerne von disziplinenübergreifender Zusammenarbeit – aber das sind in der Regel Sonntagsreden, der Alltag sieht weniger bunt aus, er bleibt meist in den starren, einfarbigen Wänden der einzelnen Disziplinen. Heute gibt es im deutschsprachigen Raum keine Zeitschrift mehr, die in disziplinärer Hinsicht so komplex angelegt ist wie die Zeitschrift „Die alte Stadt". Und es gibt kaum eine Vereinigung, die sich selbst immer wieder in ihren Tagungen mit einem so breiten Spektrum konfrontiert. Diese einmalige Orientierung der „alten Stadt" wurde von Otto Borst begründet, der die Arbeitsgemeinschaft – ausgehend von dem festen Grunde der von ihm in besonderer Weise vertretenen Stadtgeschichte – für andere Disziplinen geöffnet hat, oder besser gesagt: der deren Vertreter bewegt hat, an einem interdisziplinären programmatischen Projekt mitzuwirken. Es war das große Verdienst von August Gebeßler, diese Orientierung konsolidiert, ja sie noch erweitert zu haben. Denn in seiner Zeit wurde das zunächst ja nicht

explizit genannte Feld der Stadtentwicklung faktisch als viertes Arbeitsfeld in die interdisziplinären Arme der Arbeitsgemeinschaft genommen.

Wenn man die vier Disziplinen etwas genauer betrachtet, so zeigen sich vor allem in einem Merkmal große Unterschiede: hinsichtlich des Praxisbezugs, also in der Frage, ob eine Disziplin handlungsorientiert ist oder nur analyseorientiert. Stadtgeschichte und Stadtsoziologie sind qua ihrer Konventionen eigentlich einem Handlungsbezug eher abgeneigt, ja für manche Vertreter dieser Fächer ist ein solcher Bezug sogar anrüchig. Bei der „Denkmalpflege" ist der Handlungsbezug von vorneherein klar. August Gebeßler hat die Besonderheit gerade der Denkmalpflege auch immer betont: Mit Blick auf Stadtsoziologie und Stadtgeschichte schrieb er in seinem Grundsatzartikel „Zum Denkmalthema in der ‚Alten Stadt'", veröffentlicht in dem strategischen Heft „Die Erfindung der ‚Alten Stadt', publiziert als Heft 3/1999: „Der wesentliche Unterschied liegt jedoch in der Tatsache: Die Denkmalpflege ist im interdisziplinären Partner-Feld der Alten Stadt als einzige Fachvertretung auch behördlich institutionalisiert" (S. 194). Wenn man Stadtplanung als eine wichtige, vielleicht sogar wichtigste Facette des Bereichs Stadtentwicklung betrachtet, hat sie wiederum etwas gemein mit der Denkmalpflege: Sie ist nicht nur eine Disziplin, sondern auch eine öffentliche Einrichtung. Es ist nun gelungen – und das war eines der auf den ersten Blick weniger sichtbaren Verdienste von August Gebeßler – diese vier genannten Disziplinen zusammenzuführen und sie alle, auch die hinsichtlich des Handlungsbezugs tendenziell widerspenstigen, auf ein gemeinsames großes programmatisches Projekt zu verpflichten, die erhaltende Erneuerung der alten Stadt.

Denn dies ist letztlich das wichtigste Merkmal der Arbeitsgemeinschaft: Sie ist kein Berufsverband, sondern eine programmatische Vereinigung, ein Netzwerk von Menschen vor allem aus kleinen und mittelgroßen Städten, die aber nicht nur qua Beruf, sondern in erster Linie wegen eines gemeinsamen Zieles zueinander kommen: miteinander reden und gemeinsam handeln – zum Wohle einer Zukunft der alten Stadt. Ein solches programmatisches Netzwerk ist ein außerordentliches Gut, das sorgsam gepflegt werden muss, eine Aufgabe, die August Gebeßler sehr wichtig war. Das Netzwerk Alte Stadt hat sich auch immer wieder fachpolitisch geäußert. Erinnert sei nur an die Stellungnahme zum Thema Stadtumbau, die 2005 im Kontext der Städtetagung in Freiberg erarbeitet worden ist. Gerade in der heutigen Zeit reden viele über die Notwendigkeit inhaltlicher, nicht nur formaler Netzwerke. Und mit der Arbeitsgemeinschaft existiert ein solches erfolgreiches Netzwerk, mit einer großen Tradition, ein Netzwerk sogar von internationaler Bedeutung, wie es ja oft am Standort der Städtetagungen oder am Zuschnitt der Themen ablesbar ist.

August Gebeßler war von Haus aus Kunsthistoriker. Er hat nach dem Krieg in München Kunstwissenschaft, klassische Archäologie und Geschichte studiert. 1958 begann er seine Arbeit im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, und von 1977 bis 1994 war er Präsident des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg. Während seiner be-

ruflichen Praxis hat er sich voll und ganz den Belangen der Denkmalpflege gewidmet. Als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt" hat er aber keineswegs nur die Denkmalpflege im Auge gehabt, sondern er war offen für andere Sichtweisen und Disziplinen, für andere Aspekte, die wichtig sind für die Gegenwart und Zukunft der alten Stadt. Sein Anliegen war umfassend: die öffentliche Auseinandersetzung um Probleme, Gefahren, aber auch Chancen der alten Stadt, also die Sorge um die alte Stadt von heute und morgen. Diese außergewöhnliche Offenheit trug wesentlich dazu bei, das Netzwerk zu erhalten und zu stabilisieren.

In diesem Kontext ist allerdings noch etwas anderes zu bedenken: Das Klima für die alte Stadt ist rauer geworden. Die große Übereinkunft zur Bewahrung der alten Stadt, die sich nach der Ära der altstadtfeindlichen Kahlschlagsanierung nicht zuletzt im Umfeld und mit Hilfe des großartigen Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 gefestigt hatte, ist wieder, zunehmend seit den 1990er Jahren, brüchig geworden. In Gesellschaft und Politik werden durch den steigenden Druck auf die Städte im Kontext einer neoliberalen Globalisierung die Versuchungen größer, zugunsten von fragwürdigen Investitionen wichtige Bausteine des historischen Erbes preis zu geben. Die alte Stadt ist wieder stärker gefährdet – entweder ganz direkt durch den Abrissbagger, oder eher indirekt durch überbordende Kommerzialisierung, oder durch eine Konfrontation mit altstadtunverträglicher Show-Architektur. Auch die öffentliche Institution der Denkmalpflege war und ist in Bedrängnis. Und damit die Prinzipien, die die Denkmalpflege leiten. Hier hat August Gebeßler, wenn nötig, eindeutig Stellung bezogen – etwa bei der geplanten Auflösung des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg – ein Vorhaben, das er in seinem Beitrag „Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?" unmissverständlich kritisierte, ein Vorhaben, das „ohne Not" eine Institution in Frage stellte, die sich ohne Zweifel „in der Bundesrepublik fachlich und denkmalpolitisch eine Art Vorreiterrolle" erarbeitet hatte – ein Verdienst, das im Übrigen zu wesentlichen Teilen auch August Gebeßler selbst in seiner Eigenschaft als ehemaliger Präsident des Landesdenkmalamtes zuzuschreiben war. In einem solchen Klima war und ist es umso wichtiger, sich nicht nur disziplinär, also innerhalb der Denkmalpflege, aufzustellen, sondern in einem breiten interdisziplinären Diskurs die Chancen der alten Stadt für künftige Generationen zu klären. Dies hat August Gebeßler nicht nur erkannt, sondern auch mit aller Konsequenz praktiziert. In diesem Kontext war es von strategischer Bedeutung, dass August Gebeßler mit dem Bereich Stadtentwicklung ein viertes disziplinäres Standbein unserer Arbeitsgemeinschaft ausgebaut hat.

All diese Entwicklungen und die auf diese antwortenden strategischen Orientierungen werden besonders deutlich, wenn man sich an die von August Gebeßler strukturierten Städtetagungen erinnert. Hinter diesen Tagungen verbarg sich ja eine ganze Menge an Arbeit, die der Geschäftsführer investierte. Zuerst musste der Tagungsort gefunden werden. Und dann ein angemessenes Tagungsthema, angemessen hinsichtlich des Interessenspektrums unserer Arbeitsgemeinschaft, angemessen aber auch hinsicht-

lich der jeweils aktuellen Debatten- und Problemlage in unseren Städten. Wenn das Tagungsthema gefunden war, begann die Suche nach geeigneten Referentinnen und Referenten. Diese Suche war mit einer Unzahl an Gesprächen verbunden. Denn August Gebeßler pflegte einen ausgesprochen kooperativen Arbeitsstil, einen inklusiven Arbeitsstil, würde man heute vielleicht sagen, denn er bezog viele Kollegen und Kolleginnen in die Suche nach den Tagungsthemen wie nach den Referenten und Referentinnen ein. Das war nicht nur inklusiv, das hatte auch einen besonderen Stil. Wenn dann die Tagung stattfand, musste sie nicht nur eingeleitet, sondern eigentlich rund um die Uhr betreut werden. Dazu kam die Nachbetreuung der Tagung. Insgesamt eine aufwändige Konzeptions- und Management-Tätigkeit.

Die Städtetagungen waren nicht nur vom Inhalt her ein Ereignis, sie waren auch ein gesellschaftliches Ereignis, das damit umso mehr dem informellen fachlichen Austausch dienen konnte. Bereits 1994 in Torgau, anlässlich seiner ersten Tagung, hat August Gebeßler diesen Aspekt in einem Zeitungsinterview besonders betont: „Es sind nicht nur die offiziellen Termine, die bei den Veranstaltungen entscheidend sind. Vielmehr das Gespräch vor dem Saal oder beim Rundgang ist wichtig. Der Erfahrungsaustausch steht im Mittelpunkt solcher Tagungen." Im Rahmen der Städtetagung in Esslingen im Frühjahr 1997 unterstrich er nochmals in einem Zeitungsgespräch die kommunikative Bedeutung der Tagungen: „Die Teilnehmer erwarten keine unmittelbaren Lösungen für jedes Detailproblem vor Ort. Es kann nicht darum gehen, andere zu kopieren. Indem man sich jedoch mit gelungenen und vielleicht auch mal weniger gelungenen Beispielen von anderswo beschäftigt, kann man sich interessante Ideen für die eigene Problemlösung vor Ort holen."

Die Städtetagungen pflegten und festigten das interdisziplinäre Feld der alten Stadt. Was die Stadtgeschichte betrifft, so kann an die Internationale Städtetagung im Frühjahr 2000 in Trier erinnert werden, bei der historische Themen im Vordergrund standen. Das Thema dieser Tagung war: Stadtjubiläen – als Teil der Festivalisierung der Stadtpolitik. Das bis heute auch praktisch höchst aktuelle Thema der Erinnerungskultur wurde damals mit Bezug auf die alte Stadt breit erörtert.

Was die Stadtsoziologie betrifft, so sei an die regionale Städtetagung in Backnang im Herbst 2006 erinnert. Ihr Thema war: Kinderleben in der alten Stadt. Wie bei kaum einem anderen Thema hat sich hier gezeigt: Die alte Stadt ist auch ein soziales Thema, ein Thema nicht nur für Fachleute und Stadttouristen, sondern auch für Familien und Kinder. Im Vorbereitungspapier August Gebeßlers zu dieser Tagung heißt es: „Zum Verhalten und zu den Bedürfnissen der nachwachsenden Generation braucht es deren Beteiligung an stadtpolitisch-planerischen Strategien (Stichwort: Kinderparlament) und nicht zuletzt quartiersbezogene Befragungen zu den von Kindern selbst entdeckten Spielräumen, wie sie vor allem auch in älteren Stadtbereichen (und dies nicht nur in Brachen) verfügbar sind. Letzendlich kommt es darauf an, wie weit es der jeweiligen Stadtpolitik gelingt, diese Fragen – auch in Veranstaltungen und zusammen mit sozial

schwächeren Bevölkerungs- bzw. Migrantengruppen – als unverzichtbaren Teil des gesellschaftlichen Stadtlebens bewusst zu machen und zu verankern."

Was die Stadtplanung betrifft, können wir beispielsweise an die Städtetagung in Weißenburg in Bayern erinnern, die im Herbst 2005 stattfand, 31 Jahre nach der legendären Tagung des Jahres 1974. Das dortige Thema war: „30 Jahre ‚Zukunft für unsere Vergangenheit' – der Beitrag privater Planungsbüros". Damit war ein strategisch entscheidendes Themenfeld angesprochen: Welche Erfahrungen gibt es bei Stadtplanern bei der Arbeit in alten Städten, und wie können diese Erfahrungen in einer sich verändernden Welt erneuert werden?

Was die Denkmalpflege anbelangt, kann auf die im Jahr 2001 abgehaltene Internationale Städtetagung in Landsberg am Lech Bezug genommen werden. Landsberg am Lech war übrigens erst die zweite bayerische Stadt in der Tagungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft, nach Weißenburg 1974. Das Thema der Tagung in Landsberg hieß zwar: „Stadtgeschichte und Stadtplanung". Zur Diskussion standen aber – angesichts des Großinventars der Stadt Landsberg am Lech – Fragen, die die Erhebungen des historischen Bau- und Stadtbaubestands und deren Bedeutung für die Stadtplanung betrafen.

Wenn hier auf die disziplinären Schwerpunkte der Tagungen verwiesen wurde, so bedeutete dies keineswegs, dass die angesprochenen Tagungen nur von Vertretern einer Disziplin für Liebhaber dieser Disziplin bestritten wurden. Die Tagungen hatten zwar einen Schwerpunkt, waren aber dennoch immer disziplinenübergreifend angelegt und von Interesse. Besonders deutlich kam das bei der Internationalen Städtetagung im Frühjahr 1999 in Minden/Westfalen zum Ausdruck. Diese Tagung setzte sich mit einem immer wichtigeren Thema auseinander: „Was alles zählt heute mit zur Altstadt? Vom Umgang mit ‚Störungen'". In seinem Vorbereitungstext zur Tagung schrieb August Gebeßler: „Hinzu kommen in der Kernstadt jene Veränderungen – sei es der Wasserturm aus dem Anfang unseres Jahrhunderts, oder die frühen Kaufhäuser, seien es die immer wieder durch Abbruch entstandenen Freiräume oder ‚Lücken' oder die Hinterlassenschaft aus der Altstadterneuerung in der NS-Zeit oder inzwischen auch die Neubauten der 1950er Jahre – die ihrerseits vielfach noch als Störung angesehen werden, die andererseits inzwischen aber mit zu den geschichtlichen Jahresringen der Stadt gehören – bis hin schließlich zu den überlieferten Zeugnissen aus der DDR-Zeit. Nicht zuletzt ist in Verbindung mit all diesen Vorgängen auch das heutige Altstadtverständnis – zumindest in seinen Grundzügen – entstanden."

Das Thema „Störungen" ist ein disziplinenübergreifendes Thema par excellence. August Gebeßlers Position war hier ein Plädoyer für möglichst große Toleranz. Das zeigte sich etwa in seiner Aussage zum Palast der Republik in Berlin: „Auch eine architektonische Scheußlichkeit wie beispielsweise der Berliner ‚Palast der Republik' besitzt einen hohen historischen Zeugniswert und deshalb wird zu Recht seine Schutzwürdigkeit erwogen – trotz aller verständlichen Abneigung." Auf der anderen Seite ist klar, dass Störungen nur in einem begrenzten Umfang durch eine Gesellschaft ertragen werden

können. Daher ist es immer wieder notwendig, über den maximal möglichen Grad einer solchen Toleranz gesellschaftlich zu streiten.

Die Arbeitsgemeinschaft hat einen viel größeren Anspruch als nur Interdisziplinarität auf feinstem Niveau zu pflegen. Sie hat den strategischen Anspruch, alle disziplinären Beiträge in ein Programm der Stärkung der Zukunftsfähigkeit der alten Stadt zu bündeln. Dafür ist es notwendig, sich mit Stadtgeschichte, mit Stadtsoziologie, mit Denkmalpflege und mit Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Das erfordert, anders gesagt, ganz genau hinzusehen, was gestern passiert ist, sich heute ereignet und morgen passieren wird, wer die Akteure sind, welche Ziele sie haben und wie diese Ziele begründet sind. Welche Rolle wird die alte Stadt in einer postindustriellen Gesellschaft, in einer postindustriellen Stadtregion spielen?

Esslingen war immer wieder ein Ort, auf dem grundsätzliche strategische Zielsetzungen verhandelt wurden – so auch auf der Internationalen Städtetagung im Frühjahr 2006 unter dem Motto „Altstadt – wohin?" „Übergreifendes Anliegen der Tagung", so die Worte von August Gebeßler, war es, „Möglichkeiten aufzuzeigen, um in den geschichtlich geprägten Altstadtbereichen durch behutsame Weiterentwicklung die heutigen Bedürfnisse für ein zeitgemäßes Stadtleben einzulösen." Mit solchen Worten hat August Gebeßler auch die Grundorientierung der Arbeitsgemeinschaft angesprochen. Der Ertrag dieser Tagung wurde mit folgenden Worten zusammengefasst: „Es gibt neue Chancen für die Städte – aber die Renaissance der Stadt ist kein Selbstläufer."

Unter der Regie von August Gebeßler wurden 27 Tagungen veranstaltet. Die erste davon war die regionale Städtetagung in Torgau, die das Verhältnis von „Stadt und Kirche" thematisierte. Die letzte war die regionale Städtetagung in Ludwigslust im Herbst 2007 zum Thema „Altstadt im Licht". Zwei Themen, die auf den ersten Blick eher randständig erscheinen, die aber höchst komplex entfaltet wurden. Von den 27 Tagungen fanden eine in Österreich, eine in der Schweiz, eine in Südtirol und immerhin neun, also ein Drittel, in den neuen Bundesländern statt. Nach dem Fall der Mauer hatte die Arbeitsgemeinschaft mit erstaunlicher Schnelle und Klarheit die Notwendigkeit, aber auch die Chancen erkannt, die in einer räumlichen Erweiterung in Richtung Ost-Deutschland liegen. Durch August Gebeßler wurde diese Ausdehnung gepflegt, konsolidiert und ausgebaut.

~

Das vorliegende Heft erinnert nicht nur an August Gebeßler, sondern ist auch seinem Anliegen verpflichtet, die Zukunft der alten Stadt zu sichern, ohne deren Vergangenheit zu verspielen.

In die Diskussionen um die seit dem Zweiten Weltkrieg durch zunehmende Kahlschlagsanierungen bedrohte alte Stadt hatte sich August Gebeßler auch im Denkmalschutzjahr 1975 eingeschaltet, als es galt, einen neuen, positiven Blick auf die alten Städte zu vermitteln. Vorsitzender des damaligen Arbeitskreises „Historische Stadtkerne

der Deutschen UNESCO-Kommission" war **Gerd Albers**, der im einleitenden Artikel dieses Heftes „Alte Stadt und neue Zeit" nicht nur diese für die Altstadterhaltung bedeutsame Gelenkstelle 1975 bewertet, sondern auch Erklärungsmuster liefert, inwieweit sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts aktuelle Bedürfnisse der Stadtentwicklung und Erfordernisse des Altstadterhalts immer wieder diametral gegenüberstanden oder auch vereinbaren ließen.

Unter den Mitgliedern des Arbeitskreises Historische Stadtkerne waren neben August Gebeßler als Denkmalpfleger auch Erika Spiegel als Stadtsoziologin und Günter W. Zwanzig als Kommunalpolitiker, die beide auch in diesem Heft vertreten sind. **Günter W. Zwanzig** erinnert als ehemaliger Oberbürgermeister stellvertretend für Weißenburg an die damals breit einsetzende Altstadtsanierungsphase und gleichzeitig an die 1. Internationale Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt e.V.", die mit den viel beachteten „Weißenburger Thesen" an die Öffentlichkeit ging. Einen Blick in die Zukunft hingegen wirft **Erika Spiegel** anhand der Neuerscheinung des Buches „stadtmachen.eu", wenn sie sich der Frage zuwendet, ob und inwiefern neue großvolumige Architektur – oft entkoppelt von Standort, Funktion und Gestalt – einen neuen Typus Stadt produziert, der sich radikal von seinen Vorgängern unterscheidet.

Das Erscheinungsbild unserer alten Städte wird auch in Zukunft ganz wesentlich von der Frage des Umgangs mit alter Bausubstanz abhängen. Mit seinem Artikel „Ein Ende der Wundpflege?" legt **Wolfgang Pehnt** eine Katalogisierung der formalen Strategien der vergangenen Jahrzehnte vor und thematisiert die von ihm aktuell ausgemachte Wende zu einem „holistic turn" – verbunden mit der Frage: Wie kritisch und reflektiert muss mit durch historische Ereignisse besonders aufgeladener Geschichtssubstanz umgegangen werden, und welche legitimen Spielräume gibt es?

Von Vergessen, Erinnern und der Frage des Wiederaufbaus handeln auch die beiden folgenden Artikel. Anlässlich der Debatte, im früheren Altstadtbereich von Frankfurt am Main alte Straßenverläufe und einige im Zweiten Weltkrieg zerstörte Altstadthäuser nach alten Plänen wieder aufzubauen, wirft **Marianne Rodenstein** ein Schlaglicht auf die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen einem „populären", an Erinnerung orientierten Geschmack der Bürger und der so genannten „professionellen" Haltung der jeweiligen zeitgenössischen Architekten und Planer, zwischen denen sich die Stadtverwaltung zu entscheiden hatte. Und mit dem bedeutenden und auch abgeschlossenen Fall der Dresdner Frauenkirche thematisiert **Hans-Rudolf Meier** das begleitende Bemühen, dieses rekonstruierende Vorgehen denkmalpflege-theoretisch zu rechtfertigen.

Die Frage nach neuen Umbau- und Umnutzungsformen spielt eine immer größere Rolle. Dass es dabei nicht nur um „alte" bedeutsame Bausubstanz gehen kann, stellen **Johann Jessen** und **Jochem Schneider** in ihrem Beitrag „Wohnscheiben, Bürotürme, Schulzentren und andere Altbauten" heraus. Kraftwerke, Tunneleinfahrten, Straßenbrücken, Lärmschutzwände oder Parkhäuser prägen schon längst die Stadtbilder

und stellen hinsichtlich der Frage ihrer städtebaulichen Aufwertung eine besondere Herausforderung für Städtebauer und Architekten dar.

Den Bereich der „Abhandlungen" beschließen **Sylvia Greiffenhagen** und **Hansruedi Müller** mit ihren Beiträgen „Die Stadt in ihrer Bedeutung für Kinder" sowie „Altstädte als gewachsene Erlebniswelten". Stellt man diese Aufsätze einander gegenüber, könnte man auch von einer Verschiebung des Erlebniswertes Altstadt sprechen. Der einstige „Abenteuerspielplatz Stadt" für Kinder – lebendig geworden u.a. in Erich Kästners „Emil und die Detektive" – hat sich zu einem „Event- und Erlebnisraum" für Erwachsene gewandelt. Gleichwohl können einfühlsame „Inszenierungen" – insbesondere des historischen Bestandes – zu positiven Wahrnehmungen unserer Altstädte beitragen, denn es ist in erster Linie immer noch der historische Kern, in den es die Stadttouristen zieht und dessen Authentizität sie suchen.

Mit kürzeren Artikeln und zum Teil essayartigen Statements schließt dieses August Gebeßler gewidmete Heft. **Ursula von Petz** stellt die historische Stadt- und Verkehrsplanung in Nürnberg vor. **Tilman Harlander** erörtert die vor dem Hintergrund steigender Einkommensungleichheiten in Deutschland sich aktuell offenbar verschärfende Tendenz einer Segmentierung des Stadtwohnens in „Luxusquartiere" und „Armutsinseln". **Helmut Böhme** plädiert leidenschaftlich für eine der alten Stadt auch in Zukunft gerecht werdende Baukultur, thematisiert dabei auch Brüche und Neuansätze in der Geschichte, um zu erörtern, wie sich diese gewinnbringend auch in die aktuellen Baukultur-Forderungen mischen könnten. Dass Denkmalschutz – und Ensembleschutz im Besonderen – neben aller rechtlich notwendigen Fassung ganz im Sinne August Gebeßlers immer auch auf inhaltliches Verständnis angewiesen sein werden, verdeutlicht **Dieter Martin**.

Großer Dank gilt **Tilman Breuer** und **Richard Strobel**, langjährige Weggefährten von August Gebeßler am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege bzw. am Landesdenkmalamt Baden-Württemberg für die Zusammenstellung des schriftlichen Lebenswerks von August Gebeßler.

~

In seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft und Mitherausgeber der Zeitschrift „Die alte Stadt" hat sich August Gebeßler nicht nur für die Arbeitsgemeinschaft, sondern mit ihr für unsere alten deutschen, ja mitteleuropäischen Städte mit aller Kraft eingesetzt. Es war ihm unübersehbar ein Anliegen, die alte Stadt zukunftsfähig zu machen, zusammen mit ihren Bewohnern und Nutzern, und zwar so, dass diese Städte nicht nur ihr historisches Erbe bewahren, sondern dass sie es auch in Würde bewahren, so, dass nachfolgende Generationen mit uns zufrieden sein können. August Gebeßler hat sich um die alte Stadt verdient gemacht, nicht nur um die Arbeitsgemeinschaft, sondern vor allem auch um die real existierende, manchmal geschundene, gefährdete alte Stadt. Wir werden August Gebeßler sehr vermissen.

Gerd Albers

Alte Stadt und neue Zeit

Die Formulierung des Themas spielt auf einen Vortrag von Theodor Fischer aus dem Jahre 1928 an, betitelt „Altstadt und neue Zeit". In ihm legte Fischer seine Auffassung vom Umgang mit Altstädten angesichts der aktuellen Ansprüche an die Stadtentwicklung dar: Zwar müsse die Altstadt als Denkmal geschützt werden, doch dürfe dies nicht durch Einbalsamierung geschehen; deshalb halte er die Aufgabe „im Grund eigentlich für unlösbar". Damit bestätigte er die Auffassung eines (von ihm nicht namentlich genannten) Denkmalpflegers, „dass die beste und würdigste Erhaltung eines Kunstdenkmales die ist, die dem Denkmal am längsten den lebendigen Gebrauch sichert", und fährt fort: „Das ist in der Altstadt nur möglich, indem diese sich stetig verändert. Wie sie sich verändert, hängt tatsächlich vom Takt, vom Geschmack derer ab, die die Veränderung hervorbringen."[1]

In dieser Aussage spiegelt sich eine Problematik, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer deutlicher geworden war: die Auseinandersetzung der expandierenden Industriegesellschaft mit der überkommenen, der „alten" Stadt. Zwar lag das Hauptgewicht der Planungsaufgaben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst bei der Stadterweiterung, doch musste vielfach auch in das bestehende Stadtgefüge eingegriffen werden, etwa durch Verbreiterung von Straßen und Neufestsetzung der sie begrenzenden Baufluchtlinien. Neben solchen obrigkeitlich gesteuerten Veränderungen war die treibende Kraft indessen vor allem die Dynamik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, der es Raum zu schaffen galt. Die Erkenntnis, dass damit vielfach der Verlust überkommener Qualitäten verbunden war, trug zur Stärkung der Bemühungen um Erhaltung alten Bestandes und damit zur Förderung der Denkmalpflege bei.

Blicken wir auf die Rolle, welche die „alte Stadt" – im Sinne historischer Baugebiete, insbesondere alter Stadtkerne – in der Stadtplanung gespielt hat, so zeigen sich im Zeitablauf deutliche Unterschiede. In der deutschsprachigen Städtebauliteratur werden die damit verknüpften Fragen erstmalig von Camillo Sitte in seinem Buch „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen" erörtert, in dem er die stadträumlichen Qualitäten der Altstädte dem Schematismus moderner Stadtanlagen gegenüberstellt.[2]

1 *Th. Fischer*, Gegenwartsfragen künstlerischer Kultur, Augsburg 1928, S. 20.
2 **Vgl.** *C. Sitte*, Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889.

Pragmatischer äußert sich Joseph Stübben in seinem „Handbuch des Städtebaues“ von 1890; dort heißt es: „Verkehr, Zuzug, Wohlstand vermehren sich und fordern bald gebieterisch, dass zu der Stadterweiterung nach außen sich die Erweiterung nach innen geselle; d.h. die Verbreiterung enger Straßen, der Durchbruch neuer Verkehrslinien, die Niederlegung alter Baulichkeiten, ja der Abbruch und die Umgestaltung ganzer verkehrswidriger und gesundheitswidriger Stadtteile.“[3]

Abb. 1: Hamburg, Gängeviertel um 1900
(Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz).

Maßnahmen dieser Art waren um die Jahrhundertwende vielerorts im Gange; zu den spektakulärsten gehörte die Niederlegung der Hamburger „Gängeviertel“, ausgelöst durch eine Choleraepidemie; auf 13,6 Hektar Fläche wurden drei Viertel aller Gebäude abgebrochen, die restlichen durch Umbauten verbessert.[4] Aber bald erhoben sich kritische Stimmen; so schrieb Hans Christian Nußbaum in seiner „Hygiene des Städtebaues“, es sei „größte Vorsicht geboten, ehe man an das Niederlegen gesundheitswidriger Wohngebiete herantritt, weil sonst aus dem Fortschaffen eines Übels größere Mißstände zu entstehen vermögen.“[5] Und Cornelius Gurlitt stellte die Frage, „ob es nicht besser ist, die alten Stadtteile stehen zu lassen und sie von innen heraus zu gesunden, statt sie zu zerstören“.[6] Auch aus anderen Veröffentlichungen geht hervor, dass unter den bedeutenden Stadtplanern dieser Zeit Gurlitt wohl am deutlichsten die Qualitäten der alten Stadt und das Ziel ihrer Bewahrung im Blickfeld hatte.

1920 legte – auf Anregung Gurlitts – Otto Schilling eine Arbeit vor, die erstmalig Sanierung und Stadtumbau umfassend erörterte und diese Themen, Stübbens zitierte Formulierung aufnehmend, unter dem Titel „Innere Stadterweiterung“ zusammenfasste. Die

3 *J. Stübben*, Der Städtebau, Darmstadt 1890, S. 240.
4 **Vgl.** *C. Wischermann*, Wohnen in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg, Münster 1983, S. 110.
5 *H.Chr.* Nußbaum, Hygiene des Städtebaues, Leipzig 1907, S. 101.
6 *C. Gurlitt*, Handbuch des Städtebaues, Berlin 1920, S. 246.

Abb. 2: Paris, Place Saint-André-des-Arts, kurz vor dem Abriss am 10. Juli 1898 (Quelle: *H.Chr. Adam* (Hrsg.), Paris. Eugène Atget 1857 - 1927, S. 57).

Ergebnisse stützten sich auf eine Reihe von Fallstudien; besonders ausführlich wurden Hamburg, Berlin, Straßburg und Paris behandelt.[7]

Zuvor schon hatten erste Fachkongresse zur Denkmalpflege stattgefunden; so wurde 1903 in Erfurt der Wandel in den Altstädten erörtert und gefordert, „neue Fluchtlinien […] nach Möglichkeit so festzusetzen, dass nicht bloß bemerkenswerte Bauten geschützt werden, sondern auch die Eigenart alter Straßenzüge erhalten bleibt. Auf die Durchführung gerader Flucht- und Höhenlinien ist, wenn Schädigungen zu befürchten sind, zu verzichten."[8]

Nach dem Ersten Weltkrieg konzentrierte sich das Fachinteresse auf das „Neue Bauen"; demgegenüber trat die Auseinandersetzung mit dem Altbestand zunächst zurück. Allerdings lässt sich unter den Leitfiguren der Moderne eine beträchtliche Spannweite zwischen einer revolutionären und einer evolutionären Richtung erkennen;

7 **Vgl.** *O. Schilling*, Innere Stadterweiterung, Berlin 1921.
8 *J. Stübben* (s. A 2), S. 706.

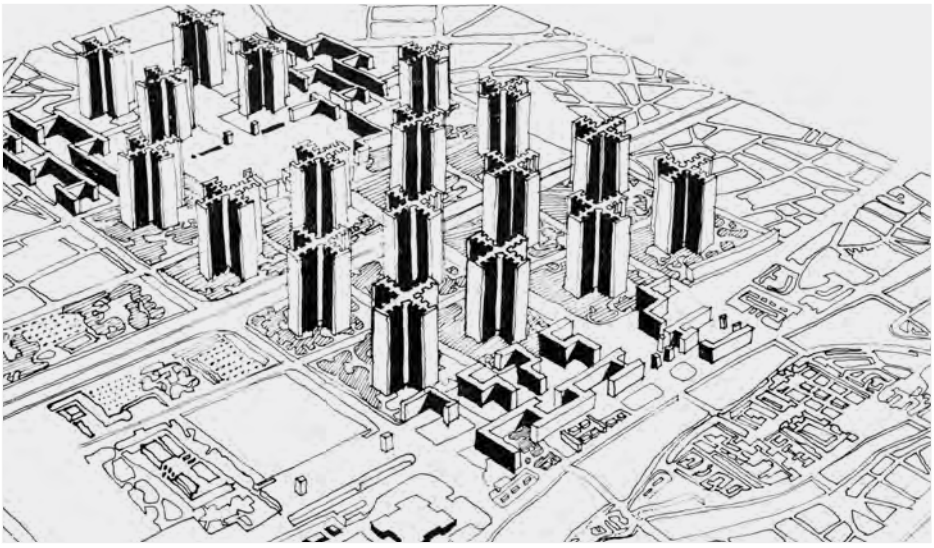

Abb. 3: Radikaler Bruch mit der alten Stadt: Plan Voisin für Paris von Le Corbusier, 1925 (Quelle: *P. Johnson-Marshall*, Rebuilding Cities, Chicago 1966, S. 138).

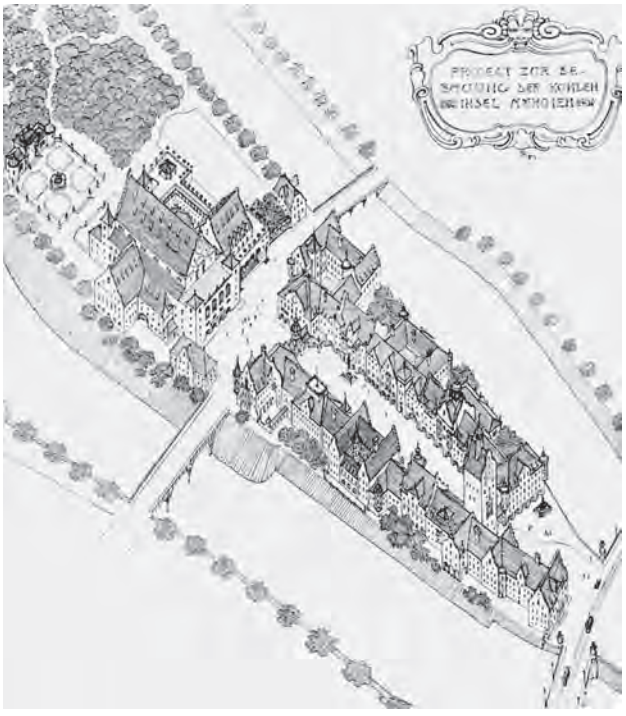

Abb. 4: Die alte Stadt als malerisches Vorbild: Projekt von Theodor Fischer für die Bebauung der Münchner Kohleninsel, 1899-1902 (Quelle: *W. Nerdinger*, Theodor Fischer. Architekt und Städtebauer 1862-1938, Berlin 1988, S. 190).

„progressistes“ und „culturalistes“ nennt sie die Stadtforscherin Françoise Choay.[9] Le Corbusier und Ernst May einerseits, Theodor Fischer und Fritz Schumacher andererseits können wohl als jeweils kennzeichnende Vertreter gelten.
Schumacher hob in seinem Gutachten für Bremen (1931) eine wichtige Erkenntnis hervor: „Wirklich schützen kann man das Alte nicht, wenn man ihm zumutet, in einer Zeit mit anderem Maßstab die gleichen Funktionen auszuüben wie in einer Zeit mit weit bescheidenerem Maßstab, in der es entstand. Wirklich schützen kann man es nur, wenn man es versteht, die Lebensfunktionen, die das Alte nicht mehr zu leisten vermag, auf neue Glieder des Organismus zu übertragen, die dafür geeignet sind. [...] Alles das bedeutet eine neue Auffassung von Denkmalpflege. […] Umleitung der Lebensströme ist das einzig wirkliche Heilmittel.“[10]
Zugleich rückten in den 1930er Jahren Fragen der Sanierung wieder in den Vordergrund; auch in den Fachzeitschriften gewannen sie immer mehr Gewicht. Kennzeichnend dafür ist die Tatsache, dass in Wasmuths Lexikon der Baukunst von 1929 dieses Thema in wenigen Zeilen abgehandelt wird, während es im Nachtragsband von 1937 mehrere Spalten füllt; dabei kommt neben Abbruch und Neubau auch die Erhaltung des Altbestandes ins Blickfeld. Allerdings spielten im „Dritten Reich“ dabei auch politische Ziele wie die Verdrängung missliebiger Bewohnergruppen mit, welche die positiven Seiten dieser Entwicklung überschatten.

Abb. 5: Bilder aus dem 1937 publizierten Nachtragsband von Wasmuths Lexikon der Baukunst; gezeigt wird ein Beispiel der seit 1936 durchgeführten “Altstadtsanierung bei peinlichster Wahrung der kostbaren mittelalterlichen Straßenwände durch Auflockerung und Auflichtung der Baublöcke” (S. 108 f.)

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es zunächst vor allem um das „Dach über dem Kopf“, aber schon in den ersten Planungskonzeptionen für den Neuaufbau spielte der Umgang mit historischer Substanz und Struktur eine wichtige Rolle. Dabei zeigte sich eine erhebliche Spannweite zwischen dem Streben nach weitgehendem „Wiederaufbau“

9 *F. Choay*, L’urbanisme: utopies et réalitées, Paris 1965.
10 *F. Schumacher* u.a., Stadt- und Landesplanung Bremen 1926-1930, Bremen 1931, S. 229 f.

und solchen Planungskonzepten, die auf eine radikale Umgestaltung des bestehenden Stadtgefüges zielten – entsprechend Churchills Kommentar zu den Zerstörungen in britischen Städten: „A great disaster, but a great opportunity"; allerdings blieben diese meist auf dem Papier. Schon die Knappheit an Wohnraum bewirkte – neben rechtlichen Problemen –, dass in aller Regel der Altbestand, soweit er nicht offenkundig sanierungsbedürftig war, als erhaltenswert in die Neuplanungen einbezogen wurde.
Der Umgang mit der alten Stadt wurde auch in einer Erklärung namhafter Architekten, Künstler und Wissenschaftler von 1947 angesprochen; hierzu wurde gefordert:

l. Die großen Städte müssen beim Aufbau zu einem gegliederten Verband in sich lebensfähiger, überschaubarer Ortsteile werden;
2 die alte Stadtmitte muss neues Leben gewinnen als kulturelles und politisches Herz stück;
3. In unseren Landstädten mit ihren alten Bauten und Straßen – letzten sichtbaren Kündern deutscher Geschichte – muss eine lebendige Einheit aus dem alten Gefüge und modernen Wohnquartieren und Industriebauten gefunden werden.[11]

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Münchner Stadtbaurat Karl Meitinger 1946: „Der Wiederaufbau muss unter allen Umständen von uns, von der lebenden Generation in Angriff genommen werden, in der noch die Erinnerung an das alte München lebendig ist, sonst wird das Besondere der Stadt für alle Zeiten dahin sein. Wir müssen versuchen, möglichst viel von dem Geist und dem Gefüge der alten Stadt in die neue Zeit hinüberzuretten."[12] Und Rudolf Schwarz stellte 1949 zum Neuaufbau von Köln fest: „Nun muss in doppelter Ehrfurcht gegen die ge-

Abb. 6: Plan zum Wiederaufbau der stark zerstörten Münchner Altstadt, aufbauend auf den Vorschlägen von Karl Meitinger, 1946. Die schwarzen Flächen zeigen die zugelassene Bebauung, die grauen Flächen zeigen „die zu entfernenden Gebäude". Die auf altem Stadtgrundriss wieder aufzubauende Altstadt soll durch einen neuen „Stadtring (Park- und Verkehrsring)" eingefasst werden (Quelle: Das neue München, Vorschläge zum Wiederaufbau, München 1946, S. 20-21).

11 Baukunst und Werkform l (1947), S. 29.
12 *K. Meitinger*, Das neue München. Vorschläge zum Wiederaufbau, München 1946.

bliebenen Reste und gegen das Leben, das ins Zukünftige drängt, der Neubau erwogen und begonnen werden."[13]

Solche „gebliebenen Reste" standen meist vereinzelt im Stadtgefüge; in Hannover entschloss man sich, sie in einem Teilbereich zusammenzuführen, um mit den historischen – wenn auch zum Teil „translozierten" – Bauten einen Eindruck des alten Stadtbildes zu vermitteln.

In vielen Städten gab es Auseinandersetzungen zwischen den Planern des Aufbaues und Vereinigungen, die sich nicht nur der Pflege des Alten widmeten, sondern für die Gestaltung der Neubauten auch traditionelle Formen befürworteten; der Autor hat in den 1950er Jahren das Wirken des Vereins „Alt-Ulm" und des Vereins „Trierisch" aus nächster Nähe erlebt. Ein vielbeachtetes, wenn auch nicht unumstrittenes Beispiel einer Synthese bietet der Prinzipalmarkt in Münster, dessen Wiederaufbau die Maßstäblichkeit der alten Bauten aufnahm, während die Einzelformen freier behandelt wurden.

Abb. 7: Wiederaufgebauter Prinzipalmarkt in Münster, um 1950 (Quelle: *W. Durth/N. Gutschow*, Träume in Trümmern, Bd. 2, Braunschweig 1988, S. 964).

In den 1960er Jahren vollzog sich ein eigentümlicher Wandel in der Sicht auf Vergangenheit und Zukunft. Der Wiederaufbau wurde eher kritisch beurteilt; man habe zu viel Rücksicht auf Altes genommen, gemessen an den Ansprüchen der Zukunft, die radikale Neukonzeptionen zu erfordern schienen. Damit geriet die alte Stadt fast völlig aus dem Blickfeld der Planungsdiskussionen; vielmehr tauchten in ihnen allerlei Zukunftsvisionen auf - bis hin zu utopischen Projekten, die inzwischen zu Recht weitgehend vergessen sind.

Ein positives Ergebnis dieses Umdenkens war indessen das neue Konzept einer „Stadtentwicklungsplanung", die bauliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte gemeinsam ins Blickfeld nehmen und zu einer koordinierten Lösung führen sollte. Man meinte „die Zukunft .im Griff" zu haben – so der Titel einer Publikation aus dieser Zeit. Allerdings

13 *R. Schwarz*, Das zukünftige Köln, in: Bauen und Wohnen 4 (1949), S. 173-178.

hielt diese „Machbarkeitseuphorie“ nicht lange vor; vermutlich hat sie gerade die Gegenbewegung befördert, die sich in den 1970er Jahren artikulierte und im „Denkmalschutzjahr“ 1975 unter dem Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ wirksamen Ausdruck fand. In ihr spiegelte sich auch eine Reihe von Bestrebungen auf internationaler Ebene wider, die sich schon in den 1960er Jahren auf den pfleglichen Umgang mit der historischen Stadt gerichtet hatten; hier sind vor allem die UNESCO und der „International Council of Monuments and Sites“ (ICOMOS) zu nennen. In einer Reihe von Konferenzen wurden Entschließungen zu Fragen der Erhaltung und Pflege der geschichtlichen Zeugnisse gefasst und veröffentlicht; sie leisteten wichtige Beiträge zur Stärkung der auf Erhaltung gerichteten Tendenzen.

Abb. 8: Ein neuer, positiver Blick auf die alte Stadt: Broschüre der Deutschen UNESCO-Kommission zum Denkmalschutzjahr 1975. Vorsitzender des Arbeitskreises Historische Stadtkerne der Deutschen UNESCO-Kommission war damals Gerd Albers, zu den Mitgliedern der Arbeitsgruppen gehörten u.a. auch August Gebeßler, Erika Spiegel, Günter W. Zwanzig (Quelle: *Deutsche UNESCO-Kommission* (Hrsg.), Historische Städte – Städte für morgen, Köln 1974).

Als Beispiel für einen großzügigen Ansatz zur Pflege der alten Stadt fand die französische Regelung der „secteurs sauvegardés“ internationale Beachtung; sie gründete sich auf ein Gesetz von 1962 (nach dem damaligen Minister als „loi Malraux“ bezeichnet), das dem von der Regierung eingesetzten „architecte en chef“ erhebliche Vollmachten für die Sicherung und Neugestaltung solcher Stadtteile einräumte. Im deutschen Planungsrecht tauchten Regelungen für die Erhaltung von Gebäuden erst während der Beratungen für das Städtebauförderungsgesetz von 1971 auf; generell wurden sie mit der Bundesbaugesetz-Novelle von 1976 ermöglicht.

Das bereits erwähnte „Europäische Denkmalschutzjahr“ löste in der Bundesrepublik eine Reihe von Aktivitäten aus, unter denen vor allem der weitgespannte Wettbewerb „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“ zu nennen ist. Er wurde zunächst auf der Ebene der Länder ausgetragen; in jedem von ihnen wurden sechs Städte ausgewählt (in den Stadtstaaten je drei Teilgebiete), die dann in einem Bundeswettbewerb konkurrierten.

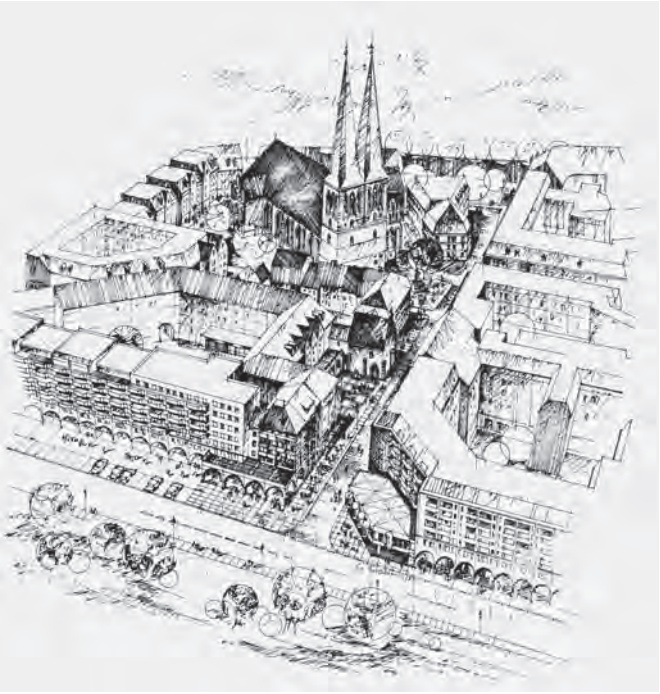

Abb. 9:
Das Ostberliner Nikolaiviertel im neomittelalterlichen Design (Zeichnung/Quelle: *G. Stahn*, Das Nikolaiviertel, Berlin 1991, S. 12).

Schon vorher hatte die deutsche UNESCO-Kommission einen „Arbeitskreis historische Stadtkerne" gebildet, der für eine Reihe geschichtlich geprägter Städte Empfehlungen gab. Ihm folgte eine „gemeinsame Kulturstudie" der UNESCO zur „Erhaltung, Erneuerung und Wiederbelebung alter Stadtgebiete in Europa"; an ihr beteiligten sich unter deutscher Federführung zwölf europäische Staaten mit Berichten über die jeweiligen rechtlichen und sonstigen Instrumente zur Förderung dieser Anliegen und mit Fallstudien, die das Vorgehen und die Ergebnisse dokumentierten.[14]

Das auffälligste Zeugnis jener neuen Hinwendung zur „alten Stadt" ist wohl der Wiederaufbau der Ostseite des Römers in Frankfurt: eine getreue Kopie des mittelalterlichen Bestandes, deren Voraussetzung der Abbruch der bald nach dem Kriege an dieser Stelle entstandenen Neubauten war.[15] Auch in anderen Städten gab es Beispiele für diese Tendenz – so in Hildesheim mit dem Neuaufbau des Knochenhaueramtshauses, dem gleichfalls ein Nachkriegsbau weichen musste. Auch in der DDR wurde mit der nostalgischen Architektur des Berliner Nikolaiviertels ein Hauch der alten Stadt beschworen.

14 *Deutsche UNESCO-Kommission* (Hrsg.), Erhaltung alter Städte in Europa, Bonn 1981.

15 Vgl. hierzu in diesem Heft auch die Studie von *M. Rodenstein*, Vergessen und Erinnern der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Frankfurter Altstadt, **S. XXX-XXX.**

Abb. 10:
Stadterweiterung Poundbury, initiiert von Prinz Charles, geplant von Leon Krier, gezeichnet von Carl Laubin 1988 (Quelle: *L. Krier*, Architecture & Urban Design 1967-1992, London 1992, S. 270).

In den 1980er Jahren klang diese Welle der Rückwendung wieder ab, aber auch die dann einsetzende „Postmoderne" hatte kaum Hemmungen in der Verwendung alter Formen, wenn auch vielfach in „ironischem" Sinne. Auch die von Prinz Charles geförderten Bemühungen um die historisierende Gestaltung von Neubaugebieten in England weisen in eine ähnliche Richtung.

Soweit der Überblick über den Umgang mit der „alten Stadt" seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, mit dem städtebaulich das begann, was für Theodor Fischer die „Neue Zeit" war. Aber zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeichnet sich eine andere „Neue Zeit" ab, die neuartige Voraussetzungen für die Stadtentwicklung schafft.

Eine Reihe von Stichworten kennzeichnet sie: Forderung nach Emissionsbegrenzung im Hinblick auf den Klimawandel als weltweites Problem, Schrumpfung und Alterung der Stadtbevölkerung und zugleich Verschärfung sozialer und kultureller Gegensätze in den deutschen Städten. Dass hier schwerwiegende Probleme für die künftige Stadtentwicklung liegen, ist offenkundig. Eine Disziplin, die sich anderthalb Jahrhunderte lang um die Steuerung städtischen Wachstums bemüht und gleichsam an dieser Aufgabe Gestalt gewonnen hat, muss nun Konzepte für eine erhebliche Schrumpfung der Einwohnerzahl und der baulich genutzten Flächen entwickeln. In diesem Zusammenhang wird es auch immer wieder um das Schicksal der alten Stadt gehen, vor allem um die Frage, ob sie mit einer sinnvollen weiteren Nutzung erhalten und gesichert werden kann oder ob sie als Opfer der Entleerungs- und Abwanderungstendenzen gefährdet ist.

Allerdings wird es für ihre Bewahrung kaum generelle Regeln geben können – allzu unterschiedlich sind die Ausgangspositionen und Randbedingungen, die in jedem Einzelfalle den Handlungsspielraum definieren und das praktische Vorgehen bestimmen. Gleichwohl dürfte der Sammlung und dem Austausch von Erfahrungen auf diesem Gebiet in der künftigen Planungsliteratur ein erhebliches Gewicht zukommen. Für Theorie und Praxis der städtebaulichen Planung wird damit ein neues Kapitel eröffnet.

Wolfgang Pehnt

Ein Ende der Wundpflege?

Veränderter Umgang mit alter Bausubstanz

„Man reißt das Haus nicht ein,
das Väter fest gebaut,
Doch richtet man sich's ein,
wie man's am liebsten schaut."

So steht es auf einer Terracotta-Tafel am Eingang eines Gutshauses auf Rügen, abgebildet in einer der vielen Publikationen, die in den letzten Jahrzehnten über den Umgang mit alter Bausubstanz erschienen sind.[1] *Wie* man es denn nun „am liebsten schaut", teilt uns der Urheber der Inschrift nicht mit. Vermutlich war er der Ansicht, jeder tue es auf seine Weise und es gebe da so viele Wege, dass man sie nicht auf einen Nenner bringen könne, schon gar nicht in einem Vierzeiler. Ebenso wenig lässt er uns wissen, wie zu handeln sei, wenn es sich nicht um die Neueinrichtung des vorhandenen Vaterhauses handelt, sondern um eine Erweiterung, einen Anbau, eine neue Intervention im alten Bestand, wie sie zu den wichtigsten Aufgaben im heutigen Baugeschäft geworden sind.

Formale Strategien

Die letzten Jahre und Jahrzehnte haben eine Vielzahl formaler Strategien hervorgebracht, mit dem Neuen auf das Alte zu reagieren - so viele, dass manche Autoren sich an eine erste Katalogisierung gewagt haben.[2] Ich versuche es auch.

▷ (1) Auskernen
Die wahrscheinlich häufigste Form der Aneignung ist die restaurierende Bearbeitung des Vorhandenen und seine Anpassung an geänderte Zwecke bei weitgehender Bewahrung der Außenform. Nach außen wird der Eingriff gern durch kleinere Hin-

1 *Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz* (Hrsg.), Kursbuch Denkmalschutz, Bonn o.J., S.37.
2 *A. Mandler*, Umnutzung alter Bausubstanz als architektonische Aufgabe, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), Umnutzungen im Bestand. Neue Zwecke für alte Gebäude, Stuttgart 2000, S. 14 ff., vor allem S. 33 ff., S. 130 ff; *J. Jessen / J. Schneider*, Umbau und Umnutzungen im Bestand, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), Umbau im Bestand, Stuttgart 2008, S. 38 ff., vor allem S. 60 ff.

weise, etwa an den Öffnungen, Fenstern, Eingängen, Dächern angezeigt, aber durch nicht mehr. So findet sich in Eichstätt an der Altmühl, in den 1970er bis 1990er Jahren *das* Exkursionsziel aller in Deutschland einschlägig Befassten, am mittelalterlichen Kornhaus heute eine barocke Uhr in einem gläsernen Erkerchen eingekästelt, barock, jedoch elektrisch betrieben. Altmeister Karljosef Schattner, Diözesanbaumeister von Eichstätt, zeigte damit gewissenhaft an: Denkt bloß nicht, Ihr findet hier noch Getreide vor, das Kornhaus dient jetzt als Diözesanmuseum. Mit der Uhr stellt es schon ein erstes Exponat seiner vielen kultur- und liturgiegeschichtlich bemerkenswerten Gegenstände aus. Innen konnte es auch bei äußerer Zurückhaltung zu umfangreichen Veränderungen kommen. Sie reichen von der taktvollen Einpassung des Neuen bis zum völligen Ausweiden und Auskernen des Volumens.
Bei Erich Mendelsohns *Universum*-Kino in Berlin, das für die Zwecke der Schaubühne, also eines Theaterbetriebs, umgerüstet wurde, blieb nicht nur innen kein Stein auf dem anderen. Auch die Fassaden mussten schließlich daran glauben. Sie wurden niedergelegt und anschließend wieder aufgerichtet, anders wäre die Bühnenmaschinerie nicht zu installieren gewesen. Die Beibehaltung der Außenform erforderte einen hohen Preis: den der unterbrochenen Kontinuität des Bauwerks. Der methodische Unterschied zu den umstrittenen Totalrekonstruktionen, siehe die Schlösser in Berlin, Potsdam, Braunschweig, ist dabei nicht gar so groß; auch das *Universum* ist eine Totalrekonstruktion. Nur der kürzere oder längere zeitliche Abstand zwischen Alt-

Abb. 1: Auskernen: *Jürgen Sawade,* Universum-Kino (Erich Mendelsohn, 1926-28), Umbau zur Schaubühne, Berlin-Wilmersdorf 1981 (Fotos: falls nicht anders erwähnt: *W. Pehnt*).

zustand und Neuzustand unterscheidet die eine Praxis von der anderen, und damit natürlich auch der bessere oder schlechtere Informationsstand. Wo man das Original bis eben noch vor Augen hatte, arbeitete man auf sichererem Terrain. Beim Mendelsohn-Kino folgte die Wiedererrichtung der Niederlegung auf dem Fuße. Dagegen können bei Rekonstruktionen à la Berlin, Potsdam und Braunschweig Jahrzehnte zwischen Verlust und Rückgewinnung liegen, manchmal Jahrhunderte - wie im Fall des Dortmunder Adlerturms, der nach der 2 cm großen Darstellung in einem Holzschnitt aus dem 17. Jahrhundert reaktiviert wurde!

▷ (2) Anfügen
Eine ebenfalls nahe liegende Methode ist die Anfügung eines neuen Bauteils, in wechselnden Graden der Beziehung zwischen den Baukörpern, von Unterordnung und Anpassung über Gleichrangigkeit bis zur Dominanz des Neuen. So haben es Schweger & Partner gehalten, als sie für das Karlsruher ZKM (das Zentrum für Kunst und Medientechnologie) einen Glaskubus vor den jetzt museal genutzten Bau einer ehemaligen Munitionsfabrik setzten. Der neue Vorbau dient medialen Veranstaltungen und wirkt nicht zuletzt als Signal der Modernität, auf das die Sammlungen des ZKM besonders angewiesen sind.
Eine andere Handschrift beim selben Thema Anfügung schrieben die Schweizer Herzog & De Meuron in Jahren, als sie noch nicht die ganz großen Stars waren. Die

Abb. 2: Anfügen: *Schweger & Partner,* Munitionsfabrik, Umbau zum ZKM (Zentrum für Kunst und Medientechnologie), Karlsruhe 1992-97.

Küppersmühle in Duisburg, eine ehemalige Getreidemühle, arbeiteten sie zu einem funktionstüchtigen Galeriebau um, indem sie ihm unter anderem ein neues Treppenhaus hinzufügten. Dessen rot eingefärbte Betonflächen kontrastieren nicht als sofort sichtbarer Eingriff, sondern gleichen sich dem alten Backsteinmauerwerk an, greifen den Farbton auf und mit dem Pultdach des Treppenhauses auch den Neigungswinkel des Hauptgiebels. Relative Angleichung: das ist ein Thema, das bei Architekten und ihren Auftraggebern zunehmend an Interesse gewinnt und auch uns hier später beschäftigen wird.

▷ (3) Einnisten

Ein drittes Verfahren besteht in der Implantation eines materiell vom Altbau geschiedenen Volumens oder mehrerer Raumvolumina. Eine solche Einhausung der neuen Funktion hat lange Tradition. Manchmal waren es die Heiligen Gräber, die als Kleinbauten in vorhandene Kircheninterieurs eingestellt wurden, oder die Baldachine über den Hauptaltären nach dem Vorbild von St. Peter in Rom, kleine Bauwerke, die in größeren Bauwerken stecken wie die Puppe in der Puppe. Im Frankfurter Deutschen Architekturmuseum von Oswald Mathias Ungers ist es ein innerer Turmbau, ein Haus im Haus, das der spätwilhelminischen Villa am Mainufer eingepflanzt wurde, ursprünglich sogar aus dem Dach herauslugen sollte. Im märkischen Müncheberg, einem Zisterzienserbau, sind neue Bibliothek und Veranstaltungsräume dem gotischen Mauerwerk von St. Marien eingepasst. Der holzverkleidete bauchige Container liegt wie ein riesiges Weinfass, wie ein halbierter Bootsrumpf im Kirchenschiff. In solchen Fällen werden die neuen Büros, Ausstellungskabinette oder was auch immer in den aufgegebenen Sakralbauten oder Industriehallen untergebracht werden soll, räumlich, statisch und klimatisch getrennt von ihren Wirtsorganismen eingesetzt, wie im Dieselkraftwerk Cottbus, heute ein Kunstmuseum.

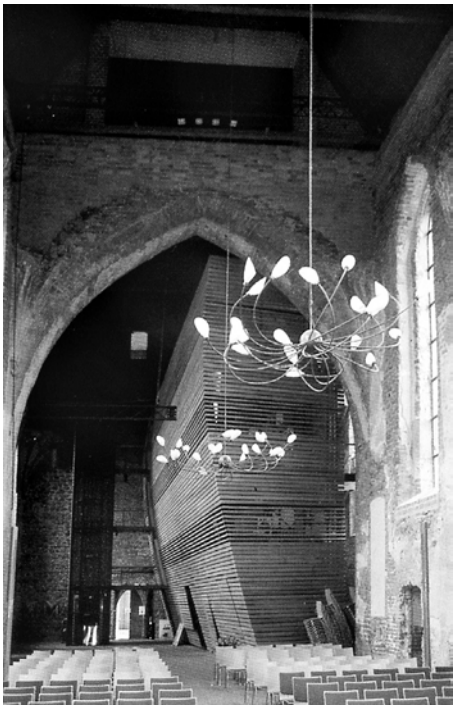

Abb. 3: Einnisten: *Klaus Block*, Zisterzienserkirche (13. Jh.), Umbau zu Stadtbibliothek und Veranstaltungshaus, Müncheberg/Brandenburg 1995 (Foto: *Rainer Fisch*, Berlin).

Abb. 4: Umhüllen:
Werner Dierschke, Erweiterung Kestner-Museum (Wilhelm Manchot, 1889), Hannover 1961.

▷ (4) Umhüllen
Das Gegenstück zum Einnisten stellt das Umhüllen dar. Hier legt sich die neue Nutzung wie ein Mantel um das vorhandene Gebäude und macht es zum Kerngehäuse. Entsprechend ging schon Palladio in Vicenza vor, als er den mittelalterlichen Palazzo della Ragione, die Basilica, mit zweistöckigen Renaissance-Loggien umkleidete. Im Verfahren ähnlich, wenn auch auf bescheidenerem Anspruchsniveau, wurde nach dem letzten Krieg das historistische Gehäuse des Kestner-Museums in Hannover in eine perforierte Kiste verpackt, die dem Haus zu neuen, peripheren Ausstellungsflächen verhalf. Sie ziehen sich als innere Galerien um den alten Kernbau und verschafften ihm zusätzlichen Raum.

Abb. 5: Unterfangen:
Peter Kulka, Boschstiftung Haus Heidehof (Carl Heim, Jacob Früh: Villa Bosch, 1909/10); Erweiterung Stuttgart 2000-2005.

▷ (5) Unterfangen
Eine fünfte Kategorie bildet das Unterfangen des vorhandenen Gebäudes. Hunderte und aberhunderte von Malen wurde es bei Unterkellerungen für Tiefgaragen, Depots oder andere Zwecke angewendet, aber auch für anspruchsvollere Aufgaben eingesetzt, wenn das oberirdische Erstgeborene entlastet und ihm gleichzeitig Respekt

erwiesen werden soll. Im schwer zerstörten Schweinfurt ist die Zehntscheuer des Ebracher Hofes eines der ehrwürdigsten und ältesten Gebäude der heutigen Stadt. Es stand lange leer, und da Nichtnutzung für ein Bauwerk die größte Gefahr bedeutet, sollte die Stadtbibliothek einziehen. Eine unterirdische Erweiterung unter dem Vorplatz verhalf zu den notwendigen Flächen. Auch die Erweiterung der Villa Bosch in Stuttgart, Sitz der Robert Bosch-Stiftung, konkurriert nicht auf gleichem Höhenniveau mit der Pseudo-Palladio-Villa des Industriepatriarchen, sondern hat sich mit einem größeren Teil ihrer Büros scheinbar in den Hang eingegraben. Es ist keine eigentliche Unterfangung des Altbaus, aber ein respektvoller Fußfall, der zudem eine Blickachse auf die höher gelegene Villa öffnet.

▷ (6) Aufstocken

Auch hier gibt es ein diametral entgegengesetztes Vorgehen, die Aufstockung und Überfangung des Bauwerks, sofern seine Statik es zulässt oder es entsprechend aufgerüstet werden kann. Baugeschichte und zeitgenössische Architektur kennen zahllose Belege: So hat Friedrich Spengelin in den 1960er Jahren in Hannover einem Hochschulgebäude der TU, früher eine Druckerei, Atelierbauten für die Architekturfakultät aufgesetzt. So übertrumpfte der Kunstsammler Boros, der den „Reichsbahnhochbunker Typ M 1200“ in Berlin-Mitte erwarb und zu einem spannungsreichen Kunstambiente umgestalten ließ, das finstere Kriegsrelikt mit einem komfortablen Bungalow - lichte Penthouse-Moderne über dem gruseligen Betonverlies. So hieven Herzog & De Meuron in der Hamburger Hafencity einen ganzen Philharmonie-Saal auf ein vorhandenes Speichergebäude. Dass es sich bei der Hamburger Philharmonie um eine extrem symbolische Maßnahme im Dienste wirkungsvoller Bildregie handelt, zeigt der gegenwärtige Baufortschritt. Denn aus Werner Kallmorgens Speichergebäude wurden sämtliche Innereien entfernt. Die vorhandene Tragstruktur wird durch eine komplett neue ersetzt, die Fassaden wer-

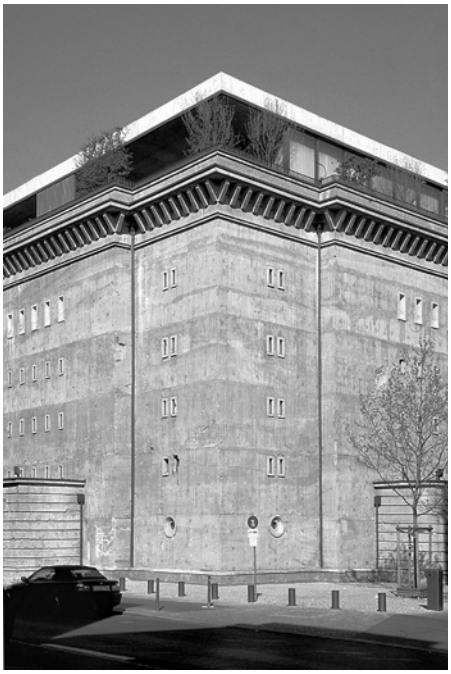

Abb. 6: Aufstocken: *Realarchitekten*, Reichsbahnhochbunker (K. Bonatz, Berlin-Mitte, 1942), Umbau zu Privatgalerie und Wohnhaus, Berlin-Mitte 2008.

den während der Baumaßnahmen abgestützt und gerettet. Von Fuß bis Kopf handelt es sich um einen Neubau, der nur so tut, als habe er sich sublimierend auf seinem Sockelbau niedergelassen, den ehemals profanen Nutzbau kulturvoll überkrönend.

▷ (7) Durchkreuzen

Ein siebtes und radikales Handlungsmuster besteht im gebauten Protest gegen das Vorhandene, in seiner Durchkreuzung. Es ist ein Verfahren, dessen sich die sogenannten Dekonstruktivisten mit leidenschaftlicher Inbrunst bedient haben. Sehr oft handelt es sich bei diesen Lösungen um politische Statements. Man distanziert sich auf diese Weise wirkungsvoll von den früheren Nutzungen und Nutzern, etwa von den Machthabern des NS-Regimes. Was könnte eine stärkere Geste der Distanzierung sein als die Durchkreuzung, ein gebauter Protest gegen die alte, ungute Ordnung. Als der Grazer Architekt Günther Domenig in der Nürnberger Kongresshalle, einem mächtigen, unvollendeten Teil des NS-Parteitagsgeländes, ein Dokumentationszentrum einzurichten hatte, durchbohrte er den nördlichen Kopfbau mit einer Art Pfahl, einem 130 m langen verglasten Korridor. Er dringt an der einen Seite des Nazi-Kolosseums hinein und fährt an der anderen Seite wieder heraus.

Abb. 7: Durchkreuzen: *Günther Domenig,* Kongresshalle (Ludwig und Franz Ruff, 1934-41), Einbau NS-Dokumentationszentrum, Nürnberg 1998-2001.

Bei Daniel Libeskind sind solche Durchbohrungen und Karambolagen ins Repertoire eingegangen. Anfangs inszenierte er sie bei Bauten mit einem entsprechendem Auftrag wie dem Felix-Nussbaum-Museum in Osnabrück, dem Gedenkort für einen jüdischen Maler, der in Auschwitz umgekommen ist. Die einzelnen Flügel der Anlage umzucken wie Blitze den Altbau, einen Kleinpalast für die städtische Kulturhistorie, in der Nussbaum keine Heimat gefunden hatte. Oder sie rammen scheinbar eine benachbarte Villa, in der die NSDAP-Leitung von Osnabrück gesessen hatte. Inzwischen hat diese Katastrophenästhetik weite Verbreitung gefunden. Durchbohrt und karamboliert wurde auch bei durchaus friedlichen Zwecken so ausgiebig, dass diese Schreibart zeitgenössischer Architektur schon wieder ein bisschen aus der Mode gekommen scheint.

Solche Design-Strategien, von denen mir die erwähnten sieben besonders auffällig vorkommen, lassen verschiedene Interpretationen auf einer Skala zu, die von schroffer Distanzierung bis zu glättender Vereinheitlichung reicht. Es lässt sich also gewissermaßen ein Koordinatennetz bilden. Auf der x-Achse stehen die physischen Alternativen im Umgang mit dem Altbau: Aneignung, Anfügung, Einhausung, Umhüllung, Unterfangung, Überfangung, Durchkreuzung; es wird noch andere geben. Auf der y-Achse wären die emotionalen Werte, die psychischen Haltungen, die Anmutungen einzutragen: aggressive Zerstörungsgesten, distanzierte Hochachtung, selbstverständliche Einvernahme, die wie eine Fortsetzung aus gleichem Geist und Stoff erscheint. Eine Komplikation ergibt sich daraus, dass manche Verfahren („auf der x-Achse") eine größere Verwandtschaft zu bestimmten Haltungen haben als andere, also zu den Entscheidungen auf der y-Achse. Wer vor einem bestehenden Bauwerk in den Untergrund geht statt selbstbewusst seinen Platz neben oder gar auf ihm einzunehmen, wird in aller Regel eher zu pietätvoller Bescheidenheit neigen. Wer es durchschneidet und durchkreuzt, führt eine gewaltsame Geste der Annullierung aus. Dazwischen existieren viele Nuancen, Varianten, Schattierungen.

Die Kunst der Fuge

Mit den unterschiedlichen Haltungen, die den Interventionen zugrunde liegen, mit dem Subtext solcher Maßnahmen also, möchte ich mich in der Folge befassen, nicht zuletzt deshalb, weil ich meine, einen Paradigmenwechsel zu beobachten. Mir - und nicht nur mir[3] - scheint, als befänden wir uns mitten in einer Neubewertung des Umgangs mit Denkmälern. Ich möchte also zu etwas greifen, was in der Soziologie „teilnehmende Beobachtung" heißt. In einer seinerzeit sehr bekannt gewordenen Studie eines „teilnehmenden Beobachters", die von einem ganz anderen Thema handelte, nämlich den Levittowns, heißt es, eine solche Methode setze voraus, „dass die Menschen ein gewisses Recht haben, so zu sein, wie sie sind". In einer pluralistischen Gesellschaft gebe es mehr als nur einen verbindlichen Maßstab für Lebensentscheidungen, und der Autor habe diese Ansicht zu respektieren.[4] An diesen Appell versuche ich mich auch bei unserem Thema zu halten.

Wenn es in der älteren Moderne eine Übereinstimmung im Verhalten dem Altüberlieferten gegenüber gab, dann war es die, die der Tübinger Kunsthistoriker Konrad Lange schon 1906 ausgedrückt hatte: „Jedes restaurierte Stück soll auch ohne Jahreszahl und Inschrift dem Beschauer sagen: Dort ist das Alte, hier ist das Neue".[5] Das Neue

3 Vgl. *J. Jessen / J. Schneider* 2008 (s. A 2).

4 *H. Gans*, The Levittowners, New York 1960; dt: Die Levittowner. Soziographie einer ‚Schlafstadt', Bauwelt Fundamente 26, Gütersloh 1969, S. 15 ff.

5 *K. Lange*, Die Grundsätze der modernen Denkmalpflege. 1906, in: *N. Huse* (Hrsg.), Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten, München 1984, S. 122.

sollte sich nicht mit dem Alten gemein machen. Es war das Hinzugekommene, das auf Abstand zu achten hatte. Distanz galt als Frage der Sauberkeit, der Ehrlichkeit, der Höflichkeit, mithin der Moral. Der große Streit in der Denkmalpflege, der sich an der beabsichtigten Rekonstruktion - in jener Zeit sagte man „Restauration" - des Ottheinrichbaus im Heidelberger Schloss entzündete, ging um diese Frage und beschäftigte nicht nur die Zeitgenossen vor dem Ersten Weltkrieg.

Man hatte sich nicht gemein zu machen mit der Vergangenheit. „Mitten unter die ehrliche Wirklichkeit Masken und Gespenster sich mischen zu sehen, erfüllt mit Grauen", grollte Georg Dehio.[6] Das Distanzierungsbedürfnis hatte viele Gründe. Es konnte entstehen aus dem Überdruss am Historisieren, der nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, auf dem Wege zu Reform und Neuem Bauen zunahm. Es konnte auch im Gegenteil getragen sein vom Respekt vor dem Alten, seinem unerreichbar hohen handwerklichen Können, seiner originalen Prägekraft, die nicht der blinden Nachahmung ausgeliefert werden durfte. Es konnte motiviert sein von dem Wunsche, den Urkundenwert des Überlieferten nicht zu verfälschen, die Quellen rein zu halten. Es konnte zu tun haben mit dem Selbstbewusstsein der Gegenwart, die auf ihrem eigenen Recht auf eigenen Ausdruck bestand.

Es konnte schließlich auch entsprungen sein aus einer Skepsis gegenüber allem ganzheitlich Übergreifenden, das Diverses zur Einheit zusammenzwingen möchte. Ganzheiten, wie sie die traditionelle Metaphysik erträumt habe, hätten stets den autoritären Herrschaftssystemen als Maske und Legitimation gedient, kann man bei einem italienischen Zeitgenossen lesen, Gianni Vattimo.[7] Ist es ein Zufall, dass in der gleichzeitigen Philosophie immer wieder Begriffe wie Distanz und Differenz auftraten, wenn auch meist in anderen Zusammenhängen, so bei Michel Foucault, Gilles Deleuze oder Jacques Derrida, den auch in Deutschland viel gelesenen französischen Autoren?[8]

In der Architektur gab es für diese Haltung eine charakteristische Form, die wieder und wieder exekutiert wurde. Das ist die Fuge. Bauen im historischen Kontext wurde zu einer Kunst der Fuge. Das Neue schloss nicht selbstverständlich an das Alte an. Es zeigte Berührungsängste, näherte sich nur vorsichtig dem Platzhalter. Es folgt nicht einfach Putzfläche auf Hausteinfassade oder Backstein auf Sichtbeton. Die Baumeister der Distanzierung legten Schnitte zwischen das Eine und das Andere. Die Fuge bildeten sie nicht nur als eine Grenze zwischen Formen und Materialien aus, sondern verliehen ihr eine positiv eigene Gestalt. Sie unterschieden sie im Gestus nicht nur vom Bestand, sondern auch von der jüngeren Zutat, gaben ihr eine eigene Ausdrucksform.

Bei Peter Kulkas Sächsischem Landtag beispielsweise ist der Einschnitt zu einer Wand geworden. Den älteren Bauteil, der schon Parteistellen der NSDAP wie der SED

6 *G. Dehio*, Denkmalschutz und Denkmalpflege im neunzehnten Jahrhundert. Festrede 1905, zit. nach: *G. Dehio / A. Riegl*, Konservieren, nicht restaurieren, Bauwelt Fundamente 80, Braunschweig 1988, S. 97.

7 *G. Vattimo*, Jenseits vom Subjekt, Graz/Wien 1986, S. 34.

8 Vgl. *W. Welsch*, Unsere postmoderne Moderne, Weinheim 1987, vor allem S. 135 ff.

Abb. 8: *Peter Kulka:* Sächsischer Landtag, Dresden 1991-94 (Foto: *Lukas Roth*, Köln).

aufgenommen hatte, deckt sie ab und tritt in der Eingangsansicht als schmale energische Vertikale auf. Vorzugsweise wurde die Fuge aber als schwereloses Gelenkstück ausgebildet. Es zeigte etwa dünne Metallsprossen, war filigran, transparent und gläsern. Fast immer trat es in der Fluchtlinie zurück, ließ links dem Alten und rechts dem Neuen den Vortritt oder umgekehrt. Funktionell diente es als Eingangsachse, als Treppenhaus, als wettergeschützte Passage, ästhetisch als Transformator zwischen den Bereichen, ikonografisch als Botschaft: Achtung, jetzt beginnt etwas Anderes, eine andere Aufgabe, eine andere Epoche. Es gilt, „den Dingen durch eine ungewohnte, neue Kombination eine Erscheinung zu geben, die mit den Sehgewohnheiten nicht übereinstimmt."[9] In Schattners Eichstätt kann man einen ganzen Katalog gestalteter Fugen zusammenstellen, wie etwa beim Priesterseminar oder beim Diözesanarchiv. „Trennendes Verbinden" wäre der angemessene Ausdruck für solche distanzierten Kontaktaufnahmen.[10]

Schattner war es auch, der auf eine Quelle dieser Fugenkunst hinwies, den verehrten Vorgänger und Maestro Carlo Scarpa. In den 1970er bis 1990er Jahren standen Studienreisen nach Verona, Venedig und nicht zuletzt zum Dorffriedhof von San Vito d'Altivole

9 *K. Schattner*, Scarpa als Vorbild und Anregung, in: Baumeister 10 (1981), S. 990.

10 Vgl. *W. Pehnt*, Karljosef Schattner. Ein Architekt aus Eichstätt, Stuttgart 1988, Ostfildern 1999[2]; F. *Dengler,* Bauen in historischer Umgebung. Die Architekten Dieter Oesterlen, Gottfried Böhm und Karljosef Schattner, Hildesheim 2003, vor allem S. 374 ff.

in Venetien, dem Rätsellabyrinth des Altmeisters, in deutschen Hochschulen auf der Tagesordnung. Schattner sprach vom „Sezieren", von Scarpas Arbeit mit dem Skalpell. Er beobachtet, wie bei Scarpa „Schichten freigelegt werden, notwendig neue Konstruktionen von der alten Substanz optisch getrennt werden. Dieses Analysieren, ähnlich einem anatomischen Präparat, wird über die Dachkonstruktion bis in die Dachdeckung fortgesetzt. Die Flächen werden aufgeschnitten, und in Verbindung mit einem Wechsel der Betonschalung wird dem Dach etwas Leichtes, Bretthaftes gegeben". [11]

Im Castelvecchio in Verona, wo Schattner die Intervention des Kollegen Scarpa mit diesen Worten beschreibt, wurden bei solchen Vivisektionen am Baukörper die Eingriffe, Wunden und Beschädigungen herauspräpariert, die das Bauwerk im Laufe seiner Geschichte erfahren hat. Womöglich wurden ihm bei diesen Eingriffen auch neue Narben hinzugefügt. Mit solchen Distanzierungsversuchen, mit Fragmentierungen, Abstandhaltern, Schattenfugen, Materialwechsel und Freilegungen der unterschiedlichsten Altersschichten, gewinnt das Bauwerk bei Scarpa den Charakter eines hochromantischen Ruinenensembles - ganz im Gegensatz zu der aufklärerischen Absicht, die der sezierenden Analyse doch anfangs zugrunde lag.

Abb. 9: *Carlo Scarpa:* Castelvecchio, Umbau zum Museum, Verona 1964.

Die Fuge blieb auch bis in unsere unmittelbare Gegenwart ein oft angewendetes Ausdrucksmittel, wenn es um die Kombination eines vorhandenen historischen Gebäudes und eines neu hinzugefügten Traktes ging, wie beim Bachhaus in Eisenach. Die Qualität der Verknüpfung ist natürlich unterschiedlich hoch. Man kann ja auch Bachs Kunst der Fuge schlechter oder besser spielen, nicht jeder ist ein Glenn Gould. Nach wie vor findet sich auch der inszenierte Zusammenstoß des ruinösen Alten mit dem radikal Zeitgenössischen, wie bei der Staatlichen Pinakothek in São Paulo. Das Rohbau-Mauerwerk eines seinerzeit nicht fertig gestellten und zwischendurch ausgebrannten Museumsgebäudes konfrontierte der brasilianische Architekt Mendes da Rocha mit Stahl und Glas, eine Kontrastregie, die den Gang durchs Haus zu einem dramatischen Parcours macht.

11 *K. Schattner* (s. A 9); vgl. auch *A. Denk*, Respekt vor dem Anderen. Zeitgenössische Strategien des Bauens im Kontext, in: der architekt 1 (2008), S. 26; *J. Jessen / J. Schneider* (s. A 2), S. 33, S. 63 f.

Holistic turn

Doch konkurrenzlos ist ein solcher Konfrontationskurs nicht mehr. In der zeitgenössischen Architektur und ihrer literarischen Szene melden sich vermehrt Stimmen zu Worte, die einem unmittelbaren Weiterbauen das Wort führen. Verschmelzung, Weiterführung, Homogenität werden von ihnen höher eingeschätzt als Unterbrechung, Widerspruch, Gegenrede, Disparität. Bestand wird so überformt, dass die Trennlinie, die Baunaht nicht mehr erkennbar bleiben, geschweige denn inszeniert würden wie bei den Fugenkünstlern. Es gehe darum, „sensibel auf das, was da ist, zu reagieren, die gestalterische Qualität zu unterstützen und womöglich zu steigern. Diese Haltung ist Zurückhaltung und bedeutet nicht, dem Originalbestand den eigenen Gestaltungswillen aufzuoktroyieren", schreibt der Münsteraner Architekt Herbert Pfeiffer.[12] „Atmosphärische Angleichung" werde gewollt, heißt es im Münchner Büro Hild und K.[13] „Immer dieser Ansatz des Zeigens", seufzt der Frankfurter Stefan Forster. Er persönlich finde es aufdringlich, wenn Architekten fortwährend den Zeigefinger höben und sagten: Da musst du schauen, da habe ich mir was gedacht, wie all die Dinge gefügt sind und Alt und Neu zusammenkommen. „Im Grunde interessiert mich das überhaupt nicht mehr."[14]

Es wäre ja beispielsweise denkbar gewesen, dass Forster bei seinen Rückbauten im thüringischen Leinefelde an Plattenbauten der DDR erinnert hätte. Denn aus ihnen hat er seine Stadtvillen gewonnen, durch Reduktion der Stockwerkszahl, durch Abbruch der Zwischenstücke und durch die Hinzufügung geräumiger Balkons. Aber das Programm lautete normales, unspektakuläres und kostensparendes Wohnen. Wären erinnernde Analyse und sichtbare Ausstellung der Veränderungen auch bei einem solchen Alltagsthema angebracht gewesen - zumal es galt, das negative Image des vormaligen Zustands, den schlechten Ruf der „Platte" zu überwinden? Dem Mieter oder Käufer sollte die Vorstellung eines besseren Wohnens vermittelt, die Unbefangenheit im Verhalten nicht genommen werden.

In Lissabon ging die Stadt ähnlich vor, als das niedergebrannte Altstadtviertel Chiado, vier Hausblöcke insgesamt, wiederaufzubauen war. Wiederherstellung und Neubau würden sich ergänzen, statt jeweils „als Spezialität autonom behandelt zu werden", formulierte Alvaro Siza, der als Planer mit dem Wiederaufbau beauftragt wurde.[15] Erhaltene Teile und neu hinzugefügte Häuser wurden nicht auseinander differenziert. Die Selbstverständlichkeit des Quartiers wurde gewahrt. Normalität war das Planungsziel, nicht Originalität. Siza öffnete Wege, Treppen und Durchgänge, reduzierte die Wohnungstiefen, gewann Innenhöfe, kümmerte sich um das, was in den alten Plänen und in

12 *H. Pfeiffer*, Zurückhaltung, in: der architekt 1 (2008), S. 35.
13 *Hild und K*, Sanierung Schloss Hohenkammer, in: Bauwelt 19 (2008), S. 3.
14 *S. Forster*, Ein Bekenntnis zur Stadt, in: der architekt 1 (2008), S. 50 ff.
15 *A. Siza*, Costruzione e recupero, 1981; in: *A. Angelillo* (Hrsg.), Alvaro Siza. Scritti di architettura, Mailand 1997, S. 39 f.

Abb. 10: *Eduardo Souto de Mour*a, Kloster Santa Maria do Bouro (12., 16., 18. Jh.), Umbau zum Hotel, Treppe, bei Braga, Portugal 1989-97.

Abb. 11: *Karljosef Schattner*, Schloss Hirschberg (15. - 17. Jh.), Umbau und Erweiterung zum Exerzitienhaus der Diözese Eichstätt; Treppe in der Halle, Hirschberg bei Eichstätt 1987-92.

der Erinnerung der Menschen noch vorhanden war. „Nicht Erfindungen sind notwendig, nur das Forschen."[16] Wer heute durch den Chiado wandert, geht durch ein vertrautes Stück Stadt, das weder durch Innovationen um jeden Preis auffällt noch durch dramatische Schnitte zwischen Alt und Neu noch durch aufwendige Rekonstruktionen.

Dabei wird niemand Siza für einen konservativen Architekten halten, der nicht die Register der Moderne beherrschte - ebenso wenig wie seinen jüngeren portugiesischen Kollegen Eduardo Souto de Moura. Doch wenn Souto de Moura ein Kloster restauriert, damit es danach als staatlich geführtes Hotel, als Pousada, genutzt werden kann, gibt es keine spektakulären Eingriffe. Acht Jahre hat der Ausbau von Santa Maria do Bouro gedauert. Ruinierte Partien wurden nur gesichert, Höfe mit lichter Vegetation - Orangenbäumen - bepflanzt, Details auf hohem Niveau gelöst, aber ohne Hingucker-Effekte. Ein funktionell unvermeidlicher, vorgeschobener Anbau ist in solidem Mauerwerk errichtet, aus alten Steinen. Nötige Verbindungselemente ergänzt Souto so, dass sie sich

16 *B. Fleck*, Alvaro Siza, Basel 1992, S. 116 ff.

nicht grundsätzlich vom alten Bauwerk absetzen. Man erinnere sich, wie Schattner solche Treppeneinbauten entworfen hat - etwa in Schloss Hirschberg bei Eichstätt. Schattner wechselte das Material (von Stahlbeton zu Stahl) wie das Formenrepertoire (von massiv zu filigran) in nahezu manierierter Demonstration. Distanz und Differenz statt Nähe und Kontinuität wie bei Souto de Moura.

Diesen Übergang vom Kontrastbau zum Kontinuitätsbau muss man sich nicht als einen plötzlichen Austausch der Leitbilder vorstellen. Auch heute werden Neu und Alt mit präzise ausgearbeiteten Fugen aneinander geschlossen. Andererseits: auch früher entstanden um- und weitergebaute Architekturen in allmählichen Übergängen wie beim Rathaus in Bensberg, das Gottfried Böhm in den 1960er Jahren errichtete. Schwer zu sagen, wo das alte Mauerwerk der Burg endet und neues aufgesetzt wurde; wo die Turmhelme noch die alten Verdachungen tragen und wo nicht. Nur das extreme Ende auf der Skala zwischen Alt-Authentisch und Neu-Erfunden ist klar, nämlich dort, wo der schiere Formenrausch mit dem Architekten durchging, bei der expressiven Bekrönung des Treppenturms.

Der Neubau von Bensberg ist ein halbes Jahrhundert her. Vor mehr als hundert Jahren, im 19. Jahrhundert, herrschte noch eine ganz andere Unbedenklichkeit im Umgang mit dem lädierten historischen Bestand. Zwischen Neu und Alt wurde überhaupt nicht geschieden. Schlösser, Kathedralen, Kaiserpfalzen, Burgen und Römerkastelle wurden im historischen Stil fort und fort geführt. Die Dome von Köln, Meissen, Regensburg, Ulm erhielten erst dann ihre gotischen Türme, damals die Wolkenkratzer des Jahrhunderts, heute integrale Bestandteile der Stadtbilder, die ohne sie nicht zu denken sind. Erst die Skepsis gegenüber den - fugenlosen - Unbedenklichkeiten des Historismus hat das moderne Distanzierungsverlangen hervorgerufen, hat die großen Grundsatzdebatten verursacht, in deren Verlauf die Denkmalpflege ihre Werkzeuge schärfte.

Aber eine freiere Bearbeitung und Fortführung des Vorhandenen setzte sich auch bei Architekten der Reformbewegung fort, also bei Künstlern, die der Moderne zusteuerten. Das Rathaus im schlesischen Löwenberg, das Hans Poelzig 1903-05 umbaute und erweiterte, bildet ein inspiriertes Ganzes aus Alt und Neu; es fällt schwer zu sagen, wo hört die Gotik auf, wo fängt Poelzig an. Und wer ahnte, wenn er vor Josef Maria Olbrichs Ausstellungsgebäude auf der Darmstädter Mathildenhöhe steht, dass sich darunter ein unerhört eindrucksvolles Ingenieurbauwerk versteckt, nämlich ein Hochreservoir für die Trinkwasserversorgung der Stadt? Wir haben es also keineswegs mit einer zielstrebigen Entwicklungsrichtung zu tun, die ein für allemal zu einer sauberen Scheidung der Epochen und Techniken geführt hätte. Sondern es handelt sich um Pendelbewegungen, bei denen Werte wie das geschlossene Gesamtbild, die Einheitlichkeit der Wirkung plötzlich wieder im Kurs steigen, nach vielen Jahren, in denen die Sezierer und Analytiker das Sagen hatten.

Wie nennen wir diese abermalige Wendung? Ein englischsprachiger Begriff muss her, wenn die Sache ernst genommen werden soll, und am besten sollte das Wörtchen

turn darin enthalten sein, wie in *iconic turn* oder *linguistic turn*. Ich schlage eine Prägung vor, die es in der alternativen Medizin schon gibt: *holistic turn*, die Wende zur ganzheitlichen Betrachtung und Erscheinung.

Ein Bild der Einheit

Mir ist diese gegenwärtige Wendung, wie immer wir sie nennen wollen, am deutlichsten geworden an einem Gebäude, das in meiner jetzigen Heimatstadt Köln entstanden ist, am Diözesanmuseum von Peter Zumthor, jetzt Museum Kolumba genannt.[17] Wo sich heute Zumthors mächtiger Bau erhebt, war für Kölner lange Zeit, vom Kriegsende bis zur letzten Jahrhundert- und Jahrtausendwende, tabuisiertes Gelände. Es beherbergte die Ruinen von St. Kolumba und darunter, wie überall in Köln, karolingische, merowingische und römische Reste. Die Kirche war keine der berühmten Stiftskirchen, die den Ruhm des romanischen Köln ausmachen, aber die ehemals reichste Pfarrgemeinde in der größten mittelalterlichen Stadt Deutschlands, die *parochia primaria*. In die Umfassungsmauern der zerstörten fünfschiffigen Emporenbasilika hatte Gottfried Böhm nach dem Krieg eine kleine Kapelle genestelt, die eine spätgotische Madonna birgt. Eingemauert hatte sie die Bombenangriffe überstanden. Den Kölnern galt sie wenn nicht als ein Wunder, so doch als ein Symbol des weitergehenden Lebens.

Das kleine Oktogon von St. Kolumba mit dem winzigen, davor gespannten Schiff und die ein paar Jahre später angebaute Beicht- und Sakramentskapelle waren für die Kölner immer ein besonderer Ort. Wer auf der nahen turbulenten Hohen Straße seine Einkäufe erledigt hatte, suchte ihn gerne auf, sei es für ein Gebet, sei es für ein paar Minuten der Stille. Ein kleiner Platz davor setzte die Zäsur zum geschäftigen Leben. Von ihm aus schlüpfte man durch eine seitliche Pforte in die mit Sakralkunst fast überladene Kapelle. Ringsum Brandwände, unvollständige Bebauung, darüber der Dachreiter der Minoritenkirche und die Domtürme. In Köln gab es kaum einen anderen Ort, an dem das Leid des Krieges und die tapfere Improvisation der Nachkriegszeit noch nachvollziehbar waren. Wenn irgendwo das Wort von der Wundpflege Berechtigung hatte, dann hier: Es war eine Wunde im Fleisch der Stadt, wenn auch eine gepflegte Wunde.

Davon ist im Stadtbild nichts mehr übrig geblieben. Zumthors Überbau hat sich Böhms Miniaturkapelle einverleibt wie der Walfisch den Jonas, übrigens ohne sie materiell anzutasten. Auch Jonas kam ja heil davon. Der Neubau mit seinen turmartigen Eckausbildungen hat alles aufgezehrt, den Vorplatz, das Ausgrabungsgelände zwischen den Seitenschiffsmauern von St. Kolumba, das von der Lochstickerei des so genannten Filtermauerwerks spärlich erhellt wird, die Böhmschen Kapellen. Von der früheren Bebauung blieben in der Außenansicht nur als grafische Einträge an den Längsseiten die vermauerten spitzbogigen Fenster der Pfarrkirche und an der Westfassade ein Teil des

17 Vgl. *W. Pehnt*, Ein Haus für Sinn und Sinne, in: Baumeister 11 (2007), S. 48 ff.

alten Turmportals. „Broschen auf der Außenhaut“, hat es der Gründungsdirektor des Diözesanmuseums Joachim M. Plotzek genannt.

Innen ist die Kapelle vom gleichfalls ummantelten und überdeckelten Grabungsterrain umgeben, darüber liegt das Hauptgeschoss des Museums. Der kleine Böhmsche Sakralbau ist zwar noch immer unabhängig vom Museum zugänglich. Doch nur um Mauerbreite und Deckenhöhe getrennt, umwandeln ihn jetzt Besucher, Touristen und Schaulustige. Wenn Messe gelesen wird, erblickt man vom Gräberfeld aus die Silhouette des Priesters durch die Glaswände des Oktogons. In Umkehrung der bisherigen Lichtverhältnisse ist zwar jetzt das Innere der Kapelle vom Tageslicht so gut wie abgeschnitten, aber in der dunklen Ausgrabungshalle glüht das nun künstlich belichtete Kapelleninterieur wie ein Lampion. Mit und in der Kapelle ist der Zufluchtsuchende wider willen zur Figur einer Inszenierung, einer Performance, zu einem Ausstellungsexponat geworden. Das verändert die Art und Weise seines Aufenthalts in der Kapelle entscheidend.

Wie das Preisgericht 1997 bei der Vergabe des Ersten Preises an Zumthor mit der Wettbewerbsforderung klar gekommen ist, der Kapellenbau dürfe „in seiner äußeren Schlichtheit und in der reizvollen inneren Lichtwirkung“ nicht beeinträchtigt werden, bleibt sein Geheimnis. Die „äußere Schlichtheit“ ist nicht nur „beeinträchtigt“, sie ist von außen her überhaupt nicht mehr wahrnehmbar! Beeindruckt von den sonstigen, auratischen Qualitäten des Zumthor-Projekts sprachen die Juroren von einer „selbstbewussten Besetzung des Ortes“. So freundlich drückt man sich aus, wenn man das Pro-

Abb. 12: *Gottfried Böhm*, Kapelle in der Ruine von St. Kolumba, Köln 1947 - 50.

Abb. 13:
Peter Zumthor,
Museum Kolumba
(Diözesanmuseum),
Köln 1997-2007.

jekt eines bedeutenden Baumeisters partout durchsetzen will. Auch der Zweite Preis, ebenfalls von Schweizer Architekten, Gigon & Guyer, hauste die Kapelle ein, wenn er auch offenen Himmel über dem Oktogon ließ. Dagegen stellten bezeichnenderweise die Kölner Wettbewerbsteilnehmer mit Türmen, Würfeln, Spangen, Klammern und L-förmigen Trakten das Böhmsche Ortsheiligtum frei, hielten die alten Wunden offen.

Zumthor aber verkündete das Ende der Wundpflege. Die Wunde soll zuheilen, endlich. Keine Risse mehr, keine Fehlstellen. Allem Fragmentarischen, das den Bauplatz und seine Umgebung bestimmte, hält er ein harmonisierendes Bild der Einheit und des Zusammenhalts entgegen, fast triumphal. Kein Chaos mehr, keine Brüche, nichts Heterogenes, keine nach außen getragenen Konflikte. Der Krieg ging vor mehr als sech-

zig Jahren zu Ende, vergessen wir ihn. In Köln verwies der Architekt in einer der vielen Veranstaltungen, die der Realisation vorausgingen, auf seinen Wollpullover: So möchte er weiterstricken. Wo seine eigens für diesen Auftrag gebrannten schmalen, lichtgrauen Ziegelsteine auf die geschwärzten alten Hausteine treffen, da tun sie das ohne Aufhebens, ohne rahmendes Profil oder auch nur Rücksprung oder Schattenfuge.

Um an die diversen Kompositionstechniken zu erinnern, an die zu Anfang erwähnte „x-Achse" meines Koordinatensystems: Zumthors Kolumba-Museum wäre mit dem Blick auf die einverleibte Kapelle und das Grabungsgelände ein Fall von Einhausung und Überfangung zugleich. Auf der „y-Achse" stünde es an jenem Punkt der Skala, der Verschmelzung, Weiterführung, Homogenität, Einvernahme anzeigt. Zur Bauzeit des Museums wurde auch in großer Öffentlichkeit der „Kult der offenen Wunde" verurteilt: im Deutschen Bundestag anno 2002 bei der Diskussion um den rekonstruierenden Wiederaufbau des Berliner Schlosses.[18] Kann das ein Zufall sein?

Die Nähe zu suchen statt auf Distanz zu gehen. Homogenität und Kohärenz zu wollen statt Differenz und Alterität. Die Einheit des Ganzen anzustreben und den Verlust an Lesbarkeit der Teile in Kauf zu nehmen. Auf Anpassung, Einvernahme und Analogie zu setzen statt auf Kontrast. Die Synthese anzusteuern statt die Antithese auszuspielen. Wenn das ein sich andeutender Programmwechsel ist, wie ist er zu erklären und zu bewerten? Ich spekuliere. Einmal mag es der Wandel der Sehgewohnheiten sein, der auch Stile nach einer gewissen Dauer altern lässt und schließlich zu Fall bringt. Denn dass Ziele und Techniken der Denkmalpflege gleichfalls der Veränderung unterworfen sind, ist eine Feststellung, die auch Denkmalhüter nicht mehr kränken wird. Auch Dehios Straßburger Rede[19] darf man ja heute in öffentlichen Veranstaltungen nicht mehr zitieren, ohne als hoffnungslos Gestriger belächelt zu werden.

Könnte es aber auch sein, dass eine gewisse Unlust an der analytischen Anstrengung, am dialektischen Spiel, an der permanenten Reflexion beteiligt ist, zumal diese Anstrengung, dieses Spiel und diese Reflexion ja immer nur von einigen wenigen aufgebracht wurden, nicht aber von der großen Zahl der Bürger? Könnte es sein, dass ein größeres Maß an Normalität vonnöten ist, weil das Leben Selbstverständlichkeit und nicht einen Ausnahmezustand am anderen benötigt? Walter Benjamin hielt das „beiläufige Bemerken" statt des „angespannten Aufmerkens" für die kanonische Wahrnehmungsart von Architektur.[20] Das Zitat wird, wenn ich mich nicht täusche, heute viel öfter angeführt als noch vor ein paar Jahren. Die Menge dessen, was zu bearbeiten, in der Energiebilanz zu verbessern und zu modernisierten ist, hat sich entscheidend vergrößert, und nicht jedes bescheidene Eigenheim aus den 1950er Jahren, nicht jede triviale Bürohausscheibe aus

18 *A. Vollmer* am 4. Juli 2002, in: *Förderverein Berliner Stadtschloss* (Hrsg.), Das Berliner Schloss wird gebaut, Berlin Januar 2003, unpag.

19 *G. Dehio* (s. A 6), S. 88 ff.

20 *W. Benjamin*, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Edition Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1963, S. 47.

den 1960ern verdient, mit dem großen ästhetischen Operationsbesteck auseinander genommen und wieder zusammengesetzt zu werden.

Andererseits: Könnte dieser Wunsch, im Alltag aufgehoben zu sein, auch mit Geschichtsmüdigkeit zu tun haben? Mit dem Wunsch, nicht von den Gedanken an überstandene Katastrophen, an Krieg, an Verluste belästigt zu werden? In derselben Stadt, in der Zumthor die „selbstbewusste Besetzung" des Kolumba-Grundstücks vorgenommen hat, ist vor drei Jahren am Dom ein seit Ende 1943 bestehendes Provisorium entfernt worden. Im Luftkrieg, den die Kathedrale besser denn befürchtet überstanden hatte, war der Außenpfeiler des Nordturms beschädigt und mit einer Ziegelsteinplombe geflickt worden. Daran hatte sich die Heldensage vom Kommandeur eines Pionierbataillons geknüpft, der gegen ausdrückliche Weisung der Partei seine Männer zur Rettung des Baudenkmals abkommandiert habe. Die Legende vom aktiven Widerständler erwies sich - als Legende.[21] Der sichtbare Schaden, bis dahin Monument der Dankbarkeit und Mahnmal des Krieges, wurde nun als herausfordernde Störung im gotischen Ensemble empfunden. Heute ist die Flickstelle wieder mit einer gotischen Fassadenstruktur aus Oberkirchener Sandstein überzogen, als sei da nie etwas anderes gewesen; auch das eine Wiederherstellung des Ganzen auf Kosten der widerspenstigen Teile und der Geschichte, die sich mit ihnen verband. Der Dom sei auf Vollkommenheit angelegt, argumentierte Dombaumeister Arnold Wolff. Darf, was auf Perfektion angelegt ist, kein irdisches Schicksal gehabt haben?

Entsprechend meiner Sozialisation in der frühen Nachkriegszeit, also in Jahren, als die Moderne wiederentdeckt und als die einzig angemessene Ausdrucksweise freiheitlich-liberal denkender Menschen betrachtet wurde, kann ich bei mir eine Neigung zum reflektierten, kritischen Umgang mit der Geschichtssubstanz, zur Kunst der Fuge also, nicht leugnen. Aber noch einmal: „Die Menschen haben ein gewisses Recht, so zu sein, wie sie sind". Wenn manche von ihnen als Architekten, Bauherren oder Bürger heute der Kohärenz und Kontinuität einen höheren Stellenwert einräumen als der Differenz und Diskontinuität, wer wollte ihnen davon abraten? Es handelt sich ja nicht um Täuschungsmanöver wie bei dem grassierenden Replikenwesen unserer Tage, das in jeder ungeliebten City eine heile Altstadt simulieren möchte. Es handelt sich vielmehr um einen anderen, ebenfalls legitimen Umgang mit der Überlieferung. Das aufgenommene und aufgehobene Vorhandene wirkt auch hier weiter, wenn auch nicht als ablösbare Schicht oder gar als freigestelltes Element. Zumthor beispielsweise, der Gegner jeder Wundpflege, hat - das dann doch - in der Baumasse seines Museums den Grundriss der Kolumba-Kirche aufgenommen, bis hin zu dem ästhetisch unbefriedigenden Knick an der südlichen Längsfassade. Das gebändigte Alte gibt, sozusagen grollend aus dem Inneren, Kräfte ab, die zu anderen Lösungen geführt haben, als sie bei einem unabhängigen Neubau gefunden worden wären.

21 Längere Diskussion in der lokalen und überregionalen Presse, vgl. u.a. Kölner Stadt-Anzeiger 20./21.01. 1996; 20.02.1996; 26.03.1996; 10.02.2004; Die Zeit, 09.02.1996.

Wo es auch in der pluralistischen Gesellschaft kein vorherrschendes Modell für Lebensentwürfe gibt, wird es auch bei den Umgangsformen in Sachen Historie mehr als ein Modell geben dürfen und sogar müssen. Der bedeutende Solitärbau wird eine andere Praxis erfordern als das Alltagsgebäude, bei dem die Textur und die Einfügung in die Nachbarschaft wichtiger sind als die brillante Einzellösung; ich denke wieder an Sizas Lissaboner Chiado-Quartier. Jedes Bauindividuum erfordert sowieso eine neue Auseinandersetzung, die jeweils vor Ort entschieden werden muss. Die statistische Angabe, dass heute mehr als die Hälfte des Bauvolumens auf Umbau, Einbau, Ausbau und Weiterbau entfällt, interessiert ja nicht nur das Fach der Architekten und Denkmalpfleger für die Einschätzung ihrer künftigen Berufschancen. Sie enthält auch für uns alle die Hoffnung, dass das Zeitalter der pauschalen Lösungen zumindest in unseren europäischen Breiten - nein, nicht vorüber ist. Aber vielleicht doch ein wenig an brutaler Durchschlagskraft verlieren könnte. Und dem Dialog zwischen den Zeiten Spielraum gibt, wie immer er geführt wird.

Marianne Rodenstein

Vergessen und Erinnern der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Frankfurter Altstadt

Ein Beitrag zur politischen Produktion eines Stadtbildes

1. Einleitung

Vom 22.-24. März 1944 wurde in Frankfurt am Main die spätmittelalterliche Altstadt durch mehrere Bombenangriffe fast ganz zerstört. Im Herbst 2007 beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Kernbereich der Altstadt in etwa das alte Straßenraster wiederherzustellen und ca. sieben damals zerstörte Wohn- und Geschäftshäuser aus verschiedenen Perioden der Altstadtbebauung nach alten Plänen, Fotos und mit verbliebenen Resten wie Schmuckelementen dieser Häuser wieder aufzubauen. Diese Häuser der Altstadt schienen vergessen zu sein. Wieso erinnert man sich nach so langer Zeit?

In journalistischen Darstellungen wird der Frankfurter Beschluss manchmal mit anderen rekonstruierenden Wiederaufbauten wie dem des Berliner Schlosses oder der Dresdner Frauenkirche zusammengebracht und zeitgeistig mit Rückwärtsgewandtheit, der Suche nach Identität im Historischen vor dem Hintergrund eines Vertrauensverlustes in die Zukunft erklärt. Mit solchen allgemeinen unspezifischen Erklärungen werden – wie im Frankfurter Fall zu zeigen ist – jahrzehntelange Prozesse der Auseinandersetzung zwischen einem populären, an Erinnerung orientiertem Geschmack der Bürger und dem professionellen der zeitgenössischen Architekten und Denkmalpfleger verdeckt, in denen es um Vergessen oder Erinnerung der verlorenen Altstadt und damit verbundener ästhetischer und planerischer Alternativen ging.

Vergessen und Erinnern sind normale Leistungen des Gedächtnisses von Personen und Organisationen. Im Fall der Frankfurter Altstadt geht es sowohl um das Gedächtnis von Personen als auch um das der Stadt, bzw. ihrer Stadtpolitik und Stadtplanung, und ist damit an lokale Machtverhältnisse gebunden. Ob von einer Person etwas vergessen wird oder in Erinnerung bleibt, hängt von der Bedeutung des Geschehens oder der Sache für die Person ab. Übertragen auf das Vergessen oder Erinnern der Altstadt wird dies von ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis Frankfurts vor ihrer Zerstörung mitbestimmt.

2. Die Bedeutung der Altstadt für das Selbstverständnis Frankfurts

Frankfurt war seit 1356 Wahl- und Krönungsort der deutschen Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Das Zentrum dieser Feierlichkeiten an den Wahl- und Krönungstagen war das Rathaus (Römer genannt) und der nicht weit davon entfernte Dom. Die Stadt unterstand unmittelbar dem jeweiligen Kaiser; sie war als Reichsstadt relativ selbstständig. Diesen Status konnte die Stadt auch nach 1815 wahren, indem Frankfurt als eine „Freie Stadt" mit eigener Staatlichkeit im Deutschen Bund anerkannt war und Sitz dieses Bundes wurde. Im Kampf zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland wurde Frankfurt 1866 von Preußen erobert und zu einer preußischen Provinzstadt degradiert. „Das Jahr 1866 besitzt in der Geschichte der Stadt Frankfurt am Main das Gewicht einer epochalen Zäsur."[1] Das, worauf sich das Selbstverständnis der Stadt gegründet hatte, zentraler politischer Versammlungsort in Deutschland zu sein und die führende Position im Geldhandel zu haben, war verloren und an Berlin übergegangen.

Die Industrie fasste nun Fuß in der Stadt, die sich unter preußischen Oberbürgermeistern modernisierte. Doch blieb mit der engen, spätmittelalterlichen Altstadt noch die Erinnerung an eine traditionsreiche Vergangenheit lebendig. Es wurden zwar um 1900 gotische Häuser für einen Straßendurchbruch und für die historistische Erweiterung des Römers abgerissen. Doch gleichzeitig kaufte die Stadt historisch bedeutsame Bauten der Altstadt wie den Saalhof, das Palais Thurn und Taxis, das der Sitz der Bundesversammlung gewesen war, sowie die Goldene Waage, ein bedeutendes Fachwerkhaus, um zu verhindern, „dass diese Erinnerungsstätten aus der großen Vergangenheit pietätlos umgestaltet werden könnten."[2]

Mit dem neuen Selbstverständnis als Industrie- und Handelsstadt hatte sich Frankfurt nach dem Ersten Weltkrieg in größerem Umfang als andere Städte der Moderne in Architektur und Siedlungsplanung geöffnet. Die Geschichte der Stadt blieb in Form der Altstadt im Zentrum präsent. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Moderne und Mittelalter kennzeichnete die Atmosphäre. Die Haltung zur Altstadt war jedoch zwiespältig. Es war kaum zu leugnen, dass die Altstadt wegen der sich hier sammelnden Armutsbevölkerung, der schlechten hygienischen Wohnverhältnisse und dem Verkehrshindernis, das sie inzwischen darstellte, immer weniger zum Selbstverständnis einer erfolgreichen Stadt der Moderne und der Industrie passte. Als 1944 die Bomben auf Frankfurts Altstadt mit ihren ca. 2.000 Häusern[3] und ca. 22.000 Bewohnern (1925) fielen, die Altstadt fast vollständig zerstörten und über 5000 Menschenleben kosteten, war

1 *W. Forstmann*, Frankfurt am Main in Wilhelminischer Zeit 1866-1918, in: *Frankfurter Historische Kommission* (Hrg.), Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt, Sigmaringen 1991, S. 349-422, S. 361.

2 *F. Bothe*, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1913, S. 722.

3 Nach *W. Durth/N. Gutschow*, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950, Bd. II: Die Städte, Braunschweig/Wiesbaden 1988, S. 536.

Abb. 1:
Fachwerkhaus „Goldene Waage" in Frankfurt am Main (historische Postkarte, ca. 1920).

auch das Bild der alten kaiserlichen Reichsstadt Frankfurt und späteren Freien Stadt des Deutschen Bundes dahin.

Noch 1945 beschloss die damalige Stadtregierung die Enteignung der Trümmer und ihre Verwertung durch eine Gesellschaft, an der die Stadt 51% Anteil hatte. Den Rest hielten „drei große erstklassige Fachfirmen".[4] Wenn Häuser zu 70% zerstört waren, konnten auch bestehende Gebäudeteile abgerissen werden. Da man die Trümmer zum Wohnungsneubau dringend benötigte, wurde aus der Altstadt mehr abgeräumt, als dies heute unter denkmalschützerischen Gesichtspunkten geschehen würde. Begleitet wurde dies von einem Bauverbot für die Altstadt.

In den folgenden Jahrzehnten entwickelten sich immer wieder Auseinandersetzungen zwischen denen, die die Altstadt in ihrer historischen und baulichen Bedeutung erinnert wissen wollten und den zeitgenössischen Architekten, deren professioneller Geschmack den Rückgriff auf vergangene Bauformen verbot. Wie sich die Politik zwischen diesen Fronten verhielt und zu welchen ästhetischen Entscheidungen sie kam, wird hier in fünf Phasen zusammengefasst.

Phase 1: Kontroverse Formen des Erinnerns und die moralische Rechtfertigung der Ästhetik des Wiederaufbaus

Zunächst ging die öffentliche Diskussion in der Stadt um die Art des Wiederaufbaus zweier hoch symbolischer Bauten in der Altstadt, der Paulskirche (Hundertjahrfeier 1948) und des Geburtshauses Goethes, dessen 200. Geburtstag 1949 gefeiert wurde. Wie sollten diese beiden symbolträchtigen Häuser aufgebaut werden? Durfte man den von Deutschen verschuldeten Krieg mit seinen Folgen, zu dem die Bombardierung

4 Aus einer Rede des Oberbürgermeisters Blaum vom 04.10.1945, zit. nach *F. Balser*, Aus Trümmern zu einem europäischen Zentrum. Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1945-1989, Sigmaringen 1995, S. 66, 68; Diese Firmen waren Degussa, Philipp Holzmann und Hochtief.

Abb. 2: Die Frankfurter Altstadt 1929 (Quelle: *Institut für Stadtgeschichte*, Frankfurt am Main).

englischer Städte, aber auch die Zerstörung der Frankfurter Altstadt gehörte, negieren und wieder aufbauen wie vor der Zerstörung? Oder sollte man so bauen, dass der Krieg im Aufgebauten dokumentiert und die damit verbundene Schuld in Erinnerung bleiben konnte? Das war die moralische Frage, über die in Frankfurt 1946/1947 am Beispiel des Wiederaufbaus der Paulskirche und des Goethehauses öffentlich gestritten wurde.

Die Paulskirche, in der das erste deutsche demokratische Parlament 1848/1849 getagt hatte, baute man von außen dem früheren Gebäude sehr ähnlich, von innen aber sparsam auf. Die spartanische Einfachheit war „nicht nur ein unfreiwilliges Gebot der Not, sondern auch eine bewusste Entscheidung für eine Symbolik demonstrativer Bescheidenheit im Neubeginn."[5] Die Paulskirche sollte zum Symbol der geistigen Erneuerung Deutschlands werden.

Zur gleichen Zeit wünschte die Gruppe, die das zerstörte Goethehaus als Museum betrieben hatte, dies in der alten Form genau zu rekonstruieren, um späteren Generationen zeigen zu können, wie ein Bürgerhaus einmal ausgesehen habe.[6] So geschah es dann schließlich mit Einverständnis des Magistrats gegen die Überzeugung der Stadtplanung. Die Stadtpolitik entschied sich damals also nicht zwischen den verschiedenen Formen des Erinnerns, sondern kam zu einem Sowohl-als-auch.

5 *W. Durth / N. Gutschow* (s. A 3), S. 485.
6 Ebda., S. 486.

Abb. 3:
Die Frankfurter Altstadt 1944
(Quelle: *Institut für Stadtgeschichte*, Frankfurt am Main).

Die Vergangenheit der Stadt wurde als Reservoir für die Art des gewünschten Wiederaufbaus benutzt. Während die einen – im Fall der Paulskirche vorwiegend Architekten – so bauen wollten, dass man sich an den Krieg und das Unrecht, das von Deutschen ausgegangen war, erinnern konnte, wollten die anderen – vorwiegend nicht Architekten – mit Goethe an Humanität und Toleranz als die bessere Seite der Deutschen erinnern.[7] Beide Gruppen wollten allerdings mit den jeweiligen Bauten nicht nur eine Erinnerung an Vergangenes, sondern auch ein Mahnmal für zukünftige Generationen schaffen. Das Bauen war in beiden Fällen an – wenn auch unterschiedliche – moralische Normen gebunden, aus denen unterschiedliche ästhetische Folgen für den Wiederaufbau gezogen wurden.

Phase 2: Die geschichtsträchtige Altstadt wird von einer „Nutzfläche Altstadt" abgetrennt und vergessen

Frankfurt machte sich 1948 berechtigte Hoffnung darauf, die neue provisorische Hauptstadt Westdeutschlands zu werden. Deshalb wollte die Stadtpolitik das zerstörte Altstadtgebiet für Regierungsbauten freihalten, was jedoch auf den Widerstand einer Gruppe stieß, die sich für den Wiederaufbau und die Wiederansiedlung der früheren Bewohner der Altstadt unter Beibehaltung des alten Straßennetzes und der Parzellen einsetzte. Dieser „Bund tätiger Altstadtfreunde", gegründet zur Sanierung der Altstadt in den 1920er Jahren, trat als Fürsprecher eines behutsamen Wiederaufbaus hervor, der dabei den Bauherrn und ihren Architekten im Rahmen der Bauordnung und des guten

7 In den 1960er Jahren erst wurden Deutungen des Psychoanalytikers A. Mitscherlich (Auf dem Weg zur Vaterlosen Gesellschaft, München 1963) populär, nach denen das Überleben nach dem Krieg für viele nur durch die Leugnung und Verdrängung des eigenen Anteils am Nationalsozialismus möglich war. Demnach wäre dem einst geliebten Führer alle Schuld zugewiesen worden, so dass der Nationalsozialismus als ein Unglücksfall aus der deutschen Geschichte ausgeklammert werden konnte. Der Wiederaufbau des Goethehauses wurde bereits damals von seinen Gegnern als ein Nichtanerkennen einer Schuld interpretiert.

Geschmacks freien Lauf lassen wollte.[8] Nachdem am 11. November 1949 der Deutsche Bundestag für Bonn statt für Frankfurt als Sitz der provisorischen Hauptstadt gestimmt hatte, verlor das Altstadtareal sowohl als Symbol der früheren Hauptstadt wie als Fläche für neue Hauptstadtbauten, auf die man sich in Frankfurt vorbereitet hatte, seine überregionale Bedeutung. Frankfurt definierte sich nun neu als Stadt der Wirtschaft mit Rückgriff auf seine ehemalige Bedeutung als „Handels-, Banken- und Industrieplatz".[9]

Es lagen zwei Pläne zum Wiederaufbau der Altstadt vor, die das bekannte Bild noch annähernd bewahrten. Sie hatten zum Teil auch den traditionellen Baublock beibehalten. Die Stadtverwaltung ging hingegen davon aus, dass die historische Altstadt zerstört sei und mit den ehemaligen, meist verarmten Hauseigentümern für den Wiederaufbau nicht mehr zu rechnen sei.[10] Dieser Streit um einen Wiederaufbau, der die Erinnerung vom Raumgefühl wie Raumbild annähernd bewahrt hätte, oder einen, der sie auslöschte, beschäftigte eine breitere Öffentlichkeit, bis Anfang 1950 schließlich ein Wettbewerb zum Wiederaufbau ausgeschrieben wurde, dessen Ergebnis die Abspaltung eines nach und nach in Zeilenbauweise und großen Baublöcken aufzubauenden Wohn- und Geschäftsbereichs vom Bereich zwischen Dom und Römer war, der zwar früher ebenfalls Wohn- und Geschäftsbereich gewesen war, nun aber als der einzige geschichtsträchtige Bereich der Altstadt definiert wurde. Für ihn hatte man im Wettbewerb keine befriedigende Lösung gefunden.[11] „Die Ehrfurcht vor der Geschichte dieses Bodens gebietet äußerste Behutsamkeit bei allen Entschließungen," hieß es in einer Denkschrift von 1953.[12] Die Frankfurter Stadtpolitik war uneinig und unsicher, was an dieser Stelle der Stadt geschehen sollte, so dass dieser Kernbereich der Altstadt zwischen Dom und Römer in den 1950er und 1960er Jahren zum Parkplatz verkam.

Wenn man den Sieg der modernen, zeitgenössischen Architektur in diesem ersten Wettbewerb um die Altstadt erklären will, so kann man neben der für die Stadt insgesamt nur mehr lokalhistorischen Bedeutung einiger Altstadtorte, der akuten Wohnungsnot und der politischen Priorität für die Wirtschaftsförderung darauf verweisen, dass die Architektur und Stadtplanung der Moderne mit Zeilenbau und Flachdach bereits vor der Zeit des Nationalsozialismus einen hohen Stellenwert in Frankfurt gehabt hatte. Moralisch waren sie durch die nationalsozialistische Unterdrückung der modernen Architektur gerechtfertigt. Außerdem unterstützte diese Architektur ihrem Selbstverständnis nach mit den gleichen Chancen des Wohnens, die sie im Zeilenbau ver-

8 *W. Durth / N. Gutschow* (s. A 3) S. 496.

9 Ausführlich dazu *M. Rodenstein*, Die Eigenart der Städte – Frankfurt und Hamburg im Vergleich, in: *H. Berking / M. Löw* (Hrsg.), Die Eigenlogik der Städte, Frankfurt / New York 2008, S. 261-311, S. 300 ff.

10 *W. Durth / N. Gutschow* (s. A 3), S. 497.

11 Für den Römerberg hieß es, dass die drei Giebel des Römers als Wahrzeichen der Stadt erhalten bleiben sollen, während die übrigen Platzwände unter Vermeidung alles Historisierenden in zurückhaltenden schlichten Formen unserer Zeit gehalten werden sollen. *H.-R. Müller-Raemisch*, Frankfurt am Main. Stadtentwicklung und Planungsgeschichte seit 1945, Frankfurt / New York 1996, S. 61.

12 Ebda., S. 70.

Abb. 4: Ein Teil der neuen Altstadt in den 1950er Jahren - „gesund und demokratisch" (Foto: *H. Rücker*, aus: Frankfurt baut auf; www.aufbau-ffm.de).

wirklichte, auch die neue Demokratie. So war sie an der Zukunft orientiert, während die traditionellen Architekten und die Altstadtfreunde die Erinnerung an die Vergangenheit der Altstadt - notgedrungen einschließlich der nationalsozialistischen – mit ihren als ungesund geltenden Blockstrukturen[13] bewahren wollten.

Phase 3: Die Stadtverwaltung ergreift Besitz, und die Erinnerung an die historische Altstadt wird „beerdigt"

1963 wurde ein Wettbewerb für den Dom-Römer-Bereich ausgeschrieben, bei dem das Wohnen hinter einer kulturellen Nutzung für alle zurückgestellt wurde; auch wurden 50% der Fläche für technische Ämter der Stadt vorgesehen. Allerdings war die Finanzierung nicht gesichert. Den ersten Preis erhielt eine Architektengruppe, die erst sieben Jahre später den Auftrag erhielt, ein Technisches Rathaus im Zusammenhang mit einer Tiefgarage und einem U-Bahn-Tunnel zu bauen. In diesem Zusammenhang erhoben sich erhebliche Bürgerproteste wegen der enormen Baumasse und der drei Türme des Technischen Rathauses direkt vor dem gotischen Dom, die im Wettbewerb 1963 nicht aufgetaucht waren. Dieser Protest wurde vom Verein „Die Freunde Frankfurts" im Namen anderer bedeutender lokalerVereine zum Ausdruck gebracht. Dieser Verein war Nachfolger des Bundes der tätigen Altstadtfreunde. Die „Freunde Frankfurts" wehrten sich vor allem gegen das überdimensionierte Technische Rathaus. Man wünschte sich nun aber keineswegs die historische Altstadt zurück, sondern „zur Vitalisierung des historisch kostbaren Bodens [...] ein architektonisch repräsentatives Gebäude" als musisch-

13 Vgl. *M. Rodenstein*, „Mehr Licht, mehr Luft". Gesundheitsrezepte im Städtebau seit 1750, Frankfurt / New York 1988.

Abb. 5: Ergebnisse des Wettbewerbs 1979/80: eine Fachwerkfront auf dem Römerberg mit dahinter liegender postmoderner Kulturschirn (Foto: *G. Kumpfmüller,* Frankfurt am Main).

kulturelles Zentrum.[14] Von den Bauten der zerstörten Altstadt oder der Erinnerung an sie war hier nicht die Rede. Ihr Wiederaufbau wurde auch von dem Heimatverein nicht mehr gefordert.

An der Ästhetik des Technischen Rathauses schied sich der populäre Geschmack, zu dem man aufgrund des eigenen Wohlgefallens („das finde ich schön") kommt, und der professionelle Geschmack der Architekten, der an – wenn auch sich wandelnde – ästhetische Normen gebunden ist. Die von der SPD dominierte Stadtpolitik unterstützte die zeitgenössische Ästhetik des Technischen Rathauses. Aufgrund der Bürgerproteste wurden die Türme schließlich nur bis zur Höhe des Domschiffes erlaubt. Der Stadtplanungsdezernent musste 1971 zurücktreten, denn die Bürger wehrten sich gegen die zunehmende Anmaßung der Stadtpolitik und -planung, die sich damals auch in der Durchsetzung der Bürohochhäuser im Wohnviertel des Westends zeigte.[15]

Den Übergang von der lebendigen persönlichen Erinnerung an die spätmittelalterliche Altstadt, ihrem Ortsgedächtnis,[16] zu ihrem offiziellen Vergessen wurde vollzogen, als die Stadt von dem jährlichen Glockengeläut und Fahnenhissen zur Erinnerung an

14 Postwurfsendung vom Januar 1970.
15 *H.-R. Müller-Raemisch* (s. A 10), S. 70.
16 *P. Nora*, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, S. 11.

die Zerstörung der Altstadt am 22. März 1945 Abstand nahm und 1978 vor dem Technischen Rathaus eine Erinnerungstafel in den Boden einließ, über die man allerdings – meist ohne sie zu bemerken – hinüber geht.[17]

Das Gedächtnis von der Frankfurter Altstadt hatte sich nun längst in die Museen und Archive verflüchtigt, wo es lange unbeachtet, ja vergessen, überdauerte. Es war in der Diktion Aleida Assmanns[18] zu einem Speichergedächtnis geworden, das abgerufen werden konnte, wenn es benötigt wurde. Wenn es nun Gruppen gibt, die Gründe bzw. Motive haben, dieses Gedächtnis abzurufen, erhalte es einen vitalen Bezug zur Gegenwart. Assmann nennt diese Art des wiederbelebten Gedächtnisses, bei dem die Verbindung zur Vergangenheit abgebrochen ist und neu konstruiert wird, Funktionsgedächtnis, dessen Eigenschaften Selektivität, Wertbindung und Zukunftsorientierung seien und das Identität begründe. In diesem Sinne eines Funktionsgedächtnisses wurde 1975 erstmals die Erinnerung an einen Teil der früheren Altstadt auf die politische Bühne gebracht.

Phase 4: Wiedererinnerung aus ästhetischen Gründen: die Politik wünscht ein Bild der Vergangenheit als Alternative zur zeitgenössischen Bebauung

Das neue Stadtbild mit Hochhäusern brachte politische Kämpfe mit sich, die sich destabilisierend auf die politische Macht auswirkten, welche die Sozialdemokratische Partei in der Stadt seit dem Krieg innehatte. Die Stadt stand im Ruf der Hässlichkeit und der geringen Attraktivität für Arbeitskräfte. Die 1963 geplante Bebauung auf dem Areal zwischen Römer und Dom war nach den Protesten gegen das Technische Rathaus nicht weitergegangen. Die Bürgerproteste aufnehmend schlug 1975 der damalige Oberbürgermeister Rudi Arndt (SPD) - der erste in Frankfurt aufgewachsene Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg – vor, die Ostzeile des Römerbergs historisch wiederaufzubauen.[19] Dies löste einen neuen Konflikt aus, dessen Front zwischen der Kommunalpolitik verlief, die dem Wunsch der Bevölkerung nachkommen wollte, und den Architekten der Moderne wie den Denkmalpflegern, die in diesem Fall auf der gleichen Seite standen, da sie eine solche Rekonstruktion von historisch Verlorenem entsprechend ihren damaligen professionellen Normen als Fälschung ansahen. Die SPD glaubte aber damit Frankfurt attraktiver zu machen und das moderne, als hässlich empfundene Gesicht der Stadt zu verschönern. Sie verlor jedoch die Wahl 1977. Die Christlich-Demokratische Union (CDU) indes nahm das Konzept auf. 1979/80 wurde ein weiterer Wettbewerb für den Dom-Römer-Bereich ausgelobt, dessen Ergebnis ein Kompromiss war. Die Ostzeile des Römerbergs wurde nach Fotovorlagen in Fachwerk mit Sichtfachwerk aufgebaut, das bei der Zerstörung 1944 jedoch unter Schindeln verborgen gewesen war, während gegenüber dem Technischen Rathaus ein ähnlich groß dimen-

17 *F. Balser* (s. A 4), S. 56.

18 *A. Assmann*, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 54-58.

19 *F. Balser* (s. A 4), S. 370.

sioniertes Gebäude für kulturelle Nutzungen und Ausstellungen (Kulturschirn) in postmoderner Weise ausgeführt wurde.

Das Preisgericht sprach von dieser Verbindung als „dialektisch". Auch sah es die historische Zeile mit dahinterliegenden Parallelbauten als hinreichend zu einem neuen Objekt verfremdet an, so dass es nicht als Plagiat der alten Bebauung gelten könne.[20] Im Zeichen der Postmoderne konnte sich die historische Ostzeile als legitimes Zitat einfügen.

Mit dieser Argumentation versuchten die Experten den Widerspruch zwischen dem populären Geschmack (Fachwerk der Ostzeile) und professionellem Geschmack (postmoderne Kulturschirn) am gleichen Ort zu rechtfertigen.

Für Bürger wie Touristen erwies sich der nach fast 40 Jahren wieder als Platz erkennbare Römerberg mit seinen Fachwerkhäusern als ein neuer Anziehungspunkt in der Stadt. Das Einfallstor für die historische Gestaltung der Ostzeile war nicht mehr die Erinnerung an die frühere Altstadt, sondern die Kritik der Bürger an der zeitgenössischen Architektur im Dom-Römer-Bereich. Dass diese Kritik von der Kommunalpolitik aufgenommen wurde, war in erster Linie dem damals negativ bewerteten Erscheinungsbild der Stadt zu danken, das der Wirtschaft schadete. Der populäre Geschmack der Laien konnte sich an dieser Stelle mit Hilfe der Politik gegen den professionellen Geschmack der Architekten, Denkmalpfleger und Stadtplanung durchsetzen. Die Politik des Sowohl- als- auch hatte dafür gesorgt, dass für jeden Geschmack, den populären, sich an der kleinteiligen Fachwerkstruktur erfreuenden, wie dem professionellen, an den Normen der Postmoderne orientierten Geschmack der Architekten, etwas dabei war. Dieses Muster des politischen Kompromisses in ästhetischen Fragen, bei dem beide streitenden Bevölkerungsteile sich nicht einigen mussten, sondern jeweils ihr Recht erhielten, war schon beim Wiederaufbau von Paulskirche und Goethehaus die Lösung und sollte sich auch im Konflikt 2005 bewähren.

Phase 5: Erinnerung als Mittel der Rechtfertigung des Geschmacks[21]

Der wegen baulicher Mängel als notwendig erkannte Abriss des Technischen Rathauses (erbaut 1972-1974) führte bereits in den 1990er Jahren zur Suche für eine neue Nutzung an diesem Standort. Schließlich wurde 2005 ein Wettbewerb für das Gebiet des Technischen Rathauses ausgeschrieben. Der Wettbewerb fiel in die Zeit der Vorbereitung einer großen Ausstellung zur 650-Jahrfeier der Goldenen Bulle, einer Urkunde von 1356, in der die Stadt Frankfurt als Wahl- und Krönungsstätte des Reiches bestimmt worden war. Es wurde wohl deshalb zur Auflage gemacht, dass vor allem der ehemalige Krönungsweg der Kaiser Berücksichtigung finden und Platz für Wohnungen, Läden, Restaurants, Büros und ein kleineres Hotel geschaffen werden sollte.

20 *H.-R. Müller-Raemisch* (s. A 10), S. 346/7.

21 Die Beschreibung und Analyse dieser Phase beruht auf der teilnehmenden Beobachtung bei fast allen öffentlichen Veranstaltungen zum Thema sowie ca. 10 explorativen Interviews mit Akteurinnen und Akteuren in diesem Feld.

Der archäologische Garten[22] konnte überbaut werden. Die Stadtplanung versprach sich von der Neubebauung eine ökonomische Aufwertung des Dom-Römer-Bereiches. Der Siegerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbs wurde bereits öffentlich stark kritisiert, als diese Kritik eine völlig unerwartete, überraschende neue Stoßrichtung erhielt: in Gestalt eines Modells der ca. 50 Altstadthäuser, die bis März 1944 an der Stelle des Technischen Rathauses gestanden hatten, wurden als Alternative zur zeitgenössischen Bebauung präsentiert.[23]

Diese Alternative fand sogleich politische Unterstützung der Jungen Union Sachsenhausen, die sie „einfach schön" fand, sowie von dem einzigen Stadtverordneten einer Bürgergruppe. Dieser brachte das Thema der Rekonstruktion der Fachwerkhäuser in die Stadtverordnetenversammlung ein, womit endgültig Öffentlichkeit für diese Lösung hergestellt war. Damit war ein Nerv getroffen. Das Altstadtmodell zeigte dem Unbehagen vieler Bürger an der bisherigen städtischen Planung einen konkreten Ausweg.

Die meisten Frankfurter waren von dieser Entwicklung völlig überrascht, denn das Bild der im Krieg verlorenen Altstadt schien trotz des Wiederaufbaus der Römerbergostzeile aus dem Stadtgedächtnis gelöscht zu sein. Seit Mitte Oktober 2005 überschlugen sich die Veranstaltungen zum Thema in Frankfurt. Es setzte – wie schon Ende der 1970er Jahre – ein kollektiver Prozess des sich Erinnerns an die vergangene Altstadt ein; vor allem in den drei Frankfurter Zeitungen und in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, in denen auch Namen einzelner bekannter Häuser der verlorenen Altstadt wie, z.B. die Goldene Waage, wieder auftauchten und Schmuckelemente früherer Altstadthäuser in den Museen wiederentdeckt wurden. Die Meinungen polarisierten sich. Entsprechend ihren unterschiedlichen Zielsetzungen organisierten sich zwei konkurrierende Gruppierungen (mit Vereinsgründungen), die mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen und Werthaltungen jeweils eigene selektive Konstruktionen der vergangenen Altstadt betrieben und für die künftige Gestaltung ins Gedächtnis zurückholten.

Die erste Gruppe, die die populäre Ästhetik mit der weitest möglichen Rekonstruktion von Altstadthäusern durchsetzen wollte, waren jüngere wie auch ältere Bürger sowie eine Bürgerinitiative, die sich für diese Erinnerung an die Altstadt als Wohnort einsetzten, aber auch Mitglieder von Heimat- und Geschichtsvereinen wie den „Freunden Frankfurts". Sie wünschten sich für die Zukunft nicht nur die Fassaden der ca. 50 Fachwerkhäuser, die an der Stelle des Technischen Rathauses gestanden hatten, sondern auch das Raumgefühl der vergangenen Altstadt zurück, die Wohnort der einfachen Leute gewesen war. Der sozialen Herkunft nach gehört diese Gruppe zu den

22 Zwischen Dom und Römer waren in Zuge des U-Bahnbaus die Reste einer römischen Villa sowie Mauern der karolingischen Pfalz gefunden worden und im Zuge des Baus der Schirn zu einem archäologischen Garten gestaltet worden.

23 Der Diplomingenieur Dominik Mangelmann hatte ein Modell der alten Frankfurter Altstadthäuser zwischen Dom und Römer als Diplomarbeit an der FH Mainz angefertigt. Dies hatte er anhand von Unterlagen aus dem Stadtarchiv entwickelt und brachte es nun erfolgreich ins Gespräch.

mittleren Schichten. Darunter sind bodenständige Einheimische, Geschäftsleute der Altstadt, aber auch Menschen, die auf Grund ihrer Mobilitätserfahrungen die Bedeutung von identitätsstiftenden historischen Stadträumen schätzen. In einer Befragung mit einzelnen Personen dieser Gruppe wurde u.a. die Ablehnung der Hochhausstadt deutlich, mit der sich Frankfurt heute international nicht von anderen Städten unterscheide, und es wurde die Bedeutung der historischen Altstadt als Wiedergewinnung einer Identifikationsmöglichkeit mit dieser „amerikanischen" Stadt genannt. Die Stadt sollte „wieder ein Gesicht" bekommen. Aus dieser Gruppe gab es bereits Interessenten für den Bau und die geschäftliche Nutzung rekonstruierter Altstadthäuser.

Die zweite Gruppe, diejenige der Architekten und Planer, aber auch Teile der lokalen Medien und der Parteien, gehörten zu denen, die die professionelle Ästhetik vertraten und ein minimales und vor allem nicht bildhaftes Funktionsgedächtnis der Altstadt mit ihren Bebauungsvorstellungen konstruierten. Zwar wollten sie alte Straßengrundrisse und Parzellengrößen einbeziehen, doch sollte entsprechend ihren ästhetischen Normen das Neue als Neues erkennbar sein, denn jede Zeit müsse mit ihren Mitteln die Zukunft gestalten. Um dies zu legitimieren, verwiesen sie auf diskreditierende Erinnerungen an die Altstadt, die Ort der Machtdemonstrationen der Nationalsozialisten gewesen sei. Diese Bemerkung wurde allerdings nur einmal zu Anfang der Auseinandersetzungen gemacht. Vermutlich begriff man, dass dieses Argument bei einer mindestens 600jährigen Geschichte der Altstadt und 60 Jahre nach Kriegsende nicht überzeugend war. Diese Gruppe sah vor allem die Bauaufgabe und nicht den Wert bildhafter Erinnerung, der im Fachwerkhaus verkörpert ist. Diese Sicht der Altstadt verzichtete auf das frühere Bild und wollte das Vergangene nur in Form von Kleinmaßstäblichkeit, annähernder Parzellengröße u.ä. in einem neuen Bild einer zeitgenössischen Altstadt entstehen lassen.

Zwischen diesen beiden Positionen vermittelte schließlich eine dritte Gruppe, die nur repräsentative Altstadtbauten rekonstruieren wollte und damit die Realität der heruntergekommenen Altstadt, Wohnort der armen Leute im 19. und 20. Jahrhundert, ausblendete. Sie bevorzugte eine Mischung von Alt und Neu. Auch sie konstruierte sich damit ihr eigenes Funktionsgedächtnis. Dies war die Lösung, zu der die Mehrheit der Stadtverordneten kam, und zwar nicht nur, weil sie es damit sowohl dem populären wie dem professionellen Geschmack ein wenig recht machte, sondern auch, weil diese Lösung am besten zu der neuen Ausschmückung der Stadt mit prächtigen, repräsentativen Bildausschnitten passte. In Frankfurt muss Altes neu gebaut werden, jedoch nicht nur wegen der Kriegszerstörungen, sondern auch, weil die Politik noch in der Nachkriegszeit historische Bauten der wirtschaftlichen Nachfrage nach Neubauten geopfert hatte. Auch in dieser Gruppe sprach man davon, der Stadt wieder ein Gesicht zu geben. In diesem Sinne beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2007, dass im Dom-Römer-Bereich bis zu sieben repräsentative bekannte Altstadthäuser aus verschiedenen Epochen wie die Goldene Waage und Häuser, die an Personen und emotio-

nale Geschichten erinnern, wie etwa das Haus der „Tante Melber", wo Goethe als Kind ein und aus ging, aufgebaut werden sollten. Sie seien mit zeitgenössischen Bauten zu mischen. Diese Sowohl-als-auch-Lösung dient der historischen Aufwertung der Stadt, indem man an Highlights der Frankfurter Geschichte anknüpft.

Heute, anderthalb Jahre nach dem Beschluss zum Wiederaufbau von sieben historischen Altstadthäusern, gibt es immer noch technische, urheberrechtliche Probleme sowie solche mit der Überbauung des archäologischen Gartens und der europaweiten Ausschreibung, so dass mit einer Realisierung des Vorhabens so schnell noch nicht gerechnet werden kann.

3. Resümee

Die 1944 zerstörte Altstadt hat, wie ihr Nachleben seit 1945 zeigt, als Reservoir für die Gestaltung der Frankfurter Zukunft bis heute nicht ausgedient. Auf was und wie jedoch zugegriffen wird, hat sich im Laufe der Zeit erheblich verändert.

Fasst man die Ergebnisse der Untersuchung zusammen, so lassen sich eine Reihe von Veränderungen über einen Zeitraum von 60 Jahren erkennen. Sie betreffen den Wandel von einem von persönlichen Erinnerungen getragenen Ortsgedächtnis der Altstadt zu einem Funktionsgedächtnis. Damit hängt ein fundamentaler Wandel im Verständnis des Wiederaufgebauten sowie der wachsende Einfluss des populären gegenüber dem professionellen Geschmack in der Politik zusammen.

In den 1950er Jahren erinnerten sich viele Frankfurter noch persönlich an die ehemalige Altstadt. Offenkundig war das Ortsgedächtnis, an das noch in diesen Jahren mit sensiblen Wiederaufbauplänen vergeblich appelliert wurde, bis in die 1960er Jahre auch bei Politikern noch lebendig. Denn während die mit Priorität an Wirtschaftsförderung interessierte Politik einen Teilbereich für die moderne Bebauung freigab, entzog sie sich mit der Abspaltung des Dom-Römer-Bereichs und seiner Definition als einzigen geschichtsträchtigen Bereich einer Entscheidung, zeigte Dissens und Ratlosigkeit. Mit der Inbesitznahme des geschichtsträchtigen Bereichs in den 1970er Jahren durch die Stadtverwaltung mit ihrem Technischen Rathaus schien sie jedoch eine Lösung gefunden zu haben, die den Ort veränderte und die seine alte Struktur und Ästhetik vergessen ließ.

Auch das offizielle Vergessen setzte nun ein, indem eine Bodenplatte beim Technischen Rathaus das bisherige Glockenläuten und Fahnenhissen ersetzte. Doch gleichzeitig gab es in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stadtpolitische Gründe, sich der Fachwerkästhetik der Altstadt zu erinnern und den bedeutendsten Platz der Altstadt, den Römerberg, wiederherzustellen. In dieser Entwicklung waren Politiker im Bewusstsein führend, die Stadt zu verschönern – getrieben vom populären Geschmack der Bürger. Konstruiert wurde ein selektives Funktionsgedächtnis der Altstadt, das die politische Entscheidung für die Sichtfachwerkfassaden legitimierte, dem sich der professionelle Geschmack zu beugen hatte.

In den Vorgängen seit 2005 war es hingegen der populäre Geschmack, der die Ästhetik der Vergangenheit wiederbeleben wollte und damit zu unterschiedlichen Konstruktionen eines Gedächtnisses von der Altstadt (Wohnort der kleinen Leute, Aufmarschplatz der Nationalsozialisten, Ort der Kaiserkrönungen) Anlass gab. Der Druck des populären Geschmacks war schließlich ausschlaggebend für die Veränderung der Strategie der Stadtpolitik hin zu einer Rekonstruktion einzelner Altstadthäuser.

Mit dem Umschwung von der lebendigen Erinnerung des Ortes zu einem Funktionsgedächtnis der Altstadt vollzog sich auch ein Wandel im Verständnis der wiederhergestellten Altstadtbauten. 1948/9 war die Erinnerung noch lebendig. Aber die Art des Wiederaufbaus von Paulskirche und Goethehaus war strittig: die einen wollten allein die Erinnerung an das Zerstörte konservieren, die anderen auch die Zerstörung selbst noch im Wiederaufbau dokumentieren. In beiden Fällen aber hatte sich der Wiederaufbau moralisch zu rechtfertigen, wobei man sich jedoch auf unterschiedliche Werte bezog. Das Wiederaufgebaute galt als Träger von Geschichte und moralischen Werten, die man am Gebäude ablas und die in die Zukunft weisen sollten. Dass dies nach wenigen Jahren nicht mehr funktionierte, weil man vergaß, wie das Gebäude einst ausgesehen hatte oder es ganz zerstört war, wissen wir heute. In den späteren Phasen der Wiedererinnerung an die Altstadthäuser (Wettbewerb 1979/80 und 2005/07) ist von Gebäuden als Träger von Werten und moralischen Anschauungen nicht mehr die Rede. Es ist nun die Ästhetik der Fachwerkhäuser, die zählt, während ihre Geschichte nur den Wiederaufbau legitimiert. Dies gilt zwar heute aus Sicht des professionellen Geschmacks als eine rückwärtsgewandte Haltung. Aus dem Frankfurter Fall muss man aber ablesen, dass sich der Wunsch des populären Geschmacks nach Altstadtästhetik, dem sich auch die Politik anschloss, aus der Kritik an der zeitgenössischen Architektur (Hochhäuser, Technisches Rathaus, Wettbewerbsergebnis 2005) ergab. Insofern ist die Forderung nach Rekonstruktion auch eine Herausforderung an die zeitgenössische Architektur und damit keineswegs „rückwärtsgewandt".

Hans-Rudolf Meier

Paradigma oder Büchse der Pandora?

Die Frauenkirche – oder wie Dresden zum Zentrum der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle wurde

1. Einführung

Zur Geschichte einer Stadt gehört auch ihre Eigen- und Fremdwahrnehmung, gehört, wie sie gesehen wird und wofür sie im Wandel der Zeiten, Sichtweisen und Bedeutungen steht.[1] Betrachten wir die jüngste Geschichte, so ist Dresden zweifellos die Stadt der Frauenkirche und ihres Wiederaufbaus – oder war das zumindest bis sie sich mit dem Bau der Waldschlösschenbrücke um den zweifelhaften Ruhm der ersten Ex-Weltkulturerbestätte bemühte. Zu den wenigen Gemeinsamkeiten von Freunden und Gegnern von Rekonstruktionen gehört der Rekurs auf den Wiederaufbau der Frauenkirche als Auslöser oder zumindest Anstoß der sich immer weiter ausbreitenden Rekonstruktionswelle. Ob im positiven oder im negativen Sinn: Dresden gilt heute in den Bereichen Stadtentwicklung und Denkmalpflege als Stadt der Rekonstruktionen. Wie dieses Image zustande kam, ob sich die Rekonstruktionsfreunde in Berlin, Potsdam, Braunschweig, Nürnberg, Frankfurt etc. zu Recht auf Dresden beziehen und worauf sie rekurrieren, sind Fragen, die im Folgenden diskutiert werden. Dazu gilt es zuerst die Entwicklung des Wiederaufbaus seit 1945 kurz zu rekapitulieren, um danach zu fragen, wie Dresden zu seinem Ruf der Rekonstruktionsfreudigkeit kam. Zum Schluss sind mögliche langfristige Konsequenzen des forcierten Rekonstruktionswesens anzusprechen. Dabei kann selbstverständlich kein Anspruch auf einen auch nur halbwegs umfassenden Überblick gestellt werden, da im Bereich der Denkmalpflege und der Stadtentwicklung in Dresden außerordentlich viel geleistet worden ist. Ich werde mich daher im Wesentlichen auf jenen Sektor der Stadt beschränken, der für die Außenwahrnehmung wohl am wichtigsten war und ist: das zentrale Gebiet der vormodernen Altstadt. Mit „Denkmalpflege" sind im Folgenden – wenn sie nicht explizit genannt werden – nicht bestimmte Institutionen oder Personen gemeint, sondern Denkmalpflege wird im wei-

1 Der vorliegende Aufsatz bildet die überarbeitete Fassung eines Vortrags mit dem Titel „Geschichte nach Wunsch? Rekonstruktion und Denkmalpflege in Dresden seit 1990", den ich im Rahmen einer Vortragsreihe zum Dresdner Stadtjubiläum im März 2007 im Museum für Vorgeschichte im Japanischen Palais gehalten habe. Für die ebenso offene wie kontroverse Diskussion sei insbesondere Heinrich Magirius, für die kritische Lektüre des Manuskripts Thomas Will herzlich gedankt.

ter gefassten Verständnis gesehen als gesellschaftliche Aufgabe, als ein Verhalten zu den Zeugnissen der Vergangenheit. Im Zentrum des Interesses steht also die Frage, wie sich die Gesellschaft zu ihrer Vergangenheit verhält.

Eine letzte Vorbemerkung: Mit Rekonstruktion wird im eigentlichen Wortsinn das „re-construere = wiederaufrichten" gemeint und damit ein engerer und spezifischerer Wortgebrauch, als es der DDR-Duden definierte, wo „Rekonstruktion der Stadt" auf die sozialistische Volkswirtschaft bezogen wurde und meinte: „zu größerem wirtschaftlichen Nutzen umgestalten und ausbauen"[2] – auch wenn Spötter behaupten mögen, dass mit dieser Definition das, was am Dresdner Neumarkt umgesetzt wird, recht gut umschrieben sei.

2. Der Wiederaufbau Dresdens in der SBZ und DDR

Wie in anderen Städten mit großflächigen Zerstörungen, wurde auch in Dresden sogleich nach Kriegsende eine Bergungs- und Wiederaufbaukommission gebildet. Unter der Leitung von Herbert Conert, der bereits vor dem Krieg dem Stadtplanungsamt vorgestanden hatte, wurde ein „Aufbauplan Dresden" mit Plänen für flächige Beräumung, aber auch mit Vorschlägen für Rekonstruktionen ausgearbeitet.[3] Sofort begonnen wurde mit dem Wiederaufbau des Zwingers, dessen letzte Erneuerung erst drei Jahre vor Kriegsbeginn abgeschlossen worden war. Hubert Ermisch konnte als Leiter des Wiederaufbaus von seinen Erfahrungen aus dieser Vorkriegskampagne profitieren. Dass in der großen Not der unmittelbaren Nachkriegszeit Kräfte und Ressourcen für die aufwändige Reparatur des Zwingers mobilisiert wurden, gilt zu Recht als beeindruckendes, wenn auch nicht singuläres Zeugnis des Aufbauwillens der Dresdner.

Auch über den Wiederaufbau der Frauenkirche wurde bereits unmittelbar nach Kriegsende diskutiert, und es wurden erste vorbereitende Maßnahmen für eine spätere Rekonstruktion getroffen. Zu diesen gehören die Pläne und Zeichnungen, die der Architekt Arno Kiesling und der Restaurator Willy Trede im Auftrag des Landesamtes für Denkmalpflege 1946/47 anfertigten (vgl. Abb. 1).[4] Beide hatten an der erst kurz zuvor in den ersten Kriegsjahren (1939-43) durchgeführten Renovierung der Frauenkirche mitgewirkt, die statische Sicherungsmaßnahmen und eine Innenraumerneuerung umfasste. Nun rekonstruierten sie gewissermaßen aus der Erinnerung zeichnerisch den zerstörten Bau. Auch wenn die praktische Realisierung nicht zustande kam, hielt man

2 Der große Duden, Leipzig 1985, S. 659.

3 Zum „Ersten Dresdner Aufbauplan": *M. Lerm*, Abschied vom alten Dresden. Verluste historischer Bausubstanz nach 1945, Rostock [2]2001, S. 42 ff. Einen summarischen Überblick über den realisierten Aufbau bietet: *F. Reichert*, Aufbau der Stadt Dresden 1945 bis 2002, in: Dresdner Geschichtsbuch 9, Altenburg 2003, S. 255-276.

4 *H. Nadler*, Der Architekt Arno Kiesling (1889-1963) und die Frauenkirche, in: Die Dresdner Frauenkirche, Jahrbuch 1995, S. 237-247; *H. Magirius,* Die Dresdner Frauenkirche von George Bähr. Entstehung und Bedeutung, Berlin 2005, S. 132 f., 299.

zumindest in der sächsischen Denkmalpflege am Grundsatz des Vorhabens „Wiederaufbau Frauenkirche“ fest. 1953 etwa äußerte der damalige Landeskonservator Hans Nadler: „Bei einer Überprüfung der Trümmer durch eine Teilberäumung, die auf Betreiben des Landesamtes schon vor Jahren durchgeführt wurde, konnte festgestellt werden, dass alle technischen Voraussetzungen gegeben sind, die Frauenkirche nach archäologischen Prinzipien wiederherzustellen und damit das äußere Erscheinungsbild in der alten Form wiederzugewinnen.“ Allerdings – und im Hinblick auf das spätere Vorgehen bemerkenswert – fuhr Nadler fort: „Bei der völligen Zerstörung der Inneinrichtung wird die Gestaltung des Innenraums eine eigene künstlerische Aufgabe werden müssen.“[5] Bevor es soweit war, bzw. damit es dereinst überhaupt dazu kommen konnte, galt es, mit diversen Maßnahmen – unter anderem der Pflanzung einer schützenden Hecke – die Ruinen zu sichern, die 1966/67 im Gesamtbebauungsplan der Stadt als Mahnmal ausgewiesen wurden. Als solches erlangten die Frauenkirchenruinen dann in den 1980er Jahren Bedeutung im Zeichen der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“.[6]

Auch die Ruinen anderer Bauwerke in Dresden, insbesondere des Schlosses, der Semperbauten und mehrer Palais, wurden zum Teil listenreich verteidigt, immer mit dem Hinweis auf den anzustrebenden späteren Wiederaufbau. Dazu hieß es 1978 in der vom Institut für Denkmalpflege herausgegebenen Publikation „Denkmale in Sachsen“: „Bis um 1990 sollen alle noch bestehenden Ruinen historischer Bauwerke mit Ausnahme der Frauenkirche wiederaufgebaut sein.“[7] Diese Strategie der Rekonstruktion korrespondierte schon früh mit der spätestens seit 1949 vom Kalten Krieg geprägten offiziellen Darstellung der Zerstörung der Stadt als „anglo-amerikanischer Luftterror“, einem noch von der Nazi-Propaganda geprägten Begriff.[8] Dadurch erschien die Wiederherstellung gleichsam als Akt der Wiedergutmachung, als Korrektur einer illegitimen Tat. Und so fällt denn auch auf, dass in den frühen Diskussionen in Dresden, soweit sie heute noch nachvollziehbar sind, die Schuldfrage, wie sie etwa in Frankfurt am Main 1946/47 die Diskussionen um den Wiederaufbau des Goethe-Hauses oder in Köln die Debatten

5 *H. Nadler*, Sorgen um die Ruine der Frauenkirche, in: Die Dresdner Frauenkirche. Jahrbuch zu ihrer Geschichte und zu ihrem archäologischen Wiederaufbau, Bd. 5, Weimar 1999, S. 159-174, hier: 167.

6 *H. Magirius*, Der Wiederaufbau der Frauenkirche als Dokument und Monument der Geschichte Dresdens, Deutschlands und Europas, in: Denkmalpflege in Sachsen 1894-1994, 1. Teil, Weimar 1997, S. 103-116, bes. 110; *K.L. Hoch*, Zur Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerinitiative zum Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche von 1989 und des „Rufes aus Dresden“, in: Die Dresdner Frauenkirche (s. A 5), S. 251-262.

7 *H. Magirius*, Berichte: Dresden, in: Denkmale in Sachsen. Ihre Erhaltung und Pflege in den Bezirken Dresden Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Cottbus, Weimar 1979, S. 430.

8 *O.B. Rader*, „als liefe man im Traum durch Sodom und Gomorrha“. Die Bombardierung Dresdens im kulturellen Gedächtnis, in: Mythos Dresden, eine kulturhistorische Revue, Köln/Weimar 2006, S. 91-99, bes. 96; *K.S. Rehberg*, Mythische Unzerstörbarkeit durch die Katastrophe der Zerstörung. Der 13. Februar als Trauerarbeit zwischen Instrumentalisierung und Widerstand, in: Praktische Theologie. Zeitschrift für Praxis in Kirche, Gesellschaft und Kultur 40, 2005/1, S. 46-51, bes. 47 f.

über den Umgang mit den zerstörten romanischen Kirchen ganz wesentlich prägte, eine untergeordnete Rolle spielte.[9] Erinnert sei nur an Walter Dirks Text zur Wiederherstellung des Frankfurter Goethehauses, in dem er hervorhob, dass das Haus am Hirschgraben nicht durch einen Bügeleisenbrand oder einen Blitzschlag oder durch Brandstiftung zerstört worden sei, „es ist nicht ‚zufällig' zerstört worden, […] sondern dieses Haus ist in einem geschichtlichen Ereignis zugrunde gegangen, das mit seinem Wesen sehr wohl etwas zu tun hat. Es gibt Zusammenhänge zwischen dem Geist des Goethehauses und dem Schicksal seiner Vernichtung. Einige von ihnen sind mit Händen zu greifen: wäre das Volk der Dichter und Denker […] nicht vom Geiste Goethes abgefallen, vom Geist des Maßes und der Menschlichkeit, so hätte es diesen Krieg nicht unternommen und die Zerstörung dieses Hauses nicht provoziert."[10] Ähnlich eindringliche Äußerungen sucht man aus Dresden vergebens, sieht man von jener des Akademieprofessors Stephan Hirzel ab, der die Ruine der Frauenkirche, bevor sie in ferner Zukunft einem „grundsätzlichen Neubau" weichen soll, als „Mahnung an Schuld und Sühne unseres Volkes" vorerst belassen möchte, allerdings bereits die Gefahr sieht, dass man „das einstige ‚Elbflorenz' in der Form eines barocken Freiluftmuseums wieder aufleben" lassen würde.[11] Mit der Ruine, genauer der „Ruinenschönheit", befasste sich dann im Folgejahr auch der am selben Ort publizierte Beitrag des Dresdner Kunsthistorikers Eberhard Hempel, der zwar noch eine leise Melancholie anklingen lässt, der aber die Ruinen als „Zeugen großer geschichtlicher Vorgänge" begreift und sich dagegen wendet, „durch Überarbeitung und Ergänzungen möglichst den Schein (zu erwecken), als ob nichts geschehen wäre".[12] Hempels moralische Überlegungen sind zukunftsgerichtet: „Die große sozialistische Welle wird und muss die ganze Welt durchdringen. Demgegenüber wird es nicht möglich sein, unsere alten Stadtkerne mit ihren historischen Bauten auch nur zum Teil wieder aufzubauen. Dies stände nicht nur im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern auch zum Geist einer neuen Zeit, die in ihren Werken nach eigenem Ausdruck ringen muss. Die Zeugen der Vergangenheit dürfen unser Leben nicht beherrschen, aber sie müssen doch hineinwirken, da in ihnen das Fundament, auf dem auch unsere Gegenwart ruht, sichtbar wird. Deshalb sollten sie nach Möglichkeit ge-

9 Diese Beobachtung wird bestätigt durch *H. Magirius*, Erinnerungskultur und Denkmalpflege nach dem Zweiten Weltkrieg in Dresden, in: Deutung und Ideologie. Wandlungen städtischer Geschichtsbilder, Dresdner Hefte 85, 2006/1, S. 40-45, hier: 41, wenn er schreibt, es habe hauptsächlich im Westen Deutschlands eine intellektuelle Auseinandersetzung gegeben, die um die nationale Schuldfrage gekreist sei. Der Nachsatz, diese Diskussionen seien „mit negativen Vorzeichen in einer Ideologie befangen" gewesen, verkennt freilich, dass auch die Absenz einer Debatte ideologische Wurzeln haben kann.

10 *W. Dirks*, Mut zum Abschied. Zur Wiederherstellung des Frankfurter Goethehauses, in: Frankfurter Hefte 1, 1947, 819–828, Reprint in: *U. Conrads* (Hrsg.), Die Städte himmeloffen. Reden und Reflexionen über den Wiederaufbau der Untergegangenen und die Wiederkehr des Neuen Bauens 1948/49, Basel 2003, S. 156-158.

11 *St. Hirzel*, Wiederaufbau der Frauenkirche, in: Zeitschrift für Kunst 1, 1947/1, S. 48-50.

12 *E. Hempel*, Ruinenschönheit, in: Zeitschrift für Kunst 2, 1948, S. 76-91, hier: 76 f., das folgende Zitat ebda., S. 90.

pflegt und erhalten werden; sie dürfen auch einen Lebensraum beanspruchen, in dem sie sich entfalten können."

Als nächster Meilenstein in der Dresdner Rekonstruktionsgeschichte ist der Wiederaufbau der Semperoper zu nennen, der 1976 beschlossen und im Folgejahr begonnen wurde.[13] Am 13. Februar 1985 weihte man den nicht „originalgetreu" sondern angepasst an die zeitgemäßen Erfordernisse des Theaterbetriebs, aber mit nachgebildeten Oberflächen errichteten Bau ein. Zum Kontext, in dem dieses ambitionierte Wiederaufbauprojekt zu begreifen ist, gehört das politische Tauwetter nach den Ostverträgen und der dadurch ansteigende Westtourismus, ferner das im Laufe der 1970er Jahre ähnlich wie im Westen auch in der DDR gestiegene Prestige von Altstadt und Denkmalpflege, das im Europäischen Denkmalschutzjahr gipfelte. Obwohl die DDR nicht Mitglied des Europarates war und damit nicht offiziell am Denkmalschutzjahr partizipierte, verabschiedete sie just 1975 ein Denkmalschutzgesetz – in der Mitte der Dekade, in der auch in der BRD sämtliche Bundesländer den Denkmalschutz gesetzlich neu regelten. Bereits im Jahr davor hatte die erste ICOMOS-Tagung in der DDR stattgefunden; zugleich befasste sich die so genannte „Erbe-Debatte" mit der Funktion des Kulturerbes in der sozialistischen Gesellschaft und schließlich waren die mittleren 1970er Jahre auch die Zeit der sich ausbreitenden Postmoderne. So wurde parallel zur Rekonstruktion der Dresdner Semper-Oper in Frankfurt am Main – als Resultat eines Architekturwettbewerbs – die Ostzeile am Römer rekonstruiert; es folgten in Hildesheim das Knochenhauer Amtshaus, in Hannover das Leibnitzhaus etc. Und nur drei Wochen nachdem der Ministerrat der DDR die Rekonstruktion der Oper in Dresden beschlossen hatte, genehmigte er auch den Wiederaufbau des Schinkelschen Schauspielhauses am Berliner Gendarmenmarkt. Auch das war freilich keine Premiere in der Hauptstadt der DDR, war doch bereits zehn Jahre zuvor der Neubau des Kronprinzenpalais Unter den Linden in Anlehnung an die Außengestalt des kriegszerstörten Vorgängers beschlossen worden.[14] Und bald nachdem in Dresden die Bauarbeiten an der Semperoper unter Wolfgang Hänsch begonnen hatten, setzten auch die Planungen für das Berliner Nicolaiviertel (1980-87) ein, mit dem im Hinblick auf das Stadtjubiläum von Berlin ein Stück Alt-Berlin zumindest gefühlt restituiert werden sollte.[15] Bis zur Wende von 1989/90 stellte folglich Dres-

13 Bereits Mitte der 1950er Jahre ist Sempers Gemäldegalerie wiederhergestellt worden; dazu *S. Brandt*, Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum 1945-1961, Berlin 2003, S. 177-193.

14 Dazu *J. Haspel*, Rekonstruktion als städtebauliche Denkmalpflege? Das Kronprinzenpalais in Berlin, in: Rekonstruktion in der Denkmalpflege. Überlegungen – Definitionen – Erfahrungsberichte. Bonn [2]1998, S. 75-84. Haspel sieht im Kronprinzenpalais den „Leitbau rekonstruktivistischer Architekturströmungen" (ebda., S. 80). Zur Rolle der Denkmalpflege ist gerade in Hinblick auf das spätere Geschehen das von Haspel als Anhang publizierte Protokoll einer Sitzung vom Oktober 1967 interessant, das damit schließt, dass Ludwig Deiters die Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege bei der Rekonstruktion sowie der „Beschaffung von historischen Details und Plastiken dieser Stilepoche für eine Wiederverwendung beim Kronprinzenpalais" zusichert (ebda., S. 84).

15 *G. Stahn*, Das Nicolaiviertel am Marx-Engels-Forum. Ursprung, Gründungsort und Stadtkern Berlins.

den bezüglich Wiederaufbau und Rekonstruktion von kriegszerstörten Bauwerken weder in der DDR noch aus gesamtdeutscher Sicht einen Einzel- oder Spezialfall dar.[16]

3. Die Folgen der Wende in Dresden und in der Denkmaltheorie

Zu einem Spezialfall wurde Dresden erst nach der so genannten Wende, und zwar einerseits durch den auch medial optimierten Symbolgehalt, den der Aufbau der Frauenkirche in mehrfacher Hinsicht erlangte, andererseits durch die begleitende Orchestrierung dieses Wiederaufbaus mit einer größeren Zahl von anderen Rekonstruktionen und schließlich insbesondere durch die historisierenden Neuplanungen im noch immer von den Kriegszerstörungen und der Beräumung geprägten Stadtzentrum. Denn wenn vor Ort oft von der Singularität Dresdens die Rede ist: Die Einmaligkeit liegt nicht in der Qualität der im Krieg zerstörten Architektur, nicht im Grad der Zerstörung der Stadt und auch nicht in der Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer Stadt – für alle drei Faktoren ließe sich vergleichsweise auf Köln, Würzburg, Nürnberg oder Hamburg verweisen. Singulär war in Dresden lediglich die großflächige oberirdische Beräumung des Stadtzentrums, wie sie aufgrund des Zugriffs auf Grund und Boden möglich war. Vergleichbar in den Dimensionen war allenfalls die Situation in Rotterdam, wo unmittelbar nach der Zerstörung durch die Bomben der Wehrmacht im Mai 1940 das betroffene Zentrumsgebiet verstaatlicht und erst nach der Neuplanung wieder privatisiert worden ist. Wirklich einzigartig war in Dresden aber, dass im historischen Zentrum während so langer Zeit derart große Flächen unbebaut blieben und damit im Herzen einer mitteleuropäischen Großstadt noch 45 Jahre nach Kriegsende die Planungs- und Wahlmöglichkeiten entsprechend groß waren. Andernorts stellte sich im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und stellt sich heute möglicherweise noch für die eine oder andere Brache die Frage nach Art und Gestalt einer Neubebauung. In Dresden bestanden diese Wahlmöglichkeiten sowohl für große Flächen wie Alt- und Neumarkt als auch für Ruinen zahlreicher bedeutender Bauten wie Frauenkirche, Schloss, Taschenbergpalais, für das bereits im Anschluss an die Vollendung der Semperoper eine Rahmenzielstellung erarbeitet worden war, sowie für Cosel- und Kurländerpalais, um nur jene in der Altstadt zu nennen. Für sie alle stellte sich die Frage, welche Optionen möglich und wünschenswert erschienen.

Vergessen sei dabei nicht, in welchem Umfang im Dresdner Zentrum in zeitgenössischen Formen neu gebaut wurde. Dies auch bei Gebäuden, deren Rekonstruktion zumindest theoretisch machbar gewesen wäre wie bei der Synagoge. Nur wäre bei ihr eine den Bruch negierende Rekonstruktion einer nicht nur für die jüdische Gemeinde un-

Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, Berlin [2]1985.

16 Dazu auch *J. Paul*, Der Wiederaufbau kriegszerstörter Baudenkmäler in der alten Bundesrepublik Deutschland, in: Die Dresdner Frauenkirche. Jahrbuch zu ihrer Geschichte und zu ihrem archäologischen Wiederaufbau Bd. 9, Weimar 2003, S. 37-69.

möglichen Leugnung der Geschichte gleichgekommen. Übersehen seien auch jene ästhetisch gelungenen Beispiele nicht, in denen auf die Rekonstruktion verzichtet und aus dem fragmentarischen Bestand heraus erfolgreich neu gestaltet worden ist, etwa im Oktogon der Kunstakademie (der sog. „Zitronenpresse"; vgl. Abb. 2) oder im benachbarten Ausstellungsgebäude des Sächsischen Kunstvereins. Ist es aber ein Zufall, dass es sich dabei immer um Bauten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts handelt? Oder äußert sich in dieser größeren Offenheit gegenüber Gebäuden dieser Zeit eine Wertung, die ihre Kehrseite darin findet, dass auffälligerweise bei vielen Rekonstruktionsvorhaben genau diese Zeitschicht eliminiert wird?

Neben der Menge der anstehenden Aufgaben und der zum rekonstruierenden Wiederaufbau überhaupt noch zur Verfügung stehenden Ruinen bedeutender Bauwerke dürfte es, wie erwähnt, der Symbolgehalt und der mediale Status der Frauenkirche gewesen sein, durch welche Dresden paradigmatischen Status für die gegenwärtige Rekonstruktionswelle erlangte.

Auf die Fakten des Wiederaufbaus ist hier nur in aller Kürze einzugehen; sie sind vielfach kompetent und umfassend beschrieben worden.[17] Im November 1989 konstituierte sich eine Bürgerinitiative, die im Februar 1990 mit dem „Ruf aus Dresden" an die Öffentlichkeit gelangte. Bereits im März 1990 erfolgte die Gründung des „Förderkreises zum Wiederaufbau der Frauenkirche Dresden e.V.", der sich ab August 1991 dann „Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus…" nannte. Ein Jahr später entschied sich die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen mehrheitlich für die Unterstützung des Wiederaufbaus als Kirche, worauf im November als Bauherrschaft die Stiftung Frauenkirche Dresden e.V. gegründet wurde. Im September 1992 begannen die konkreten Wiederaufbauplanungen, ab Januar 1993 die Enttrümmerung der Ruine, und im Mai desselben Jahres wurde die Baugenehmigung erteilt. Im Mai 1994 erfolgte die symbolische Grundsteinlegung, im August 1996 die Weihe des Kellers als Unterkirche, im Dezember 2000 fanden die ersten Gottesdienste und Konzerte im Kirchenraum statt. Die Glocken wurden im Mai 2003 geweiht, im April 2004 der Schlussstein gesetzt und im Oktober 2005 der vollendete Bau in einem feierlichen Akt eröffnet.

Vor allem auf zwei Aspekte ist hier einzugehen: Auf die Bedeutung der Diskussionen um den Wiederaufbau der Frauenkirche für die Methodendebatte in der deutschsprachigen Denkmalpflege sowie auf die Begründung und Praxis von Rekonstruktionen. Für die denkmalpflegerische Fachdiskussion dürfte es zunächst weniger das Medienecho des Wiederaufbaus gewesen sein, das der Frauenkirche zu ihrer Bedeutung verhalf: bis die Baustelle der Frauenkirche zum weltumspannenden Medienereignis geworden war, hatte die Fachdebatte ihren Zenit bereits überschritten. Es waren wohl eher die

17 Die Dresdner Frauenkirche. Geschichte ihres Wiederaufbaus (= Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte 71), Dresden 2002 und diverse Publikationen, die anlässlich der Weihe erschienen sind, u.a.: Die Frauenkirche zu Dresden. Werden, Wirkung, Wiederaufbau, hrsg. von der Stiftung Frauenkirche Dresden, Dresden 2005.

Bedeutung der Ruine als Mahn- und damit Denkmal, die Koinzidenz mit der gesellschaftlichen Wende und der geschärfte Blick auf die damit verbundenen denkmalpflegerischen Aufgaben und Probleme, sowie nicht zuletzt das hohe persönliche und fachliche Ansehen der von Anfang an im Aufbau engagierten Sächsischen Denkmalpfleger und deren Anspruch auf einen „archäologischen Wiederaufbau", die dafür gesorgt haben, dass die Debatte um Pro und Kontra Rekonstruktion der Frauenkirche innerhalb der deutschsprachigen Denkmalpflege rasch allgemeinen Charakter erlangte. Die Debatte berührte zentrale Grundsätze und das Selbstverständnis der Disziplin, stand doch immerhin eines der Grundprinzipien der modernen Denkmalpflegetheorie zur Disposition: Das Prinzip, dem Konservieren immer den Vorzug zu geben gegenüber der stilreinen Wiederherstellung. Im Jahrzehnt nach 1900 hatte sich dieser Grundsatz zumindest in der Denkmaltheorie durchgesetzt; er gilt als konstitutiv für die moderne Denkmalpflege, die sich auf diese Weise von jener des Historismus des 19. Jahrhundert abgrenzte. Illustrierend hierzu seien nur die Statements zweier prominenter „Dresdner" zu einem der ersten Fälle zitiert, in denen es darum gegangen wäre, dieses Prinzip auch konsequent anzuwenden. Nach dem Brand der Hamburger Michaeliskirche im Jahre 1906 meinte der als „Vater der Sächsischen Denkmalpflege" gerühmte Cornelius Gurlitt über die Befürworter eines Wiederaufbaus: „Die Herren sehen nicht ein, dass sie zwar fremde Formen, nicht aber fremden Geist kopieren können"[18] Und der damals noch an der Dresdner Hochschule lehrende Fritz Schumacher, der dann 1909 als Baudirektor und Stadtplaner nach Hamburg wechselte, gab mit Blick auf den Erbauer der Michaeliskirche zu bedenken: „Und wenn Ihr seine Handschrift noch so sehr zu imitieren trachtet, schon die nächste Generation wird die gefälschten Unterschriften nicht mehr honorieren. Wenn sie richtig empfindet, wird sie keinen Respekt haben vor der Kopie; dieser Respekt lässt sich nicht zwingen, den gibt nur der echte Hauch aus einer Zeitepoche." Mit einem zweiten Argument fährt Schumacher fort: „Selbst wenn man auf diese Weise zu einem guten Resultat kommen könnte, dürfte man es nicht aus Rücksicht auf die lebende Kunst, dürfte man es nicht aus dem Stolz, den jedes Geschlecht auf seine eigene Existenz haben muss, wenn es nicht später einmal im Reigen der Entwicklung verächtlich erscheinen will. Armer Sonnin, wenn Du heute lebtest! Spätere Geschlechter kämen nicht in die Verlegenheit, ob sie ein Werk von Dir zum zweiten Mal errichten sollten, weil es nie zum ersten Male errichtet würde."[19]

Allerdings wurde die Hamburger Michaeliskirche bekanntlich dennoch unverändert wieder aufgebaut, ebenso wie dann 1947 das Frankfurter Goethehaus und zahlreiche andere kriegszerstörte Bauwerke eins-zu-eins rekonstruiert worden sind. Alle diese im Laufe des 20. Jahrhunderts entstandenen Rekonstruktionen verstand man während langer Zeit als spontan aus der unmittelbaren Konfrontation mit dem Schadensfall erklär-

18 Zitiert nach *M.F. Fischer*, Rekonstruktionen – Ein geschichtlicher Rückblick, in: *J. Haspel* (s. A 14), S. 7-15, bes. 11.

19 Ebda.

bare Ausnahmen, die eigentlich gegen den theoretischen Ansatz der Denkmalpflege ausgeführt wurden, aber als eine Art Großreparatur tolerierend zu erklären waren. Auf das Ausnahmeargument wird noch zurückzukommen sein, ebenso auf die nahe liegende Frage, ob angesichts der Menge der Rekonstruktionen nicht der Grundsatz längst zur Fiktion verkommen war.

Was im Zusammenhang mit der Frauenkirche neu war, ist das den Wiederaufbau begleitende Bemühen, das Vorgehen auch theoretisch zu rechtfertigen und die Grundsätze der konservierenden Denkmalpflege entsprechend zu revidieren. Ein Höhe- oder zumindest Siedepunkt der Debatte war 1992 erreicht mit den zehn Thesen des Regensburger Kunsthistorikers Jörg Traeger und der Entgegnung von Georg Mörsch, dem Doyen der jüngeren Denkmalpflegetheorie.[20] Jenseits methodischer Differenzen spitzte sich die Debatte zu auf die Frage, ob der Denkmalwert in der Idee oder der konkreten materiellen Substanz eines Denkmals liege. Damit wurde eine Differenz angesprochen, die sich in der europäischen Geistesgeschichte zurückverfolgen lässt bis zur Kritik an Platos „idea" in Aristoteles' Metaphysik: Liegt das Wesen der Dinge nicht in diesen selbst, sondern in ihrem idealen Sein, oder gibt es gemäß dem aristotelischen Realismus nur konkrete – dann eben an Materie gebundene – Entitäten, von denen die Allgemeinbegriffe abgeleitet sind?

Wesentlich pragmatischer war der Versuch der Landeskonservatoren von Bayern und Oberösterreich, Michael Petztet und Wilfried Lipp, an einer denkwürdigen Tagung 1993 in Passau das Problem der Rekonstruktion zu generalisieren und es als Bestandteil einer postmodernen Denkmalkultur zu fassen.[21] Zu Recht konstatierten sie, dass die Ablehnung jeglicher Nachahmung und damit einhergehend die Verpflichtung zur sichtbaren Unterscheidung von Alt und Neu die moderne Denkmalpflege mit den Reinheits- und Absolutheitspostulaten der architektonischen Avantgarde verbinde, die sich beide aus der Ablehnung des Historismus zu Beginn des 20. Jahrhundert durchzusetzen begonnen hatte.[22] Mit der Krise der Moderne im späteren 20. Jahrhundert und den Zweifeln an ihren Grundsätzen seien nun eben auch jene der modernen Denkmalpflege ins Wanken geraten. Wenn Nachahmung und Surrogat genuine Mittel der postmodernen Architektur seien, würden Rekonstruktionen in der Denkmalpflege durchaus dem Postulat der Charta von Venedig entsprechen, wonach Hinzufügungen an das Denkmal im Zeitstil zu erfolgen hätten. Die Sehnsüchte nach Historie und Erinnerung hätten

20 *J. Traeger*, Zehn Thesen zum Wiederaufbau zerstörter Architektur, in: Kunstchronik 45, 1992/12, S. 629–633; *G. Mörsch*, Zu den 10 Thesen zum Wiederaufbau zerstörter Architektur, in: ebda., S. 634–639; vgl. auch: *J. Paul*, Der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche – Kritik und Rechtfertigung, in: Dresdner Hefte 32, 1992/4, S. 35-42.

21 *W. Lipp/M. Petzet* (Hrsg.), Vom modernen zum postmodernen Denkmalkultus? Arbeitshefte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Bd. 69, München 1994.

22 Dazu zuletzt *B. Euler-Rolle*, „Moderne Denkmalpflege" und „Moderne Architektur". Gemeinsame Wurzeln, getrennte Wege?, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege 61, 2007, S. 145-161.

den Baudenkmalen Konkurrenz durch Freizeit- und Erlebnisparks, Museumsdörfer und eine sich munter der Historie bedienenden Dekorations- und Eventindustrie verschafft. Den sich darin artikulierenden Sehnsüchten habe – so eine Kernthese zum postmodernen Denkmalkultus – die Denkmalpflege aus einer Wettbewerbsperspektive entgegenzukommen, um damit den Schau- und Erlebnis-Wert der Denkmale breiten Schichten zugänglich zu machen.[23]

Diese Argumentation bezog sich auf das Rekonstruktionswesen generell und nicht explizit auf die – von Petzet und Lipp freilich durchaus mit gemeinte – Dresdner Debatte. In Dresden hätte man sich mit dieser von Ironie durchsetzten Lockerheit kaum identifizieren können, beriefen sich doch die Initiatoren des Wiederaufbaus der Frauenkirche – fern aller postmoderner Attitüden und Spielereien – mit ihrem Projekt explizit auf christliche Werte und evangelische Tradition.[24] Mit dem Wiederaufbau war die Restituierung als funktionierende Kirche angestrebt, die zum Symbol der Versöhnung und des Friedens werden sollte, „ermunternd für Gläubige, zumindest Toleranz erheischend für Ungläubige."[25] Nicht zuletzt auch aus diesem hohen und konsequent befolgten Anspruch bezog das erfolgreiche Projekt seine Kraft.[26] Daraus resultierte aber auch das Argument, es handle sich

Abb. 1: Frauenkirche zu Dresden, Nord-Süd-Querschnitt mit Ansicht der Innenausstattung der Ostseite von A. Kiesling / W. Trede, aus: Kirchen in Dresden – Verlorenes und bewahrendes Erbe, Kalender 2007 des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen.

23 Zur Diskussion dieser Positionen vgl. *H.R. Meier / Thomas Will*, Dehio 2000! Paradigmenwechsel in der modernen Denkmalpflege?, in: ZeitSchichten. Erkennen und Erhalten – Denkmalpflege in Deutschland, hrsg. von *I. Scheurmann*, München/Berlin 2005, S. 320–329.

24 *K.L.Hoch* (s. A 6); *H.J. Jäger*, Die Bürgerinitiative „Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden e.V.", in: Dresdner Hefte 32, 1992/4, S. 97-101; *L. Güttler / H.J. Jäger*, Die Bürgerinitiative für den Aufbau der Frauenkirche zu Dresden, in: Die Dresdner Frauenkirche. Jahrbuch zu ihrer Geschichte und zu ihrem archäologischen Wiederaufbau, Bd. 7, 2001, S. 195-211.

25 *H. Magirius* (s. A 6), S. 113.

26 Das ist auch ein Grund, warum zu vermuten ist, Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee täusche sich,

um einen Sonderfall, der gerade wegen seiner Symbolkraft nicht mit anderen Rekonstruktionsvorhaben zu vergleichen sei.[27] Diese Singularität wurde weiter genährt durch den handwerklichen Perfektionismus der Aufbauarbeiten sowie durch die quasi weltweite Anteilnahme am Dresdner Geschehen.

4. Kontexte der Frauenkirche

In gewisser Weise erinnert der Wiederaufbau der Frauenkirche daher an die Ereignisse im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit dem ersten Deutschen Nationaldenkmal: dem Weiterbau des Kölner Domes.[28] Es ging dort zwar nicht um den Wiederaufbau nach einer Zerstörung, sondern um die Fertigstellung in historischen Formen nach mehr als 350 Jahren Bauunterbrechung. Auch das damalige Baugeschehen lebte von seiner ungeheuren Symbolik, davon, dass es als Projektionsfläche für politische Wünsche diente und im In- und Ausland Begeisterung entfachte. Am Beginn stand als Auslöser der Planungen ebenfalls eine politische Wende: die Befreiungskriege mit dem Sieg über Napoleon und damit verknüpfte Hoffnungen auf ein erneuertes vereinigtes deutsches Vaterland. Erstmals explizit formulierte dies Josef Görres in einem Aufsatz im „Rheinischen Merkur" von 1814.[29] Damals zog sich freilich alles noch sehr viel länger hin; Baubeginn war erst 1842 und bis zur Weihe 1880 vergingen nochmals fast vier Jahrzehnte, in denen sich die politische Bedeutung des Bauwerks gründlich änderte. Aber vor allem in der Frühzeit, den 1840er Jahren, wurde der Bau ideell und materiell getragen von über siebzig Dombauvereinen in allen deutschen Ländern und im Ausland. Und wie George Bährs Frauenkirche an der Elbe als Ideal evangelischer Barockbaukunst interpretiert wird, wurde im 19. Jahrhundert der Dom am Rhein zum katholischen Idealbau der Gotik stilisiert. Beide Bauvorhaben, die Vollendung des Kölner Domes und der Wiederaufbau der Frauenkirche, erlangten daher den Status der Einzigartigkeit – und doch wirkten beide zugleich als Auslöser oder zumindest Förderer von zahlreichen Nachfolgeunternehmen. Im 19. Jahrhundert waren dies, um nur

wenn er hofft, der Neubau des Berliner Schlosses würde von einer ähnlichen Sympathiewelle getragen, wie der Aufbau der Frauenkirche. Zur nicht hinreichenden Mobilisierung des Spendenaufkommens in Potsdam nun auch *K.S. Rehberg*, Nostalgischer „Historismus" als ästhetische Stabilisierung in unsicheren Zeiten?, in: Historisch contra modern? Erfindung oder Rekonstruktion der historischen Stadt am Beispiel des Dresdner Neumarkts, hrsg. von der Sächsischen Akademie der Künste und dem Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Dresden, Dresden 2008, S. 145-153, bes. 150 f.

27 Berechtigterweise darauf insistierend: *H. Magirius* (s. A 6), S. 112 f.; *ders.*; Frauenkirche in Dresden – Ruine oder Wiederaufbau?, in: Vom Umgang mit kirchlichen Ruinen. Symposium und Ausstellung, Denkmalpflege Hamburg Heft 8, Hamburg 1992, S. 9-23, bes. 17.

28 Der Kölner Dom im Jahrhundert seiner Vollendung. Ausstellung der Historischen Museen in der Josef-Haubrich- Kunsthalle Köln, 16. Oktober 1980 bis 11. Januar 1981, 2 Bde., hrsg. von *H. Borger*, Köln 1980. Den Vergleich erwähnt mit etwas anderer Ausrichtung bereits *St. Hirzel* (s. A 11), S. 50.

29 *B. Wacker*, Der Traum vom Nationaldenkmal. Joseph Görres und sein Aufruf zur Domvollendung vom 20. November 1814, in: Kölner Domblatt 2004. Jahrbuch des Zentral- Dombau-Vereins 69, 2004, S. 75-100.

drei Beispiele zu nennen, der Weiterbau am Ulmer Münster (schon ab 1844), oder als spätes und Dresden nahes Beispiel die Doppeltürme der Görlitzer Peter- und Paulskirche (geplant ab 1862, vollendet 1891) und des Doms zu Meißen (1902-05). Heute sind die Potsdamer Garnisonskirche, die diversen Schlossbauvorhaben und die zahlreichen anderen Rekonstruktionsbegehren zu nennen, die sich explizit oder implizit auf die Frauenkirche berufen.

Diese Ambivalenz von Sonderfall und Vorbild ist bemerkenswert und wohl eines der grundsätzlichen Probleme der Rekonstruktion von Bauwerken. Im speziellen Einzelfall ist diese oder jene Maßnahme gut begründ- und nachvollziehbar; der jeweils ganz spezifische und die Begründung stützende Kontext ist aber offensichtlich kaum zu vermitteln, weckt doch das fertige Produkt Wünsche und Begehrlichkeiten, die nicht mehr nach den genaueren Umständen fragen, in denen das „Vorbild" erstanden ist. Das neu erstandene Werk steht dann für sich und ermöglicht neue Interpretationen und Sichtweisen.

Aber nicht nur in der Außenwirkung werden Ambivalenzen sichtbar: Auch die Handelnden scheinen beim Rekonstruieren von immer neuen Ansprüchen und Wünschen getrieben, die oft als so genannte Sachzwänge wahrgenommen werden. Es ist das, was Heinrich Magirius treffend als die ästhethische Seite des Drangs nach Perfektion bezeichnete,[30] was sich aber aus der Distanz auch als Zwiespalt zwischen einstigem Anspruch und Resultat offenbart. Erinnert sei an das Zitat von Hans Nadler, der in den 1950er Jahren festhielt, die technischen Voraussetzungen seien gegeben, um die Frauenkirche nach archäologischen Prinzipien wiederherzustellen und das äußere Erscheinungsbild in der alten Form wiederzugewinnen, doch werde wegen der völligen Zerstörung der Inneinrichtung die Gestaltung des Innenraums eine eigene künstlerische Aufgabe werden müssen.[31] Diese Aufgabe hat man in durchaus eigenwilliger Weise gelöst. Beschränken wir uns hier auf die Ausmalung der Kuppel: Die 1734 fertig gestellte Erstausmalung durch den venezianischen Theatermaler Giovanni Battista Grone war vor 1945 insgesamt vier Mal tiefgreifend restauriert und den jeweils gerade zeitgemäßen Vorstellungen angepasst worden.[32] Die letzte, bereits erwähnte Erneuerung von 1940-43 ist verhältnismäßig gut dokumentiert durch die 1943 von Hitler in Auftrag gegebene Farbdiakampagne, mit der die monumentale Wandmalerei im Reich vor der einkalkulierten Zerstörung zu dokumentieren war.[33] Allerdings entsprachen diese Bilder nicht den Vorstellungen von Barockfresken des Jahres 2000, weshalb die „künstlerische

30 *H. Magirius*, Der archäologische Wiederaufbau der Frauenkirche – Idee und Verwirklichung, in: Dresdner Hefte 71, 2002/3, S. 4-15, bes.: 6.

31 Ebda.

32 *H. Magirius* (s. A 4), S. 257 ff.

33 Dazu *J. Tietz*, Bild oder Substanz. Zur aktuellen Rekonstruktionsdebatte am Beispiel der Kuppelmalereien der Dresdner Frauenkirche, in: „Führerauftrag Monumentalmalerei". Eine Fotokampagne 1943-1945, hrsg. von *Chr. Fuhrmeister et al.*, Köln/Weimar 2006, S. 221-231.

Aufgabe", mit der man nun Christoph Wetzel betraute, in einer, wie es genannt wird, „Nachempfindung" des vermuteten barocken Zustands bestand.

Eine Begründung findet dieses Vorgehen in Magirius' Diktum, es sei darum gegangen, den „Zugriff von Architekten der Gegenwart" abzuwehren, die „dem Bau und vor allem dem Innenraum ihren eigenen Stempel" aufdrücken wollten.[34] Fritz Schumachers zweites Argument gegen die Rekonstruktion der Michaeliskirche wird damit gezielt umgedreht. Daraus spricht ein wohl auch generationsbedingtes Grundmisstrauen gegen Architekten und zeitgenössische Architektur, das genährt wird durch die jahrzehntelange Erfahrung, dass der Zugriff der Gegenwart in der Regel mit dem Verlust der Reste der Vergangenheit einher ging und geprägt scheint von einer expliziten Distanz gegenüber der Welt des proklamierten Fortschritts.

Das ist aus der persönlichen Biographie verständlich und nachvollziehbar – und doch bleibt die Frage, wer sonst den Bauten seinen Stempel aufdrückt. Die „Geschichte" kann es nicht sein und ob Historiker tatsächlich die besseren Architekten sind, wie es – die wohl nicht von den Verfassern kreierte – Überschrift eines Artikels von Gerhard Glaser und Magirius suggeriert, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden.[35] Es sind letztlich immer Entwurfsentscheide, die einem Neubau die Form geben. Gerade die verschiedenen Erneuerungen der Ausmalung der Frauenkirchenkuppel zeigen nicht zuletzt das, was die Historismus-Kritik seit Marx und Nietzsche immer wieder hervorgehoben hat: dass sich die Zeitgenossenschaft auch dann offenbart, wenn man versucht, ihr zu entfliehen und sie historisch zu kostümieren. Auch die 2005 geweihte Frauenkirche wird davor nicht gefeit sein.

Was sich aber auch zeigt: Aus der Frage nach Sinn und Berechtigung von Rekonstruktionen resultiert umgehend die Frage danach, wie wieder errichtete „historische Gebäude" aussehen sollen. Dabei ist zumindest kurz auf jenes Objekt einzugehen, das Mitte der 1990er Jahre, als die Debatte über pro und kontra Wiederaufbau der Frauenkirche längst entschieden war, noch einmal die Emotionen hoch kochen ließ und dadurch zu Dresdens Ruf als Rekonstruktionsmetropole beigetragen hat: Das Residenzschloss, in Zusammenhang mit dessen Rekonstruktion Falk Jäger1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von „Erfindung der Geschichte" sprach und damit heftige Reaktionen provozierte.[36] Auch in diesem Fall soll nicht der Konflikt nachgezeichnet, sondern nur ein Teilbereich rekapituliert werden, damit das Problem sichtbar wird.

Wie erwähnt, hatte die Dresdner Denkmalpflege seit Kriegsende die Schlossruine listen- und erfolgreich verteidigt; seit 1960 wurde konkret über das Rekonstruktionsvorhaben nachgedacht und dabei wurden verschiedene Konzeptionen durchdisku-

34 *H. Magirius* (s. A 29), S. 6.

35 *G. Glaser/H. Magirius*, Historiker sind die besseren Architekten. Wie soll das Dresdner Schloss restauriert werden? – Eine Entgegnung, in: F.A.Z. Nr. 52 vom 02.03.1995, S. 37.

36 *F. Jäger*, Die Erfindung der Geschichte. Bedenkliches geschieht beim Wiederaufbau des Dresdner Schlosses, in: F.A.Z. Nr. 30 vom 04.02.1995.

Abb. 2:
Ästhetische und funktionale Qualität ohne Rekonstruktion: Das Ausstellungsoktogon der Hochschule für Bildende Künste Dresden, 1999/2000 saniert durch Pfau Architekten Dresden (Foto: *Pfau Architekten Dresden*).

tiert.[37] Das Schloss war 1889-1901 zum letzten Mal umfassend erneuert worden, wobei man die Fassaden mit einer historistischen Neurenaissance-Dekoration vereinheitlichte. Im Krieg wurde ein Großteil dieser Oberflächen zerstört. Das veranlasste die Verantwortlichen, im großen Schlosshof „auf das sechzehnte Jahrhundert zurückzugehen",[38] wofür stark geschädigte Reste jüngerer Anbauten zu opfern waren. Mitte des 16. Jahrhunderts hatte der Innenhof durch oberitalienische Künstler ein ungewöhnlich reiches Bildprogramm in Sgraffitto-Technik erhalten, das allerdings bereits 1701 bei einem Grossbrand zerstört worden war. Dementsprechend hat man nur ungenaue Vorstellungen vom einstigen Programm, die Magirius wie folgt charakterisiert: „Von der Entfaltung einer Welt von Bildern und Bildwerken an den Fassaden des Dresdner Schlosses kann man sich heute nur noch schwer eine Vorstellung machen. Stiche und Gemälde des 17. Jahrhunderts geben davon eine Andeutung, aber schon den Chronisten dieser Zeit war Bedeutung und Sinn dieser Bilderfülle nicht mehr recht verständlich. Die vorhandenen Unterlagen würden wohl selbst bei Aufwendung vieler gelehrter Mühe nicht ausreichen, die geistige Konzeption zu ergründen, geschweige denn, ihre künstlerische Aussage zu würdigen."[39]

37 *G. Glaser*, Die denkmalpflegerische Konzeption zum Wiederaufbau des Residenzschlosses in Dresden, in: Denkmalpflege in Sachsen (s. A 6), S. 157-182; vgl. auch *A. Hubel*, Vom Umgang mit dem Original. Überlegungen zur Echtheit von Kunstwerken, in: *ders.*, Kunstgeschichte und Denkmalpflege. Ausgewählte Aufsätze. Festgabe zum 60. Geburtstag, hrsg. von *A. Fink, Chr. Hartleitner-Wenig* und *J. Reiche*, Petersberg 2005, S. 291-320, bes. 314 ff.

38 *G. Glaser/H. Magirius* (s. A 35).

39 *H. Magirius*, Das Schloss im Zeitalter der Renaissance – Die bildkünstlerische Ausgestaltung der Fassaden des Schlosses, in: Das Dresdner Schloss – Monument sächsischer Geschichte und Kultur, Dresden [3]1992, S. 74.

Dennoch sind seit 1991 freie Nachschöpfungen in Sgraffito-Technik entstanden, deren Programm und Motive nach diversen Vorlagen frei kompiliert wurden. Glaser und Magirius schreiben in ihrer Replik auf Jägers Vorwurf von der „Erfindung der Geschichte" dazu: „Natürlich ist das kein denkmalpflegerischer Akt. Eine solche Fassadenbekleidung wird sich allein aus ihrer künstlerischen Bewältigung rechtfertigen. Tut sie es nicht, kann die Großprobe jederzeit übertüncht [...] werden. Sie steht, um zu sehen, ob der Gedanke trägt."[40]

Wie aber vermittelt man der breiten Öffentlichkeit, dass es sich hierbei nicht um eine Rekonstruktion handelt – zumal wenn etwa Matthias Zahn in seinem instruktiven Beitrag in den Dresdner Heften von der „Rekonstruktion der Renaissancegraffiti" berichtet –,[41] und wie, dass es sich schon gar nicht um Denkmalpflege, sondern um einen Großversuch handelt, der allerdings von Denkmalpflegern geleitet wird? Das sind keine rhetorischen Fragen, sondern solche, die aus der alltäglichen Erfahrung mit den Schwierigkeiten der Denkmalvermittlung resultieren.

5. Homogenisierung

Rekonstruktion selektiert.[42] Die Selektion ist ein Problem jedes restaurierenden Handelns am Denkmal: fast immer ist zu entscheiden, was zu tun ist und damit auch, was zu belassen und was aufzugeben ist.[43] Je großräumiger und konsequenter dabei die Vereinheitlichung in Formen einer vergangenen Epoche angestrebt wird, desto auffälliger wird die Konstruktion einer in aller Regel so nie dagewesenen Harmonie zu Lasten der vielfältigen und widerspruchsreichen Geschichte.

Das zeigt sich auch am Dresdner Neumarkt, wo nach dem Wiederaufbau der Frauenkirche nun auch ihr städtebauliches Umfeld stilgerecht – wenn auch nur bezogen auf die äußere Hülle – rekonstruiert werden soll (vgl. Abb. 3).[44] Möglicherweise war die Festlegung und Rekonstruktion von so genannten Leitbauten tatsächlich eine Voraussetzung, um die Investoren zur Kleinteiligkeit zumindest der Fassaden zu zwingen und damit eine der Situation angemessene Maßstäblichkeit erreichen zu können.[45] Wenn dabei

40 *G. Glaser / H. Magirius* (s. A 35).

41 *M. Zahn*, Die Rekonstruktion der Renaissancegraffiti im Großen Schlosshof, in: Dresdner Heft 38, 1994/2, S. 82-89.

42 Vgl. die anschauliche Schilderung der notwendigen Entscheidungs- und Selektionsprozesse bei der Rekonstruktion des Taschenbergpalais: *G. Glaser*, Das Taschenbergpalais zu Dresden, in: Rekonstruktion in der Denkmalpflege (s. A 14), S. 87-91.

43 *H.R. Meier*, Konservatorische Selektion von Denkmalschichten, in: Das Denkmal als Fragment – Das Fragment als Denkmal. Denkmale als Attraktionen. Arbeitsheft 21 des Landesamtes für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Stuttgart 2008, S. 355-362.

44 Dazu zuletzt Historisch contra modern? (s. A 26); vgl. auch die einschlägigen (und kontroversen) Beiträge von Tristan Weddigen und Jürg Sulzer in *S. Brandt / H.R. Meier* (Hrsg.), Stadtbild und Denkmalpflege. Konstruktion und Rezeption von Bildern der Stadt, Berlin 2008.

45 Kritisch dazu *A. Menting*, Irritation Leitbau. Ein Kommentar zum Konzept der Neumarktbebauung, in:

Abb. 3: Neubau der Altstadt im Schatten der Frauenkirche: Dresdner Neumarkt, April 2007 (Foto: *H.R. Meier*).

aber mit dem Hotel de Saxe ein Bau neuerdings wieder errichtet wurde, der keineswegs dem Krieg zum Opfer gefallen, sondern bereits im 19. Jahrhundert abgebrochen und durch einen historistischen Neubau ersetzt worden war, zeigt sich auch, dass es weniger um Rekonstruktion, sondern um die Konstruktion eines Wunschbildes jenseits historischer Realität geht.[46] Wie sehr dabei das Verlangen nach Einheit und Homogenität mit dem Ausschluss alles Abweichenden und Anderen einher geht, zeigten erschreckend anschaulich der Fanatismus und die Intoleranz, welchen Exponenten anderer Vorstel-

Historisch contra modern? (s. A 26), S. 24-27.

46 *G. Lupfer*, Dresdner Imitationen im Schatten der Frauenkirche. Vom Historischen Neumarkt zu den Sandstein-Tapeten am Altmarkt, in: *B. Klein/P. Sigel* (Hrsg.), Konstruktionen urbaner Identität. Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart, Berlin 2006, S. 33-48; *H.R. Meier*, Stadtentwicklung zwischen Denkmalpflege und Geschichtsfiktion, in: ebda., S. 161-174. Grundsätzlich dazu die Differenzierung zwischen „History" und „Heritage" bei *G. Lowenthal*, The Past is a Foreign Country, Cambridge/MA 1985.

lungen in den öffentlichen Diskussionen zur Bebauung des Dresdner Neumarkt in den letzten Jahren ausgesetzt waren.

Aus der Sicht der Denkmalpflege scheint mir noch etwas Anderes bedenklich: Die neuen „historischen" Gebäude sind so ungemein praktisch und benutzerfreundlich, dass die alten Überreste dagegen als eher störend abfallen: So mussten die Reste des wirklich „historischen Neumarkts" den Tiefgaragen der Nachbauten weichen, und so dämmert einige hundert Meter vom neubarocken Hotel de Saxe das wirklich barocke Hotel Stadt Leipzig seinem Ende entgegen, da es niemals so leicht modernen Konsumbedürfnissen angepasst werden kann wie ein Neubau. Im seltsamen Gleichschritt schreitet mit der oberirdischen Rekonstruktion verlorener Gebäude die Elimination der unterirdischen Reste der alten Stadt einher. Man kann von einer zweiten Enttrümmerungswelle sprechen, denn dieser Furor des Bereinigens von störenden Fragmenten und der uneingeschränkten Nutzbarmachung für gerade aktuelle Bedürfnisse ist nicht auf den Neumarkt beschränkt, wo dieses Vorgehen immerhin noch intensiv und kontrovers diskutiert wurde. Dagegen hat man jüngst am Altmarkt die Überreste des ältesten Dresdner Ratshauses zusammen mit den Bebauungskanten des barocken Platzes in aller Stille zugunsten einer Tiefgarage „archäologisch entsorgt".

Interessant wird auch sein, wie zukünftige Generationen mit den Rekonstruktionen und historisierenden Neubauten von heute umgehen werden: wird man sie wie die Bauten des Historismus des 19. im 20. Jahrhundert als ungeliebte Denkmale missachten? Oder wird man sie im Sinne der konservierenden Denkmalpflege, d.h. unter Wahrung der Spuren der Zeit – und damit als authentische Zeugnisse der Bau- (d.h. Rekonstruktions-)zeit – pflegen, sich dadurch aber auch mit dem sehr unterschiedlichen Alterungsverhalten der verwendeten Materialien beschäftigen müssen? Oder werden diese Bauten immer von neuem auf „alt" erneuert und damit gewissermaßen zu Untoten, zu Zombies des Barock?

6. Schluss: Rekonstruktion und Reduktion

Abschließend nochmals zurück zu den Eingangsfragen, wie Dresden zum umstrittenen Paradigma für bauliche Rekonstruktionen wurde und ob sich die vielen Initiativen, die sich gegenwärtig den Neubau verlorener Bauten auf die Fahne geschrieben haben, zu Recht auf Dresden beziehen?[47] Zu letzterem ist zu bemerken, dass mit den hier besprochenen Rekonstruktionen – anders als im Falle des Berliner Schlosses und anders als es beim Nürnberger Pellerhaus, der Nationalbibliothek in Bratislava und andernorts gefordert wird – keine Zerstörung eines am Ort bestehenden denkmalwürdigen Gebäudes verbunden ist. Das gilt zumindest, wenn man nur das aufgehende Mauerwerk in Betracht zieht und die unterirdischen Reste ausblendet, und es gilt, wenn man

47 Dazu jetzt auch *K.S. Rehberg* (s. A 26).

die Provisorien, denen die Totalrekonstruktion droht, nicht weiter in Betracht zieht.[48] Es ist in der Tat so, wie Glaser und Magirius auf Jägers Versuch, einen Ost-West-Gegensatz zu konstruieren, entgegneten: „Der einzige Unterschied besteht darin, dass in Dresden im Gegensatz zu westlichen Städten noch Kriegsruinen von hoher geschichtlicher Bedeutung vorhanden sind, es also Probleme zu lösen gilt, die anderswo schon längst – recht oft auch in dem von uns angestrebten Sinn – gelöst sind."[49] Nur sind es neben der Menge und der Bedeutung der anstehenden Aufgaben eben nicht zuletzt Zeitpunkt und Kontext, in denen diese Aufgaben zu lösen sind, die letztlich die Sicht auf diese Lösungen und deren Beurteilung prägen. Gut zwei Generationen nach den Zerstörungen sind die Erinnerungen, auf die man die Rekonstruktionswünsche häufig abstützt, von einer entsprechend langen Rezeptionsgeschichte geprägt. Die Baumaßnahmen fallen in eine Zeit der neuen Suche nach Bedeutungen, der Re-Semantisierung von Architektur, eine Zeit, in der dem „Gegenwartswert" der Denkmäler eine solche Bedeutung für die sich neu formierende Gesellschaft zukommt, dass der „Alterswert" dabei in den Hintergrund gedrängt wird.[50] Das bedeutet aber nicht nur retrospektiv sondern auch prospektiv eine Einschränkung der Denkmalwerte. Die Sperrigkeit und Vielschichtigkeit von Denkmalen wird unter Wahrung des Scheins den sich rasch wandelnden Gegenwartsbedürfnissen angepasst. Zukünftige Möglichkeiten werden damit recht eigentlich verbaut. Es ist die Crux aller Rekonstruktionen, dass der Schritt vom Einzelfall, der begründbar und mit den Grundsätzen der Denkmalpflege bis hin zur Charta von Venedig in Einklang zu bringen ist, zum Massenphänomen jeweils ebenso kurz wie in gewisser Weise unvermeidlich zu sein scheint. Die damit einher gehende Verengung der Perspektiven bezieht sich nicht allein auf die Vermittlung an die Öffentlichkeit, sondern gilt auch für das Handlungsspektrum der Akteure.

48 Die rekonstruierende Zerstörung des bedeutendsten „Provisoriums", der Kreuzkirche, ist vorerst abgewendet, dazu *Th. Will*, Aus der Not eine Tugend. Die Dresdner Kreuzkirche und ihr ‚provisorischer' Wiederaufbau nach dem Krieg. Eine Denkschrift aus aktuellem Anlass, Dresden 1998; *ders*., Provisorien des Wiederaufbaus. Probleme ihrer Bewertung, mit einer Fallstudie zur Dresdner Kreuzkirche, in: *V. Hammerschmidt/E. Schmidt/Th. Will* (Hrsg.), Dokumente und Monumente. Positionsbestimmungen in der Denkmalpflege, Dresden 1999, S. 59-80 und zuletzt *Th. Will*, Verfremdung und Geborgenheit. Anlässlich der Modernisierung der Dresdener Kreuzkirche, in: *M. Wohlleben* (Hrsg.), Fremd, vertraut oder anders? Beiträge zu einem denkmaltheoretischen Diskurs, München/Berlin 2009, S. 73-89. Akut bedroht ist gegenwärtig das Palais im Großen Garten, dessen eindrücklicher als Fragment erhaltener Festsaal einer Hochglanzrekonstruktion weichen soll, die unweigerlich mit einem weiteren Verlust an Originalsubstanz verbunden sein wird. Dazu *J. Tietz*, Provisorium mit Aura, in: Deutsches Architektenblatt 2007/9, S. 22 f.

49 *G. Glaser/H. Magirius* (s. A 35). Einen Ost-West-Gegensatz hatte freilich auch Magirius selber mehrfach postuliert, vgl. z.B. *H. Magirius* (s. A. 27), S. 17.

50 Vgl. *B. Störtkuhl*, Geschichte der Baudenkmalpflege zwischen Wissenschaft und Ideologie, in: *dies*. (Hrsg.), Architekturgeschichte und kulturelles Erbe – Aspekte der Baudenkmalpflege in Ostmitteleuropa, Bern 2006, S. 9-56.

Johann Jessen / Jochem Schneider

Wohnscheiben, Bürotürme, Schulzentren und andere Altbauten

Neue städtebauliche Schwerpunkte für Umnutzung und Umbau

1. Einführung

Der Trend ist bekanntlich eindeutig: der Schwerpunkt der Bauinvestitionen liegt im Bestand. Im Jahre 2007 gingen 74 % der Wohnungsbauinvestitionen in den Gebäudestock, im Jahre 2000 waren es noch 58 %.[1] Das Spektrum baulicher Veränderungen des Bestands ist breit und die Übergänge zwischen Umnutzung, Umbau und Modernisierung sind fließend. Die Statistik erlaubt keine Aufschlüsselung. Umnutzung und Umbau sind schon lange ein etabliertes Geschäftsfeld der Immobilienbranche, die sich die Ausdifferenzierung der Nachfragen und Bedarfe von Institutionen, Unternehmen und privaten Haushalten zu nutze macht. Entsprechend gibt es inzwischen kaum eine Bauaufgabe, für deren Lösung die Umgestaltung bestehender Substanz nicht eine realistische Option bildet. Allenfalls für komplexe, hoch spezialisierte Raumprogramme wie Forschungslabors oder Fachkliniken mag ein Neubau zwingend erforderlich sein. Ansonsten schließen weder technische, noch ökonomische, noch kulturelle Barrieren Bestandslösungen aus – im Gegenteil – für viele Nutzer sind sie attraktiver geworden: Der intelligente Umgang mit dem Alten gilt als Ausweis von Innovation und Dynamik.

Der Beitrag, der sich auf eine Studie im Auftrag der Wüstenrot Stiftung stützt, verfolgt die Veränderungen in der Praxis der Umnutzungen und Umbauten in den letzten zehn Jahren und beschreibt Schwerpunkte bei Interventionen in den städtebaulichen Bestand.[2] Wo liegen Kontinuitäten, wo zeigt sich Neues – im Kontext der Stadtentwicklung, in Struktur und Standort des veränderten Baubestands und in den Programmen?

Bei Umbau und Umnutzung geht es meist nicht mehr nur um alte, gar bauhistorisch bedeutende Bausubstanz. Vielmehr steht in Deutschland und Europa der gesamte Gebäudebestand auf dem Prüfstand, der zwischen 1950 und 1980 gebaut wurde: Woh-

1 Vgl. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung,* Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe. Berechnungen für das Jahr 2007. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung, Kurzfassung Berlin 2008, S. 4.

2 Vgl. *J. Jessen / J.Schneider,* Umbau und Umnutzungen im Bestand - Neuere Tendenzen in Deutschland und Europa, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), Umbau im Bestand, Stuttgart 2008, S. 38-81.

nungen (Eigenheime wie Sozialwohnungen), Büro- und Gewerbebauten, Kaufhäuser, soziale Infrastruktur (Schulen, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten, Bürgerhäuser) und technische Infrastruktur (Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen, Kläranlagen, Verkehrsbauten usf.). Dessen Umstrukturierung ist in vollem Gange, und ob umgenutzt, umgebaut oder abgerissen und neu gebaut, modernisiert oder instand gesetzt wird, ist zunächst meist Resultat von schlichten Kostenkalkülen. Jenseits des wirtschaftlichen Pragmatismus können ökologische Kriterien die Entscheidung für den Umbau verstärken, und es deuten sich auch kulturelle Neubewertungen des Gebäudebestandes an. Der Denkmalschutz, dessen Belange bei dem Umbau der Objekte aus vergangenen Jahrhunderten oft zentral waren, hat beim Umbau der Bestände aus den „Boomjahren" einen schweren Stand und ist derzeit um Positionsbestimmung bemüht.[3] Die Bausubstanz dieser Epoche bietet so auch Raum für neue konzeptionelle und ästhetische Konzepte des architektonischen Umgangs mit dem Bestand.[4]

Die Stadtentwicklung, die sich stärker am Erhalt und an der Umnutzung gebauter Substanz orientiert, ist eng verknüpft mit dem Wandel im Städtebau von der Flächensanierung zur erhaltenden Erneuerung Anfang der 1970er Jahre. Denkmalschutz, Stadtbildpflege und die Verbesserung der Versorgungsverhältnisse für die Bewohner in den Sanierungsgebieten waren die Ziele der Umnutzung, die Altstadtkerne und innenstadtnahen Wohnquartiere des 19. Jahrhunderts ihre Orte. Es folgten in den 1980er Jahren die Programme zur Dorferneuerung und zur Nachbesserung von Großsiedlungen. Kurz darauf wandte man sich den Umstrukturierungen der Industrie-, Hafen- und Verkehrsbrachen zu – und seit Beginn der 1990er Jahre auch den ehemals militärisch genutzten Arealen. Damit wurden die Umnutzung und der Umbau des Bestandes in gesamtstädtische Strategien der Innenentwicklung eingebunden.

Was kommt nun? Während bei den Umstrukturierungen innerstädtischer Industrieflächen und Kasernenareale die begonnenen Projekte allmählich zu einem Ende gebracht werden, zeigen sich neue Potenziale, die auch von strategischer Bedeutung für Stadt- und Quartiersentwicklung sein werden: die Stadtgebiete und Gebäude, die zwischen 1950 und 1980 errichtet wurden. Viele Bauten sind abgeschrieben und sanierungsbedürftig, sie genügen nicht mehr den heutigen Standards der Bautechnik und des Komforts; sie müssen an veränderte Bedarfe angepasst werden. Auffallend ist, dass die aktuellen Abrisse und Umgestaltungen der gebauten Erzeugnisse dieser Epoche sich vielfach geräuschlos vollziehen – ohne größere öffentliche Resonanz oder gar bür-

3 **Vgl. grundsätzlich zur Problematik** *Ch. Heuter,* Zu nahe dran? Bauten der 1960er Jahre als Herausforderung für die Denkmalpflege, in: *A. von Buttlar / Ch. Heuter* (Hrsg.), denkmal! moderne. Architektur der 60er Jahre. Wiederentdeckung einer Epoche, Berlin 2007, S. 28 f.

4 **Vgl.** *J. Jessen / J. Schneider,* Umnutzung im Bestand. Städtebau –Programm – Gestalt, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), Umnnutzungen im Bestand. Neue Zwecke für alte Gebäude, Stuttgart / Zürich 2000, S. 14 ff. und *S. Krämer / G. Kuhn*, Umbau – Chancen für Transformation und neue Nutzungen, in: *Wüstenrot-Stiftung* (s. A 2), S. 82 ff.

gerschaftlichen Protest. Immer schneller und mit immer kürzeren Halbwertszeiten gerät ein Gebäudebestand aus den letzten Jahrzehnten in den Erneuerungszyklus, der als architektonische „Massenware" meist wenig Wertschätzung erfährt. Davon erfasst werden nicht nur die Serienprodukte wie Mietwohnungen, Bürohäuser oder Gewerbebauten, sondern auch sperrige Unikate wie Kraftwerke, Kaufhäuser, Kirchen oder Stadtautobahnen. Nur vereinzelt gibt es Klagen von Denkmalschützern, wenn ein Bau unter die Spitzhacke kommt, der unter Verdacht steht, ein architektonisch bedeutendes Zeitzeugnis dieser Epoche zu sein. Wichtige Umbaupotenziale liegen zukünftig in den alten Stadterweiterungsgebieten, in den Großsiedlungen ebenso wie in Eigenheimsiedlungen. Auch die Erneuerung des umfangreichen Bestands an Bürobauten, meist in der Innenstadt gelegen, aus der gleichen Epoche steht an. Mit der Reorganisation staatlicher und kommunaler Aufgaben wird auch die bauliche Transformation der öffentlichen Infrastruktur zu einer zentralen Aufgabe.[5]

2. Großsiedlungen – Abbruch und Aufbruch

Inzwischen sind die Stadterweiterungen der 1950er bis 1970er Jahre Altbaugebiete, im Westen (von Bremen Neue Vahr bis München Neu-Perlach) wie im Osten (von Rostock Lütten-Klein bis Leipzig Grünau). Gemeinsam ist ihnen nicht nur der annähernd gleiche Entstehungszeitraum, sondern auch die städtebauliche Grundkonzeption: Trabantenkonzept, Funktionstrennung, Trennung der Verkehrsarten und Netze, Zeilenbebauung, fließende Freiräume. Strukturelle Eingriffe in die betagte Bausubstanz und die veraltete Quartiersinfrastruktur sind erforderlich, um die Quartiere in die Stadt und die Wohnungen wieder in den Markt zurück zu holen oder dort zu halten. Das Wohnungsangebot entspricht oft nicht mehr der Nachfrage, die Erschließung ist überdimensioniert, die öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen sind abgenutzt und nicht mehr zeitgemäß, der Ruf ist meist ramponiert. In Stadtregionen mit entspannten Wohnungsmärkten konzentrieren sich dort häufig die Leerstände. Die besondere Herausforderung im Umbau dieser Siedlungen liegt darin, dass in der Konzeption der Siedlungen ihre Alterung und die Notwendigkeit einer Umgestaltung aufgrund veränderter Nachfragen nicht mitbedacht war.

Schauplatz massiver Transformationen des Massenwohnungsbaus sind in Deutschland bisher vor allem die Plattenbausiedlungen in den ostdeutschen Städten. Deren

5 **Eine weitere Aufgabe wird vermutlich schon bald die Sanierung sanierter Bauten sein, denn auch die** Modernisierungen von historisch wertvoller Bausubstanz, die im Rahmen der Altstadterneuerungen der ersten Stunde erfolgten, liegen inzwischen über 35 Jahre zurück. Dies bietet auch die Chance, ein Teil der Fehler, die damals mangels Erfahrung gemacht wurden, zu korrigieren. Ähnliches wird für die alten, bereits vor Jahrzehnten zu Wohnungen, Lofts, Studios und Galerien umgenutzten Geschossfabriken gelten; auch sie wird man demnächst wieder modernisieren, also haustechnisch und energetisch ertüchtigen müssen.

Umbau steht unter dem Eindruck des demographischen Wandels.[6] Vorrang hat die Bereinigung des Wohnungsmarkts. Im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau Ost wurden bis Ende 2005 125.000 Wohnungen, davon annähernd 95% in Plattensiedlungen durch Abriss aus dem Markt genommen.[7] Meist folgt der „Rückzug aus der Fläche" nicht planerischen Vorgaben, sondern vollzieht sich räumlich ungesteuert nach betriebswirtschaftlichen Kriterien der Wohnungsbaugesellschaften. Aber das Umbauinstrumentarium beschränkt sich bekanntlich keineswegs nur auf die Abrissbirne. Im Gegenteil, gerade in einigen ostdeutschen Siedlungen ist in den letzten Jahren im Zeichen des Bevölkerungsrückgangs ein äußerst variantenreiches Spektrum des Umgangs mit den überzähligen Wohnkomplexen entstanden. Wohnungen wurden modernisiert und zusammengelegt; Geschosse wurden abgetragen, Balkone zugefügt und Wohnscheiben in Stadtvillen und Wohnhochhäuser in Stadthäuser verwandelt.

In den ostdeutschen Plattenbausiedlungen sind die Prototypen entwickelt worden, auf die der in einigen Städten bereits begonnene Umbau westdeutscher Großsiedlungen zurückgreifen kann. Die bauliche und infrastrukturelle Anpassung von Mietwohnsiedlungen war ein Schwerpunkt im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau-West, mit dem das gleichnamige Förderprogramm des Bundes von 2005 vorbereitet wurde. Es wurden Strategien entwickelt und erprobt, wie sich die Siedlung für die jetzigen Bewohner, darunter die Erstbezieher, die in ihren Wohnungen alt werden, aufwerten lassen und wie durch Umbau und Modernisierung neue Zielgruppen erschlossen werden können. Die städtebauliche Aufgabe, Großsiedlungen umfassend zu sanieren, wird keineswegs auf strukturschwache Regionen beschränkt bleiben, wie der durchgreifende Umbau der Amsterdamer Stadterweiterungen der 1950er und 60er Jahre (Amsterdam-West und Bijmermeer) zeigen. Als präventiver Stadtumbau konzipiert und durch staatliche Programme gestützt werden in den westlichen Stadterweiterungen Amsterdams, die nach van Eesterens Uitbreidingsplan gebaut worden waren, die Wohngebäude abschnittsweise nach und nach teils modernisiert, teils auch durch Neubau höherer Dichte mit einem individualisierten Wohnungsangebot ersetzt. Ziel ist es, die wachsende und immer weiter sich ausdifferenzierende Nachfrage in Amsterdam zu bedienen, durch „branding" der Objekte neue Bewohnergruppen anzuziehen und so die Alters- und Sozialstruktur in den Gebieten zu spreizen.[8] In der Amsterdamer Großsiedlung Bijmermeer, der wohl spektakulärsten Havarie niederländischen Städtebaus aus den 1960er Jahren, werden dagegen in einer Kombination aus Abriss, Umbau und Modernisierung die städtebaulichen Großstrukturen aufgebrochen, Rampen, Brücken und Stege abgerissen, die Pas-

6 **Vgl.** *Bundestransferstelle Stadtumbau Ost,* Statusbericht Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven. Veröffentlichung im Auftrag des BMVBS und der BBR, Berlin 2006.

7 **Vgl.** *W. Eichstädt,* Altbauquartiere im Stadtumbau Ost. Gefährdungen, Handlungsspielräume und Handlungserfordernisse, in: *U. Giseke / E. Spiegel* (Hrsg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel 2007, S. 110.

8 *S. Netsch / M. Dubbeling*, Der Weg nach Nieuw West. Stadtumbau unter Wachstumsbedingungen in Amsterdam, in: Bauwelt H. 28/29 (2007), S. 26 f.

santen in den öffentlichen Straßenraum zu ebener Erde zurückgeholt, das Wohnungsangebot typologisch ausdifferenziert und erweitert, gewerbliche Nutzungen eingefügt und die Grünflächen neu auf die Bebauung orientiert, aufgewertet und für die Bewohner geöffnet.[9]

3. Eigenheime als Experimentierfelder des Umbaus

Es sind nicht nur die älteren Großsiedlungen, die unter Druck geraten. Gleiches gilt, wenn auch noch keineswegs so ausgeprägt, für die Einfamilienhaussiedlungen, die zu gleicher Zeit entstanden sind. Was wird aus den ausgedehnten Eigenheimgebieten, wenn die Generation ihrer Erbauer ausstirbt? Auch die Eigenheime dieser Epoche genügen nicht mehr heutigen Standards. Spätestens die neuen Eigentümer bauen das Haus aus und erneuern es. Wohl nur selten ziehen dort die erbenden Kinder ein, wie es viele ihrer Erbauer sich erhofft haben mögen. Welche Veränderungen in der Sozialstruktur sind mit dem Bewohner- und Eigentümerwechsel zu erwarten? Erstaunlicherweise liegen bisher nur sehr wenige Kenntnisse über die Situation in den alternden Einfamilienhausgebieten vor. Eine erste empirische Untersuchung zum baulichen und sozialstrukturellen Wandel dieses Gebietstyps in Dortmund differenziert nach Entstehungszeitraum und Lage der Siedlungen. Sie gelangt zu einer aufschlussreichen Typologie: manche Eigenheimsiedlungen stabilisieren sich als Quartier für „junge Alte", andere werden wegen des Standorts und des Zuschnitts der Häuser von ausländischen Familien bevorzugt.[10]

Noch sind diese Quartiere nicht im Blickfeld der kommunalen Planung. In Zeiten der Reurbanisierung und des demographischen Wandels ist ihre Zukunft ungewiss, und zwar nicht nur in vielen ländlichen Regionen, in denen derzeit ein dramatischer Preisverfall zu verzeichnen ist. Noch werden keine Rahmenpläne für die alternden Eigenheimquartiere aufgestellt. Zugleich sind die unauffälligen Wohngebiete zu einem Experimentierfeld für den architektonischen Umgang mit dem Alltäglichen geworden. Eine außergewöhnlich breite, seit einigen Jahren kontinuierlich dokumentierte Praxis der ambitionierten Aufwertung und Erweiterung von Einfamilienhäusern zeigt den ganzen Mikrokosmos möglicher Umbaustrategien – von der subtilen und eleganten Verfeinerung des Vorgefundenen über die Erweiterung, die den harten Kontrast in Kubatur, Material und Farbigkeit sucht bis hin zur kompletten Überformung, die den ursprünglichen Bau kaum noch erahnen lässt.[11]

9 *F. Wassenberg,* The Integrated Renewal of Amsterdam´s Bijmermeer High-rise, in: **Informationen zur** Raumentwicklung, Heft 3/4 (2006), S. 191 f.

10 Vgl. *N. de Temple,* In die Jahre gekommen – Einfamilienhausgebiete im soziodemographischen Wandel, in: Die Alte Stadt 33 (2006), S. 123.

11 Vgl. aktuell *A. Sattler/B. Hinze,* Die besten Einfamilienhäuser – Umbau statt Neubau. Deutschland – Österreich – Schweiz, München 2007.

4. Dienstleistungsgebäude zwischen Modernisierung und Umnutzung

Zur Disposition stehen die Bürobauten, die in den 1950 bis 1970er Jahren in großer Zahl in den Citylagen und in den innenstadtnahen Quartieren gebaut wurden. Die inzwischen meist abgeschriebenen Bauten genügen schon lange nicht mehr den heutigen Standards moderner Büroarbeit und sind bau-, haus- und energietechnische Sanierungsfälle. Noch gibt es keine eingeschliffenen Routinen des Umgangs. Ob sie modernisiert, umgebaut oder abgerissen und neu errichtet werden oder gar umgenutzt werden, unterliegt in erster Linie den Renditekriterien der Eigentümer und Projektentwickler, deren Eckdaten je nach Marktsituation, Lage und baulichem Zustand des Objekts stark variieren. Dabei zeichnet sich gegenwärtig ab, dass nicht zuletzt als eine Folge der neuen Regularien auf dem Kreditmarkt die Modernisierung der Bestände attraktiver ist als Abriss und Neubau.[12]

Meist bleibt von dem alten Bauwerk kaum mehr als der Rohbau. Die Haustechnik wird vollständig ausgetauscht, der Grundriss an heutige Konzepte der Büroorganisation ausgerichtet und mit der vollständigen, allein schon aus energetischen und klimatechnischen Gründen erforderlichen kompletten Erneuerung der Fassade das Erscheinungsbild grundlegend verändert. Oft ist weder von außen noch von innen auf den ersten Blick erkennbar, ob es sich um eine Sanierung, einen Umbau oder einen Neubau handelt.

Noch vor wenigen Jahren schien die Umnutzung von Bürobauten für Wohnzwecke ein abwegiger Gedanke. Das Gegenteil, die Umnutzung von Wohnungen durch Dienstleistungen war die übliche Praxis. Die kommunalen Bemühungen, diese Zweckentfremdung von Wohnungen vor allem in attraktiven innenstadtnahen Gründerzeitquartieren durch Rechtsanwalte, Steuer- Finanzberater, Ärzte und Architekten zu unterbinden, waren bekanntlich nur sehr begrenzt erfolgreich. Inzwischen zeichnet sich hier ebenfalls ein neues Umnutzungspotenzial ab. Vorreiter in Deutschland ist die Stadt Frankfurt.[13] Die mit über 20 % Leerstand (2,2 Mio. qm Bürofläche) seit Jahren schwierige Lage auf dem Büromarkt und die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnungen waren für die Stadt Anlass, die Chancen des Büroleerstandes für die Wohnungsversorgung und den Städtebau auszuloten.[14] Sie ermutigt Eigentümer unvermieteter Büroimmobilien, sie zu Wohnungen umzunutzen. Allein 2006 entstanden durch die Umnutzung von Büroräumen 200 Wohnungen, fast 10 % des gesamten Wohnungsneuzugangs des Jahres (2.440 WE).[15] In ausgewählten innerstädtischen Quartieren, in denen das Wohnen stabilisiert

12 *E. Santifaller*, Hohe Rendite. Warum die Immobilienbranche verstärkt auf Bürogebäude der 1960er und 1970er Jahre zugreift, in: Heft 23/2007, S. 36 f.

13 Vgl. *Stadt Frankfurt am Main* (Hrsg.), Umnutzungen von Büroflächen zu Wohnraum – Potenzial für die Stadtentwicklung? Dokumentation der Fachtagung am 26. April 2007, Im Dialog 4, Frankfurt 2007.

14 Vgl. *D. von Lüpke,* Wohnen über den Wolken? Stadtplanerische Strategien zur Umnutzung von Büroflächen, in: *Stadt Frankfurt am Main* (s. A 13), S. 44 f.

15 Vgl. *M. Kummer / M. Rademacher,* Büro zu Wohnen – ein Praxisbericht aus Frankfurt am Main, in: *Stadt Frankfurt am Main* (s. A 13), S. 16 f.

werden soll, wurde mit einem städtischen Programm (insgesamt 20 Mio. Euro im Zeitraum 2004-07) auch der Umbau von Büros zu Wohnzwecken gezielt gefördert. Zum Wohnen umgenutzte Bürobauten sind gleichwohl noch Ausnahmen.[16]

5. Transformation öffentlicher Infrastruktur

Der Umbau des Wohlfahrtsstaats hinterlässt Spuren in der Stadt. Die Reorganisation der öffentlichen Daseinsvorsorge schlägt auf Standorte, Bauten und Nutzungsprogramme durch und setzt neue Umnutzungspotenziale frei. Ihr Gewicht für die Stadtentwicklung erhält sie besonders daraus, dass der weitaus überwiegende Teil der heute genutzten Bauten öffentlicher Infrastruktur in den 1960er und 1970er Jahren, den „fetten" Jahren des Versorgungsstaats, gebaut wurden. Hier hat sich inzwischen ein enormer baulicher und technischer Nachholbedarf an Instandsetzungen und Modernisierungen aufgebaut. Als eine Folge der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte werden die staatlichen und kommunalen Aufgaben neu definiert und stärker ökonomischen Effizienzkriterien unterworfen. Zugleich sind viele Angebote der öffentlichen Infrastruktur nicht mehr zeitgemäß. Ihre Träger sind gezwungen, die tradierten Ziele, Leistungsgebote und Organisationsformen zu überprüfen. Es werden Ausstattungsstandards, Einzugsbereiche und Standorte zur Disposition gestellt. Dies betrifft die soziale und technische Infrastruktur ebenso wie das Bildungs- und Gesundheitswesen. Inzwischen befassen sich auch die großen christlichen Kirchen angesichts von Mitgliederrückgang und Kirchensteuerausfällen damit, wie sie weiterhin ihre Aufgaben in der Seelsorge und Wohlfahrtspflege wahrnehmen und ihre Einrichtungen (unter-)halten können.

In vielen Städten sind in den letzten Jahren die Auswirkungen des demographischen Wandels und der Verlust an Wirtschafts- und Steuerkraft für die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur der Kommunen spürbar geworden. Zahlreiche Kindergärten und Schulen mussten geschlossen werden, weil Kinder und Jugendliche fehlen, gleichzeitig sind Versorgungslücken bei Einrichtungen für alte Menschen entstanden. Aber auch in den immer noch wachsenden Städten sind schon heute nicht mehr alle Schulen voll ausgelastet. Mit der Diskussion über die Ergebnisse der PISA-Studien werden neue Schulkonzepte wie Ganztagsschulen gefordert, gefördert und in Pilotprojekten erprobt. Ein Teil der Schulen wird aufgegeben, andere werden gezielt erweitert, erneuert und zum Teil auf Ganztagsbetrieb umgerüstet. Konzentration und Modernisierung gehen Hand

16 In anderen Ländern ist die Umnutzung von Bürobauten schon länger geübte Praxis. In Paris wurde Mitte der 1990er Jahre ein kommunales Programm zur Umnutzung von Büros zu Wohnungen aufgelegt, das aber nicht weiter geführt wurde. Vgl. *M. Lombardine*, Wohnen im Bürohochhaus. Programm und Finanzierung von Bauvorhaben der RVIP, in: Bauwelt 31/32 (1997), S. 1720 f. Eine kürzlich erschienene Studie der TU Delft zählt allein in den Niederlanden über 300 Umnutzungen alter Bauten, darunter ca. 80 frühere Verwaltungsgebäude; Vgl. *Th. van der Voordt* (Hrsg.), Transformatie van kantoorengebouwen. Thema´s , actoren, instrumenten en projecten, Rotterdam 2007.

in Hand. Ähnliches ist für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu erwarten. Manche müssen wegen fehlender Nachfrage schließen, gleichzeitig zieht die aktuelle bundespolitische Entscheidung zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote nach sich, dass bestehende Einrichtungen vor allem für Krippenplätze erweitert, aber auch an veränderte pädagogische Konzepte angepasst werden müssen.

Der Kostendruck und die Vorgaben der Gesundheitsreform veranlassen auch viele Städte dazu, ihre Krankenhäuser zu reorganisieren. Die Neuordnung folgt meist einer ähnlichen Logik: Schließung von Standorten und gleichzeitig Ausbau und Erneuerung anderer. In Stuttgart werden gegenwärtig die bisherigen fünf Standorte der städtischen Kliniken auf zwei reduziert. Ein innerstädtisches Krankenhaus wird zum Großklinikum ausgebaut, das andere modernisiert.[17] Zurück bleiben Krankenhausbrachen in zentralen Lagen, die überraschende Möglichkeiten zur Aufwertung des umgebenden Quartiers, vor allem durch Wohnungsbau, bieten.

Was hier am Beispiel der Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser angerissen wurde, trifft auch für nahezu alle kommunale Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen zu. Der in den 1960er und 1970er Jahren aufgebaute reiche Bestand an Schwimmbädern und Sporthallen, an Bürgerzentren und Freizeitheimen entspricht vielfach nicht mehr annähernd heutigen Standards. Es hat sich ein enormer Instandsetzungsstau aufgebaut, die Nutzerzahlen sind rückläufig. Die meisten Gemeinden sind finanziell nicht mehr in der Lage, den Betrieb und den Unterhalt aller Einrichtungen auf dem bisher gewohnten Niveau zu tragen. Modernisierungen, Umbauten und auch Schließungen müssen in übergreifende kommunale Konzepte der Quartiersversorgung eingebunden sein. Gerade in Klein- und Mittelstädten wird die Lösung oft nur im regionalen Maßstab durch Kooperation und Arbeitsteilung über die Gemeindegrenzen hinweg liegen können.

Eine besondere Herausforderung für Städtebau und Architektur stellt der Umgang mit der technischen Infrastruktur der Stadt dar. Sie ist oft sperrig und massiv; sie setzt baulichen Veränderungen besonders starken Widerstand entgegen. Hinzu kommt, dass die Bauten in der Regel als reine Zweckbauten und nicht auch als gestalterische Entwurfsaufgabe gesehen worden waren, obwohl sie oft weithin sichtbar das Stadtbild prägen: dies gilt für Kraftwerke, Umspannstationen, Müllverbrennungs- und Kläranlagen ebenso wie für Tunneleinfahrten, Straßenbrücken, Lärmschutzwände oder Parkhäuser. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten das Verständnis deutlich gewandelt. Die Gleichgültigkeit gegenüber der räumlichen Wirkung und visuellen Anmutung großer technischer Bauten ist im Schwinden. So sind auch sie inzwischen Gegenstand von Ingenieurs- und Architekturwettbewerben. Manche Kommunen nutzen den Umbau und die Erweiterung bestehender Anlagen eindrucksvoll dazu, sie entweder mit einem erheblichen Aufwand, aufzuwerten oder auch funktional anzureichern.

17 Vgl. *I. Lüdtke,* Vom Krankenhaus zum Gesundheitspark, in: Bauwelt Heft 40/41 (2007), S. 16.

Ein Teil dieser technischen Anlagen ist inzwischen veraltet und durch neue technische und organisatorische Lösungen entbehrlich geworden. Oft bleibt nur der Abriss, da die Bauten zu stark durch ihren ursprünglichen Zweck bestimmt sind. Dort, wo man sich jedoch zu einer Umnutzung des technischen Bauwerks entschlossen hat, geht von ihnen ein besonderer Reiz aus, der gerade aus der Diskrepanz zwischen alter und neuer Nutzung erwächst.

Ein wichtiger Fokus des zukünftigen Umbaus werden die in den 1960er und 1970er Jahren als Reaktion auf die so genannte „Bildungskatastrophe" neu gegründeten oder erweiterten Universitäten bilden. Die Hochschulen befinden sich derzeit bekanntlich in einem dramatischen Umbruch. Sie stehen unter einem so bisher nicht gekannten Legitimations- und Konkurrenzdruck. Zwischen Spar- und Profilierungszwängen müssen sie sich neu verorten, mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse ihr Lehrprogramm neu strukturieren. Zugleich sind sie aufgefordert, sich Wirtschaft und Gesellschaft stärker zu öffnen und den internationalen Austausch auszubauen. Die Ausstattung der Hochschulen, die Arbeitsbedingungen für Forschung und Lehre werden zu immer wichtigeren Kriterien für die Wahl von Studienorten und die Rekrutierung von Wissenschaftlern. Die Verflechtung mit der regionalen Wirtschaft und die Positionierung im städtischen Kontext entscheiden mit darüber, wie der Universitätsstandort von außen wahrgenommen wird. Der Umbruch fällt in eine Zeit, in der die große Masse der errichteten Hochschulbauten aus der Gründungs- und Erweiterungsphase ohnehin dringend instand gesetzt und modernisiert muss.

Die neuen Hochschulen entstanden gezielt in Städten strukturschwacher Räume: im Ruhrgebiet (Bochum, Essen, Duisburg, Dortmund), aber auch in ländlich geprägten Regionen (Passau, Regensburg, Konstanz, Kaiserslautern, Trier, Paderborn, Oldenburg), meist an der Peripherie der Städte. Heute steht die stärkere funktionale, soziale und baulich-räumliche Integration der Hochschulen in die Stadt zum wechselseitigen Vorteil auf der Agenda. Im Vergleich zum Ausland stecken in Deutschland die städtebaulichen Anstrengungen, die Modernisierung der Universitäten stärker in die Stadtentwicklung einzubinden, in den Anfängen.[18] Dabei erweist sich der spärliche Austausch zwischen den für die Hochschulentwicklung zuständigen Landesbehörden und den Kommunen noch als Bremsklotz. Auf lange Sicht werden die Universitäten ihre Zurückhaltung in Fragen der städtebaulichen Integration und der Kooperation mit den Kommunen aber wohl aufgeben und in ihrem eigenen Interesse die reichlich vorhandenen, oft verkannten Verknüpfungen stärken müssen.

Was in anderen europäischen Ländern wie England und den Niederlanden schon seit langem vertraute Praxis ist, trifft jetzt auch mit Macht deutsche Kommunen: die

18 Vgl. Die alte Stadt 30 (1/2003) – Themenheft: Stadt und Universität, hrsg. von *J. Jessen*; außerdem: *K. Hoeger/K. Christiaanse* (Hrsg.), Campus and the City. Urban design for the Knowledge Society, Zürich 2007.

Suche nach neuen Nutzungen für funktionslos gewordene Kirchen. Durch Mitgliederrückgang und sinkende Steuereinnahmen sind beide Kirchen gezwungen, ihre gesamte Arbeit in den Kirchengemeinden zu überdenken. Sie sehen sich zu Einsparungen und Rationalisierungen gezwungen. Dies betrifft auch alle ihre Immobilien vom Kirchengebäude, über die Gemeindehäuser und Pfarrwohnungen bis hin zu den Kindergärten und Altenwohneinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft.[19] Sie haben inzwischen Leitlinien mit Kriterien für die Umnutzung ihrer entbehrlich geworden Bauten, namentlich der Kirchengebäude, erarbeitet. In erster Priorität stehen Konzepte, Nutzungen der Kirchengemeinde wie Gemeindesäle in den Kirchenraum zu verlegen. Es folgen in zweiter Priorität öffentliche kulturelle Nachfolgenutzungen, die möglichst wenig bauliche Eingriffe in die Substanz verlangen, z.B. der Umbau zu Konzert- und Theatersälen oder zu Bibliotheken. Erst wo Geld und Nachfrage hierfür fehlen, sind auch andere profane Nutzungen vorstellbar wie Wohnen und Restaurants. Ausgeschlossen bisher dagegen wird die Nachnutzung durch nicht-christliche Kirchen.

Diese Umstrukturierungen der Kirchenimmobilien sind nicht nur ein drängendes Problem für die Kirchen selbst, sie haben auch Auswirkungen auf die Stadt als Ganzes und berühren die infrastrukturelle Versorgung in den Stadtteilen. Verständlich ist die Sorge vieler Bürger, dass sie mit diesem Rückzug der Kirchen wichtige und auch emotional und biographisch bedeutsame Einrichtungen in ihrer Umgebung verlieren. Entsprechend ist ihr Engagement vielerorts groß, sie zu erhalten. Die kommunalen Verwaltungen sind gut beraten, mit den Kirchengemeinden gemeinsam gesamtstadtbezogene Rahmenpläne zur Reorganisation der kirchlichen Infrastruktur zu entwickeln, damit beim Umbau der kirchlichen Infrastruktur nicht die Belange des Quartiers aus den Augen verloren gehen.

6. Resüme

Der kursorische Überblick zur Praxis des Umbaus in Deutschland und Europa zeigt als entscheidende Veränderung der letzten Jahre die Hinwendung zum Gebäudebestand aus den 1950er bis 1970er Jahren. Wenn nicht schon geschehen, wird in den nächsten Jahren nahezu alles, was in dieser Zeit im Zeichen wirtschaftlichen Aufschwungs und eines großzügigen Wohlfahrtstaats an Bauten errichtet wurde, modernisiert, umgebaut oder abgerissen und neu errichtet werden: Sozialwohnungen und Eigenheime, die Gewerbe- und Bürogebäude, die Kindergärten und die Altenheime, die Schwimmbäder und Sporthallen, die Grundschulen und die Universitäten, die Hospitäler und die Kirchen, die Brücken und die Tunnel. Hier liegt jetzt schon ein großes Arbeits- und Geschäftsfeld von Architekten und Bauwirtschaft – und es wird sich vermutlich dra-

19 Vgl. hierzu Die alte Stadt 35 (3/2008) – Themenheft: Kirche und Quartier, hrsg. von *K. Gothe*; außerdem *H. Herrmanns,* Das große Kirchensterben, in: Metamorphose, Heft 05/07. S. 16 f.

matisch ausweiten. Ob modernisiert, umgebaut oder umgenutzt wird, ist hier vorrangig eine Frage der Wirtschaftlichkeit, wobei sich in der Praxis eine enorme Bandbreite zeigt. Die Verlagerung der Umbaupraxis auf profane alltägliche Bausubstanz eröffnet eine neue konzeptionelle und gestalterische Freiheit, die es gestattet, mit dem Vorgefundenen unbekümmerter umzugehen und es so zu verwenden und zu verwandeln wie es gebraucht und gewünscht wird und wie es unter den jeweiligen Umständen wirtschaftlich ist. Dieser veränderte Kontext verlangt eine Standortbestimmung des Denkmalschutzes bezüglich des in den 1950er bis 70er Jahren gebauten Bestands. Denn diese Verschiebung der Umbaupraxis auf den neueren und kurzlebigeren Baubestand hat weit reichende Folgen für die funktionalen und gestalterischen Konzepte. Die „Strategie der Differenz" ist nicht mehr die vorherrschende Haltung unter Architekten – eine Annäherung an den Bestand, die die historisch bauliche Überlieferung erhöht, indem sie das eigene Neue kontrastierend dagegen stellt, behält zwar ihr Gewicht, bleibt aber weithin begrenzt auf alte und denkmalgeschützte Bauten.[20]

20 Vgl. hierzu auch den Beitrag in diesem Heft von *W Pehnt,* Ein Ende der Wundpflege? Veränderter Umgang mit alter Bausubstanz, S. 25-44.

Günter W. Zwanzig

Altstadtsanierung und Denkmalpflege in Weißenburg 1972 - 1984

1. Vorbemerkung

Stadtplanung war stets eine Rückbesinnung auf das Gewachsene und von da ausgehend Erweiterung und Erneuerung. Dabei hat jede historische Stadt ihr eigenes Gepräge, ihre eigene Entwicklung, mit der man sich auseinandersetzen muss, bevor man an Weiterentwicklung und Erneuerung herangeht[1]. Es gilt, für jede Stadt und Landschaft das zu begreifen, was sie zur unverwechselbaren und nicht austauschbaren „Heimat" macht. In diesem Kontext stellt sich Stadtplanung als ein äußerst komplizierter Prozess dar. Es gilt immer wieder, sich gleichsam an den „Genius loci" der jeweiligen Stadt heranzuarbeiten und zu versuchen, ihn zu begreifen. Und dann muss aus der Fülle der Vorschläge das Richtige ausgewählt und im Gefüge des demokratischen Entscheidungsprozesses auch noch durchgesetzt werden.

Erst die Zerstörung zahlreicher Städte im Zweiten Weltkrieg sowie der Zustrom von Millionen Flüchtlingen aus dem ehemaligen deutschen Osten hat vielfach einen Bewusstseinsverlust über die Notwendigkeit historischer Kontinuität bewirkt und Entwicklungen ermöglicht, die der jeweiligen „Stadtpersönlichkeit" große Schäden zufügten. Sicher war es ein Ausdruck des „Zeitgeistes", alles nun neuer und moderner machen zu wollen. Man denke nur an die Pläne, über die weitgehend zerstörte Innenstadt Nürnbergs ein modernes Raster mit großen Durchgangsstraßen legen zu wollen, was zum Glück vom damaligen Baustadtrat Schmeissner verhindert wurde. Als es dann endlich zum Erlass des Städtebauförderungsgesetzes vom 27. Juli 1971 kam, dachte man zunächst vielfach an Flächensanierungen (unter Vernichtung des damals noch vorhandenen historischen Baubestandes).

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen muss man den Beginn der Altstadtsanierung in Weißenburg sehen. Im Februar 1972 wurde mit dem SIN (Städtebauinstitut Nürnberg) über die Durchführung von „vorbereitenden Untersuchungen nach dem Städtebauförderungsgesetz" – allerdings nur für einen Teilbereich im Umfeld des Ellinger Tores – verhandelt. Weißenburg hatte sich damit recht früh für die Aufnahme in das Städtebau-Förderungsprogramm bemüht.

Allerdings waren im Jahr 1967 durch die Aufnahme der Stadt in ein Programm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Ausbau der innerstädtischen Straßen als

Durchgangsstraßen zu den um den Stadtkern herumführenden Bundesstraßen B 2 und B 13) einige Vorentscheidungen getroffen worden. Die damit verbundene Einschränkung städtischer Handlungsmöglichkeiten war bereits 1972 für die Verantwortlichen in der Stadt gerade unter dem Blickwinkel der Altstadtsanierung voll erkennbar. Und so weit möglich, wurde bereits im zweiten Halbjahr 1972 „gegengesteuert". Zu nennen sind hier besonders die Erhaltung der Spitalkirche sowie des „Weisel'schen Hauses" gegenüber dem Gotischen Rathaus, wo durch den Abbruch eine Engstelle beseitigt werden sollte. Besonders wirkungsvoll war die Neugestaltung des alten Holzmarktes (Luitpoldstraße). Durch die Schaffung eines vergrößerten Fußgängerbereiches bekam der gesamte Platz einen ansprechenderen Charakter, was sich auch beim ersten Altstadtfest 1976 bewährte. Dennoch sah sich Reinhard Roseneck, der 1977 eine Diplomarbeit zur Altstadtsanierung in Weißenburg verfasst hatte,[1] veranlasst, 1981 in einem Beitrag für Die alte Stadt heftige Kritik an der Altstadtsanierung in Weißenburg zu üben.[2]

Altstadtsanierung ist eine Aufgabe von Generationen.[3] Meist lassen sich die positiven Wirkungen der verschiedenen Maßnahmen erst nach Jahrzehnten beurteilen, vor allem dann, wenn wie in Weißenburg nunmehr seit über 30 Jahren die gleiche Sanierungspolitik betrieben wird. Vor dem Hintergrund dieser Kontinuität von Stadtspitze,[4] Stadtrat, Stadtverwaltung und engagierter Bürgerschaft muss der Beitrag privater Planungsbüros gesehen werden. Letztlich darf nicht verkannt werden, dass allen Anstrengungen insoweit Grenzen gesetzt sind, als die Instrumentarien fehlen, um sich gegen allgemeine negative Entwicklungen durchzusetzen. Ein typisches Beispiel hierfür sind die Supermärkte und Discounter, die sich an verkehrsgünstigen Standorten niederlassen und zur Verödung der historischen Innenstädte beitragen, wobei diese Tendenz zusätzlich durch Filialisten in den Stadtkernen verstärkt wird. Wie schnell sich diese Dinge aber auch wandeln können, zeigt in Weißenburg die Entwicklung des früheren ortsansässigen „Verbrauchermarktes Hörnlein", dessen Erweiterung noch 1978 nicht als Konkurrenz zu den Einzelhandelsbetrieben in Weißenburg angesehen wurde. Inzwischen wurde dieser Verbrauchermarkt erheblich vergrößert und in die Kette „Kaufland" einbezogen.

1 *R. Roseneck*, Altstadt Weißenburg – Entwicklungsplanung. Die Entwicklung der Altstadt von Weißenburg in Bayern, Diplomarbeit TU Berlin 1977.

2 *R. Roseneck*, Weißenburg – Die Veränderung einer Stadt, in: Die alte Stadt 8 (2/1981), S. 161-176.

3 Vgl. *G.W. Zwanzig*, Sanierungsmaßnahmen in einer Mittelstadt. Die bayerische Große Kreisstadt Weißenburg machte das StBauFG zur Grundlage. Welche Lehren und Erfahrungen ergeben sich bei der Anwendung des Gesetzes, in: Die Demokratische Gemeinde 9/1977, S. 809-813, hier S. 813.

4 Vgl. in diesem Zusammenhang u.a. die Publikationen des Verfassers: *G.W. Zwanzig*, Kulturpflege und Zukunftsaufgaben der Stadtpflege in Weißenburg i. Bayern, in: Vorträge im Frankenbund 2 (1974); *ders.*, Organisation und Praxis der Stadtentwicklungsplanung in einer Mittelstadt, in: Die Bauverwaltung 1977, S. 162-164; *ders.*, Altstadtsanierung in Weißenburg/Bayern, in: Deutsche UNESCO-Kommission Materialsammlung „Stadterneuerung und Denkmalpflege in Klein- und Mittelstädten". Expertengespräch in Weißenburg/Bayern, 10.-13. April 1983.

Im Rückblick von fast 30 Jahren lässt sich feststellen, dass Altstadtsanierung eines Zusammenwirkens der in der Stadt Verantwortlichen und der privaten Planungsbüros sowie zusätzlich weiterer externer Berater bedarf. Nur durch diese Synthese konnten die Voraussetzungen für einen lebendigen Planungsprozess geschaffen werden.

2. Vorbereitende Untersuchungen durch das Städtebauinstitut Nürnberg

Der Beginn der vorbereitenden Untersuchungen fiel in eine Zeit, in welcher der Wert historischer Stadtkerne erst langsam und mühsam Anerkennung fand. In den 1960er Jahren war man noch bestrebt, die Altstadt zu verlassen, nach außen zu gehen und dort alles neu und „modern" zu bauen. Hinzu kam auch noch eine Art „Ideologie" bezüglich der Unterwerfung unter das Diktat, sämtliche Bereiche der historischen Altstadt müssten für den Kraftfahrzeugverkehr bequem erreichbar sein. Man war kaum geneigt, das Gesamte eines historischen Stadtkerns zu sehen und daraus seine Folgerungen zu ziehen. Sonja Lux bezeichnete das Übergangsstadium der 1970er Jahre treffend mit „Wandel von der Flächensanierung zur behutsamen Stadterneuerung und Objektsanierung".[5]

Es war vor diesem Hintergrund folgerichtig, dass der Stadtrat mit Beschluss vom 10. Mai 1973 das Städtebauinstitut Nürnberg (SIN)[6] mit der Untersuchung des gesamten historischen Stadtkerns beauftragte, nachdem die Finanzierungsfrage zufrieden stellend geklärt worden war. Zunächst einmal brachten die „vorbereitenden Untersuchungen" eine Mehrarbeit für die Stadtverwaltung. Das Rechtsamt musste in mühevoller Arbeit die Bürger bei der Ausfüllung der Fragebögen – zwecks Feststellung der städtebaulichen Missstände – beraten.[7] Aus heutiger Sicht kann man sich fragen, ob überhaupt in diesem Umfange Erhebungen erfolgen mussten. Vor dem Hintergrund des Städtebauförderungsgesetzes gab es jedoch keinen Ausweg.[8]

Bereits nach Anhörung der „Träger Öffentlicher Belange" (September 1973) stand für das SIN fest, „dass der Altstadt Weißenburgs als Kerngebiet eine besondere Bedeutung zukommt". Es bestand allerdings eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen des Städtebauförderungsgesetzes und der Einstellung der Betroffenen. Als das SIN am

5 *S. Lux*, Die Altstadtsanierung in Weißenburg in Bayern, Diplomarbeit Universität Bayreuth 1996, S. 8 sowie S. 27-28.

6 Dem „interdisziplinären Team" des SIN gehörten an: Eberhard Eppensteiner, Georg Haberlein, Klaus von Kiessling, Hugo Christian Riess, Wolfgang Seidel, Volker Stahlmannn. Geleitet wurde das SIN von Prof. G.G. Dittrich.

7 Die Fragebögen wandten sich an folgende Gruppen: A: Haushalte/Bewohner; B: Grundstückseigentümer; C: Betriebsführer; D: Beschäftigte. Die Rücklaufquote war (abgesehen von den ausländischen Mitbürgern) verhältnismäßig hoch. Sämtliche Fragebögen wurden nach einem vom SIN erstellten Programm im IBM-Rechenzentrum ausgewertet; vgl. *Städtebauinstitut Nürnberg*, Vorbereitende Untersuchung zur Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz für die Stadt Weißenburg i.Bay., Nürnberg 1975, S. 17-21.

8 Vgl. § 4 Abs. l StBauFG.

21. November 1974 – auf Grundlage einer umfangreichen Befragung – im Rahmen einer Ausstellung über Altstadtsanierung die „Auswertung der Bedenken und Anregungen" vorstellte, wurden eine Fülle von Anregungen unterbreitet, die insgesamt aber kein einheitliches Ergebnis brachten. Die Vorschläge reichten vom Abriss des Gotischen Rathauses zugunsten eines reibungslosen Innenstadtverkehrs bis zur vollkommenen Erhaltung der Innenstadt und Schaffung von Fußgängerzonen.[9] Wenn auch einerseits von einer Bereitschaft zur Sanierung gesprochen werden kann, wollten andererseits 41 % der Befragten den zuständigen Fachleuten und Behörden die Planung überlassen. Immerhin konnte jedoch in konkreten Einzelfällen wie der Umgestaltung des Platzes Am Hofe eine durchaus erfreuliche Beteiligung der Bürgerschaft erreicht werden. Im Abschlussbericht stellte das SIN zahlreiche städtebauliche Missstände in der Baustruktur, Sozialstruktur, Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur fest.[10] Zur Behebung dieser Mängel wurden vorgeschlagen:

- Förderung einer Zunahme der Wohnbevölkerung und einer besseren Ausgewogenheit ihrer Sozialstruktur in der Altstadt;
- Verdichtung der Wohnbebauung (Modernisierungs-, Abriss- und Neubaumaßnahmen) unter Wahrung der Belange des Denkmalschutzes;
- Verbesserung des Branchenangebotes;
- Auslagerung störender Gewerbebetriebe;
- Schaffung von Kinderspielplätzen und Ausbau der Grünanlagen;
- Errichtung von Altenwohnungen;
- Bau eines Jugendzentrums;
- Schaffung verkehrsfreier Zonen (z.B. Am Hof);
- Nutzung des historischen Stadtbildes für Fremdenverkehr und Kommunikation;
- Offenhaltung des Zentrums für den Individualverkehr;
- Schaffung von Parkplätzen am Rande des Untersuchungsgebebietes.

Als erstes förmliches Sanierungsgebiet wurde der Bereich zwischen der nordöstlichen Stadtmauer und dem Martin-Luther-Platz – Rosenstraße – Am Hof, mit späterer Erweiterung durch den Bereich Auf der Kapelle – Untere Stadtmühlgasse – Am Hof – Marktplatz – Paradeisgasse vorgeschlagen.

Während die meisten Vorschläge des SIN nach 1975 in der einen oder anderen Form umgesetzt wurden, stieß die Konzeptplanung (mit fünf Verkehrskonzepten) auf heftigen Widerstand im Stadtrat und in der Bevölkerung. Besonderes Missfallen erregte der Vorschlag, eine Straßenverbindung von der Unteren Stadtmühlgasse vorbei am Scheibleinsturm zur Westlichen Ringstraße herzustellen sowie die nördliche Innenstadt durch den Bau von Stichstraßen vom Schrecker aus zu erschließen – rund 100

9 Vgl. *Städtebauinstitut Nürnberg* (s. A 7), S. 107-114.
10 Vgl. ebda., S. 28-31, 32, 50-73, 88-106.

Jahre nach dem aus heutiger Sicht unverständlichen Abriss von Obertor und Frauentor. Der Abriss dieser wunderschönen Tore erfolgte 1874 bzw. 1878, auch aus Gründen der besseren Verkehrserschließung der Innenstadt.

3. Vorbereitungen für ein Altstadtentwicklungskonzept

3.1 Arbeiten der Technischen Universität München

Bereits im Rahmen der Tagung der Deutschen UNESCO-Kommission, Arbeitskreis Historische Stadtkerne am 14. September 1973 in Weißenburg, dem auch August Gebeßler sowie der Verfasser angehörten, waren die oben genannten Planungen des SIN angesprochen worden. Von Gerd Albers, Vorsitzendem des Arbeitskreises, wurden daraufhin die Diplom-Ingenieure Horst Freund und Dorica Zagar im Rahmen ihres städtebaulichen Aufbaustudiums beauftragt, eine Entwicklungsstudie über Weißenburg anzufertigen. Die Unterlagen des SIN konnten dabei ausgewertet werden, nachdem seitens der Stadt dem SIN gegenüber betont worden war, dass eine Art Alternativplanung zur Verbesserung der Sanierungsüberlegungen führen werde.[11] In dieser Entwicklungsstudie wurden zahlreiche Feststellungen getroffen, die sich zwar mit dem Abschlussbericht des SIN deckten, doch hinsichtlich der Planungsansätze insbesondere zur Neuordnung des Verkehrs weit darüber hinausgingen. Als neuer Zielkatalog wurde formuliert:

- Bestandsverbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Stadt und ihres Einzugsbereiches;
- Korrektur von Fehlentwicklungen;
- Förderung der Unverwechselbarkeit des Stadtbildes und Stadtcharakters;
- Verbesserung des Wohnwertes;
- Verbesserung von Gemeinbedarfs- und anderen zentralen Einrichtungen;
- Landschaftsschutz, Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes, Förderung des Fremdenverkehrs;
- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse; Einteilung in fünf Gebiete mit ausführlicher Problembeschreibung;
- Verbesserung der Wirtschaftsstruktur.

Richtungsweisend für die weitere Altstadtsanierung waren auch atmosphärische Werte wie Erhalt der Dachlandschaft sowie orientierungswirksame Elemente wie Verbesserung des Fußwegenetzes.[12] Viele erst später umgesetzte Vorschläge wie die Fußgängerunterführung am Bahnhof, die Fußgängerverbindungen in die Altstadt von

11 Vgl. *H. Freund/D. Zagar*, Entwicklungsstudie Weißenburg, Abschlussarbeit Städtebauliches Aufbaustudium an der TU München (Betreuer: Prof. Dr. Gerd Albers, Dr. Peter Breitling), München 1974.
12 Vgl. ebda. S. 112-116.

der Westlichen Ringstraße aus oder am Ellinger Tor wurden bereits damals angesprochen. Am weitesten gingen aber die Vorschläge der Entwicklungsstudie zum Verkehrskonzept. Oberste Priorität erhielt die Aufgabe, „den innerstädtischen Durchgangsverkehr durch den Stadtkern zu verhindern" und den „überörtlichen Durchgangsverkehr nicht mehr am Stadtkernrand vorbei" zu führen. Für die Verkehrsberuhigung der Innenstadt wurden mehrere Varianten untersucht, wobei die jetzige Lösung weitgehend der vorgeschlagenen tangentialen Erschließung des Stadtkerns in Ost-West-Richtung entspricht.[13]

In der Folgezeit fanden weitere Studien durch den Lehrstuhl für Denkmalpflege an der TU Berlin statt.

3.2. Arbeiten an der Technischen Universität Berlin

Die Diplom-Arbeit von Johannes Geisenhof brachte eine geschichtliche Übersicht und stellte dann fest: „Die Erhaltung der hier noch weitgehend vorhandenen Einheit Wohnen – Arbeiten – Freizeit sollte Ziel einer Sanierung sein".[14]

Es wurden sodann die Konsequenzen einer Erneuerung im Rahmen einiger Objektsanierungen aufgezeigt (Bürgerhaus Heigertgasse 7, Flur Nr. 149; Luitpoldstraße 28; Schranne 8 – ehem. Brauerei und Gastwirtschaft „Zur blauen Traube"; Turm An der Schanzmauer 12; Luitpoldstraße 14 – ehem. Brauerei und Gasthof „Zum Goldenen Lamm"). Außerdem wurden die verschiedenen Grundrissformen der Hausentwicklung des 17. und 18. Jahrhunderts untersucht und präsentiert. Als Ergebnis stellte Geisenhof fest, dass unter Einbeziehung der Fördermittel eine Sanierung am sinnvollsten für eigengenutzte Wohnungen ist, ferner die geschäftliche Nutzung der Erdgeschosse. „Eine Sanierung ist billiger und rentabler als ein Neubau, sofern der bauliche Zustand nicht zu schlecht ist und die Grundstruktur des Hauses erhalten werden kann."[15] Abschließend formulierte Geisenhof folgende Zielvorstellungen für die Altstadtsanierung:

- Weitgehende Erhaltung der vorhandenen Baustruktur;
- Erhaltung der Sozialstruktur;
- Erhaltung der vorhandenen Einheit Wohnen - Arbeiten – Freizeit;
- Erhaltung des Kleingewerbes und der kleinere Handwerksbetriebe;
- Ablehnung der Totalentkernung von Baublöcken.

Als Voraussetzung für alle Planungen indes bezeichnete Geisenhof die Lösung der Verkehrsprobleme, wobei er für die Altstadt keine reinen Fußgängerzonen vorschlug, um nicht die Wohngassen durch Anlieferverkehr zu belasten. Er empfahl zugleich

13 Ebda., S. 120-126.

14 *J. Geisenhof,* Konsequenzen der Erneuerung der Altstadt von Weißenburg i.Bay., Diplomarbeit am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin 1976, S. 9.

15 Ebda., S. 268-274, 237-239, Zitat S. 239.

Abb. 1.
Katasterplan von Weißenburg 1822, aus: *H. Bodenschatz / J. Geisenhof*, Eine Vergangenheit für unsere Zukunft. Planen und Bauen - historisch begründet. 25 Jahre Planungsbüro Gruppe DASS, Bad Windsheim 2005.

eine Erhöhung der staatlichen Fördermittel, da diese bei Altbauten vor 1800 nicht ausreichten.[16]

Die Diplom-Arbeit von Reinhard Roseneck zeichnete sich durch besondere Gründlichkeit und Umfang aus. Interessanterweise wollte Roseneck für seine Diplom-Arbeit eine Stadt mit repräsentativem Charakter auswählen.[17] Bei seiner detaillierten Bestandsanalyse kritisierte Roseneck zu Recht die sinnwidrige Zuordnung der Stadt Weißenburg zur Region 8 (Westmittelfranken), zeigte die bedenkliche Bevölkerungsentwicklung auf, betonte die Funktionsmischung von Wohnen und Gewerbe als Wesensmerkmal historischer Altstädte, verwies auf Problembetriebe in der Altstadt, um dann „das Bedürfnis der Bevölkerung nach Identifikation mit seiner Umwelt sowie nach besonderer visueller Qualität […] und damit den Wert der historischen Altstädte" anzusprechen: „Zum Wohlbefinden des Menschen gehört notwendigerweise das Gefühl der Geborgenheit, wozu die Identität mit dem umliegenden Wohngebiet wesentlich beiträgt. Zwischen gebauter Umwelt und menschlichem Verhalten besteht eine soziale und emotionale Wechselwirkung, die Auswirkungen auf das menschliche Wohlbefinden hat."[18] In diesem Sinne sei auch die Struktur Weißenburgs mit dem ständigen Wechsel der

16 Ebda. S. 277 f.
17 *R. Roseneck* (s. A 1).
18 Ebda. S. 184.

Straßenraumquerschnitte zu sehen, was die Schaffung „verkehrsgerechter" Lösungen verbiete. Zutreffend bemängelte Roseneck das Fehlen von Kinderspielplätzen und eines Jugendzentrums in der Altstadt, forderte mehr Altenheimplätze im historischen Stadtkern, neue Wohngebiete in der Altstadt, die Aussiedlung des Betriebes Aurnhammer & Benedict, die Stärkung der kulturellen Funktion der Stadt für Erholungssuchende aus dem Umland durch Ausbau der vorhandenen Einrichtungen (Bergwaldtheater, geplantes Kulturzentrum).[19]

Auch Roseneck kommt in seiner Arbeit – obwohl ihm nur größere Arbeiten über das Verkehrsaufkommen (aus dem Jahre 1970) und eine städtische Verkehrszählung (vom 05. September 1973) zur Verfügung standen – zu dem Ergebnis, dass eine Lösung der Probleme der Altstadt Weißenburgs erst nach dem Bau der Umgehungsstraße möglich sei. Für diesen Fall schlug er ein Zielstufenkonzept vor, das die Herausnahme des Durchgangsverkehrs durch die Innenstadt, die Ausweisung der Altstadt als Kurzparkzone, die Schaffung von Parkplätzen am Stadtkernrand sowie verkehrsberuhigte Zonen vorsah. Seine Befürchtungen, dass sich die Umgehungsstraße als „Barriere" für den Zugang aus der Altstadt zur Umgebung erweisen würde, dürften sich aus heutiger Sicht als unbegründet erwiesen haben.

4. Flächennutzungsplan, Landschaftsplan

Schon 1973 hatte die Bayerische Landessiedlung in ihrem Gutachten auf die Notwendigkeit eines Flächennutzungsplanes für Weißenburg hingewiesen und sich auch eingehend mit der Situation in der Stadt Weißenburg beschäftigt.[20] Auch die Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme nahm hier breiten Raum ein. Im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 forderte das Bayerische Staatsministerium eine Reihe von historischen Städten, darunter auch Weißenburg, auf, Flächennutzungspläne zu erstellen und stellte dafür eine Sonderförderung in Aussicht. Bereits in seiner Sitzung vom 17. Juli 1975 beschloss der Stadtrat, Angebote zur Stadtentwicklungs- und Flächennutzungsplanung einzuholen. Nach durchgeführter Ausschreibung wurde das Büro scherzer, scherzer + Partner mit der Erstellung des Flächennutzungsplanes und das Büro Gerd Hahn mit der Erarbeitung des Landschaftsplanes beauftragt. Die ausführlichen Stellungnahmen der Stadt wurden in diese Planungen integriert.

Im Kapitel „Verkehrswege" des Flächennutzungsplans findet sich eine „Beurteilung der Situation im überörtlichen Verkehrsnetz", die auf Grund der Belastung der Altstadt den Bau der Umgehungsstraße als dringend erforderlich bezeichnet.[21] Von den Planern

19 In der Reihenfolge der Themen vgl. ebda., S. 231, 234, 243 u. 286, 252, 236 u. 241, 270-282.

20 *Bayerische Landessiedlung*, Vorplanung im ländlichen Bereich der Stadt Weißenburg, 1973, S. 109-113.

21 *G. Scherzer/H. Rinkleff/H. Schweighöfer*, Flächennutzungsplan der Stadt Weißenburg i.Bay. Erläuterungsbericht zur Planfassung vom 17.12.1981, Nürnberg: Büro für orts- und regionalplanung scherzer, scherzer + partner, Nürnberg 1981, S. 87-98.

wurden allerdings Bedenken gegen die von der Stadt Weißenburg vorgeschlagene Anbindung des Römerbrunnenweges geäußert. Ebenso wurde durch den Bau der Umgehungsstraße eine Unterbrechung bzw. Bündelung der Fußwegeverbindungen von der Stadt zum Stadtwald befürchtet. Der von der Stadt favorisierte Bau des Feuerwehrhauses an der Dörflervilla und am nördlichen Ring wurde kritisch beurteilt. Zur besseren Anbindung der Baugebiete im Westen wurde eine Verbreiterung der Durchfahrt am Lehenwiesenweg vorgeschlagen.

Im Landschaftsplan nehmen die Aussagen zu Grünflächen, Spiel- und Bolzplätzen sowie Naturdenkmälern im Stadtgebiet und den angrenzenden Zonen besonders breiten Raum ein.[22] Die in den der Bürgerversammlung vom 24. November 1976 aufgestellten zehn Thesen zur Grünplanung wurden dabei übernommen.[23] Empfohlen wurde die Aussiedlung der Betriebe Aurnhammer & Benedict sowie Oechsler. Der baldmöglichste Bau der Umgehungsstraße wurde als besonders dringlich eingestuft, wobei allerdings hinsichtlich der Anbindung des Römerbrunnenweges Bedenken bestanden.

5. Erstellung eines Altstadtentwicklungskonzeptes

Bereits nach Abschluss der erwähnten Entwicklungsstudie von Freund/Zagar wurde im Stadtrat der Wunsch geäußert, auf dieser Grundlage weitere Planungen zu entwickeln. Der Erstellung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes wurde jedoch Vorrang eingeräumt, so dass die Erteilung des Auftrages erst Mitte 1977 erfolgen konnte, wobei – auf Wunsch der Obersten Baubehörde und der Regierung von Mittelfranken – als erfahrener Planer Gerhard Knopp hinzugewonnen werden konnte. Für die Erstellung des Altstadtentwicklungskonzeptes waren die Arbeiten des aus Weißenburg stammenden Ordinarius für Geographie, Günter Heinritz, sehr hilfreich.

Vorgestellt wurden von der Arbeitsgemeinschaft Knopp-Freund-Zagar am 14. März 1978 eine Situationsanalyse zu den Themen Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftsstruktur, Nutzung, Baustruktur und am 26. November 1979 eine Vorlage zum Verkehrskonzept sowie zu Baustruktur, Stadtgestalt und Nutzung. Klar hervorgehoben wurde, dass die Verkehrsplanung auf das Ziel der Stadterhaltungsplanung ausgerichtet werden muss, wobei das vorhandene Straßennetz der Altstadt als ausreichend angesehen wurde.[24]

5.1 Verkehrsplanung

Es war für die Stadt Weißenburg ein besonderer Glückfall, als sich 1980 mit Manfred Löffler und Albert Schmuck zwei Fachplaner mit engen persönlichen Bindungen zu Weißenburg anboten, eine Studie zur Verkehrsplanung für die Altstadt zu erstellen.[25]

22 *G. Hahn*, Landschaftsplan der Stadt Weißenburg i.Bay. einschließlich Erläuterungsbericht, Nürnberg 1981.
23 Vgl. ebda., S. 41 f.
24 *G. Knopp/H. Freund/D. Zagar*, Arbeitsvorlage zum Verkehrskonzept, Weißenburg 1979.
25 Vgl. *M. Löffler*, Weißenburg in Bayern. Eine Studie zur verkehrlichen Situation in der Altstadt und Ge-

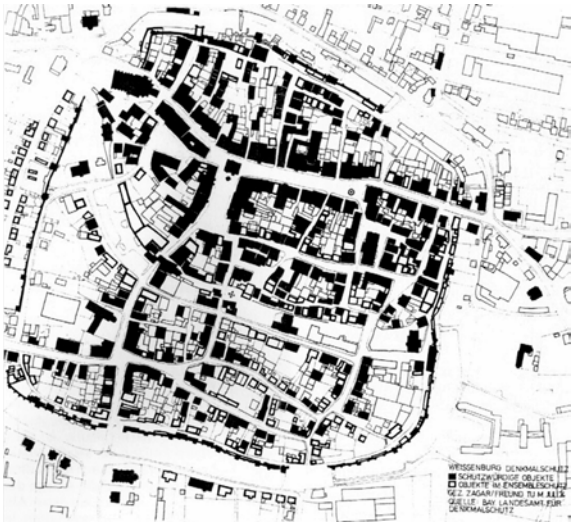

Abb. 2:
Altstadt Weißenburg, 1970er Jahre. Hinsichtlich des Denkmalschutzes bedeutsame Gebäude (Quelle: s. Abb. 1).

Im Gegensatz zu den bisher vom Stadtbauamt vorgenommenen Verkehrszählungen wurde nun erstmalig eine so genannte „Verfolgungsplanung" durchgeführt. Damit war eine bislang nicht vorhandene, objektiv fundierte Qualität der Aussagen erreicht. Es ließen sich für sämtliche Straßen und Plätze in der Altstadt, für die einzelnen Hauptachsen sowie für die untergeordneten Straßen und Plätze, für den ruhenden und fließenden sowie den Durchgangs-, Ziel- und Quellverkehr detaillierte Aussagen treffen. Aus einer Zusammenschau von „verkehrlicher Situation" und „Stadtqualität" wurde zutreffend gefolgert, dass die von den Erfordernissen aus Art und Umfang des Verkehrs im Mittelalter geprägte Stadtstruktur mit ihrem Erlebniswert der reizvollen Abfolge kleinräumiger Strukturen nicht den Erfordernissen des Verkehrs geopfert werden darf.

Neben den allgemeinen Zielen (verkehrliche Maßnahmen und Stadtqualität) wurden Einzelmaßnahmen für den fließenden und ruhenden Verkehr vorgeschlagen und vier Verkehrskonzepte entwickelt einschließlich deren stufenweise Realisierung. 1983 erfolgte noch eine Ergänzung bezüglich möglicher Standorte für Parkmöglichkeiten an der Altstadtperipherie.

5.2. Verkehrskonzept

Ein Diskussionspapier[60] von Eckhard Loock stellte eine Zusammenfassung bisheriger Gutachten und eigener Vorschlägen dar, wobei in besonderem Maße die an den Stadtkern angrenzenden zehn Quartiere auf ihre Verkehrssituation hin untersucht und

danken zur Verbesserung der Stadtqualität durch verkehrliche Maßnahmen, in: Informationen Verkehrsplanung und Straßenwesen, Heft 7/1981.

vielfältige Vorschläge für die Verbesserung des Fuß- und Radwegeverkehrs, zur Verkehrsberuhigung sowie zur Schaffung von Parkplätzen vorgeschlagen wurden.[26] Auch hier wurde die Überzeugung vertreten, dass sich die Verkehrsprobleme der Stadt erst mit der Fertigstellung der Umgehungsstraße lösen lassen. Gleichzeitig müsste aber versucht werden den Ziel- und Quellverkehr in der Altstadt zu reduzieren. Bei den Vorschlägen für die Altstadt sind eine Reihe von Maßnahmen zwischenzeitlich umgesetzt worden, z.B. die Einbahnregelungen in der Rosenstraße und am Hof, die Verkehrsberuhigung am Martin-Luther-Platz und der Pfarrgasse, die Neugestaltung im Bereich Auf der Kapelle sowie im Fußgängerbereich Judengasse – Marktplatz.

6. Maßnahmen der Stadt im Rahmen der Altstadtsanierung

6.1. Öffentlichkeitsarbeit

Unter den zahlreichen Maßnahmen der Stadt zur Förderung der Sanierungsbereitschaft standen diejenigen Initiativen an vorderster Stelle, mit denen das Bewusstsein um die Schönheit und Einmaligkeit der Stadt geweckt wurden. 1972 hatten nur wenige den Wert der historischen Altstadt erkannt. Dies änderte sich, als eine Reihe von bedeutsamen Tagungen nach Weißenburg kam und bekannte Fachleute sich von Weißenburg begeistert zeigten. Zu nennen sind hier besonders 1973 die Bundestagung des Frankenbundes mit Gründung der Ortsgruppe Weißenburg (in Traditionsnachfolge des 1889 gegründeten Altertumsvereins) sowie die Tagung der Deutschen UNESCO-Kommission – Arbeitskreis Historische Stadtkerne, 1973 die erste Internationale Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“[27] mit Verabschiedung der „Weißenburger Thesen“, 1976 die Internationale Stadtbaumeistertagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“, 1980 die Tagung der Gesellschaft für Fränkische Geschichte sowie 1983 eine weitere Tagung des Arbeitskreises Historische Stadtkerne der Deutschen UNESCO-Kommission.

Ebenso wichtig war es, die Bürgerschaft durch Feste in der Altstadt in die Be-wusstseinsbildung einzubeziehen. So wurde die 500. Wiederkehr der Fertigstellung des Gotischen Rathauses zum Anlass genommen, auf dem neu gestalteten Holzmarkt ein Altstadtfest durchzuführen, welches großen Anklang fand. Inzwischen finden zahlreiche Feste in der Altstadt (z.B. die historische Schützenzeche, Brunnenfeste, Feste im Stadtgraben) statt, die von der Bevölkerung gerne angenommen werden. Ebenso wirkte sich die Bereitstellung von Stadtmauertürmen für die Vereine sehr positiv aus. Zahlreiche

26 Vgl. *E. Loock*, Stadtentwicklungsplanung der Stadt Weißenburg i. Bay. Ziele und Möglichkeiten einer Verkehrsplanung. Ein Diskussionspapier über die Erfordernisse und Möglichkeiten, die Lebensqualität der Stadt Weißenburg zu verbessern, Weißenburg 1984.

27 Bis 1975 noch „Arbeitsgemeinschaft für Stadtgeschichtsforschung, Stadtsoziologie und Denkmalpflege e.V.“.

Weißenburger Thesen (1974)

Die Weißenburger Thesen wurden 1974 formuliert im Anschluss an eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft für „Stadtgeschichtsforschung, Stadtsoziologie und Denkmalpflege e.V." zum Thema „Die alte Stadt morgen" (21./22.06.1974).

1. Innerhalb der gegenwärtigen Entwicklungen und der zu erwartenden Trends befindet sich die alte Stadt in einer alarmierend gefährdeten Situation.
2. Zu einem Verstehen und Erleben von historischer Wirklichkeit ist die alte Stadt als Demonstrationsmodell wie als Lebensraum unentbehrlich. Ihr fällt für die historische Bewusstseinsbildung der Allgemeinheit eine bedeutende didaktische Rolle zu.
3. Für die Erneuerung der alten Stadt ist es eine entscheidende Aufgabe, die Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen zu intensivieren. Die bürgerschaftliche Initiative muss geweckt und unterstützt und die Bürgerschaft für die Anforderungen der Stadtsanierung und Stadterneuerung sensibilisiert werden.
4. Die Gemeinde hat auf interdisziplinärer Grundlage bindende und kontinuierliche Grundsatzplanungen durchzuführen. Sie darf sich nicht mit Sekundärplanungen begnügen, die oftmals von Einzelinteressen geleitet werden.
5. Die sozialen Strukturen und Prozesse bei der Sanierung von Innenstadtbezirken müssen intensiver als bisher untersucht werden, und zwar unter deutlicher Berücksichtigung interdisziplinärer Komponenten.
6. Bei der Erneuerung von alten Stadtteilen wie von Baudenkmalen ist deren künftige Nutzung zu berücksichtigen.
7. Nicht nur signifikante Baudenkmale bedürfen des Schutzes; auch uns unscheinbar dünkende Baudenkmale sind für das Gesamterscheinungsbild bedeutsam.
8. Denkmalpflege, bislang im wesentlichen isoliert betrieben, muss sich ihrer sozialen und politischen Verpflichtungen bewusst werden.
9. Das gesetzliche und verfahrensmäßige Instrumentarium für die Altstadtsanierung und Denkmalpflege ist auf allen Ebenen zu verbessern und voll auszuschöpfen. Dabei sollte der Handlungsspielraum der Kommunen erweitert, auch sollten sie bei der Durchführung der Altstadtsanierung nicht unter Zeitdruck gesetzt werden.
10. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Städten, die sich der Erneuerung ihrer Altsubstanz widmen, muss bedeutend intensiver gehandhabt werden als bisher.
11. Die Kooperation zwischen staatlicher Denkmalpflege und Gemeinde muss wesentlich verstärkt werden.
12. Die Architekten sind in ihrer Ausbildung und Praxis an die Erfordernisse der Denkmalpflege heranzuführen, die Handwerker in der Anwendung der denkmalpflegerischen Techniken zu schulen, die Denkmalpfleger mit den Erfordernissen der baulichen Praxis vertraut zu machen.
13. Stadtplanung und Stadtsanierung darf ohne Berücksichtigung der historischen Dimensionen nicht mehr betrieben werden.
14. Bei den Planungs- und Sanierungsvorhaben bietet der Stadthistoriker auch dem Denkmalpfleger und dem Architekten notwendiges Beurteilungsmaterial.
15. Stadtgeschichtsforschung muss von ihren Lernzielen, ihrem Themenkatalog wie von ihrem Selbstverständnis her so praktiziert und dargeboten werden, dass sie in den Prozess der Stadtplanung eingehen kann.
16. Ohne die Erschließung neuer Finanzierungsmöglichkeiten werden die Städte den Wettlauf mit dem Verfall ihrer historischen Bausubstanz verlieren.

Stadtmauertürme waren bis 1972 verkauft worden. Im Rahmen der Umkehr der Stadtpolitik wurden viele Türme wieder zurückgekauft bzw. neu erworben.

6.2. Gesetzliche Maßnahmen

Unter den gesetzlichen Maßnahmen sind im Rahmen der Altstadtsanierung zu nennen:

a) die Baugestaltungs-Verordnung, die nach eingehenden Diskussionen im Stadtrat am 06. Dezember 1973 beschlossen und Anfang 1981 neu gefasst wurde.[28] Die strikte Einhaltung dieser Verordnung hat sich auf das Stadtbild sehr wohltuend ausgewirkt. Der Charakter der Häuser wird nicht durch hässliche und aufdringliche Reklame verunstaltet wie es leider in vielen anderen Städten noch der Fall ist;
b) die Vorlage eines Farbleitplans;
c) die Unterschutzstellung der Altstadt (Ensembleschutz) nach dem Bayerischen Denkmalschutzgesetz;[29]
d) die Bildung eines Sanierungsbeirates.[30]

6.3. Sanierungsgebiete

Seit Beginn der Altstadtsanierung wurden in Weißenburg eine Reihe von Sanierungsgebieten ausgewiesen, wobei sich die Stadt allerdings nicht den Vorschlägen des SIN, sondern von aktuellen Anlässen leiten ließ.[31] Beim Sanierungsgebiet Am Hof war maßgeblich, dass im Rahmen des innerörtlichen Straßen- und Versorgungsleitungsausbau die Rosenstraße wegen ihrer Enge und des Alters der Häuser nicht in Frage kam. So bot sich die Führung über den Platz Am Hof geradezu an und eröffnete überdies die Chance, einen äußerst zentral gelegenen, damals aber heruntergekommenen Platz aufzuwerten:

▷ Sanierungsgebiet I: Am Hof.
Für dieses Gebiet, in welchem die meisten Privatsanierungen stattfanden, wurde eine gezielte vorbereitende Untersuchung mit Neuordnungsvorschlag und Modellplanung erstellt. Außerdem fand danach eine eingehende Bewertung der Sanierung statt.[32]

28 Vgl. Amtsblatt der Stadt Weißenburg 12/1981.
29 Zum Denkmalschutz in Weißenburg vgl. ausführlich *G. Kiessling*, Denkmäler in Bayern, Bd. V. 70/2: Stadt Weißenburg i. Bay., München 2001.
30 In den Sanierungsbeirat wurden berufen: Vertreter von DGB, IHG, Verkehrswacht, Haus- und Grundbesitzerverein, Architektenschaft, Kreishandwerkerschaft, Stadtheimatpfleger, Stadtbaumeister, Oberbürgermeister.
31 Die Angaben sind Herrn Stadtbaumeister Eckhard Loock zu verdanken (02.09.2005). Eine Bewertung der Sanierungsgebiete erfolgt bei *S. Lux* (s. A 5), S. 50-53; zum Sanierungsgebiet Am Hof vgl. *J. Kemmelmayer*, Die Altstadtsanierung in der Großen Kreisstadt Weißenburg in Bayern unter besonderer Berücksichtigung des Kerngebietes „Am Hof", Ms. Weißenburg 1990, S. 39 ff.
32 Vgl. *N. Kuhn*, Altstadtsanierung Am Hof. Vorbereitende Untersuchung, Planungsziel, Neuordnungsvorschlag, Modellplanung, Weißenburg i. Bay. o.J. sowie *J. Kemmelmayer* (s. A 31).

Abb. 3: Sanierung und Umbau des Essig-Anwesens zum Depot des Reichsstadtmuseums Weißenburg; Umbau 1993-1995) nach Plänen von Johannes Geisenhof, Gruppe DASS (Quelle: s. Abb. 1).

- Sanierungsgebiet lA: Am Hof - mit Erweiterung um Bereiche Dörflervilla / Zentralschule, An der Schulhausstraße.
- Sanierungsgebiet l B: Am Seeweiher, Oechsler (Betriebsauslagerung).
- Sanierungsgebiet 2: Untere Stadtmühlgasse.
- Sanierungsgebiet 3: An der Karmeliterkirche.
- Sanierungsgebiet 4: Obere Stadtmühlgasse – (Betriebsauslagerung Aurnhammer & Benedict).
- Sanierungsgebiet 5: Paradeisgasse – Pflastergasse.
- Sanierungsgebiet 6: Auf der Wied / Höllgasse.

6.4. Stadtverschönerung und weitere Baumaßnahmen

In Weißenburg wurden zahlreiche Maßnahmen zur Stadtverschönerung und Hebung der Stadtqualität ergriffen, z.B. Anstrahlung der Kirchtürme, Aufstellung von Brunnen, Ausweitung der Grünanlagen, Fußgängerwege vom Stadtring in die Altstadt und Durchführung eines Fassadenwettbewerbs.

Nach 1972 galt es in erster Linie, durch Baumaßnahmen die Zentralitätsfunktion der Altstadt zu erhöhen, ohne dabei in Konflikt mit dem eigentlich der Altstadtsanierung

entgegenlaufenden innerörtlichen Straßenausbau zu geraten. Herausragende Maßnahmen waren der Umbau des Ellinger Tores (Aufnahme der Ratsbibliothek), der Stadtwaage (Judengasse 30), der Verkehrsflächen Am Hof und Pfarrgasse („Plattelung"), des Eingangsbereiches an der Post (Erwerb und Abbruch des „Hauses Stefanie", vor allem aber der Ausbau der ehemaligen Karmeliterkirche zum Kulturzentrum.[33] Hingegen erwies sich der Abbruch einiger Scheunen und Häuser Auf der Kapelle 1973 als übereilt; die Wunden sind inzwischen aber durch eine gute Gestaltung und Aufstellung des „Millenniumsbrunnen" geheilt worden.

7. Die besondere Bedeutung der Verkehrsplanung für die Altstadtsanierung und Stadtentwicklung

Bei allen Untersuchungen über die Altstadt von Weißenburg fällt auf, dass die Lösung des Verkehrsproblems eine entscheidende Rolle spielte. Entstehung und Funktion historischer Stadtkerne haben in der Tat Strukturen geschaffen, denen die Vorstellungen von einer „autogerechten Stadt" diametral entgegengesetzt sind. Die größte Schwierigkeit für die Stadt Weißenburg bestand – bis zur Fertigstellung der Umgehungsstraße – darin, in der Altstadt alles zu vermeiden, was der späteren Verkehrsberuhigung entgegensteht, andererseits aber auch die für den innerstädtischen Straßenausbau gewährten Zuschüsse nicht zu gefährden. Die Verkehrsplanung war mithin auf die Fertigstellung der Umgehungsstraße abgestellt. Der verhältnismäßig lange Zeitraum bis zu ihrer Einweihung kann rückblickend als Beitrag zur Optimierung des Planungsprozesses angesehen werden. In diesem Zusammenhang sind die Arbeiten am Altstadtentwicklungskonzept und den verschiedenen Verkehrskonzepten sowie die Vorschläge der Stadtverwaltung und die Beschlüsse des Stadtrates zu sehen.

Nachdem der Auftrag zur Erstellung eines Altstadtentwicklungskonzepts in der Stadtratssitzung am 26. November 1979 an die Architektengemeinschaft Knopp-Freund-Zagar erteilt und deren Zielvorstellungen in den Ausschüssen für Bauwesen sowie für Stadtentwicklung, Grün und Erholung behandelt worden waren, fasste der Stadtrat zum Verkehrskonzept in der Sitzung vom 9. März 1978 eine Reihe von Beschlüssen, mit denen u.a. folgende Planungen des SIN aus dem Jahre 1975 aufgehoben wurden: zweispuriger Ausbau der Bachgasse, zweispuriger Ausbau der Straße Am Schrecker einschließlich des Baus von Stichstraßen und Wendeplatten, Straßendurchbruch am Kaulhaus Steingaß und Straßendurchbruch am Scheibleinsturm; ebenso wurde von der Schaffung von Fußgängerzonen Abstand genommen. Dafür sollte die Spitalsanlage neu gestaltet werden.

33 Vgl. hierzu *G.W. Zwanzig*, Der Bau des Kulturzentrums Karmeliterkirche Weißenburg. Entwicklung eines Vorgangs kommunalpolitischer Meinungsbildung, in: *G. Mödl*, Weißenburger Kulturfenster Karmeliterkirche, Weißenburg 183, S. 81-83.

Abb. 4: Weißenburg 2005: Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt" zum Thema: „‚30 Jahre Zukunft für unsere Vergangenheit' - Der Beitrag privater Planungsbüros."

Gleichzeitig wurde festgelegt, die Altstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten und die Durchfahrt am Gotischen Rathaus (Weisel ‚sches Haus) zu sperren, den Parksuchverkehr einzuschränken und das Parkplatzangebot am Altstadtrand zu erweitern. Für die Hauptgeschäftszonen wurde vornehmlich die Erschließung für „öffentliche" Nutzung (Kurzparker) und für die Hauptwohnzone vornehmlich die Erschließung für Anlieger vorgesehen.

Nachdem der Bau einer Tiefgarage Am Plärrer keine Chance auf Verwirklichung hatte, wurde in der Stadtratssitzung vom 28. September 1981 der Dringlichkeit nach der Bau folgender Parkplätze beschlossen: nördlicher Wallgraben,[34] in der Bismarckanlage, am Bahnhof und im Stichvillen-Park. Des weiteren sollte der Plan einer Fußgängerunterführung am Bahnhof und sodann der Bau von Parkplätzen in der Kohlstraße vorangetrieben werden. Dieser Beschluss zeigt sehr deutlich, dass man sich immer mehr auf die Schaffung von Parkplätzen am Stadtkernrand geeinigt hatte.

In der Sitzung des Stadtrates am 16. Juni 1982 wurde der Bereich Obere Stadtmühlgasse zum Sanierungsgebiet ausgewiesen, u.a. mit dem Ziel, den Betrieb Aurnhammer &

34 Der in der Stadtratssitzung vom 24.04.1986 beschlossene Bau eines Parkdecks im Nördlichen Wallgraben gelangte jedoch nicht zur Ausführung.

Benedict zur verlagern und das dann freie Gelände mit einer Wohnbebauung samt Tiefgarage für die Anlieger zu nutzen.

Die Stadt führte ab 1984 eine Reihe von Versuchen zur Verkehrsberuhigung durch. So wurden in der Sitzung des Stadtrates vom 20. Dezember 1986 Regelungen für die Schanzmauer, Rosenstraße und Ellinger Straße getroffen.

Im Juni 1988 konnte das Parkhaus an der Doerflervilla eröffnet werden, und nachdem endlich am 18. Mai 1990 die neue Umgehungstrasse eingeweiht worden war, konnten die vom Stadtrat im November 1989 gefassten Beschlüsse der Sperrung der Flächen am Gotischen Rathaus (zwischen Rosenstraße und Luitpoldstraße/Holzmarkt) bzw. zwischen Marktplatz und Luitpoldstraße/Holzmarkt) umgesetzt werden. Mit der Sperrung am Gotischen Rathaus wurde die stufenweise Verkehrsberuhigung in der Altstadt sodann in ein entscheidendes Stadium geführt. Nachdem zuvor 180 Parkplätze am Seeweiher geschaffen worden waren, wurde ab September 1993 auch die Durchfahrt am Gotischen Rathaus von der Rosenstraße zum Marktplatz geschlossen. Versuche, diese Regelungen rückgängig zu machen, sind glücklicherweise gescheitert. Inzwischen hat die Bevölkerung die Verkehrsberuhigung angenommen. Im Sommer zeichnen sich die Plätze rund um das Gotische Rathaus durch eine Vielzahl von Straßen-Gaststätten und Straßencafés aus, was der Altstadt einen besonderen Reiz verleiht und vor allem Besucher zum Verweilen einlädt.

8. Weiterentwicklung und Zusammenfassung

Die Altstadtsanierung in Weißenburg hat vor allem ab 1990 mit der Fertigstellung der Umgehungsstraße beträchtliche Fortschritte erzielt. Die Zentralitätsfunktion des historischen Stadtkerns wurde wesentlich gestärkt, wobei die einzelnen Einrichtungen – Neues Rathaus sowie Sanierung des bisherigen Verwaltungsgebäudes, Sanierung des Wildbadsaales, Ausbau der Stadtbücherei, Konzentration von Kultur- und Touristik im Bereich Römermuseum, Reichsstadtmuseum und Heimatmuseum, Umbau der Schranne zur Markthalle – gut über die gesamte Altstadt verteilt sind. An vielen Stellen wurde die Stadt verschönert (z.B. Platz Auf der Kapelle mit Milleniumsbrunnen, Erlebbarkeit der Stadtmauergrundrisse zwischen Post und Andreaskirche, Brunnen in der Bachgasse, Klostergarten neben der Karmeliterkirche u.a.m.). An zahlreichen Stellen in der Innenstadt entstanden neue Wohnanlagen (z.B. Schanzmauer, Paradeisgasse, Bortenmachergasse) und am Altstadtrand wurden zahlreiche (kostenlose) Parkplätze ausgewiesen.

Sonja Lux hat die letzten Jahrzehnte der Altstadtsanierung gekennzeichnet mit der zutreffenden Feststellung: „Die Basis und die Grundvorstellungen der Altstadtsanierung stammen aus der Zeit von 1975 bis 1980. Der damalige Oberbürgermeister stellte die Weichen für die Altstadtsanierung. Die Durchsetzung der Maßnahmen war während seiner Amtsperiode nur bedingt möglich. Für die Altstadt von Weißenburg kann es als sehr positiv angesehen werden, dass der nachfolgende und noch amtierende Ober-

bürgermeister die Arbeit seines Vorgängers im Hinblick auf die Altstadtsanierung übernahm und weiterentwickelte. Die relativ gute wirtschaftliche Situation der Stadt seit Mitte der 80er Jahre ermöglichte die Realisierung der Anfang der 80er Jahre begonnenen Planungen."[35]

Die Altstadt von Weißenburg ist durch die Altstadtsanierung aufgewertet worden und erweist sich als eine liebenswerte und lebenswerte Stadt. Man kann nur hoffen, dass auch weiterhin die Lebendigkeit der Altstadt erhalten bleibt. Darüber hinaus wäre es sicher sinnvoll und wünschenswert, wenn in einer wissenschaftlichen Arbeit sämtliche bisher vorliegenden Gutachten mit der eingetretenen Entwicklung verglichen und die erreichten Verhältnisse unter dem Aspekt der Altstadtsanierung beurteilt würden. Möglicherweise wird sich Kritik nicht vermeiden lassen. Andererseits wäre es für alle Verantwortlichen wichtig zu erfahren, ob sie alles in ihren Kräften Stehende getan haben, um eine so einmalige und liebenswerte Stadt wie Weißenburg zu erhalten und an die kommenden Generationen als kleines Juwel weiterzugeben.

35 *S. Lux* (s. A 5), S. 67.

Sylvia Greiffenhagen

Die Stadt in ihrer Bedeutung für Kinder

Spiel, Erlebnis und Sozialisation

Kinder brauchen für ihre Entwicklung die Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt: mit Erwachsenen, mit anderen Kindern, mit ihrer räumlichen Umwelt. Diese Auseinandersetzung geschieht insbesondere durch Spiel und Bewegung. Bietet die Lebenswelt heutiger Städte ein günstiges räumliches und soziales Umfeld für den Entwicklungsprozess, den Kinder durchlaufen? Und, falls die Antwort negativ oder auch nur zwiespältig ausfällt: Was wäre zu tun, um unsere Städte kinderfreundlich – und in der Folge für Kinder, aber auch für die Gesellschaft im Ganzen, bekömmlich zu machen? Darum soll es im Folgenden gehen. Zu reden wäre dabei von vielen verschiedenen Themen. Ich will mich vorwiegend auf Aspekte beziehen, die mit der räumlichen Dimension unseres Themas zu tun haben.

1. Bedürfnisse von Kindern

Vergegenwärtigen wir uns zunächst einige zentrale kindliche Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse haben sich wenig verändert im Laufe der Menschheitsgeschichte. Sie wurden und werden in der wissenschaftlichen Literatur ebenso wie in der populären Literatur unter anderem durch die folgenden Stichworte gekennzeichnet:[1]

- Kinder haben einen wesentlich stärkeren Bewegungsdrang als Erwachsene; sie wollen rennen, hüpfen und toben, auch in der Stadt;
- Sie spielen gern in der Natur und mit natürlichen Dingen; sie reagieren sehr lebhaft auf einen Rest von Natur in der Stadt, der ihnen erlaubt, Wind, Sonne und Regen zu erleben, der es möglich macht, Erde, Wasser, Pflanzen und Tiere zu beobachten, zu riechen, zu hören, anzufassen;
- Kinder sind neugierig. Sie erobern sich ihre Umwelt im Spiel, sie wollen Neues erleben und erfahren, sich selbst und ihre Unwelt austesten, auch durch Abenteuer, Risiko und Gefahr;

1 **Vgl. hierzu u.a.** *U. Bronfenbrenner*, Die Ökologie menschlicher Entwicklung, Stuttgart 1981; *K. Hurrelmann/H. Bründel*, Einführung in die Kindheitsforschung, Weinheim 2003; *G. Mietzel*, Wege in die Entwicklungspsychologie. Kindheit und Jugend, Weinheim 2002; *R. Oerter/L. Montada* (Hrsg.), Entwicklungspsychologie, Weinheim 2002; *H.G. Rolff/P. Zimmermann*, Kindheit im Wandel, Weinheim 2008; *H. Schweizer*, Soziologie der Kindheit, Verletzlicher Eigen-Sinn, Wiesbaden 2007.

- Kinder wollen den Austausch mit anderen Kindern und mit Erwachsenen. Sie suchen den Kontakt mit dem städtischen Treiben um sich herum und wollen nach ihren Interessen und Möglichkeiten daran teilnehmen. Kinder wollen erwachsen werden und suchen aus diesem Grund den Kontakt zu erwachsenen Menschen, die nicht Eltern, Lehrer oder sonstige pädagogische Autoritätspersonen sind. Sie beobachten und ahmen nach. Überall dort, wo sich Wege kreuzen, wo Ein- und Ausgänge sind, halten sich Kinder gern auf. Sie versuchen, sich ihren Platz in der Erwachsenenwelt zu erobern. Und zwar dort, wo das Alltagsleben stattfindet und nicht in zugewiesenen Reservaten;
- Für Kinder ist der Weg oft das Ziel. Sie ziehen herum und schauen, wo etwas los ist, ob man jemanden trifft. Der Weg wird zum Spielerlebnis; viel mehr Interesse richten Kinder auf alle Dinge, die auf dem Boden und knapp darüber zu beobachten sind: Pfützen, Stufen, Mäuerchen, Bodenbeläge, die zum Hüpfen geeignet sind. Wege und Räume vergrößern sich dauernd; vom einmal eroberten „sicheren" Raum dringen Kinder kontinuierlich in andere, fremde Räume vor, vom Zimmer zum Haus, zur Straße, zum Quartier, zur Stadt insgesamt. Jeder Aktionsraum wird kognitiv, emotional, sozial und sinnlich-ästhetisch „erobert", und jeder Aktionsraum wirkt – je nach seiner Beschaffenheit – seinerseits kognitiv, emotional, sozial und sinnlich-ästhetisch auf die kindliche Sozialisation.

2. Die heutige Situation von Kindern in der Gesellschaft allgemein und in der Stadt im besonderen

Halten wir nun die reale Situation der Kinder von heute dagegen. Die Lebensbedingungen von Kindern lassen Zweifel daran zu, ob sie den beschriebenen Bedürfnissen von jungen Menschen wirklich gerecht werden. Ich nenne nur wenige Schlagworte; sie gelten für unsere moderne Gesellschaft im Ganzen, verschärft aber noch für die Städte.[2] Gegenwärtig ist unter anderem die Rede

- von Bedrohungen kindlicher Lebenswelten durch eine Vereinzelung der Kinder aufgrund einer kontinuierlich sinkenden Geburtenquote;
- vom Verlust der sozialen Erfahrung mit Geschwistern, Vettern und Basen oder Nachbarschaftsfreunden und damit vom Verlust von Sozialkompetenz;

2 Vgl. die in Anm. 1 genannten Quellen sowie *I. Behnken* (Hrsg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozess der Zivilisation, Opladen 1990; *A. Flade/B. Kustor*, Sozialisation und Raumaneignung, Darmstadt 1996; *U. Gebhard*, Kind und Natur, Opladen 1994; *U. Nissen*, Kindheit, Geschlecht und Raum, Weinheim 1998; *H. Zeiher u.a.*, Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern, Weinheim/München 1994; außerdem die zahlreichen Publikationen, die im Kontext der Kinder-Stadtforschung, zumeist als sog. Graue Literatur, veröffentlicht wurden. Exemplarisch werden die Texte zur Lektüre empfohlen, die im Umkreis des Programms „Kinderfreundliche Stadtgestaltung" des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. des Kinderhilfswerks entstanden sind (z.B. www.kinderfreundliche-stadtentwicklung.nrw.de).

- von einer Verinselung kindlicher Lebensräume: Kinder leben auf einsamen Inseln, fern von anderen Kindern – spontane Treffmöglichkeiten vor dem Haus auf der Straße verschwinden allmählich;
- in der Folge der skizzierten Entwicklung entwöhnt sich die Gesellschaft von Kindern; je weniger Kinder in einem bestimmten Raum leben, desto größer wird die Unduldsamkeit gegenüber Kindergeschrei und anderen kindertypischen Verhaltensweisen; schon jetzt klagen Planer immer wieder darüber, dass man heutzutage keinen Spielplatz mehr anlegen kann, ohne dass es massive Proteste von Anwohnern hagelt. Dazu kommt: Der latent immer vorhandene Konflikt gewinnt durch den Aspekt ethnischer Zugehörigkeit noch an Schärfe: Oft ist der Konflikt ein Streit zwischen älteren Deutschen und jüngeren Nichtdeutschen. Die generationell und kulturell verschiedenen Sozialisationserfahrungen – von, sagen wir, 70jährigen Deutschen und 15jährigen türkischen Jugendlichen – könnten nicht unterschiedlicher sein; Konflikte sind programmiert und die Ordnungsämter und Polizeiposten vor Ort immer häufiger gefragt, zunehmend allerdings auch die Planer: geht es doch künftig unter anderem darum, den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass er ein möglichst spannungsfreies Miteinander zulässt;
- Überforderung durch den schulischen Alltag und ganz allgemein Pädagogisierung des Kinderalltags;
- Vereinnahmung kindlicher Erfahrungswelt durch die Medien;
- Verlust von Natur;
- Verhäuslichung; ein großer Teil der Stadtkinder spielt fast nur noch im Haus;
- Verdrängung bzw. Rückzug der Kinder aus dem öffentlichen Raum. Die Frage nach Henne und Ei ist dabei müßig; entscheidend ist der objektive Sachverhalt zunehmenden Verschwindens von Kindern aus den öffentlichen Räumen der Stadt. Paradox ist dabei: Je mehr wir über Kinder in der Stadt theoretisch nachdenken, desto mehr werden Kindern in der Praxis ganz besondere, kindereigene Schutzräume zugewiesen;
- Die spezifisch den Kindern zugewiesenen Räume wie Kindergärten, Schulen und Spielplätze sind als Gebäude sowie Flächen und Räume häufig langweilig, standardisiert und mit „0815-Spielgeräten“ und Möbeln ausgestattet, die wenig kreative Nutzung zulassen, überdies überall ähnlich bis vollkommen identisch aussehen und darin Kinderbedürfnissen fundamental widersprechen;
- Immer wieder beklagt wird auch die zunehmende Bewegungsarmut unserer Kinder. Störungen bei der Mobilität, Übergewicht, gesundheitliche Beeinträchtigungen unterschiedlichster Art, Störungen des Raumgefühls und der Raumorientierung, Anfälligkeit für Stürze und andere Unfälle, Aggressivität und Gewalt sind unter anderem die Folgen des weit fortgeschrittenen Bewegungsverlustes der Kinder in Deutschland und ihres Verschwindens aus dem öffentlichen Stadtraum. Raumgreifende Bewegungsspiele in Straßen und Höfen sind, mit Ausnahme des Fuß-

ballspielens von kleineren Kindern, meist Jungen, nahezu völlig aus dem Stadtbild verschwunden;

- Sicher ist eines: Das Auto ist zweifellos ein entscheidender Grund für Verdrängung und Rückzug der Kinder aus dem öffentlichen Raum unserer Städte. Die konkrete Unfallgefahr erklärt das Phänomen nur zum Teil. Hier greift vielmehr eine fatale Ambivalenz von Behütung und Freiheitsentzug: Besorgte Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zum Kindergarten oder sogar noch zur Schule; die wichtige Sozialisationserfahrung des selbständigen Weges durch Quartier oder Stadt geht verloren. Auch dort, wo das Auto nicht unbedingt eine direkte Bedrohung darstellt, schränkt es den kindlichen Lebensraum ein, z.B. als so genannter stehender Verkehr. Erfahrungs- und Handlungsräume von Kindern werden begrenzt und damit auch ihre motorische, kognitive und soziale Entwicklung;
- Zu den Einschränkungen der kindlichen Lebenswelt durch das Auto kommen noch andere Faktoren, von Stadt zu Stadt jeweils in unterschiedlicher Ausprägung: In besonders schönen und attraktiven alten Städten können Kinder zum Beispiel auch durch massiven Fremden-Ansturm stark eingeschränkt werden;[3]
- Noch ein Wort zu den Mädchen: Sie sind im öffentlichen Raum meist unterrepräsentiert. Nur auf den Kleinkinderspielplätzen finden sich Jungen und Mädchen in etwa gleicher Zahl; je älter die Mädchen werden, desto stärker halten sie sich nur noch in „Schutzräumen" auf. Noch vor 15 Jahren galten bei der Gestaltung von Freiräumen nahezu ausschließlich jungenorientierte Leitbilder; Mädchenbedürfnisse wurden vor den 1990er Jahren im allgemeinen nicht ausreichend berücksichtigt. Anita Heiliger sprach in diesem Zusammenhang schon vor vielen Jahren von einer „Sozialisation zur Schwäche" durch einen mädchenunfreundlichen Freiraum.[4] Die heutige Grünflächenplanung ist besser; aber noch immer werden Mädchenbedürfnisse häufig nicht wahrgenommen und dementsprechend auch nicht angemessen verfolgt.

Zweifel an einer kindergerechten Umwelt in der Stadt sind somit durchaus erlaubt. Dramatischer noch wird das Problem, wenn man das Thema Kinderleben in der Stadt um den Aspekt der wachsenden sozialen Segregation unserer deutschen Gesellschaft ergänzt.

Die Schere zwischen Bevölkerungsgruppen, die in wirtschaftlich günstigen Rahmenbedingungen leben, und jenen, die eher benachteiligt sind, öffnet sich in Deutschland kontinuierlich. Dieser Fakt ist nicht neu, aber er wird erst seit den 1990er Jahren

3 **In den frühen 1990er Jahren habe ich, zusammen mit Hannes und Rotraut Weeber sowie Hans Billinger, im Auftrag der Stadt Konstanz eine Analyse der Kinderfreundlichkeit in der Konstanzer Altstadt durchgeführt. Die Kinder waren mit ihrer Stadt insgesamt sehr zufrieden, aber am Wochenende hatten sie in der Altstadt keine Chance; vgl. *H. Billinger u.a.*, Kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung Konstanz. Projekt i.A. der Stadt Konstanz und des BMBau 1992 ff.**

4 **Vgl. die zahlreichen Publikationen von Anita Heiliger zu den Themenfeldern Frau/Mädchen/Raum/Gewalt.**

wieder verstärkt thematisiert. Die Politik, aber auch der sozialwissenschaftliche mainstream, hat uns jahrzehntelang weismachen wollen, dass alle Bevölkerungsgruppen in etwa gleichem Maße am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft teilnehmen. Vor allem die empirische Armutsforschung hat aber seit Beginn der frühen 1990er Jahre den Finger immer wieder in die Wunde gelegt und gezeigt: Die wirtschaftliche Spaltung unserer Gesellschaft nimmt zu, und am unteren Rande der Gesellschaft wächst die Armut.[5]

Besonders betroffen von Armut sind Langzeitarbeitlose, Familien mit Migrationshintergrund, Familien (auch deutsche) mit mehr als drei Kindern, alleinerziehende Frauen. Die Ursachen für das höhere Armutsrisiko für Familien mit Kindern liegen zum einen im unzureichenden Lastenausgleich: Kinder sind teuer, und was der Staat dafür gibt, reicht nicht als Ausgleich; zum anderen in der Tatsache, dass Beruf und Familie in Deutschland kaum vereinbart werden können. Spätestens ab dem zweiten Kind fällt zum Beispiel notgedrungen das zweite Familieneinkommen meist weg.

Kinder erhöhen somit das Armutsrisiko. Der Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Armut gilt allerdings auch in umgekehrter Richtung: Wer arm ist bzw. aus einem Haushalt unter Armutsbedingungen stammt, bekommt früher und meistens auch mehr Kinder als unter stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen aufgewachsene Menschen.

Mit einer materiell schwierigen Situation in Armutshaushalten geht fast immer einher: eine schwierige medizinische Situation (körperliches und seelisches Leid), eine schlechte Wohnsituation (zu kleine und schlecht ausgestattete Wohnungen in einem schlechten Wohnumfeld), Streit und Konflikte im Familienalltag. Alarmierend ist insbesondere die Lage der Kinder in Armutshaushalten:[6] Ihre Chancen für eine gelingende Sozialisation werden durch die häuslich belastete Situation mit finanziellen Engpässen, Krankheit, schlechten Wohn- und Freiraumbedingungen und schlechten Chancen für Bildung und Ausbildung massiv beeinträchtigt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus armen Haushalten selbst arbeitslos werden, später selber von staatlicher Hilfe abhängig sind, Alkohol oder andere Drogen konsumieren und vielleicht sogar in den Kriminalitätsstatistiken auftauchen werden, ist ungleich größer als die jener Kinder aus wirtschaftlich besser gestellten Haushalten.

Fatal wird die Entwicklung insbesondere deshalb, weil sich in den Städten eine zunehmende räumliche Spaltung vollzieht: eine Segregation, wie man sie in Deutschland

5 **Vgl. hierzu die grundlegenden Schriften von W. Hanesch, R. Hauser und E.-U. Huster sowie zahlreiche** Armutsberichte auf Bundes-, Länder- und komunaler Ebene; Auswahl: *W. Hanesch u.a.*, Armut in Deutschland, Reinbek 1994; *R. Hauser/W. Hübinger*, Arme unter uns, Freiburg 1993; *E.-U. Huster* (Hrsg.), Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt a.M. 1993; einen guten Eindruck von den Lebensrealitäten betroffener Mensch gibt der qualitative Teil des sog. Stuttgarter Armutsberichts: Armut in Stuttgart. Quantitative und qualitative Analysen, Sozialbericht 1. Verfasser: R. Jautz, Ch. Wagner, W. Tattermusch, S. Greiffenhagen, U. Pfenning, Stuttgart 2001.

6 **Vgl.** *Ch. Butterwegge* (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt a.M. 2000; *A. Klocke/K. Hurrelmann* (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, Opladen 1998; *U. Otto* (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen 1997.

noch vor zwei Jahrzehnten für fast unmöglich hielt.[7] Die Städte spalten sich auf in „gute" und „schlechte" Gebiete. Die sanierte, herausgeputzte Altstadt ist heute in vielen Städten ein „guter Stadtteil", häufig genug einer mit niedrigem Kinderanteil; „schlechte" oder „schwierige" Stadtteile sind in der Regel gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Sozialhilfequote, einen hohen Ausländeranteil, ein schlechtes Wohnumfeld, ein schlechtes Image und – viele Kinder. Die schwierigen Stadtteile befinden sich oft in einer Abwärtsspirale: Wer kann, zieht weg; wer nachkommt, hat meist größere Probleme als die früheren Bewohner, und damit erhöht sich die schwierige Lage des Stadtteils noch einmal. Irgendwann passt dann vielleicht sogar das belastende Wort vom „sozialen Brennpunkt". In solchen Stadtteilen lebt schon heute ein großer Teil und künftig ein weiter wachsender Teil der deutschen und nichtdeutschen Kinder. Sie bleiben in ihrem Stadtteil in gewisser Weise stets unter sich. Groß zu werden in Armut, schafft den Nährboden für Anomien verschiedenster Art. Bei einer Fortdauer des Trends zur Verarmung von Familien werden perspektivisch also immer mehr Kinder in ihrer Sozialisation empfindlich gestört werden. Was das nicht nur für ihre individuelle Sozialisation, sondern die ganze Gesellschaft bedeutet, ist evident.

Politische Programme wie die „Soziale Stadt" oder „Lokales Kapital für Soziale Zwecke" (kurz: LOS) setzen an diesem Problembereich an, mit gutem Erfolg im Detail. Aber im Ganzen gesehen sind solche Programme – in einer einzelnen Stadt, einem einzelnen Stadtteil – ein Kampf gegen die Windmühlenflügel der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.[8] Wir brauchen in Zukunft auf allen Politikfeldern und allen politischen Ebenen Handlungsansätze, die in die richtige Richtung weisen.

3. Handlungsansätze

Unter Überschriften wie „Kinderfreundliche Stadt", „Familienfreundliche Stadt", „Gesunde Stadt" etc. werden derzeit viele gute Modellvorhaben praktisch erprobt. Aber um einzelne Projekte oder Modelle kann es in Zukunft nicht gehen. Wenn in der Stadt wieder Kinderleben möglich und attraktiv werden soll, muss flächendeckend Kinder- und Familienfreundlichkeit durch- und umgesetzt werden.

Familien mit Kindern ziehen derzeit häufig ins Umland hinaus, auf der Suche nach Grün, nach günstigem Wohnraum, nach einem vorgeblich kindergerechten Ambiente. Vorgeblich deshalb, weil die grünen Bezirke im Umkreis der Städte nach Ansicht von

7 *M. Alisch/J.S. Dangschat*, Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen 1998; *D. Baum*, Die Stadt in der sozialen Arbeit. Von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt, Wiesbaden 2007; *J.S. Dangschat* (Hrsg.), Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung, Opladen 1999; *H. Häußermann*, Die Krise der „Sozialen Stadt", in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2000.

8 **Vgl. die umfangreiche Literatur zur Evaluierung des Programms Soziale Stadt; u.a.** *S. Greiffenhagen/K. Neller* (Hrsg.), Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm Stadtteile mit besonderem Entwickungsbedarf – Die Soziale Stadt, Wiesbaden 2005.

vielen Experten allenfalls für kleinere Kinder gute Sozialisationsbedingungen bieten; ab dem frühen Jugendalter schon bietet die Stadt mit ihrer Vielfarbigkeit – und, bei der alten Stadt, ihrer besonderen Schönheit – wesentlich bessere Anreize und Chancen für eine gelingende Sozialisation – wenn sie denn kinder- und jugendfreundliche Nachrüstung tätigt.

Ein Beispiel: Ein kleines Gebiet mit Eigenheimen irgendwo in der Stadt, meist am Stadtrand, lockt möglicherweise tatsächlich einige junge Familien zurück in die Stadt, die sich sonst eher im Umland der Stadt angesiedelt hätten, aber ein solches Gebiet wird eine Stadt nicht insgesamt kinder- oder familienfreundlich machen. Größere und längere Effekte brächte vermutlich der Ausbau von ausreichend Bewegungsflächen für Kinder in allen Stadtteilen, auch in der Altstadt und in besonderem Maß in den schwierigen Stadtteilen.

Bund und Länder geben zwar wichtige Rahmenbedingungen vor für eine vernünftige kinderfreundliche Politik, auf dem engeren Feld der Familienpolitik ebenso wie auf den Feldern der Wohnungs-, der Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Bildungspolitik. Gleichwohl haben die Städte viel Handlungsspielraum. Entscheidend ist - neben der nötigen Kreativität - vor allem der politische Wille einer Kommune. Der Wille zu einer kindergerechteren Stadt muss sich als Priorität im kommunalen Budget niederschlagen, sonst bleibt am Ende alles bei schönen Reden. Ein Beispiel aus einer alten Stadt, die für viele andere stehen könnte und hier nicht genannt werden soll: Die Konzentration der Mittel in einem Sanierungsgebiet auf wenige wichtige, ökonomisch interessante Gebäude führte letztendlich dazu, dass nur ein Bruchteil der ursprünglich benannten Sanierungsziele umgesetzt werden konnte. Die Verbesserung des öffentlichen Raums im Interesse von Kindern und Jugendlichen sowie anderer, nicht unbedingt marginaler Bevölkerungsgruppen, die zu Beginn der Sanierung in aufwendigen Bürgerbeteiligungen an der Erarbeitung der kinderfreundlichen Ziele mitgewirkt hatten, blieb auf der Strecke: von einem kinderfreundlichen Stadt-Umbau gar keine Rede; die Prioritäten der Entscheidungsträger waren andere.

Was ist also zu tun? – Ich beginne mit einigen allgemeinen Überlegungen und gehe dann einzelne Handlungsfelder durch:

1. Die skizzierten Entwicklungen schaffen Handlungsbedarf auf vielen verschiedenen Feldern. Viele Interventionen können nur dann wirklich greifen, wenn sie inhaltlich breit und vernetzt, ressort- und disziplinenübergreifend bearbeitet werden. Ein kinderfreundliches Wohnumfeld in den Städten berührt zum Beispiel sowohl die klassischen technischen als auch die sozialen Bereiche in Politik und Verwaltung. Das Eine ohne das Andere gibt keinen Sinn. Die Jugend- und Sozialbehörden bringen sich häufig nicht offensiv ein; dabei gibt es für ihre Einmischung in sämtliche andere Politikfelder eine hervorragende gesetzliche Grundlage: Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) schreibt in Paragraph 1 nämlich vor, die Jugendhilfe solle „dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien

sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen". (1.3.4). Zur inhaltlichen Orientierung am Ganzen – und nicht am einzelnen Politikfeld wie bisher – gehört aus diesem Grund zwingend auch die Auflösung des Ressortdenkens und der säulenförmigen Organisation der kommunalen Verwaltung. Ämter- und disziplinenübergreifende Arbeitsgruppen müssen Themen- und Handlungsfelder gemeinsam bearbeiten, und das nicht im Blick auf wenige besondere Vorzeigeprojekte, sondern als allgemeines Prinzip und sozialraumorientiert. (Übrigens finde ich es immer wieder skurril, dass den Kommunen bei Programmen wie Soziale Stadt oder LOS ressortübergreifende Arbeit abverlangt wird, während die höheren politischen Ebenen von Kooperation noch niemals gehört haben.) Von besonderer Bedeutung erscheint mir der gezielte Aufbau eines Bewusstseins für und von Kinderinteressen sowie spezifischer Kinderlobbies in der Verwaltung, den politischen Gremien und der Gesamtöffentlichkeit, sei es durch eine koordinierende Stelle in der Verwaltung, zum Beispiel eines Kinderbeauftragten, oder einer so genannten Kinderverträglichkeitsprüfung.

2. Die Kommune plant und steuert die ganze Entwicklung. Gleichgültig, welche Politikelemente an andere Träger delegiert oder ganz abgeben werden: Die Planung und Federführung muss weiter beim staatlichen Träger angesiedelt sein. Der Markt wird's ganz sicher nicht richten.
3. Die Stadt muss spezifische kompensatorische Förderkonzepte entwickeln. Bei zunehmend knappen öffentlichen Mitteln muss das noch zur Verfügung stehende Geld dort eingesetzt werden, wo die schwächsten Interessen vertreten und durchgesetzt werden müssen, zum Beispiel für die Interessen der Kinder in einem schwierigen Stadtteil. Hier, in den schwierigen Stadtgebieten, müssen die besten Schulen und Bildungskonzepte entstehen, nicht in den ohnehin wirtschaftlich und artikulationsstarken Stadtteilen.
4. Die notwendigen Planungen müssen auf Partizipation angelegt sein. Partizipation heißt dabei mehr als gelegentlich eine Kinderversammlung oder die Einrichtung eines Jugendparlaments. Gefordert ist vielmehr ein Partizipationsmanagement, das Konzepte entwickelt und anwendet, die sicherstellen, dass alle Kinder teilnehmen können; nicht nur jene aus der gebildeten bürgerlichen Mittelschicht, sondern auch Kinder aus Familien, die sich traditionell eher nicht selbst zu Wort melden und auch nur selten um ihre Meinung zur Sache gefragt werden: im Sinne der oben erwähnten kompensatorischen Förderung schwächerer Bevölkerungsgruppen. Dass das möglich ist, haben einzelne Städte immer wieder gezeigt. Man muss es nur wollen.[9]

9 Der guten Beispiele sind viele. Insbesondere in NRW haben viele Kommunen, unterstützt durch die Länderregierung sowie das Kinderhilfswerk, schon eine bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichende Tradition „kinderfreundlicher Stadtplanung".

Abschließend noch einige konkretere Anmerkungen, skizzenhaft nur. Im Mittelpunkt stehen wieder die Räume für Kinder:

Auf dem Gebiet der Themen „Kindergarten, Schule und andere Bildungseinrichtungen" werden die Kommunen künftig mehr Gestaltungsspielraum haben als früher. Diesen gilt es zu nutzen – im Blick auf kindergerechte, interessantere Häuser, Höfe und Gärten, die Bewegungsfreiheit, Spielraum und kindergerechte, attraktive Erfahrungs- und Lernräume bieten.

Auf dem Gebiet „Spiel und Bewegungsflächen" wird es darum gehen:

- ausreichend Räume zu sichern für Kinder, unter anderem die Wege zum Kindergarten, zu Freunden, zur Schule, zu Spielplätzen. Sie sind als „gelebte Welt" unersetzbare Sozialisationsräume für Kinder. Dazu gehören – auch in der alten Stadt! – ausreichend unbeplante Freiflächen, die spontanes und kreatives Spiel erlauben;
- Auch der Straßenraum muss den Kindern Bewegungsraum lassen, insbesondere im hochverdichteten Stadtraum: durch die Verdrängung von Autos statt von Kindern, durch die Sicherung einzelner Flächen auf der Straße zum Spielen. Hier muss perspektivisch noch sehr viel umgelernt werden!
- Das Wohnumfeld muss ausreichend „guten", und das heißt nicht nur grünen, sondern flexibel und möglichst konfliktfrei nutzbaren, für unterschiedliche Altersgruppen und Vorlieben attraktiven Freiraum anbieten – und zwar flächendeckend in allen Quartieren. (All das freut übrigens auch alle anderen Personen, die sich ohne Auto im Stadtraum bewegen.)
- Spielplätze müssen durch weitgehend gefahrlose, bespielbare Wege miteinander vernetzt sein und auf diese Weise zu großen Aktionsräumen mit unterschiedlichen Angeboten ausgebaut werden. Sie müssen die Kinder zur Bewegung einladen, auch solche Kinder, die von sich aus wenig beweglich oder bewegungsfreudig sind: Ruhezonen sollten z.B. nur durch vorheriges Klettern zu erreichen sein. Spielplätze müssen außerdem, soweit irgend möglich, Gelegenheiten zu kleinen Abenteuern bereitstellen. Haftungsprobleme der Kommunen und die zunehmende Klagebereitschaft von Eltern, wenn etwas passiert, dürfen nicht allem einen Riegel vorschieben. Denn es kann und darf es nicht sein, dass Kinder in einer sicheren, aber langweiligen, keimfreien Umwelt aufwachsen. Allgemein sollten für Spielplätze folgende Leitlinien gelten: leichte Zugänglichkeit, weitgehende (aber niemals vollständige) Gefahrlosigkeit, Gestaltbarkeit, Anregungsreichtum, Überschaubarkeit, Unverwechselbarkeit, Interaktionschancenreichtum. Zwar sind dies keine neuen Gesichtspunkte. Wir kennen sie alle. Warum sind unsere Spielplätze oft trotzdem so schlecht?

Absichtlich wurden bei den Stichpunkten für Handlungsansätze die Spielplätze zuletzt genannt, und nicht zuerst. Das entspricht meiner Haltung zum Thema: Spielplätze sind zugewiesene Schon- und Schutzräume für Kinder; sie sind gerade nicht die gelebte Welt, die Kinder für ihre Auseinandersetzung mit ihrer Umfeld notwendig brauchen.

Hansruedi Müller

Altstädte als gewachsene Erlebniswelten

1. Zunehmende Bedeutung der Angebots-Inszenierung im Tourismus

1.1. Die Erlebnisgesellschaft

Nicht mehr nur Bedürfnisse stillen, sondern Erlebnisse schaffen sei „in", denn der moderne Mensch handelt zunehmend erlebnisorientiert, stellte Gerhard Schulze 1993 in seinem Standardwerk „Die Erlebnisgesellschaft" fest.[1] Viele Untersuchungen belegen, dass der Erlebniswert eines Produktes, eines Angebotes oder einer Dienstleistung immer stärker in den Mittelpunkt gestellt wird. Doch was sind eigentlich Erlebnisse? Welche Zwecke erfüllen sie und welche Bedeutung kommt ihnen in unserer Zeit zu?

Erlebnisse sind (a) selbstbezügliche, „innere" Ereignisse. Sie werden bildhaft wahrgenommen und haben vorerst nur subjektiv eine Bedeutung; sie sind (b) abhängig von der einzigartigen Lebensgeschichte dessen, der sie erlebt; sie sind (c) selbstwertsteigernd, denn wer viele Erlebnisse hat, führt ein abwechslungsreiches Leben; sie sind (d) unwillkürlich, d.h. sie werden eher passiv erlebt als aktiv hergestellt; sie sind (e) unbezweifelbar wahr und richtig, denn über Erlebnisse lässt sich nicht streiten; und sie sind (f) noch keine Erfahrungen, denn Erfahrung gewinnt man durch wiederholte, reflektierte und damit verarbeitete Erlebnisse.[2]

Erlebnisse setzen somit Ereignisse voraus, die aber erst durch Erkenntnisse zur persönlichen Erfahrung werden. Daraus ergeben sich die „vier E der Erlebnisgesellschaft":

Ereignis ⇨ Erlebnis ⇨ Erkenntnis ⇨ Erfahrung.[3]

Erlebnisse und Erfahrungen sind Subjekt-spezifisch und können kaum hergestellt werden. Hingegen können Ereignisse und Erkenntnisse aktiv inszeniert werden, damit Erlebnisse resp. Erfahrungen entstehen können. Akteure im Tourismus haben somit zwei Einwirkungsbereiche: Sie können Ereignisse schaffen, die wünschbare Erlebnisse begünstigen und sie können mithelfen, Erlebnisse zu reflektieren, damit daraus Erfahrungen werden.

1 *G. Schulze*, Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt a.M. 1993.
2 *H.H. Hartmann*, Erlebe dein Leben, in: *H.H. Hartmann / Rolf Haubl* (Hrsg.), Freizeit in der Erlebnisgesellschaft. Amüsement zwischen Selbstverwirklichung und Kommerz, Opladen 1996, S. 12.
3 Vgl. *H. Müller*, Vor-Sicht Tourismus – Reflexionen und Denkanstöße zum Phänomen Tourismus (Berner Studien zu Freizeit und Tourismus Nr. 40), Bern 2002, S. 13.

1.2. Die Erlebnisökonomie

Die Anbieter haben sich den veränderten Wünschen der Konsumenten angepasst. Sie versuchen, ihre Produkte und Dienstleistungen entsprechend erlebnisreicher anzubieten. Dadurch ist ein eigentlicher Erlebnismarkt entstanden. Auf dem Erlebnismarkt tauschen Kunden Geld oder Aufmerksamkeit gegen Erlebnisangebote ein. Eine Leistung kann als Erlebnisangebot bezeichnet werden, wenn es vorrangig dem Erlebnisnutzen dient und mit atmosphärischen Bezeichnungen wie „schön", „spannend", „interessant", „gemütlich" oder gar „geil" beschrieben wird.[4]

Pine und Gilmore sprechen von der Entwicklung einer Erlebnisökonomie, die nach der Agrar-, der Industrie- und der Dienstleistungswirtschaft entstand. Sie sehen in der Vermittlung des Erlebniswertes von Angeboten einen neuen Wirtschaftsprozess, der als Endglied auf dem Weg von der Erzeugung resp. Herstellung der Ware (Agrarwirtschaft), über die Verarbeitung resp. Standardisierung des Angebotes (Industriewirtschaft) zum Verkauf an den Konsumenten (Dienstleistungswirtschaft) entstanden ist.[5] Die Vermittlung des Erlebniswertes von Angeboten basiert auf der sogenannten Inszenierung der Produkte und Leistungen. Mit der neuen Stufe der Inszenierung wird auf dem langen Weg von der Erzeugung bis zum Absatz das Produkt oder die Dienstleistung nicht nur stärker differenziert und dem Kundenbedürfnis weiter angepasst, sondern auch der ökonomische Wert erhöht. Pine und Gilmore machen deutlich, wie jedes Angebot in die vier Leistungsbereiche Rohstoff, Produkt, Dienstleistung und Erlebnis unterteilt werden kann. Am Beispiel „Bier" lässt sich wie folgt quantifizieren (grobe Einschätzung):[6]

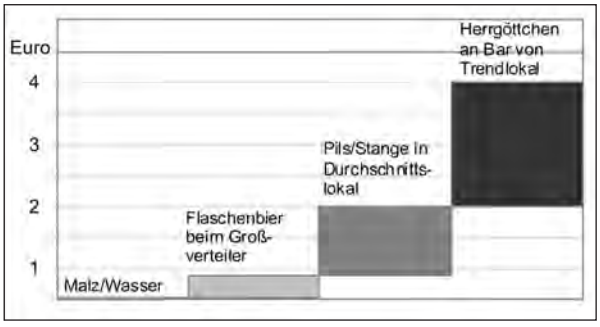

Abb. 1:
Ein Bier in erlebnisreicher Atmosphäre; Quelle: *H. Müller/R. Scheurer* (s. A 12) in Anlehnung an *J. Pine/J.H. Gilmore* (s. A 5), S. 27.

4 Vgl. *G. Schulze* (s. A 1), S. 417.
5 *J. Pine/J.H. Gilmore*, The Experience Economy: Work Is a Theatre & Every Business a Stage, Harvard Business School Press, Boston 1999.
6 Ebda., S. 27.

1.3. Entwicklungen im Tourismus

Im Tourismus stand das Erlebnis als eigentlicher Nutzen schon immer im Zentrum der Gästenachfrage. Die Gäste haben seit jeher natürliche oder kulturelle Attraktionen besucht, um etwas zu „erleben". Die Bezahlung der Übernachtung im Hotel, des Essens im Restaurant, der Fahrkarte an der Bergbahn usw. bilden eine Art Eintrittspreis für die Teilnahme an diesem spezifischen Schauplatz – auch Setting genannt. Was sich allerdings auch im Tourismus verändert hat, ist die spezifische Ausrichtung dieser Settings. Wurde der Tourismus ursprünglich nur schwach inszeniert, wird er in letzter Zeit immer mehr mit Erlebnismöglichkeiten angereichert, ja sogar spezifisch zur Erlebnisvermittlung geplant und gebaut: Erlebnisparks, Erlebnishotels oder Erlebnisgastronomie sind neue Bezeichnungen, die diesen Prozess verdeutlichen.

2. Die Erlebnistheorie

2.1. Die Dimensionen von Erlebnissen

Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Erlebnissen. Die verschiedenen Gefühle lassen sich aber durch die Dimensionen Lust-Unlust sowie Erregung-Ruhe kreisförmig um ein neutrales Zentrum anordnen.

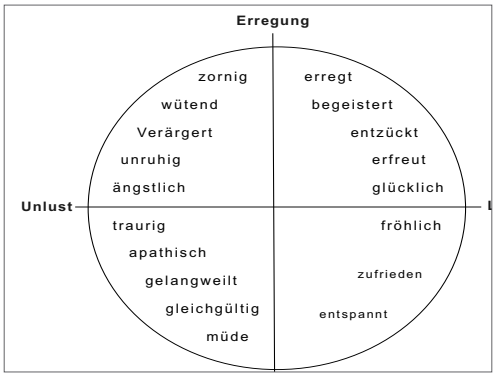

Abb. 2:
Erregungs-/Valenz-Modell;
Quelle: in Anlehnung an *L. Schmidt-Atzert*, Lehrbuch der Emotionspsychologie, Stuttgart 1996.

2.2. Das Entstehen von Erlebnissen

Es ist unbestritten, dass Erlebnisse durch spezifische Veränderungen der externen Umwelt ausgelöst werden. Auslöser von Erlebnissen können als Reize und das Erlebnis selbst als Reaktion bezeichnet werden. Ob und wenn, welche Reaktionen stattfinden, hängt von der einzelnen Person ab: Menschen reagieren auf ein und dasselbe Ereignis

unterschiedlich. Ein Erlebnis hängt aber nicht nur vom Ereignis ab, sondern auch vom aktuellen Zustand und von zeitlich überdauernden Merkmalen einer Person. Zu diesen moderierenden Faktoren zählen insbesondere der psychische und körperliche Zustand, Persönlichkeitsfaktoren und andere Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Erfahrungen mit ähnlichen Situationen.

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass viele Erlebnisse nur im Kontakt mit Menschen möglich sind.[7] Beziehungen und Begegnungen mit anderen Menschen sind demnach als wichtige Quellen von emotionalem Erleben anzusehen. Anhand von Untersuchungen zum qualitativen Zusammenhang zwischen Ereignissen und Emotionen wurde belegt, dass positive Gefühle im Alltag vor allem dann auftreten, wenn Menschen mit Freunden zusammen sind und Traurigkeit vor allem, wenn sie alleine sind.[8]

Erlebnisse können aber auch vom Individuum selbst herbeigeführt werden, zum Beispiel durch Imagination oder durch hormonelle Veränderungen. Sogenannte „Flow-Erlebnisse" treten auf bei Tätigkeiten auf, die ausgesprochen Genuss bereiten und deren Anforderungen den Fähigkeiten des Individuums entsprechen.[9] Schließlich entstehen Erlebnisse auch durch nicht-soziale Umweltreize, beispielsweise durch Farben, Töne oder Gerüche. Für die touristische Angebotsgestaltung sind deshalb Kenntnisse über emotionale Wirkungen bestimmter Umweltreize entscheidend, um dem Gast die erwünschten Erlebnisse zu ermöglichen.

3. Das Erlebnis-Setting

3.1. Die Wahrnehmung von Erlebnissen

Das Konzept des Erlebnis-Settings geht von der Erkenntnis aus, dass Erlebnisse durch Ereignisse ausgelöst oder zumindest begünstigt werden können. Unter Setting verstehen wir einen Schauplatz oder eine Situation. Das Erlebnis des Besuchers in einem bestimmten Setting steht im Zentrum der Betrachtungen. Die wirkenden Umweltreize in diesem Setting können sowohl positive als auch negative Erlebnisse auslösen. Eine

7 Vgl. u.a. *P.R. Shaver / J.C. Schwartz / D. Kirtson / C. O'Conner*, Emotion knowledge. Further exploration of a prototype approach, in: Journal of Personality and Social Psychology 52 (1987), pp 1061-1056; *H.G. Wallbott / K.R.Scherer*, The antecedents of emotional experiences, in: *K.R. Scherer / H.G. Wallbott / A.B. Summerfield* (Eds.), Experiencing emotion: A cross-cultural study, Cambridge University Press 1986, pp 69-83.

8 *Vgl H. Brandstätter*, Emotions in everyday life situations. Time sampling of subjective experience, in: *F. Strack / M. Argyle / N. Schwarz* (Eds.), Subjective well-being: An interdisciplinary perspective, Oxford Programm Press 1991, pp 173-192*; M. Csikszentmihalyi / M.M. Wong*, The situational and personal correlates of happiness: A cross national comparison, in: *F. Strack / M. Argyle / N. Schwarz* (ebda.), pp 193-212.

9 Vgl. *M. & I.S. Csikszentmihalyi*, Die außergewöhnliche Erfahrung im Alltag: Die Psychologie des Flow-Erlebnisses, Stuttgart 1991.

wesentliche Voraussetzung ist, dass die auslösenden Umweltreize überhaupt wahrgenommen werden. Eine Umwelt wird nicht nur visuell in Farbe, Form, Textur, Bewegung, Tiefen- und Horizontstruktur wahrgenommen, sondern gleichzeitig auch über die Hör-, Tast-, Geruchs-, Muskel- und Gleichgewichtssinne. Allerdings geht der größte Teil unserer Wahrnehmungen über das Auge. Die Wahrnehmung einer realen Umgebung ist ein subjektiver Vorgang. Was als Empfindung tatsächlich wahrgenommen oder sich als Raumerlebnis entwickelt, ist nicht nur durch die Sache selber bestimmt. Beides wird durch das Wahrnehmungsvermögen einerseits und durch Erwartungen oder Erfahrungen andererseits beeinflusst.

Die Gesamtheit der Einzelreize und Reizkonstellationen in einem bestimmten Setting erzeugt eine bestimmte emotionale Wirkung. Diese emotionale Wirkung einer Umwelt kann als „Atmosphäre" bezeichnet werden. Da Individuen Umwelten aufsuchen, die für sie möglichst positive Gefühle auslösen und gegenteilige eher meiden, ist die Betrachtung der atmosphärischen Umwelt eine entscheidende Voraussetzung zur Optimierung des Reiseerlebnisses. Es reicht nicht nur, Ereignisse zu schaffen – die passende Gesamtatmosphäre ist entscheidend. Die emotionale Wirkung einer bestimmten räumlichen Situation kann mit Hilfe des bereits vorgestellten Modells mit den Achsen „Lust-Unlust" und „Erregung-Ruhe" erhoben werden. Dabei lassen sich vier Hauptatmosphären unterscheiden:[10] (vgl. Abb. 4)

- Anregende Atmosphäre (anziehend-erregend)
- Beruhigende Atmosphäre (anziehend-beruhigend)
- Bedrückende Atmosphäre (abweisend-beruhigend)
- Aggressive Atmosphäre (abweisend-erregend)

Innerhalb der wirkenden Umweltreize gibt es in einem bestimmten Setting meist einige dominierende Reize. Wir können sie als Atmosphäreträger bezeichnen: Atmosphärestifter wirken emotional positiv, d.h. sie sind lustfördernd und je nach Atmosphärefeld erregend/aktivierend oder beruhigend. Demgegenüber beeinflussen Atmosphärekiller das Atmosphärefeld negativ. Daneben gibt es Leerfaktoren mit einer neutralen emotionalen Wirkung. Sie stimulieren die Atmosphäre weder positiv noch negativ.[11]

Die Wirkfaktoren lassen sich unterscheiden in konstante Faktoren wie zum Beispiel das Landschaftsbild und variable Faktoren wie zum Beispiel das Wetter. Weiter kann unterschieden werden in direkte Wirkfaktoren, die über Sinnesreize wahrgenommen werden wie Farbe, Licht, Formen, Töne, Geschmack oder Gerüche und indirekte Wirkfaktoren wie Images, Assoziationen und Vorstellungen, die schon vor Ankunft entstehen und als Erwartungen oder Motive einen indirekten Einfluss auf die Wahrnehmung haben.

10 Vgl. *R. Schober*, Kreative Wege zum besseren Angebot – Eine Planungshilfe für Tourismus-Praktiker, München 1995, S. 26.

11 Ebda.

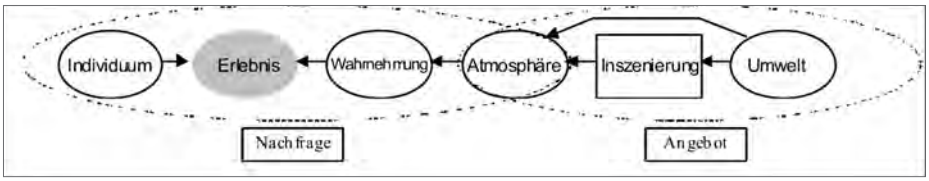

Abb. 3: Elemente des Erlebnis-Settings; Quelle: *H. Müller / R. Scheurer* (s. A 12), S. 12.

Einige der Umweltreize können mittels Angebotsgestaltung beeinflusst oder gestaltet werden, andere wie beispielsweise das Klima oder das Wetter nicht. Ziel der touristischen Angebotsgestaltung muss es aber sein, in einem bestimmten Raum eine Atmosphäre zu schaffen, die dem Besucher positive Erlebnisse ermöglicht. Dies können wir mittels Inszenierung erreichen. Inszenierung ist das Instrumentarium des Erlebnis-Settings zur Schaffung einer zielgruppenorientierten Atmosphäre.

3.2. Inszenierungs-Instrumente zur Gestaltung eines Erlebnis-Settings

Für die Erlebnis-Inszenierung wurde ein Modell mit sieben Inszenierungs-Instrumenten erarbeitet. Es basiert auf einer Evaluation der Erfolgsfaktoren von Freizeitparks:[12]

- *Thema:* Das Thema sorgt für Kohärenz und hat einen starken Einfluss auf die Zielgruppen, die sich dadurch angesprochen fühlen. Themen sollen authentisch sein und dienen der Markenbildung (Branding). Der beste Nährboden von Themen sind Kultur, Geschichte und die Welt der Sagen und Mythen einer Destination. Komplexe Dienstleistungsbündel, wie dies in Destinationen der Fall ist, ermöglichen eine Vielzahl von Themen. Die Themen sind in eine Hierarchie zu bringen und mit einem Dach- oder Kernthema zu verknüpfen. Die übrigen Inszenierungsinstrumente sind entsprechend den Themen auszugestalten.
- *Inszenierungskonzept:* Im Inszenierungskonzept werden die einzelnen Inszenierungselemente aufeinander abgestimmt. Die potentiellen Zielgruppen müssen eingegrenzt und systematisch untersucht werden, um die Erwartungen und Verhaltensweisen der Gäste zu kennen. Die übrigen Inszenierungsinstrumente sind zu planen und aufeinander abzustimmen. Die Erarbeitung eines Inszenierungskonzeptes bietet eine gute Plattform, um die verschiedenen Akteure, die bei der Optimierung der Erlebnisinszenierung in einer Destination beteiligt sind, zu koordinieren.
- *Attraktionen und Aktivitäten:* Mit Hilfe von Attraktionen und Aktivitäten werden Ereignisse geschaffen, die Erlebnisse ermöglichen. Sie sollen zum Thema passen, den Gästeerwartungen und -bedürfnissen entsprechen und durch die übrigen Inszenierungsinstrumente unterstützt werden. Zu den Attraktionen gehören Bergbahnen

12 Vgl. *H. Müller / R. Scheurer*, Tourismus-Destination als Erlebniswelt – Ein Leitfaden zur Angebots-Inszenierung, FIF Bern 2004, S. 16.

ebenso wie Wellness- oder Sportanlagen, Museen, Kinderspielplätze, Freizeitparks, Sehenswürdigkeiten oder Events.

- *Szenerie:* Die Szenerie in Ferienorten wird durch die natürlichen Hintergrundreize dominiert. Insbesondere Landschaft, Wetter und Licht haben großen Einfluss auf die Szenerie. Sie wird aber auch durch Architektur, Beleuchtung, Landschaftseingriffe oder Möblierungen aller Art gestaltet - oder verunstaltet. Die Wahrnehmung der Szenerie wird stark von den Erwartungen der Gäste geprägt. Durch die emotionale Wirkung der Umweltgestaltung unterstützt die Szenerie den „dramaturgischen" Ablauf, also die Besucherlenkung, und die Wirkungen von Attraktionen und Aktivitäten.
- *Besucherlenkung:* Mit Hilfe dieses Instruments wird versucht, die Gästeströme zu lenken. Insbesondere das Informationskonzept mit der Signalisierung gehört dazu. Die Besucherströme können aber auch durch gestalterische Elemente wie Tore, Rastplätze oder Aussichtsplattformen beeinflusst werden. Durch den gekonnten Ablauf von Attraktionen und Aktivitäten kann die Besucherlenkung dramaturgisch aufgeladen werden.
- *Wohlfühlmanagement:* Erlebnisse werden nur dann positiv wahrgenommen, wenn sich der Gast wohl fühlt. Die physiologischen Grundbedürfnisse müssen gedeckt und die Sicherheit gewährt sein. Im Wohlfühlmanagement geht es sowohl um Toilettenanlagen, Verpflegungsstätten, Wickelräume und dergleichen wie auch um Vorkehrungen, dass in Ruhe fotografiert oder eine ganze Gruppe informiert werden kann. Das Wohlfühlmanagement ist eng mit der Besucherlenkung verknüpft.
- *Besucher/Gäste:* Die Besucher resp. die Gäste entscheiden letztlich, ob ein Erlebnis positiv oder negativ in Erinnerung bleibt. Sie haben zielgruppenspezifische Bedürfnisse und durch das Thema bestimmte Erwartungen, die durch Attraktionen und Aktivitäten, die Szenerie und das Wohlfühlmanagement erfüllt werden sollten. Es lohnt sich also, Gäste in ihrem Verhalten gut zu beobachten. Gäste sind aber immer auch Teil der Attraktion und haben auf vielfältige Art und Weise das Bedürfnis, sich in Szene zu setzen.

4. Vorgehen zur bewussten Erlebnis-Inszenierung in gewachsenen Erlebniswelten

Der Inszenierungsprozess, der sehr gut auf alte Städte angewendet werden kann, wird in der Folge in zehn pragmatische Teilschritte zerlegt:

Schritt 1: Erlebnisvirus setzen

In einem 1. Schritt sollen alle beteiligten Partner mit einer einfachen, zeitlich beschränkten Inszenierung die Prinzipien der Erlebnis-Inszenierung verstehen lernen und von den positiven Auswirkungen einer umfassend inszenierten Angebotsgestaltung überzeugt werden. Damit kann Goodwill und Durchhaltewillen für den nachfolgenden

Prozess einer permanenten Inszenierung geschaffen werden. Um ein „Erlebnisvirus" auszulösen, eignen sich Begehungen oder die bewusste Verbesserung der Inszenierung eines bereits vorhandenen Events.

Schritt 2: Inszenierungsbereiche abgrenzen

Die für das Erlebnis-Setting relevanten Bereiche sind in der Tourismusdestination sinnvoll abzugrenzen. Im Wesentlichen bestimmen fünf Schauplätze den touristischen Handlungs- und Aktionsraum und begrenzen somit das Erlebnis-Setting:[13]

- An- und Rückreise: Anfahrt, Bahnhof, Parkplatz, Flughafen etc.
- Unterkunft: Hotel, Ferienwohnung, Zeltplatz, Jugendherberge etc.
- Ort: Dorfbild, Parks, Bäder, Unterhaltungs- und Sportanlagen, Sehenswürdigkeiten etc.
- Landschaft: natürliche Attraktionen, Seen, Gletscher, Wasserfälle etc.
- Ausflüge: Attraktionen in der nahen Umgebung.

Schritt 3: Die Inszenierungs-Analyse durchführen

Mit Hilfe einer Inszenierungs-Analyse soll die Umsetzung der einzelnen Inszenierungsinstrumente und die resultierende Atmosphäre in den bestehenden Erlebnis-Settings überprüft und daraus Potentiale abgeleitet werden. Aus dieser Zielsetzung leiten sich folgende Fragen ab:

1. Welche Gesamtatmosphäre herrscht in einer bestimmten Erlebnis-Situation?
2. Wie sind die einzelnen Inszenierungsinstrumente in diesem Erlebnis-Setting umgesetzt?
3. Welche Stärken und Schwächen können daraus abgeleitet werden?
4. Welche Potentiale bestehen, um das Erlebnis-Setting zu verbessern?

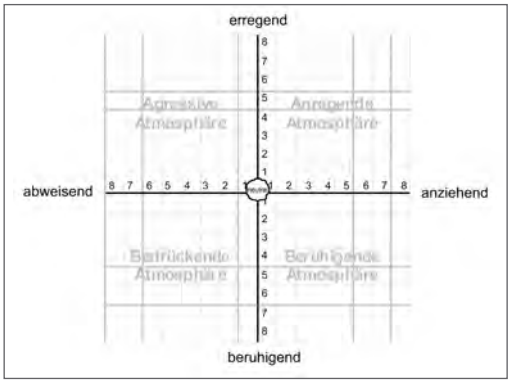

Abb. 4:
Bewertung der resultierenden Atmosphäre an einem Standort; Quelle: *H. Müller / R. Scheurer* (s. A 12) nach *R. Schober* (s. A 10).

13 Vgl. *R. Schober* (s. A 10), S. 188 ff.

Schritt 4: Das Inszenierungs-Konzept vorbereiten und Themen festlegen

Die Resultate der Inszenierungsanalyse dienen als Grundlage zur Erarbeitung eines umfassenden Inszenierungskonzeptes. Dabei empfiehlt es sich, das Inszenierungskonzept mit konkreten Zielen und Maßnahmen durch eine breit abgestützte Arbeitsgruppe erstellen zu lassen und die organisatorischen Zuständigkeiten zu klären.

Ausgangspunkt des Inszenierungskonzeptes ist das Leitthema. Es soll helfen, die verschiedenen Attraktionen und die weiteren Inszenierungsinstrumente kohärent einzusetzen. Kohärenz ist ein entscheidender Faktor für eine positive Umweltwahrnehmung und damit ein wesentliches Element zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Erlebnisse. Mit Hilfe des sogenannten „story-line Prinzips" soll jedes Angebotselement in der gesamten Dienstleistungskette dem Thema entsprechend gestaltet werden. Im Prinzip kann fast jedes Thema inszeniert werden. Die Themen sollten aber: eine hohe emotionale Affinität bei möglichst vielen potentiellen Gästen auslösen, müssen also:

- zielgruppenorientiert gewählt werden und szenisch umsetzbar sein,
- eine entsprechende Breite für verschiedene Umsetzungsarten bieten, um Abwechslung zu ermöglichen,
- eine gewisse Tiefe zulassen, um der Gefahr einer oberflächlichen und schwammigen Umsetzung zu begegnen,
- aktuell bleiben und nicht zu schnell veralten.

Um dem Besucher Abwechslung zu bieten, werden die Themen unterteilt in:

- Leit- oder Dachthema: Das Thema der ganzen Destination (im Sinne eines Claims oder eines Slogans),
- Subthemen: Themen der einzelnen Attraktionsbereiche,
- Wechselthemen: Periodisch wiederkehrende oder einmalige Themen für Events oder saisonale Angebote.

Schritt 5: Attraktionen schaffen und Aktivitäten ermöglichen

Attraktionen und Aktivitäten stellen das eigentliche Kernangebot einer Stadt dar. Sie sind die Anziehungspunkte, Sehenswürdigkeiten und Glanznummern. Dabei handelt es sich um natürliche oder kulturelle Sehenswürdigkeiten, sportliche Aktivitäten oder Kultur-, Spiel- und Unterhaltungsangebote aller Art. Dabei ist zu beachten, dass Sehenswürdigkeiten erst durch die informative Aufbereitung zur Attraktion werden.

Die Attraktivität einer Stadt hängt von der Erlebnisvielfalt ab. Die verschiedenen Attraktionen und Aktivitäten sollten unterschiedliche Reize auslösen. Sie sollten also nicht nur visueller Natur sein, sondern mehrere Sinne ansprechen. Insbesondere sind „Shows" und „Rides" in eine gute Kombination zu bringen. Diese multisensuale Reizvielfalt erhöht die Erlebnis-Intensität. Die Wirkungen der Attraktionen können unterhaltend sein, aber auch Neugierde oder ungewohnte körperliche Gefühle auslösen.

Schritt 6: Die Szenerie gestalten

Die Gäste nehmen nicht nur Attraktionen wahr, sondern auch die Umgebung, in der die Attraktionen eingebettet sind. Die Szenerie umfasst somit alle raumbezogenen Zeichen, die als Hintergrundreize die Attraktionen umgeben. Ebenso gehören auch andere Menschen wie Mitarbeitende, Einheimische und auch Gäste zur Szenerie. Die Szenerie unterstützt als Teil des Erlebnis-Settings die Rahmenbedingungen für positive Erlebnisse entscheidend. Dabei ist die Grenze zwischen Attraktion und Szenerie fließend: So kann ein Element der Szenerie wie beispielsweise die Beleuchtung der Flanierzone durch außerordentliche Effekte oder durch informative Hinweise zu einer Attraktion werden. Folgende Schwerpunkte gilt es bei der Szenerie besonders zu berücksichtigen:

- Eine Umwelt sollte gemäß den Erkenntnissen der Umweltpsychologie – unabhängig von der Aktivität – möglichst lustbetont sein. Es gilt also, insbesondere „Lustkiller" wie zum Beispiel Unfreundlichkeit, Schmutz oder Lärm zu vermeiden.
- Die Interaktion mit Menschen bildet eine wichtige Quelle für Emotionen. Elemente der Servicequalität wie Freundlichkeit, Entgegenkommen oder Einfühlungsvermögen und die entsprechende Aus- und Weiterbildung sind daher zentrale Voraussetzungen für eine erlebnisreiche Szenerie.
- Auch die Qualität der Hardware, insbesondere die Sauberkeit des Angebotes, sind zentrale Komponenten der Angebotsgestaltung. Vor allem im Umfeld von Attraktionen, also dort wo Bilder entstehen, die um die Welt gehen, sind Verunstaltungen zu beseitigen und strikt auf Sauberkeit zu achten.
- Die Szenerie soll helfen, den Besucher eine ästhetische Gegenwelt zum Alltag erleben zu lassen. Mit Hilfe von Beleuchtung lässt sich das Nachterlebnis stark beeinflussen.
- Die Gestaltung der Szenerie soll sich am gewählten Thema orientieren und es unterstützen. Diese thematische Gestaltung verbindet die verschiedenen Angebotselemente und erhöht die Kohärenz.

Schritt 7: Die Besucher lenken

Viele Besucher bewegen sich in Städten in einer für sie wenig bekannten Umgebung. Entsprechend wichtig ist es, die Besucher gut zu lenken. Durch fehlende Orientierung resp. durch Desorientierung wächst das Gefühl von Unsicherheit und Kontrollverlust. Stress- und Ärgerreaktionen nehmen zu. Auch Informationsüberladung kann negative Gefühle verursachen. Um dies zu vermeiden, sollten folgende Prinzipien der Besucherlenkung berücksichtigt werden:

- *Information und Orientierung sicherstellen:* Für das subjektive Sicherheitsgefühl der Besucher sind Orientierung und Information entscheidend. Folgende Maßnahmen dienen zur besseren Orientierung:
  - ▷ Bezugspunkte schaffen

- ▷ Handkarten zur Verfügung stellen
- ▷ Besucherleitsystem optimieren
- ▷ Überblick ermöglichen,
- ▷ Namen geben.

– *Crowding vermeiden:* Die Menschenansammlungen (Crowding) sollten weder zu groß noch zu gering sein, um Platznot einerseits und Langeweile andererseits zu vermeiden. Die Attraktionspunkte sind möglichst nicht zu konzentrieren, sondern dezentral im Sinne von Ankerpunkten zu verteilen.
– Dramaturgie berücksichtigen: Durch einen dramaturgischen Aufbau der Erlebniskette können Eindrücke und Emotionen beeinflusst werden. Ein Wechsel von Spannung und Entspannung bzw. von aktivierenden und deaktivierenden Reizkonstellationen wird als angenehm empfunden.
– *Langeweile insbesondere in Warteschlangen vermeiden:* Warteschlangen können durch verschiedene Techniken animiert werden: die Wartezeiten bekannt geben, mit Einlagen Wartezeit unterbrechen, Warteschlangen in Bewegung halten, Attraktionen in Aussicht stellen.[14]
– *Gestalten von Rätselhaftem:* Ein Torbogen, der den Blick auf das Kommende teilweise verdeckt und deshalb Neugierde weckt, wirkt besucherlenkend; oder Wege, die um Ecken verschwinden, steigern die Spannung.

Schritt 8: Das Wohlbefinden steigern

Sind Grundbedürfnisse nicht sichergestellt, fühlen sich die Gäste nicht wohl. Es können Negativerlebnisse entstehen. Deshalb ist Städten ein eigentliches Wohlfühlmanagement anzuraten. Dabei ist Folgendes zu beachten:

– *Physiologische Bedürfnisse:* Wartebereiche wie Anstehzonen vor Attraktionen sind vor Wettereinflüssen zu schützen. Wo sich Besucher längere Zeit aufhalten, finden sich auch Toiletten. In regelmäßigen Abständen sind Verpflegungs- und Ruhemöglichkeiten vorhanden.
– *Sicherheitsbedürfnisse:* Orientierung und Information wurden bereits im Zusammenhang mit der Besucherlenkung erwähnt. Zusätzlich sind
  - ▷ eine möglichst hohe Sicherheit vor Kriminalität zu gewährleisten
  - ▷ ein Sicherheitsgefühl bezüglich technischer Anlagen zu vermitteln sowie Crowding-Effekte in engen Bereichen
  - ▷ durch Limitieren der maximalen Eintritte zu vermeiden.
– *Soziale Bedürfnisse:* Die Besucher kommen oft in Gruppen. Daher muss berücksichtigt werden, dass die Abläufe für Gruppen geeignet sind, um Geselligkeit und gemeinsame Erlebnisse zu ermöglichen. Ebenso muss beachtet werden, dass für unterschiedliche Gruppenmitglieder interessante Angebote vorhanden sind.

14 *Chr. Mikunda*, Der verbotene Ort oder die inszenierte Verführung, Düsseldorf 1998, S. 68 ff.

Schritt 9: Die Besucher sich selber in Szene setzen lassen

Die Besucher sind nicht nur Zuschauer, sondern werden oft selbst zu Darstellern und inszenieren sich selbst – bewusst oder unbewusst – und werden so zu einer Attraktion. Um dies zu optimieren, ist die genaue Beobachtung des Besucherverhaltens eine wichtige Voraussetzung. Die Besucherbedürfnisse, aber auch die Besucherzufriedenheit, müssen bekannt sein. Dazu eignen sich systematische Besucherbefragungen und Beobachtungen, die laufend ausgewertet und in der Angebotsgestaltung berücksichtigt werden.

Schritt 10: Öffentlichkeitsarbeit einbeziehen und Inszenierung laufend verbessern

Erlebnis-Inszenierungen in Städten betreffen den öffentlichen Raum. Von Veränderungen in diesem Raum sind nicht nur die touristischen Anbieter und die Besucher, sondern auch die Bewohner betroffen. Mitsprachemöglichkeiten und eine gute Öffentlichkeitsarbeit sind daher wichtige Voraussetzungen für die Akzeptanz von Inszenierungs-Maßnahmen. Sie helfen, die unterschiedlichen Interessen rechtzeitig zu berücksichtigen. Daher muss der Diskurs während des ganzen Inszenierungsprozesses gesucht und aufrecht erhalten werden.

Bei Inszenierungen handelt es sich nicht um einmalige Prozesse, die nach der Umsetzung abgeschlossen sind. Ein zielgruppenorientiertes Erlebnis-Setting lässt sich viel mehr – in Anlehnung an den Deming-Zyklus im Qualitätsmanagement – in einem fortlaufenden Entwicklungs- und Sicherungsprozess mit folgenden Teilschritten darstellen:[15]

1. *Planen:* Aktuelle Inszenierungen überprüfen und weiter entwickeln. Innovationen und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten.
2. *Umsetzen:* Verbesserungsmaßnahmen nach dem Feinabstimmungs-Verfahren implementieren.
3. *Überprüfen:* Kohärenz, Akzeptanz und Wirksamkeit evaluieren.
4. *Korrigieren:* Planung anpassen und wieder mit Schritt eins beginnen.

Um den Inszenierungsprozess langfristig zu sichern, muss er im weiteren Verlauf institutionalisiert werden. Dazu sind organisatorische Vorkehrungen zu treffen und die Verantwortlichkeiten festzulegen. Doch Vorsicht: Die Entwicklung zu mehr Erlebnisqualität in Städten wird nur dann die gewünschte Wende nehmen, wenn man nicht auf irgendwelche „Andere" hofft, sondern selbst einen begeisterten Anfang macht. Auch der kleinste Schritt in die richtige Richtung hat in sich einen Wert. Und diese Richtung heißt: Bestehendes einfühlsam in Szene setzen!

15 Vgl. *W.E. Deming*, Out of the Crisis, Cambridge 1986.

Ursula von Petz

Historische Stadt- und Verkehrsplanung in Nürnberg

Der Zweite Weltkrieg hat zur weitgehenden Zerstörung zahlreicher Städte im Deutschen Reich geführt und im Rahmen des Luftkriegs insbesondere die (historischen) Innenstädte in Trümmer gelegt. Viele dieser Städte konnten auf eine lange Geschichte zurückblicken, da sie oft schon im Mittelalter als europäische Zentren von Bedeutung waren. Im Zuge der Industrialisierung wuchsen sie über ihre Mauern hinaus, bis ein gründerzeitlicher, dichter Ring von Wohngebieten um sie gelegt worden war. Nürnberg gehörte zu diesen Städten, ging aber auch eigene Wege, indem die Stadt 1908 einen renommierten Architekten wie Richard Riemerschmidt mit der Planung und dem Bau einer Gartenstadt beauftragte, als „ideale Form der Wohnungsfürsorge". Südlich der Bahnlinie entstanden so auf einem Gelände von 61 ha im Laufe der folgenden drei Jahrzehnte 1.350 Wohnungen – ähnlich einer schon drei Jahre zuvor durch den Architekten German Bestelmeyer errichteten kleineren Siedlung der Nürnberger Baugenossenschaft der Eisenbahner.

1. Nürnberg im Mittelalter und in der Renaissance

Bereits im Mittelalter gehörte Nürnberg als Kaiserstadt zu den bedeutenden Städten Deutschlands – zusammengewachsen aus den beiden bürgerlichen Stadtteilen um St. Lorenz, der südlichen Parochie, sowie St. Sebald, der nördlichen Parochie, getrennt durch den Flusslauf der Pegnitz, wo im frühen Mittelalter in den feuchten Niederungen des Flusses noch jüdische Händler siedelten, ehe diese anlässlich der Pest 1348 aus der Stadt vertrieben wurden. Im 14. Jahrhundert wurden die Stadtteile durch den zwischen 1320-25 errichteten Befestigungsring zu einer Einheit zusammengefügt und der Markt neu angelegt. Durch die massive Ummauerung zur Verteidigung der Stadt war ein eindrucksvolles städtebauliches Ensemble entstanden, das später in der Romantik vor allem aus ästhetischen Gründen höchste Wertschätzung erfuhr. Bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts war Nürnberg als typisch mittelalterliches Stadtensemble (wieder) entdeckt worden – durch Studenten wie Wilhelm Heinrich Wackenroder und Ludwig Tieck von der benachbarten Erlanger Universität.[1] Man schwelgte in einem nahezu rein erhaltenen mittelalterlichen Stadtgefüge, umgeben von der von Türmen und Torbauten geprägten Stadtmauer und der anmutend bewegten Topographie, die der Stadt nach der Vorstellung der Romantik ein attraktives Profil gab.

Die Burg – am höchsten Punkt der Stadt gelegen, gleichwohl integriert in den Mauerring –, dominiert im Nordosten als eigenständige Anlage das Stadtbild. Sie war seit

1 Neben Wackenroder und Tieck kamen zahlreiche weitere Künstler wie Domenico Quaglio, J.J. Kirchner, G.Ch. Wilder, Chr. Haller v. Hallerstein. Sie waren von der Schönheit des um 1800 noch nahezu völlig erhaltenen, mittelalterlich ummauerten Stadtgefüges fasziniert; vgl. u.a. *L. Grote*, Die romantische Entdeckung Nürnbergs, München 1967.

Abb. 1: Stadt und Kaiserburg vom Hallertürl aus, Bleistiftzeichnung von *J. Chr. Xeller,* aus: *L. Grote* (s. A 1).

dem Mittelalter Sitz des Kaisers, wenn dieser als Reichsfürst hier Quartier nahm. Nürnberg blieb zugleich immer auch Handelsstadt, eine Funktion, die sie in der Zeit der Renaissance noch zur bedeutenden Kulturstadt ausbauen konnte. Mächtige, von Nürnberger Familien geführte Handelsagenturen betrieben von hier aus weit gestreut, auch über Europa hinaus, ihre Niederlassungen und förderten zugleich vor Ort die Künste und die Kultur. Maler wie Albrecht Dürer, Bildhauer wie Adam Kraft, Bildgießer wie Peter Vischer sowie der Jurist und Humanist Willibald Pirckheimer bildeten mit anderen den künstlerischen und intellektuellen Rahmen für die Herrschaft der reichen Patrizier und wohlhabenden Bürger. Dieser Blütezeit machte der Dreißigjährige Krieg zunächst ein Ende.

2. Das Zeitalter der Industrialisierung

Die geographisch günstige Lage der Stadt führte dazu, dass Nürnberg frühzeitig als „moderner" Verkehrsknoten ausgebaut wurde. Die erste Eisenbahnstrecke Deutschlands wurde zwischen Nürnberg und Fürth im Jahr 1835 eröffnet – ein für die Verkehrsgeschichte bedeutsames Datum. Da die Juden seit dem Mittelalter in Nürnberg zwar Handel trieben, jedoch seit 1348 nicht mehr in der Stadt wohnen durften, waren sie lange Zeit gezwungen, den täglichen Weg zwischen den beiden Städten Nürnberg und Fürth zu Fuß oder mit dem Fuhrwerk zurück zu legen. Die Errichtung der ersten Eisenbahnstrecke nützte somit auch der Mobilität der Fürther Juden ebenso wie deren Handel in Nürnberg; dies begründete auch – als nützliche Investition – die Wahl dieser Strecke. Den Bahnhof legte man außerhalb der Mauer direkt an deren südlichen Stadtrand. Etwa zeitgleich, ab 1836, begann der Bau des Ludwig-Donau-Main-Kanals,[2] der zehn Jahre später fertig gestellt war. Bahn- wie Kanalbau waren zugleich Prestige-Projekte zur Förderung der merkantilistischen Interessen Bayerns unter der Regierung König Ludwigs I.

Die technische Modernisierung der Verkehrswege kennzeichnet daher den Beginn des neuen industriellen Zeitalters. In dieser Hinsicht war Nürnberg im frühen 19. Jahrhundert bereits eine „moderne" Stadt, die die kommenden Entwicklungen der Industrialisierung in den Bereichen Metallverarbeitung, Elektrotechnik, Maschinen-, Fahrzeug- und Büromaschinenbau sowie Spielwaren- und Bleistiftfabrikation[3] deutlich begünstigte, weil sowohl per Wasser wie per Schiene der „massenhafte" Transport von Gütern und Menschen möglich wurde.

Im Zuge der Industrialisierung wuchs die Stadt durch regen Zuzug neuer Bevölkerungsschichten rasch an. Durch inten-

2 Vgl. hierzu *M. Brix*, Der Ludwig-Donau-Main-Kanal, München 1988.

3 Vgl. Nürnberg in: *W. Durth / N. Gutschow*, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950, Braunschweig 1988, Bd. II, S. 975 ff.

sive Bautätigkeit entstanden außerhalb der Mauern im Rastersystem ausgedehnte neue Quartiere mit mehrgeschossigen Miethausbauten.

3. Stadtentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg

Während die Stadt im späten 19. Jahrhundert nach der Reichsgründung ihre Erweiterungsgebiete noch im „Rechtecksystem" plante (oft als „Mietkasernenstadt" bezeichnet), folgte sie nach der Jahrhundertwende dem neuen Leitbild des künstlerischen Städtebaus nach Camillo Sitte und der von Ebenezer Howard propagierten Gartenstadtidee. Im Auftrag des im April 1898 eingerichteten Stadterweiterungsbüros und dessen Leiter, Architekt Friedrich Küfner, konzipierte Richard Riemerschmid, frühes Mitglied der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, im Jahr 1908/09 die bereits genannte Gartenstadt jenseits des Gleiskörpers und südlich des Stadtkerns sowie ihr benachbart, die kleinere Siedlung Werderau. Im Weiteren erfolgten in diesen Jahren Eingemeindungen, wobei man darauf achtete, dass die Baulinien im „romantischen System" definiert wurden, d.h. die Planung sich von der „schablonenhaften Anlage schnurgerader Normalstraßen" und dem „Rechtecksystem" abwendete und „grüne Erholungsstätten, Spielplätze und krumme Straßen" angelegt wurden. Außerhalb des Stadterweiterungsgebiets, das der Vorgabe von Baulinien unterworfen wurde, blieb das Stadtgebiet ungeplant.

Doch die Stadt brauchte nach verschiedenen Eingemeindungen einen neuen Gesamt-Verkehrsplan.[4] Schon seit 1910 wurden Forderungen laut, Flächen für Erholungsgebiete sowie für Verkehrsbänder freizuhalten. Richtungsweisend war hier der Wettbewerb für Groß-Berlin von 1908/10 – der spätere Nürnberg-Planer Hermann Jansen gehörte dort zu den Preisträgern.[5] In der Nürnberger Presse wurde schon im Jahr 1914 die Forderung durch den „Bund Deutscher Bodenreformer" nach der „Aufstellung eines Generalbebauungsplanes für Groß-Nürnberg" laut, angesichts einer Bevölkerungszunahme in den Jahren 1904 bis 1913 um 34 %.[6] Doch mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs stagnierten die Bemühungen um eine Lösung der städtischen Verkehrsfragen, und die Stadt wurde erst nach Kriegsende wieder tätig. So beauftragte der Rat der Stadt 1921 Hermann Jansen, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule in Berlin, einen Generalverkehrsplanes für die Stadt Nürnberg zu erstellen.[7] Jansen zog seinerseits als Mitarbeiter für diese Aufgabe Otto Blum, Professor in Hannover, als Partner für den speziellen Bereich der Eisenbahnplanung hinzu. Am 24. Juli 1924 legte Jansen den ersten Entwurf für einen Generalbebauungsplan für die Stadt Nürnberg vor und lieferte zwei Jahre später den dazugehörigen Erläuterungsbericht. Die-

4 Vgl. *D. v. Wurmb*, Die städtebauliche Entwicklung Nürnbergs von 1806-1914, Diss. München 1969.

5 Vgl. *U. v. Petz*, Städtebau-Ausstellungen in Deutschland 1910-1920, in: disP-Online 174 3/2008, S. 24-50.

6 Vgl. Fränkischer Kurier, 20.06.1914.

7 „Jansen-Plan": Beginn der Arbeit 16.09.1921; vorläufiger Abschluss 07.04.1927; Weiterführung bis 31.03.1930; Fortsetzung der Tätigkeit Jansens bis 31.03.1932 für das Stadterweiterungsamt, ab 1938 Stadtplanungsamt; Änderungen im Wirtschaftsplan der „Stadt der Reichsparteitage Nürnberg" 1940, dieser Plan blieb gewissermaßen gültig bis zum ersten Wirtschaftsplan der Stadt 1956/58 (nach Erlass des Bundesbaugesetzes in einen Flächennutzungsplan überführt). Damit erhielt der Plan erstmals eine gesicherte Rechtsgrundlage.

Abb. 2: General-Bebauungs-Plan, Hauptverkehrsnetz, Jansenplan 1926, aus: *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung,* Städtebau im Wandel, Stadtteil Nürnberg-Langwasser, München-Nürnberg 1987, S. 22-23.

ser Verkehrs- und Flächennutzungsplan sah zwar für Nürnberg und Fürth zwei gesonderte Pläne vor, Jansen betonte jedoch, dass sie aufeinander abgestimmt seien.

Als Planungsaufgaben waren zwei gesonderte Verkehrs- und Flächennutzungspläne im Maßstab 1:10.000 für die Stadt Nürnberg sowie für die Stadt Fürth zu erstellen, jedoch unter Berücksichtigung der gegenseitigen Bezüge zueinander. Für folgende Nutzungen wurden Flächen festgelegt: Industrie, Wohngebiete, von der Bebauung freizuhaltende Flächen und Flächen für Verkehrsbänder (mit Angaben zu ihrer Wertigkeit). In den dem Auftrag beigefügten „allgemeinen Grundsätzen" wurde gefordert, dass „bei der Planung des Verkehrsnetzes der Verkehr *mit möglichst wenigen, aber aufnahmefähigen Strassen*" (Kursivsetzung Vf.,) bewältigt werden soll. Neben der Angabe der Flächennutzung war es Jansen wichtig, dass eine „künstlerische Gestaltung" hinzutreten muss, „die die Funktionen, Zusammenhänge und Höhepunkte der Stadt für das Auge und auch den Orientierungssinn zum Ausdruck bringt." Unter dem Punkt „Verkehr" wurde gefordert, dass „im Plan ganz besonderer Wert darauf gelegt [wird], die Frage des auswärtigen Verkehrs in befriedigender Weise zu lösen" – mit einem Hinweis auf die Planung Otto Blums. Zudem wurde darauf geachtet, lange Baublöcke zu vermeiden, weil entlang der Verkehrstrassen Straßenland sparsam verwendet werden sollte.

Jansens Plan aus dem Jahre 1924 blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch maßgebliche Grundlage für die Verkehrsplanung in Nürnberg. Und auch anlässlich der Planung und des Baus der Großen Ringstraße im Jahr 1983 bildete er erneut eine wesentliche Arbeitsgrundlage.[8]

4. Nürnberg – auch „Stadt der Reichsparteitage"

Vor dem Hintergrund der seit den 1920er Jahren zunehmenden industriellen Produktion von Automobilen war auch der Bau moderner Fernverkehrstrassen mit getrennten Richtungsfahrbahnen erforderlich geworden. Als erste Strecke in Deutschland – stimuliert durch die Teststrecke der FIAT-Werke „Bicocca" in Mailand und durch die „Avus" (AutoVerkehrsUndStadtstraße) in Berlin – entstand nach dem Vorbild der „HaFraBa", der Autobahnstrecke von Hamburg über Frankfurt nach Basel, eine neue Strecke Berlin-Nürnberg-München, eine Verbindung,

8 *Hans v. Hanffstengel*, Der Jansen-Plan. Der Bebauungsplan der Stadt Nürnberg 1921-1932 und seine Fortentwicklung bis in die Gegenwart, Nürnberg (Stadtplanungsamt) Oktober 1983.

die Adolf Hitler nützlich war, um vom Regierungssitz Berlin zu seinem Wohnort nach München zu gelangen. Der Bau der Autobahn als allein dem Automobilverkehr vorbehaltener Verkehrstrasse, deren Verlauf auf Geheiß Hitlers durch den Landschaftsplaner Alwin Seifert geschickt und auf die Wirkung bedacht in die Landschaft eingebunden worden war, gab Hitler damit das Flair der absoluten Modernität. Sie erschloss auch die Stadt Nürnberg – von Hitler als Stadt der Reichsparteitage ausersehen – mit einer breiten Zufahrtsstraße, um den Auf- und Abmarsch von Menschenmassen in geordneten Kolonnen rasch organisieren zu können. Die Trasse der Zufahrtsstraße war auf persönlichen Wunsch Hitlers so gewählt, dass man aus der Ferne bereits die mittelalterliche Burganlage Nürnbergs als Blickfang vor Augen hatte und damit der Bezug zur ehemals kaiserlichen Stadt hergestellt war.

5. Nachkriegsjahre und Wiederaufbau

Längst zeigt sich die Stadt Nürnberg wieder als eine lebendige Großstadt. Die enormen Baulücken, die der Krieg hinterlassen hat – die historische Substanz des Stadtkerns war zu 80 % zerstört, die Zahl der Bewohner der Gesamtstadt um etwas mehr als die Hälfte auf knapp 200.000 gesunken -, wurden durch die Bautätigkeit der Nachkriegsjahre geschlossen. Im Jahr 1947 wurde für den Wiederaufbau der Stadt innerhalb der Stadtmauer ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben. Man strebte zunächst nach einem stufenweisen Wiederaufbau, der eine Begrünung der Trümmerlandschaft und die Wiederherstellung der historisch wertvollen Bauten vorsah. In einer zweiten Phase sollten neue Bauten entlang der wichtigsten Straßenzüge errichtet werden, und als dritte Stufe plante man den Ausbau einer durchgrünten Wohnstadt. Doch wurde bald deutlich, dass eine solche stufenweise geordnete Wiederaufbaupolitik in den Wirtschaftswunderjahren und danach illusorisch war.

Nach erheblichem Streit innerhalb der Fach- und Politikwelt zwischen einer radikalen Neubebauung und einer den historischen Rahmen respektierenden Bebauung im Stil einer konservativen Moderne tendierte die Stadt zu letzterer: zu einer mehrgeschossigen Bebauung, bei Wohnhäusern mit kleinteiligen Fensteröffnungen in den verputzten Fassaden, mit Ziegeln gedeckten und mit Gauben versehenen Giebeldächern (insbesondere im Bereich des Burgbergs) und gleichzeitig, auch im Umfeld des Marktes, zum Bau von bis zu fünfgeschossigen Büro- und Geschäftshäusern mit Attikazone und Flachdach, die Fassaden mit relativ großflächigen Fenstern versehen; sogar der Bau eines moderaten Hochhauses war möglich. Die drei teilweise im Krieg beschädigten zentralen Kirchen St. Lorenz, St. Sebald und die Frauenkirche am zentralen Markt wurden sorgfältig wieder hergestellt. Einige Altstadthäuser am Burgberg wurden in ihrer (spät)gotischen Bauweise erhalten oder fügten sich als Neubau leicht „modernisiert“ in den historischen Maßstab.

Der endgültige Wiederaufbau der Innenstadt bestand somit darin, zwar die historischen Bezüge wieder aufzugreifen, die bauliche Gestaltung jedoch im Rahmen einer moderaten Moderne der 1950er Jahre umzusetzen, insbesondere bei den mehrgeschossigen Wohn- und Geschäftsbauten. Sachlich nüchtern, in moderaten Farben geputzte Fassaden, teilweise mit Bogenöffnungen im Erdgeschoss, hell, nicht spektakulär, der Geschichte und dem historischen Rahmen angemessen – dies war der gängige Stil für diesen Wiederaufbau.

Nach den Kriegszerstörungen und den damit einhergehenden Bevölkerungs- und Wohnbausubstanzverlusten – vor dem Krieg hatte die Stadt 423.000, nach dem Krieg 195.000 Einwohner – stieg das Wachstum Nürnbergs in den folgenden Jahren wieder deutlich an. Für die zuziehende Bevölkerung musste rasch Wohnraum geschaffen werden.

Im Jahr 1956 wurde ein Wettbewerb für den Bau einer Großwohnsiedlung unter dem Motto „Wohnen im Grünen" für eine Fläche von etwa fünf Quadratkilometern im Südosten der Stadt, in Langwasser, ausgeschrieben. Das Areal war bereits im Jahr 1938 als Aufmarschgelände der NSDAP zur Durchführung der Reichsparteitage an der Ausfallstraße zur Autobahn Bayreuth-München erschlossen worden und wurde für die Errichtung von Zeltlagern genutzt. Hier entstand nun mit Langwasser – erbaut im Rahmen des öffentlichen Wohnungsbauprogramms unter Verwendung von Mitteln des Marshallplans – die erste Trabantensiedlung für 40.000 Einwohner, auch zur Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen wie in vielen anderen Großstädten Deutschlands. Inmitten von ausgedehnten Grün- und Freiflächen wurden mehrgeschossige Wohnblocks, mehrere Wohnhochhäuser und Kleinhausanlagen erbaut. Diese neue Stadt in „Licht, Luft und Sonne" wurde mit den notwendigen Versorgungseinrichtungen wie Einkaufszentrum, Kindergärten, Schulen, Sport- und Spielanlagen, Kirchen, etc. ausgestattet - ein neuer großer Stadtteil mit Bahnstation, eine Alternative zur engen historischen Stadt, verkehrsgünstig an der Verbindung zur Autobahn gelegen. Die Planung datiert in die Zeit des städtebaulichen Leitbildes der autogerechten Stadt. Abgeschlossen war der Bau der Siedlung im Jahre 1990. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich in der weiteren Peripherie der Stadt, so ab 1957/58 beim Bau der „Parkwohnanlage Zollhaus" – eine bauliche Mischung aus Hochhaus, Laubengang- und Reihenhäusern.

6. Aktuelle Maßnahmen der Innenstadtentwicklung

Heute leben in der Metropolregion ca. 3,5 Mio. Menschen. An Werktagen überqueren täglich ca. 600.000 Kraftfahrzeuge die Stadtgrenze in beiden Richtungen, und der Verkehr auf der Pegnitzbrücke zählt täglich 240.000 Kraftfahrzeuge. Die Kraftfahrzeugdichte beträgt 570 zugelassene Fahrzeuge auf 1.000 Einwohner,[9] und 130.000 Menschen erreichen und verlassen täglich die Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Damit wird offenkundig, dass die Stadt gezwungen war, neue Strategien zu entwickeln, die – um den Individualverkehr möglichst effizient zu reduzieren – auf den Ausbau eines „Umweltverbundes" zielen, d.h. eine Zusammenführung der verschiedenen Verkehrsarten zu einem Verbund um den Öffentlichen Personen-Nahverkehr unter Berücksichtigung des Rad- und Fußgängerverkehrs. Schwerpunkte bilden eine Parkraumbewirtschaftung und der Ausbau der Fußgängerzone gerade in der Altstadt. Ziel ist die Schaffung einer „Stadt der kurzen Wege", nicht als Selbstzweck, sondern „als Mittler zwischen den städtischen Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Lernen, Versorgen und Erholen".[10]

Wenn auch die oben genannten Verkehrszahlen recht hoch sind, so gilt es doch darauf hinzuweisen, dass die Stadt nach Mög-

9 Angaben vom Verkehrsplanungsamt der Stadt Nürnberg vom Januar 2009 (Dank an Herrn Wunder).

10 (s. A 9).

Abb. 3: Wiederaufbau in Nürnberg; Blick vom Spittlertor-Turm auf die in traditioneller Bauweise wieder aufgebaute Stadt mit modernem Neubau 1985, aus: *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (Hrsg.), Städtebau im Wandel, München 1987.

lichkeit den historischen Bereich immer zu schützen versuchte. Der zur Stadtmauer zugehörige Graben ist inzwischen sehr ansprechend begrünt, so dass die Nutzung durch Fuß- und Spaziergänger in den vergangenen Jahren attraktiver geworden ist. Der historische Stadtkern innerhalb der Mauern wird schrittweise vom Individualverkehr befreit. Der erste Abschnitt einer Fußgängerverbindung in der Altstadt (Pfannenschmiedgasse und Breite Gasse) war bereits 1966 angelegt worden. Diese wurde in den folgenden Jahren erweitert – unter anderem mit der Verbindung vom Hauptbahnhof bis zur Burg im Jahr 1972[11] - und bis heute zu einem Netz mit einer Gesamtlänge von knapp sechs Kilometern weiter ausgebaut[12] – insbesondere im südlichen Teil der Altstadt. Die Durchfahrtmöglichkeiten des individuellen Autoverkehrs durch den historischen Stadtbereich wurden stark eingeschränkt, dafür Parkhäuser errichtet, die vom Altstadtring aus erschlossen sind, der die Stadt parallel zur Mauer umfährt. Der südliche Bereich zwischen Hauptbahnhof, Lorenzkirche/Museumsbrücke und Plärrer (ein stark frequentierter Verkehrsknoten im Südwesten der Altstadt) wird durch eine U-Bahnlinie erschlossen, wie auch der südliche und östliche Ring selbst noch einmal durch eine weitere in Ost-West-Richtung verlaufende Linie. Während der südliche Teil der Altstadt relativ eben ist, steigt das Gelände von der Pegnitz und dem Markt bis zur Burg steil an, wodurch sich in den beiden Altstadtteilen die Mobilitätsmöglichkeiten deutlich unterscheiden.

Heute stehen Klimawandel und Umweltverträglichkeit noch sehr viel stärker im Zentrum der Stadtplanung als dies noch in den 1970er Jahren (oder gar bei der Jansen-Planung der 1920er Jahre) der Fall war. Dies zu berücksichtigen ist bei Maßnahmen in den Außenbereichen inzwischen gang und gäbe. Doch um das stadthistorische Erbe zu respektieren, ist bei einer täglich sehr hohen Einpendlerzahl eine ausgleichende Planungs- und Stadtentwicklungspolitik auch in Zukunft von erheblicher Bedeutung, gerade in einer Stadt, die sich trotz ihrer massiven Kriegszerstörungen gleichermaßen für ihre Geschichte, einem regen Tourismus und einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen verpflichtet sieht.

11 Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg, Verkehrsentwicklung Nürnbergs im 19. und 20. Jahrhundert, Nürnberger Forschungen Bd. 17, Nürnberg 1972, Abb. 6.

12 Die Stadt Nürnberg berichtet stolz, sie gelte als eine der längsten Europas; Stadt Nürnberg, Verkehrsplanungsamt; Schreiben vom 22.01.09.

Tilman Harlander

Neues Stadtwohnen – Luxusquartiere und Armutsinseln?

Sie waren Bestandteil des Finanzmarkthypes der vergangenen Jahre: Luxuswohnungen in den Toplagen der World Cities in Preisklassen, die jeden Maßstab verloren hatten. Dies gilt etwa für den inzwischen kurz vor der Fertigstellung befindlichen Millennium-Tower in San Francisco, in dem oberhalb luxuriöser Infrastruktureinrichtungen und Läden in der Erdgeschosszone zwischen dem 1.-25. Geschoß sog. „Residences" und dann, in der Vermarktung noch einmal deutlich abgehoben, zwischen dem 25. und dem 60. Geschoß sog. „Grand Residences" entwickelt werden. Ein Penthouse im 59. oder 60. Stock mit 445 qm schlägt mit 11 Mio. Dollar zu Buche. In einem der teuersten Apartmenthäuser New Yorks, dem „Fifteen" am Central Park West, hatte sich – noch kurz vor der Krise – das schönste Penthouse mit Rundumterrasse hoch über dem Central Park und 1.000 qm Wohnfläche für 45 Mio. Dollar ein gewisser Daniel Loeb gekauft, ein Hedgefondsmanager. In Moskau wurde gar, so berichtet der BDA 2008,[1] eine „Wohnung" mit 1.300 qm für ca. 67 Mio. Euro verkauft. Der Quadratmeterpreis für diesen über sieben Wohnetagen reichenden Wohnturm im Moskauer Innenstadtviertel Tschistije Prudi belief sich auf 51.750 €/qm. Noch bis Mitte 2008 war charakteristisch, dass gerade dieser Teilmarkt von der dramatischen US-Immobilienkrise nicht berührt schien, im Gegenteil: Während am unteren Rand hunderttausende, ja perspektivisch Millionen von amerikanischen Familien ihre Häuser verloren und weiter zu verlieren drohen,[2] boomte der Bau von Luxuswohnungen und sog. High-end-gated-communities mit Häusern ab einer Mio. Dollar aufgrund rasch weiter wachsender Nachfrage besonders dynamisch. Inzwischen ist klar, dass die dramatische Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch bei derartigen Projekten wohl zu deutlichen, teils drastischen Korrekturen führen wird.

Ein paar Nummern kleiner spiegelt sich der weltweite Trend neuer sozialräumlicher Polarisierungen von Arm und Reich auch auf den bundesdeutschen städtischen Wohnungsmärkten wider. Nachdem die Diskussion um die „Renaissance der Städte" bzw. das neue „Stadtwohnen"[3] für ein paar Jahre durch die Frage nach dem quantitativ-statistischen Ausmaß des dabei unterstellten „Trendwechsels" dominiert wurde, hat sich mittlerweile die Frage nach der sozialen Qualität dieses neuen Stadtwohnens in den Vordergrund geschoben.[4]

1 BDA Informationen Landesverband Bayern, 4/2008, S. 40.

2 Credit Suisse rechnet in den USA bis 2012 mit bis zu 8 Mio. Zwangsvollstreckungen; *K.B. Anacker/J. Carr*, Die Immobilienkrise in den USA: Ursachen, Auswirkungen und ein vorläufiger Ausblick, unveröff. Ms. (erscheint in: Die alte Stadt 36, 2/2009).

3 Vgl. *T. Harlander* (Hrsg.), Stadtwohnen. Geschichte, Städtebau, Perspektiven, München 2007.

4 *C. Zimmermann*, Innenstädte 1880 bis heute – Funktionen und bauliche Gestalt im Wandel, in: Die Alte Stadt 35, 4/2008, S. 335; vgl. auch *G. Schmitt/K. Selle* (Hrsg.), Bestand? Perspektiven

Abb. 1:
Steidle-Lofts; Lenbachgärten in München; (Quelle: Frankonia Eurobau AG).

Entwickelt sich das neue Stadtwohnen zu einer Domäne der Reichen und Superreichen, in der für Arme, ja selbst für klassische mittelständische Familien kein Platz mehr sein wird? „Platz für alle" forderte der „Spiegel" 2008 und konstatierte: „Viele junge Familien träumen davon, in der Stadt zu leben. Doch sie finden keinen Wohnraum. Die Citys werden so teuer, dass abgeschottete ‚Wohlstandsinseln' drohen."[5] Auch die Süddeutsche Zeitung sekundierte mit Blick auf die gegenwärtig gebauten Luxusprojekte in Stuttgart, München, Berlin und Dresden: „Der ‚Neue Urbanismus' dient der Exklusionsgesellschaft."[6] Blickt man auf die angesprochenen Projekte, erscheinen derartige Sorgen zunächst einmal durchaus berechtigt. Auf der Homepage des Münchner „Premium-Stadtquartiers" „Lenbachgärten" erfährt man: „Hier definiert der Planer königlichen Luxus neu"; es entsteht „die Vision eines Lebens im Geist der Könige …", das allerdings, so wird hinzugefügt, „auf einem Niveau, dass nur wenige das Privileg haben, es zu genießen…".[7] Beim Blick auf die Preise etwa der Steidle-Lofts wird klar, warum das Wohnen in dieser absolut zentralen „Oase der Ruhe" nur von „wenigen" zu genießen ist: 189 qm kosten hier 1.567.000 €, d.h. ca. 8.300 €/qm. Als ein qualitativ ähnlich anspruchsvolles, aber programmatisch nicht so hochgestochenes Stuttgarter Projekt könnte man das Projekt „Quant" (Architekten: Wilford Schupp Architekten) nennen, das durch den Umbau eines ehemaligen Max-Planck-Instituts 23 hochwertige Loftwohnungen, Galerie- und Gartenstudios mit gemeinsamer Dachterrasse schafft. Mit Preisen bis zu 6.000 € scheint aber – jedenfalls für Stuttgart und diese Lage – eine Schmerzgrenze erreicht.

Durchaus typisch ist, dass in der Vermarktung derartiger „Premiumprojekte" historische Reminiszenzen und das „historische Ambiente" eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Ob in der denkmalgeschützten „Villa Koch" in Potsdam oder in der soeben mit dem österreichischen Bauherrenpreis ausge-

für das Wohnen in der Stadt, Dortmund 2008.

5 Spiegel 31/2008, S. 140.

6 *G. Matzig*, in: Süddeutsche Zeitung 17.06.2008, S. 11.

7 Vgl. www.lenbach-gaerten.de

Abb. 2a: Ehemaliges Max-Planck-Institut, Stuttgart (Quelle: Wilford Schupp Architekten).

Abb. 2b: Umbauprojekt Quant, Stuttgart (Quelle: Wilford Schupp Architekten).

zeichneten „Imbergstraße" in Salzburg – die zentrale Lage und die gelungene Integration in eine attraktive historische Stadtstruktur bieten beste Vermarktungschancen. Im Münchner Anna-Kloster, einem Franziskanerkloster im Stadtteil Lehel, entstehen in einem Teil der zu groß gewordenen denkmalgeschützten Liegenschaft Luxus-Appartements. Zunehmend geht mit der baulichen Aufwertung von Innenstadtarealen auch ihre städtebauliche Abschirmung einher: So entstand in Aachen im innerstädtischen Pontstraßenviertel auf dem früheren Gelände einer Autofirma, das zunächst für sozialen Wohnungsbau vorgesehen war, nach einer entsprechenden Umwidmung das strikt nach außen abgeschirmte hochpreisige Wohnprojekt „Barbarossapark" – eine Art „gated community", in die mit einem Teil der namensgebenden Barbarossamauer auch ein Stück Stadtgeschichte integriert ist.

Kein Zweifel also, jubelte die Fachzeitschrift „Die Wohnungswirtschaft" im Oktober 2008 etwa mit Blick auf Berlin: „Beste Zukunftsaussichten für Berlin: Luxuswohnen boomt". So sehr die neue Attraktivität der Städte für die Einkommensgruppen, die ihnen bis vor kurzem noch den Rücken kehrten, prinzipiell zu begrüßen ist, so problematisch wird die Entwicklung vor dem Hintergrund wachsender Wohnungsnot und Verdrängung unterer Einkommensschichten und, genereller noch,

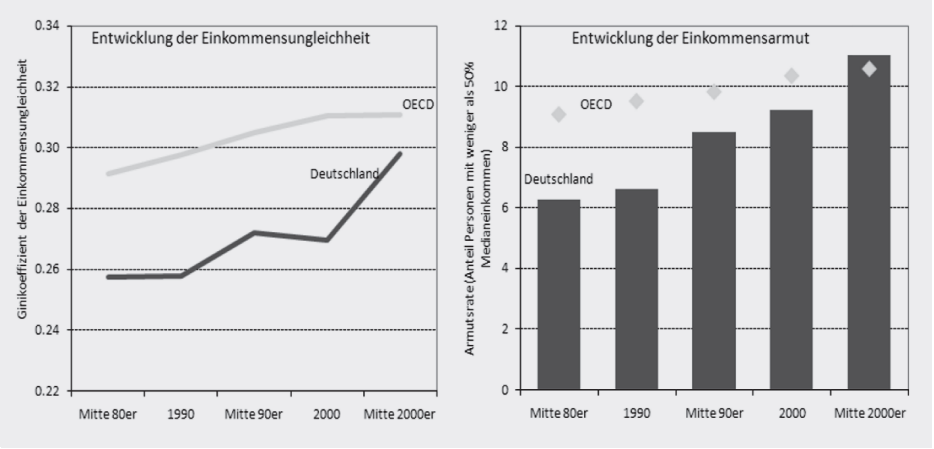

Abb. 4: Einkommensungleichheit und Armut, Deutschland und OECD-Schnitt, 1985 - 2005; (Quelle: Pressekonferenz OECD Berlin, 20.10.2008; *M. Förster*, Sozialpolitikreferat der OECD, Paris).

der wachsenden Polarisierung von Arm und Reich und der hierzu komplementären Entwicklungen im Bereich der Stadtentwicklung und auf den Wohnungsmärkten.

Selbst wenn es uns stört und verstört: wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass sich auch in Deutschland Armut nicht verringert, sondern im Gegenteil verfestigt und Arm und Reich rasant auseinanderdriften. In dem im Mai 2008 vorgestellten 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung waren hierzu Daten und Fakten zuhauf nachzulesen. Seit den 1990er Jahren hat es, ein nachdenklich machender Komplementärbefund zum Boom der Luxuswohnanlagen, reale Einkommenszuwächse nur noch für die oberen und obersten Einkommensgruppen gegeben: Neu ist dabei nicht zuletzt, dass auch die Mittelschichten in einen Abwärtssog geraten sind: ihr Anteil hat sich allein zwischen 2000 und 2006 von zuvor 62 % auf 54 % der Bevölkerung reduziert – zweifellos der Hauptgrund für die inzwischen von Soziologen (Häußermann) in dieser Schicht vermehrt diagnostizierte „Statuspanik".[8]

Am unteren Ende liegt Deutschland inzwischen nach einer im Oktober 2008 veröffentlichten neuen vergleichenden OECD-Studie „Growing Unequal" mit einem Anteil von elf Prozent Armutsbevölkerung zwar nur knapp über dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Dramatisch zu nennen ist aber das Faktum, dass sich in Deutschland in den letzten 20 Jahren der Anstieg dieser Armutsquote – mit Ausnahme Irlands – rascher vollzogen hat als in jedem anderen OECD-Land.[9] Vor allem auch Kinder und Jugendliche drohen zu Opfern dieser Entwicklung zu werden. Bereits in den 1990er Jahren wurde der Begriff von der „Infantilisierung der Armut"[10]

8 *M.M. Grabka / J.R. Frick*, Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: Wochenbericht des DIW (Dt. Inst. für Wirtschaftsforschung) 10/2008, S. 101-108, hier S. 107.

9 Growing Unequal, Income Distribution and Poverty in OECD Countries, OECD 2008.

10 *R. Hauser*, zit. nach *G. Holz*, Lebenslagen und

geprägt, ein Begriff, der bedauerlicherweise seine Berechtigung behalten hat. Drastisch steigt das Armutsrisiko vor allem für Kinder von Alleinerziehenden (knapp unter 40 %), aber auch für Kinder aus kinderreichen Familien, für Familien mit Migrationshintergrund oder mit ungesichertem Erwerbsstatus sowie aus segregierten großstädtischen Problemquartieren.

Ein Reflex dieser wachsenden Schere in der Einkommens- und Vermögensentwicklung von Arm und Reich ist, dass sich, kaum zur Kenntnis genommen und überlagert von den Hochglanzprospekten der Luxuswohnanlagen, auf den unteren Wohnungsteilmärkten Mangellagen und neue Wohnungsnotstände häufen. Im Hintergrund stehen – anders als etwa in Frankreich, England oder den Niederlanden – die weitgehende Einstellung des sozialen Wohnungsneubaus und das fortgesetzte Abschmelzen der noch vorhandenen belegungs- und mietpreisgebundenen Bestände. In Baden-Württemberg etwa wurde seit 2007 die Landesförderung im sozialen Wohnungsbau de facto eingestellt, in einer Großstadt wie Stuttgart halbierten sich die belegungsgebundenen Bestände seit Anfang der 1990er Jahre auf etwa die Hälfte (2008 noch ca. 17.500 WE; 3.244 Haushalte sind beim Wohnungsamt als wohnungssuchend vorgemerkt, darunter 1.753 Dringlichkeitsfälle). Zugleich steigt die Zahl wohnungs- und obdachloser Bürger insbesondere innerhalb der großen Gruppe der Arbeitslosen, Hartz IV- und Sozialhilfe-Empfänger wieder an – Anlass für die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg im Oktober 2007 in Stuttgart einen Aktionstag „Wohnen in Armut“ zu organisieren. Der Deutsche Caritasverband schätzte Anfang 2009, dass in Deutschland 132.000 Menschen ohne eigene Wohnung leben, 18.000 sind obdachlos, mehr als 3,5 Mio. Familien sind überschuldet.[11] Konsequenterweise verabschiedete auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe im November 2008 ein Positionspapier, in dem sie zur Vermeidung von Wohnungsnotständen und wachsender Segregation vor allem den Erhalt und Neubau von preiswerten Wohnungen und den realen Wohn- und Nebenkosten angemessene Regelsätze fordert.[12]

Abb. 5: Villa Koch, Potsdam; Werbe-Illustration (Quelle: Bruckner-Consultants GmbH).

Die Explosionen in den französischen Banlieues haben uns daran erinnert, wie fragil, aber auch wie schützenswert der Konsens ist, dem unsere Gesellschaften ihre seit dem

Chancen von Kindern in Deutschland, in: Kinderarmut, Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 26/2006 v. 26. Juni 2006, S. 3.

11 Stuttgarter Zeitung 09.01.2009, S. 5.

12 *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.*, SGB II und SGB XII und die Folgen für die Hilfen in Wohnungsnotfällen, Positionspapier v. 26.11.2008.

Zweiten Weltkrieg andauernde relative soziale Stabilität verdanken. Natürlich bewegen sich Segregationsindices und auch die Konfliktlagen in bedrohten Quartieren in deutschen Städten noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Aber wir tun gut daran, Programme, die der gefährlichen Abwärtsspirale in solchen Quartieren entgegenzuwirken suchen (wie das Programm „Soziale Stadt") auszubauen und durch weitere bildungs- und arbeitsmarktpolitische Initiativen zu flankieren. Der Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk ist zuzustimmen, wenn sie sich gerade auch mit Blick auf die Innenstadtquartiere gegen Abschottung und Gated Communities und für soziale Mischung und unterschiedliche Wohnungsbau- und Trägerformen einsetzt.[13] Gerade München hält sich auch eisern an die selbst gewählte Auflage, in allen Planungsgebieten mindestens 30 %, auf städtischen Grundstücken sogar 50 % geförderten Wohnungsbau zu realisieren. Eine entschiedene Re-Qualifizierung unterschiedlicher Formen geförderten Wohnungsbaus bzw. generell bezahlbarer und zugleich nachhaltiger Wohnformen für untere Einkommensgruppen wird zweifellos wieder zu einer wesentlichen Zukunftsaufgabe im Wohnungsbau werden. Gegenwärtig sind freilich anschlussfähige Experimente im sozialen Wohnungsbau, dessen soziale Akzeptanz enorm gelitten hat, mehr denn je große Ausnahmen. Die exorbitanten Bodenpreise gerade in den Innenstadtlagen der attraktiven Zentren hatten in den vergangenen Jahren entscheidenden Anteil am Trend zum hochpreisigen Bauen und der strukturellen Benachteiligung alternativer und preiswerter Bau- und Wohnformen. Vielleicht ergeben

Abb. 6: Das Aachener Wohnprojekt „Barbarossapark" integriert einen Teil der historischen Barbarossamauer aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts (Foto: *Michael Rau*, 2008).

sich vor dem Hintergrund der Finanzkrise ja auch für Baugemeinschaften und Baugenossenschaften neue Chancen. Dies könnte auch der Hintergrund dafür sein, warum das Projekt der Umwandlung des alten St. Urbankrankenhauses in Berlin Kreuzberg in einen „Kreuzberger Wohnpark" nun nicht an einen potenten Investor, sondern, ein Novum in dieser Größe (2,6 ha, ein Investitionsvolumen von mind. 35 Mio. €), an eine Baugemeinschaft gegangen ist.[14]

Nicht nur bei der Entwicklung neuer nachfragegerechter Wohnformen, sondern auch beim Neubau und beim Erhalt von preiswertem Wohnraum kommt neuen Bauträgern, also Baugemeinschaften und Baugenossenschaften, eine wichtige (Pionier-)Rolle zu. Durch den Verzicht auf die Bauträgerleistungen entstehen potentiell Kostenvorteile, deren Realisierung in der Praxis allerdings oft nicht leicht fällt. Generell liegen bei den erfolgreichen Projekten von Baugemeinschaften die Vorteile darüber hinaus nicht nur in vielfältigen, auf spezifische Nutzerbedürf-

13 „Wir wollen keine Abschottung", in: Süddeutsche Zeitung 18.06.2008, S. 45.

14 Tagesspiegel 10.1.2008.

Abb. 7:
Tor zum Blockinneren des Aegidienhofs, Lübeck; (Foto: *Stefan Krämer*, Ludwigsburg).

nisse sehr genau rückbezogenen Wohnstrukturen, sondern auch im Entstehen von sozial stabilen Nachbarschaften mit hohem Identifikationsgrad – in Zeiten auseinanderdriftender Stadtgesellschaften und „überforderter Nachbarschaften" ein gewiss nicht gering zu schätzender Faktor. Dass durch derartige selbstorganisierte Baugemeinschaften auch denkmalgeschützter historischer Baubestand auf zugleich kostengünstige wie innovative (Mischung von Wohnen und Arbeiten, Mischung von Alters- und Einkommensgruppen, Integration einer betreuten Wohngemeinschaft für junge Menschen mit Behinderungen) Weise saniert werden kann, bewies der Umbau des Aegidienhofs in Lübeck zu einem höchst lebendigen, quartiersoffenen Mehrgenerationenprojekt.[15] Für die wachsende Problematik der Wohnungsversorgung unterster Einkommensschichten und von Hartz-IV-Empfängern und für deren Schutz vor Verdrängung können derartige Projekte allerdings kaum einen relevanten Beitrag leisten. Im Gegenteil – mancherorts wie in Berlin werden angesichts massiver Gentrification-Prozesse in Stadtteilen wie Prenzlauer Berg oder Friedrichshain Baugemeinschaften inzwischen von einer wieder erstarkten sozialen Protestszene als Pioniere der Aufwertung und Verdrängung angegriffen.[16] Die soziale Wohnraumversorgung gerade der Schwächsten, Stiefkind gegenwärtiger kommunaler Wohnungspolitiken, bleibt eine der großen Herausforderungen der Stadtpolitik!

15 *G. Kuhn/Chr. Simon*, Aktuelle Projekte in Deutschland, in: *Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.): Wohnen im Eigentum in der Stadt, Ludwigsburg 2004, S. 168-171.

16 Vgl. hierzu etwa den Beitrag „Berlin in Bewegung. Umkämpfter Stadtumbau in der Hauptstadt" auf der Webseite „Gentrification Blog" vom 18.12.2008.

Helmut Böhme

Jenseits der Architektur

Die „Alte Stadt" im Wandel und die aktuelle Frage: Wo bleibt ihre Baukultur?

Städte – insbesondere die „Alte Stadt" – stehen immer im Wandel, Wandel ist ihr Lebens- und Überlebensgesetz. Sie spiegeln den jeweiligen Zeitgeist, formen und formulieren ihn zugleich mit. Sie sind der kulturelle Ausdruck, Inbild der geistigen, sozialen und politischen Verfassung einer Gesellschaft zu jeweils bestimmten Zeiten. Städte sind zugleich, erstmals in der Antike formuliert, Gefäß, Bedingung eines „anthropozentrischen Prinzips", das den Städter als „Mensch zum einzigartigen Begriff stilisiert, von dem man ausgehen und auf den man alles zurückführen muss" (Diderot). Unter diesem Prinzip wurden soziale und politische Organisationen von „Gesellschaft" konzipiert, aber auch von „Urbanität" und „Architektur". Damit wurden nicht nur die Sonnenseiten der Stadt artikuliert, sondern immer auch die „Malaise" der Stadt mit ihrer „grauen Architektur", ihren als belanglos kritisierten „Wohnbehältnissen", ihrer unsortierten Langeweile und Tristesse.

Momentan ist die Ernüchterung wieder einmal groß. Ebenso ist die Ratlosigkeit, ja die Resignation über die Ergebnisse, die aus den hehren Modellen der „älteren und neueren Moderne" stammen. Statt dem erhofften dreimaligen „Hoch des ewigen Bauens", „des Durchsichtigen", des klaren, reinen „Kristalls" (Bruno Taut), der „Stadt als Arbeitswerkzeug", dem Haus „als Wohnmaschine" (Charles E. Jeanneret/Le Corbusier), der Architektur, der Stadt im „Dienste der Menschheit", dem „Leben in seiner ganzen Fülle" (Ludwig Mies van der Rohe), wird die heutige Stadt oft als „große Kränkung" bezeichnet, als Inbegriff der „Misere der Baukultur".

Das herb artikulierte Urteil über „die Armut kultureller Qualität", besonders der Industriestadt, aber auch der neuesten Stadt, ihrer Bauten und Ordnungen ist allerdings nicht neu. Man ist der Hoffnung von einst, mit neuem Bauen technisch, ökonomisch optimiert, und zwar bewusst gegen die Traditionen der „Alten Stadt", erkennbar müde geworden. Dagegen setzt man heute auf eine „Baukultur", in der „Zweckform und Avantgarde" zueinander finden sollen. Jeder Bau soll ein „Unikat" sein, ein „Architekturleuchtzeichen". Doch diese „Leuchtzeichen" sind immer weniger eingebettet oder Teil einer „gewachsenen" historisch begründeten Stadtplanung – sei es eines Stadtumbaus, einer Stadterhaltung, oder eines Stadtneubaus.

Dieses Defizit hat der engagierte Denkmalspfleger, der kluge, sensible, ideenreiche August Gebeßler in seinem langen Berufsleben und auch als Begleiter und Moderator der „Alten Stadt" immer erneut hervorgehoben. Er, dessen Andenken dieser kleine Essay in Dankbarkeit gewidmet ist, hat immer die Verbindung von „Alter Stadt" und neuem Planen und Bauen betont, die Aktualität des „städtischen Denkmals" nie als archivarisches Residuum betrachtet, sondern das

Überkommene in der Bewährung und Bewahrung im Zukünftigen gesehen.

Dabei hat er nicht so sehr die hervorgehobenen Großtaten beachtet, sondern vielmehr die Gesamtheit der überkommenen, zerfaserten, zerstörten, bedrohten Stadt, die auch heute wieder durch die große Mehrheit der Bauten und Ordnungen gekennzeichnet ist, die eben nicht ins mediale Universum vordringen. Und diese eher glanzlose Masse von bravem, oft ziemlich langweilig Gebautem, ist das heutige Problem, das mit Hilfe einer neu akzentuierten Forderung nach „Baukultur" behoben werden soll. Das stagnierende „graue Tagesgeschäft" soll damit überwunden werden. Es wird also wieder einmal nach „Orientierung" gesucht. Dabei wird „Baukultur" als Anker und Retter in der Umbruchszeit von Weltbildern entdeckt. Wo aber bleibt die Baukultur im Wandel, insbesondere auch der „Alten Stadt"? Die Antwort: „Baukultur" ist in Forderungen und Manifesten durchaus „in", ist auch politisch ein Thema.

Seit dem Jahr 2000 wird „Baukultur" als Forderung und in landesweiter Bemühung im Zusammenhang mit einer von Architekten im nationalen Rahmen formulierten Initiative „Architektur und Baukultur" immer aktueller, wobei allerdings eine deutliche Reserve gegenüber dem Erbe der „Alten Stadt" erkennbar ist, indem ihr wenig Vorbildcharakter im Zeichen baukultureller Erneuerung zugebilligt wird.

Und je deutlicher „die Misere der Baukultur" akzentuiert, die alte Klage von der „Unwirtlichkeit" (A. Mitscherlich) der modernen Stadt erneuert wurde, je leerer die öffentlichen Kassen, je rüder die Entwickler- und Investorenmethoden wurden und werden und die Krise der Baukonjunktur zunahm und zunimmt (und die großen Architekturbüros nur noch „Shanghai" murmeln) , um so intensiver setzte die Diskussion um ein nationales Forum ein, um eine „Bundesstiftung Baukultur". 2005 wurde ein entsprechendes Gesetz beraten, das allerdings im Kompetenzstreit zwischen Bundesrat („Ländersache") und Bundestag („nationale Angelegenheit") versank. Dadurch konnte die Stiftung anlässlich des „2. Konvents der Baukultur" am 18./19. November 2005 ihre Arbeit nicht aufnehmen. Doch die „Große Koalition" setzte das Projekt erneut auf die Agenda, und so nahm es am 18. Juni 2006, nachdem das Bundeskabinett (5. Mai 2006) dem Gesetzentwurf für eine „Bundesstiftung Baukultur" zugestimmt hatte, auch die Bundesratshürde.

„Baukultur" ist also aktuell, wenigstens als „Stiftung", als Forderung nach einem Forum, einem öffentlichen Diskurs. Ob all dies der Sache dient, ist allerdings offen. Doch eines ist erkennbar: Das Selbstbewusstsein, manche sagen schon, „die Macht" der Architekten, der Stadtplaner wächst wieder (wenn auch noch viel Resignation zu beobachten ist), und der Glaube lebt wieder auf, den bedrohlichen Phänomenen – Überfüllung, Flächenfraß, Vereinsamung des Städters – mit gut designten Städten entgegen wirken zu können. Die „events" laufen, das Internet ist voll von Initiativen bei Kommunen, Ländern, im nationalen Rahmen, aber auch im europäischen: In Finnland wurde eine „gut gebaute Umwelt" Staatsziel, erhielt Verfassungsrang. Die „Nachrichten aus dem architektonischen Wachkoma" (H. Rauterberg) häufen sich: Tendenz weiter steigernd.

Da „Baukultur", als Begriff unscharf, ja inhaltsleer ist, muss präzisiert werden, was damit gesagt werden will. Dabei ist es notwendig festzuhalten, dass in diesem Begriff zwei entscheidende – auf die Stadt und den Stadt-Menschen bezogene – Daseins- und

Denkprozesse zusammen gezwungen werden: „Baukultur" vereint und bezeichnet, als Schlüsselwort, die umfassende Ordnung und Gestaltung menschlicher – „städtischer" – Existenz. Beide Teilbegriffe definieren „Baukultur" als „Spiegel der Gesellschaft, wie sie sich verhält und was sie sich wünscht" (W. Sobek). „Baukultur" verlangt nicht nur, das Gebaute zu beachten, sondern mehr, vor allem das politische, das „bürgerliche Engagement", auch unter dem Gesichtspunkt von individuellem Nutzen. Der ökonomische Parameter ist dabei immer mit zu sehen, aber auch, mehr und mehr, der ökologische und zugleich auch die Beachtung von technischen Bedingungen beim Bauen und Planen und nicht zuletzt auch das Überkommene als Widerpart und Herausforderung. Entscheidend ist, dass im Stadtpolitischen (von Polis, griechisch = Stadt) „Stadt" immer von „Öffentlichkeit" begleitet war. Erst mit dieser Gesinnung konnte die Stadt „Zivilisation" (civis = Bürger) schöpfend wirksam werden. Mit „Baukultur" ist also nicht eine Kunst außerhalb unserer „normalen Existenz" angesprochen, sie ist nicht Produkt eines professionell gesonderten und verwalteten Expertenkönnens – sondern das Fehlen von „Baukultur" geht jeden an und soll und muss allgemein bewusst gemacht werden.

Und dies geschieht nun wieder einmal mit Blick auf die „Sünden des Wiederaufbaus" und (danach noch intensiver) auf die empfundenen Mängel beim Neubau, insbesondere des Wohnungsbaus. Dem „bundesweiten Einerlei unoriginellen und qualitativ fragwürdiger Zweckbauten" (N. Thomas) soll mit „Baukultur" abgeholfen werden. Dabei gilt es auf ein Netz von Menschen zu setzen, die versuchen, eine gleiche Sprache sprechen, die ihre Emotionen und Überzeugungen bündeln, die letztlich eine neue „Baukultur" tragen und provozieren können, die nicht nur auf das bezogen ist, was sich fotografieren oder vermarkten lässt, ob nun „Bauhaus" streng und kubisch, glasverhüllt stählern, ob postmodern oder zitathaft „new urban" Hoffnungen verpflichtet. Gerade bei der zuletzt genannten Mode sind die manipulierten Hoffnungen, an die „Alte Stadt" anzuknüpfen, besonders deutlich und zugleich problematisch. Denn dieses historische Erbe zeigt beileibe keine heitere, schöne, gesicherte, aus einem Guss entworfene, Welt. Ganz im Gegenteil. Die „Alte Stadt" ist gewachsen durch soziale, politische und ästhetische Widersprüche, durch Krieg und Zerstörung, durch die Konjunkturen von Handel und Industrie, als Migrationsmagnet und in vermauerter, ständig erneuter Inpflichtnahme seiner Bürger, die nicht bloß in der Stadt wohnten und arbeiteten, sondern sich um ihr Gemeinwesen zu kümmern, politisch zu engagieren und sie so zu gestalten und zu ordnen hatten.

So erhielt jede alte Stadt ihr eigenes Gesicht, ihre eigene Lebenssphäre. Jede dieser Städte widerspiegelt ein ihr distinktes Stadtbewusstsein, ihre Urbanität und eine eigene Ordnung und Organisation, die als Baukultur durch die Jahrhunderte hindurch geplant, gebaut und erlebt, erzählt wurde. Es war weniger die Stadtgestalt als ästhetisches Bemühen und Ergebnis wichtig, sondern die immer erneut angestrebte Bilanz des Bauens und Ordnens als politisches Ereignis, das zudem ständig bedroht war. So entstand die spezifische europäische Stadt mit ihren Kernelementen von Markt, Herrschaftszeichen und Arbeits- und Wohneinheiten, Fußläufigkeit, Schutzmauern und Torzugängen. Diese Stadt musste flexibel sein, veränderte sich dauernd, hatte sich „anzupassen" und sich schließlich im Zeichen von industrieller, verkehrspoli-

tischer und globaler, politischer Revolution zu öffnen; sie verslumte, verdichtete sich, weitete sich aus und, Ende des 19. Jahrhunderts, wurde sie zum Anlass großer sozialer und planerischer, architektonischer Kritik. Dabei blieb aber das politische Stadterbe immer bestimmend.

Daher nun die These: Die momentan diskutierte qualitative „Renovierung" von Stadt im Zeichen von „Baukultur" und „Wandel" bedarf des politischen und intellektuellen Engagements, verlangt ein spezifisches Interesse an der Stadt. Ohne ein öffentliches Bewusstsein, das aufbegehrt, Widerstand leistet und gegen Produkte einer globalisierten „Allerweltsarchitektur" angeht, wird keine „Baukulturaktion" Erfolg und Auswirkung haben. Auch eine noch so „schöne" Stadterneuerung im historischen Sinne oder auch im Zeichen von Denkmalpflege allein, das zeigen viele Beispiele, wird keine Revitalisierung oder gar „Baukultur" bewirken. Zudem lässt sich nicht länger ignorieren: Am Ende des industriellen Zeitalters müssen wir uns auf einen grundlegenden Umbau unseres gesamten gesellschaftlichen Gefüges einstellen. Wo sich Wirtschaftsstrukturen ändern, wandeln sich auch die dazugehörigen Landstriche und Städte. Die Globalisierung organisiert nicht nur die Waren- und Finanzströme der Weltwirtschaft neu, sie erzeugt auch neue Peripherien, also benachteiligte Gebiete, manchmal „inmitten von Wohlstandsregionen" (W. Kil).

Es ist also zu fragen, welche Zukunft unsere Städte aufgrund ihres europäischen Erbes, und auch analytischer Kritikfähigkeit, haben werden. Welche Zuversicht Mut gibt, um gegen die „graue Hilflosigkeit" anzugehen und die „Stadt als Alptraum" abzuwenden. Um diesen Fragen nach zugehen, will ich das Thema in zwei Aspekten umkreisen:

1. Ich werde den „Wandel" im Blick auf „die" Stadt, vor allem die europäische, „Alte Stadt", knapp analysieren.
2. Ich werde versuchen, neben der Definition „des Wandels" auch die Stadt und ihre jeweilige „Erfindung" (in neuester Zeit) zu erfassen, um schließlich zu fragen: Was kann „Baukultur" in diesen Kontexten leisten?

„Stadt" war eigentlich immer auf bestimmte Grundelemente konzentriert: Da waren zum einen die Zeichen der politischen und religiösen Macht, die Burg, die Akropolis, die Kathedrale, das Archiv – alles Symbole von „Gedächtnis", und zum anderen der Markt: „die Agora", Symbol für Handel, Information und Kommunikation, für privaten Vorteil und Versorgung, für ausgehandelten Kompromiss, später „öffentlich" genanntes Interesse. Besaß das Machtzentrum immer eine kulturelle, durch Bauten hervorgehobene Verdichtung, eine baukulturell „bedeutende" Architektur, hervorgehobene Raumbeherrschung, so antwortete der Markt eher mit „beherrschter Leere", einem Raumangebot für wirtschaftliches und politisches Handeln. Seine „gestalterische" Öde wurde dabei zur Herausforderung, zur eigentlichen Kraft politischer und sozialer Stadtgestaltung. Diese Elemente formten Stadt im Bewusstsein und Gefühl, im Streit und Ausgleich, besonders ihren spezifisch europäischen dualen Charakter, bewirkten „Baukultur", vermittelten Identität. „Stadt" stellte – so D. Hassenpflug – „den Gemeinschaften die Gesellschaft als einen Zusammenhang von Individuen zur Seite und Gegenüber". Dabei war es die erkämpfte und selbstverteidigte Freiheit, die Stadt „machte", die Trias also von „Freiheit – Macht – Staat". Dies stimulierte und forderte die Stadt; dies begründete ihre Kultur:

„Wer nicht teilnimmt", heißt es schon bei den Griechen, „ist nicht ein stiller, sondern ein schlechter Bürger".

Im Lichte der Industrialisierung, Liberalisierung, Bürokratisierung und Leistungsverwaltung blieb Stadt diesem „Gesetz" treu, schließlich auch in Zeiten der Verkehrsexplosion, der Überverdichtung, der Sozialslums und der Elendsexistenzen antworteten ab Mitte des 19. Jahrhunderts neue, spezialisierte, sich wissenschaftlich verstehende Disziplinen und profilierten einen Städtebau, der im „Untergrund" begann, sich auf die Lösung von Hygiene-, Wasser- und Abwasserprobleme konzentrierte, auf „Dreck und Gestank" reagierte, auf den „Lärmort" Stadt. Dieser erste moderne Städtebau war deswegen mehr eine Sache von Ingenieurleistungen. Man hoffte so den Wildwuchs, die Menschenüberflutung, das Chaos der Industriestadt (vor allem nach den Weltkriegen) mit Ingenieurmethoden, durch „Trennung" und „Verständigung" zusammen halten und lösen zu können.

Dabei verengten sich unter den technischen Prinzipien die neuen Bau- und Planungsleitbilder. In der berühmten „Charta von Athen" wurden Lösungen für die moderne Stadtproblematik diktiert, die in einer rein funktionalistischen Trennung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit und einer neuen Vernetzung durch Eisenbahn, Auto, schließlich Flugzeug und Televerbindungen die Lösung der anstehenden Probleme sah. Ein radikaler und provozierter Bruch mit dem überlieferten Stadterbe sollte Abhilfe schaffen. Eine neue Vorstellung von ahistorischen, technisch optimierten, rationalen Axiomen eines „effizienten" Netzes einer „Stadt von morgen" sollte mit (natur)wissenschaftlicher, technischer Fortschrittsgläubigkeit die Köpfe besetzen, Emotionen lenken und „Sicherheit" bieten. Und dieses Denken und Planen bestimmte vor allem den „Wiederaufbau aus Trümmern" nach 1945 und den Neubau ab den 1960er Jahren. Man nutzte die Chance im Glauben, „soviel Anfang war nie" (H. Glaser).

Doch während dieser Zeit änderte sich der politisch-soziale Stadtrahmen grundsätzlich. Nicht zuletzt deswegen sind wir so mancher utopischen Hoffnungen und Leitbilder müde geworden: Perspektiven von Kahlschlagssanierungen, autogerechter und gegliederter Stadt und schließlich postmoderner Träumereien. Schließlich avancierte „Nachhaltigkeit" – im Rahmen einer „Zweiten Moderne" – zur großen Zugnummer neuer Stadtbauaktionsprogramme. Aber es ist auch „die Globalisierung", die einen neuen Rahmen gibt, die „Entöffentlichung" der Stadt, der Glaube an ein „out sourcing" des sozialen Auftrags und zugleich der Behauptung vom „Tod der historischen Formen und Traditionen" (Th. Sievers).

Stadt ist letztlich immer – so hat es vor Jahren Edgar Salin formuliert – auch Ausfluss einer „Geisteshaltung". Man erinnere sich, wie aus der Kritik an der älteren und jüngeren Moderne ein politisches Aufbegehren wurde, wie die „Erfindung" der „Alten Stadt" in Europa zu einem herausfordernden alternativen Programmentwurf wurde. Die „Alte Stadt" ist ja in ihren „Bauten" und ihrer „Stadtgestalt" nur sehr zufällig und in „Störungen" überliefert, ihre Wirkmächtigkeit musste immer neu erfunden, als „Stadtidee" bewusst erneuert werden.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde die Altstadt als einengende Last heruntergekommener Armut und Verrottung betrachtet und scharf gegen Neuplanungen abgehoben, die für sich den neuen Zeitgeist von Handel, Industrie, Rationalität, Verkehr und Reprä-

sentation beanspruchten. Sie war als „Alte Stadt“ noch nicht zum wertvollen Gut geworden. Umgedacht wurde erst im 20. Jahrhundert und zwar gleich in zweifacher, diametral entgegen gesetzter Weise: Die eine Konzeption hieß „Neue Moderne“ (Le Corbusier). Mit ihr sollten die sozialen und gestalterischen Probleme der Industriestadt mit „futuristischen“ technischen Planungsprinzipien gelöst werden, mit Konzepten der „Monumentalisierung der Technik“, als „Internationaler Stil“ und als „Funktionalismus“. Die andere Konzeption konzentrierte sich auf eher konservative „historisch organische Bau- und Planungsprinzipien“. Diese Sicht verband nationale, ja romantische Reminiszenzen mit der „Monumentalisierung des Regionalen“. Zwischen beiden Konzeptionen und ihren Protagonisten entstanden so neue Frontlinien.

Einig war man sich nur in der Kritik an der Industriestadt des 19. Jahrhunderts. Hier sah man nur „Last“ oder „Zerstörung“. Die traditionalistische Gruppierung von Planern und Architekten urteilte, es fehle dieser Stadt „jene geistige Ordnung der Gesellschaft“, so Karl Gruber, die die alte Stadt und ihre „Baukultur“ getragen hätte. Da ihr Credo hieß: „Irgendetwas Geistiges vermag deshalb das Stadtbild der modernen Stadt nicht mehr ausdrücken“, setzten diese Planer und Architekten auf die „behutsame Erneuerung alter Ordnungen“.

Dagegen setzte sich die andere Gruppierung, die ganz auf „die Moderne“ vertraute, durch. Diese „Modernen“ verstanden sich – schon vor 1914 formuliert – als internationale Avantgarde. Stadt sollte völlig neu und rational konzipiert und gebaut werden. Sie sahen in einer zur „Herrschaft gekommenen Moderne“ die Lösung. Endlich sollte eine neue Stadt, in Solitären konzentriert, die sozialen und hygienischen Probleme lösen. Es sollte eine verkehrsgerechte Stadt sein. Eine preis- und bauorganisatorisch optimierte Bau- und Sanierungsmentalität dominierte über die Tradition. Man hing am Gesetz der Schnelligkeit, der technisch-effizienten Machbarkeit: Der Verkehr war das Thema, schlicht das Neue, Internationale, Funktionale.

Auch das wurde – den Traditionalisten gleich – im Zeichen von „Baukultur“ vorgetragen und nach 1945 realisiert. Endlich wollte man „nüchtern“ bauen und ordnen. Alles sollte „sachlich“ sein, „schlicht“, „wahrhaft“, „unaufdringlich“, eben zeitgemäß gegen die alten „Illusionen“ gerichtet, gegen die bloß ornamental überfrachtete „Fassadenkunst“. Man argumentierte gegen die „Düsternis“ von „Blockbebauung“ und „Symmetrie“. „Die historische Stadt“ (nicht nur die „Altstadt“, sondern auch die industrialisierte, proletarische und bürgerliche „Neustadt“) galt es „nicht zu heilen, sondern abzuschaffen“. Man wollte die alten Grundrisse auflösen und überformen. Krass sind diese Prinzipien bei Le Corbusier schon 1925 formuliert worden: „Der Kern unserer alten Städte mit ihren Domen und Münstern muss zerschlagen und durch Wolkenkratzer ersetzt werden.“ Die Kriegszerstörungen des Zweiten Weltkriegs eröffneten dann die zu oft wahrgenommene Chance, in diesem Geist zu agieren.

Doch 1960 begann auf der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages die Rückwendung. Walter Schmidt fragte damals sehr vorsichtig, ob „nicht auch die gegenwärtige Tendenz über das Ziel hinausschießen würde?“ Man begann sich – auch und gerade im Zeichen von „Baukultur“ – gegen eine „verbaute Geschichte“ zu wehren. Als dann 1975 im europäischen Denkmalschutzjahr das Motto hieß „Eine Zukunft für

unsere Vergangenheit", erfuhr die Stadt neue Wertschätzung, war die „Alte Stadt" erfunden.

Dass Stadtbau, gerade im Wandel, nicht bloß eine ästhetische, organisatorische, technisch-kalkulierende oder ökonomisch-politische Aufgabe ist, sondern vor allem eine sozial verortete, intellektuell-diskursive, aber immer zugleich politische Aufgabe ist, zeigt sich deutlich nun im Blick auf die gegenwärtige Diskussion. Doch das Schlagwort „Baukultur" ist, wie angedeutet, ein nicht unproblematischer Katalysator, „Baukultur" kann rasch zur inhaltsleeren Hülse degenerieren, zur unverbindlichen Allzweckwaffe beliebiger Zielsetzung. Deswegen: Man sollte schon etwas tiefer graben, d.h. es geht heute um mehr „Gegengewichte" (Th. Sieverts). Praktisch heißt dies im Blick auf „Baukultur" in Europa: Es geht um Umbau, weniger um Neubau, um mehrfachen Nutzungswechsel, fehleroffene Recyclingfähigkeit, eine neue städtische „Kreislaufwirtschaft". Gefordert sind die „öffentliche Gewährleistung eines neuen Denkens", nicht mehr um „Quantität" und „Wachstum", sondern eine neue „Lebensqualität", die das „Eigenengagement zur Sicherung des Zukünftigen" fordert (E. Beck). Wenn „Baukultur" in neuer Bedeutung diesen säkularen Umbruch verarbeitet, kann sie leistungsfähig werden, Neues im „Realienwesen" des Gebauten zu bewirken. Dann – so ist zu hoffen - wird „Baukultur" nicht nur eine neue Utopie sein im Sirenenchor der Stadtkrisenfanatiker oder der Wachstumseuphoriker.

„Baukultur" wird dabei „Stadt", als sozialer Organisation und Baugestalt, nur helfen, zu neuem Bewusstsein ihrer Konditionen vorzudringen, wenn man ihre „Leistungsfähigkeit" vor diesem Hintergrund prüft. Das bedeutet aber, dass eine „Baukultur", sollte sie professionell verkürzt, nur als ästhetischer Begriff oder als ökonomisch-technische Aktion verstanden werden, keine Wirkkraft entfalten kann. Der „Identifizierungsmythos der gewachsenen Stadt" sei dahin, meinte Klaus Beyme vor Jahren und mit ihm eine Heerschar von Städtebauern, Architekten, Soziologen und Politikwissenschaftlern. Doch: Trotz aller Unkenrufe und avantgardistischen Bemühens, das „Phänomen" Stadt hat seinen „Mythos" bewahrt, denn Stadt ist eben Kern der Gesellschaft mit all ihren Interessen und Widersprüchen, und möglicherweise ist diesem Dysfunktionalismus nur mit einer Haltung und Forderung zu begegnen, die „Baukultur", so wie es Jean Baudrillard bezeichnet hat, „Jenseits der Architektur" verortet.

Dieter Martin

Zum Verständnis des rechtlichen Ensembleschutzes

„Ursachen und Gefahren für die Erhaltung"

Mit „Ursachen und Gefahren für die Denkmalerhaltung" hat August Gebeßler die Einleitung seines wegweisenden Sammelwerkes zum Denkmalschutz überschrieben.[1]

Der alten Stadt und allen städtebaulichen Zusammenhängen galt immer seine besondere Aufmerksamkeit, Anliegen waren ihm auch die rechtlichen Voraussetzungen des Rechts der Ensembles, eine der schwierigsten Materien im Denkmalrecht. Die Schwierigkeiten beginnen bereits bei der Definition des Rechtsbegriffs Ensemble und der Abgrenzung zwischen Einzeldenkmal und Ensemble. Große und kleine Ensembles werden in Rechtsprechung und Literatur weitgehend unkritisch und unterschiedslos behandelt, und die Praxis des staatlichen Denkmalschutzes steht der noch unerkannten, zunehmenden und wechselnden Vielzahl von Ensembles im Grunde hilflos gegenüber. Das politische Grundverständnis der Länder will im Gegensatz zum BauGB und dem UVP-Recht des Bundes, der insoweit „den feinen Maxe" herauskehrt, keinen breiten Ensembleschutz, der sogar ganze Städte ergreifen und in die Landschaft hinaus reichen kann, als eine mögliche Investitionsbremse. Das Unterlassen einer exakten Abgrenzung zwischen Einzeldenkmal und Ensemble durch Gesetzgeber und Denkmalbehörden benachteiligt zahllose Eigentümer und Käufer von Bauten in Siedlungen. Ihnen werden in zahllosen Fällen aus Unkenntnis oder wegen Fehlinformationen gesetzliche Segnungen und insbesondere die bundesrechtlich gewährten Steuervorteile vorenthalten.

1. Siedlungen, Ensembles und rechtlicher Denkmalschutz

Der Umgang mit historischen Siedlungen[2] und Ensembles[3] rückt neuerdings wieder in den Blickpunkt des Denkmalrechts – aktuell nicht nur der Rückbau von Plattenbausiedlungen, zumal für die Beseitigung geschützter Anlagen öffentliche Mittel eingesetzt werden. Für Unruhe sorgen auch Wohnungsunternehmen, die sich von ihren Siedlungen trennen, um die Einzelteile an Private zu veräußern. Für alle Beteiligten gewinnen daher einschlägige Rechtsfragen Bedeutung: Denkmaleigenschaft, Unterschutzstellung, Erhaltungs- und Verfahrenspflichten, denkmalverträglicher Umgang, steuerliche Möglichkeiten. Der Anschauung dienen z.B. Siedlungen seit den 1920er Jahren,[4] die Platten-

1 *A. Gebeßler/W. Eberl* (Hrsg.), Schutz und Pflege von Baudenkmälern in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1980.

2 **Neuerdings** *N. Halder-Hass/B. Wolf*, Zukunft denkmalgeschützter und privatisierter Siedlungen, Schriftenreihe des DNK, Band 72, 2007.

3 **Neuerdings** *E.-R. Hönes*, Gesetzliche Grundlagen zum Schutz von Flächendenkmalen, Burgen und Schlössern 2007, S. 66 ff. Zusamenfassend auch *Martin/Krautzberger* (MK), Handbuch Denkmalschutz und Denkmalpflege, 2. Aufl. 2006, Teile B Rn. 39 f., C Rn. 30 ff., F Rn. 120 ff.

4 Aus den Schriften des DNK u.a. 28 Siedlungen der 1920er Jahre, 46 zu Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre, 33 und 41 zu Architek-

bausiedlungen oder das Münchner Olympiagelände. Als Ensemble sieht Letzteres das Bayerische Landesamt:[5] Dazu gehören Fernsehturm, Stadion, sonstige Sportanlagen, das Olympische Dorf mit den Reihenhäusern, die Hochbauten mit Hunderten von Wohnungen und Einkaufszentrum, das gesamte Freigelände und der Schuttberg des Zweiten Weltkriegs. Die Stadt hat wieder einmal Finsteres[6] damit vor: Neben neuen Nutzungen im Bestand u.a. eine große Bühne à la Bregenz, ein Sea-Life-Center, einen fünfgeschossigen Gebäudering usw. Gäbe es nur den Denkmalschutz, wäre es wohl um manche Grundzüge der Anlage geschehen; denn die Stadt selber ist Miteigentümer, Träger der Planungshoheit und untere Denkmalschutzbehörde in einer Person. Zumindest bislang scheiterten die Neubauprojekte u.a. an Fragen des Urheberrechts; dieser Trumpf ist entschärft durch die Einbeziehung des Architektenbüros, das schon die Bauten für Olympia 1972 mitgeplant hatte.

2. Zum Schutz von Ensembles im Denkmalrecht

2.1. Was ist im Denkmalrecht ein Ensemble?

Ein Ensemble ist auf gut bayrisch[7] ein „Zsammastand", unscharf also in einem Zusammenhang stehende Bauten und Flächen. Voraussetzung sind die so genannte Denkmalfähigkeit und die Denkmalwürdigkeit. Bei Ensembles kommt es meist auf die städtebauliche Bedeutung an, sie sind aber oft zusätzlich aus geschichtlichen (Bau-, Sozial-, Ortsgeschichte) und (bau-) künstlerischen Gründen bedeutend. Eine exakte Zuordnung jedes Einzelfalls zu diesen Kriterien ist unentbehrlich, weil hiervon die Maßstäbe der so genannten Kategorienadäquanz der rechtlichen Pflichten abhängen.[8]

a) Zum Begriff Ensemble

Den Ausdruck Ensemble verwenden insbesondere die Gesetze von Bayern, Thüringen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Andere Länder begnügen sich mit den deutschen Übersetzungen Denkmalbereich, Gesamtanlage, Gruppe baulicher Anlagen, Denkmalzone und Sachgesamtheit. Die Gemeinden in Baden-Württemberg und in Sachsen können zusätzlich so genannte Denkmalschutzgebiete ausweisen. Zu unterscheiden von den Ensembles sind die nach BauGB gesondert festzulegenden Erhaltungsgebiete und die Sanierungsgebiete.

b) Zum Flächenbezug

Der Umfang ist für ein Ensemble nicht entscheidend. Mit zu den kleinsten Ensembles dürften Flurdenkmäler oder Kapellen gehören, die traditionell von zwei Bäumen flankiert werden. Als umfänglichstes wird Peenemünde angesehen. Zahlenmäßig sind die meisten Ensembles einheitliche Platz- oder Straßenbilder. Auch ganze Stadtkerne (z.B. Würzburg), Viertel, Straßenzüge oder auch nur einzelne Häusergruppen auf einer Straßenseite können Ensembles sein. Bayern

tur und Städtebau der 1950er Jahre, 65 zu Architektur und Städtebau der 1960er.

5 So *H. Himen / U. Walter*, Der Münchner Olympiapark von 1972 – Weltarchitektur unter Denkmalschutz, in: Die Denkmalpflege 2006, S. 47 ff.

6 *G. Knapp*, Handstreich von oben, in: Süddeutsche Zeitung 19.11.2007, S. 11.

7 August Gebeßler ist in Ortenburg / Niederbayern geboren.

8 Siehe *Martin*, Erl. 4.2.1.3. zu § 7 DSchGMV sowie OVG BE v. 06.03.1997, Entscheidungen zum Denkmalrecht (EzD) 2.1.2 Nr. 34, v. 31.10.1997, EzD 2.1.2 Nr. 26, ebenso OVG NW v. 30.07.1993, EzD 2.2.1 Nr. 4 und BWVGH v. 27.06.2005, EzD 2.2.6.2 Nr. 45.

hat z.B. über 900 herausgearbeitet und in der Denkmalliste – auch im Internet unter Bayern-Viewer – veröffentlicht. Je großflächiger Anlagen sind, umso weniger beliebt sind sie aus nahe liegenden Gründen bei Politikern und ihnen folgend den Gesetzgebern.

c) Zu den Zusammenhängen und zu den verbindenden Elementen

Zu einem Ensemble werden Bauten und ihre Umgebung nur, wenn es verbindende Elemente gibt. Beispiele sind einheitlich geplante Siedlungen wie die Anlagen der 1920er, 1930er und 1950er Jahre, die Plattenbausiedlungen oder aus früheren Zeiten z.B. die Stadtkonzeption von Karlsruhe, die Münchner Maximiliansstraße oder auch die Augsburger Fuggerei. Dazu gehören ferner Großanlagen wie die KdF-Anlage Prora, das Märkische Viertel in Berlin mit seinen 40.000 Einwohnern, die Großanlagen in Marzahn, Halle und Leipzig usw., aber eben auch das Olympiagelände in München. Die einheitliche Konzeption ist aber nicht zwingend, auch Kontraste können Bestandteile des Ensembles werden, so z.B. der Kaufhof am Münchner Marienplatz. Dass Stileinheit nicht nötig ist, zeigen vor allem große Stadtensembles wie Bamberg und Würzburg mit ihrer Stilvielfalt. Eine einheitliche Bauzeit ist möglich, aber nicht unentbehrlich: Ein Querschnitt durch die 16 Gesetze[9] zeigt Kuriositäten: Ensemble können auch Ortsbilder, Silhouetten, Ortsgrundrisse, Landschaftsteile oder die Umgebung sein. Die Länder sind bei der Abgrenzung höchst inkonsequent; z.B. nennt Brandenburg irrig auch Gegenstände, die meist Einzeldenkmäler sind (z.B. Wehrbauten, Produktionsstätten).

d) Zu den Mehrheiten von Anlagen

Die vermeintliche Streitfrage variiert dahingehend, ob ein Ensemble nur aus Einzeldenkmälern bestehen kann, ob es auch Ensembles ohne ein Einzeldenkmal gibt und ob nicht wenigstens ein Einzeldenkmal im Ensemble liegen muss. Die Antworten unterscheiden sich in den 16 Gesetzen. Die Frage spitzt sich zu bei einheitlich konzipierten Wohnsiedlungen der 1930er Jahre wie der Regensburger Ganghofersiedlung.[10] Mangels wenigstens eines Einzeldenkmals sind diese Siedlungen oft keine Ensembles im Sinn jener Landesgesetze, die auf das Vorhandensein mindestens eines Einzeldenkmals abstellen. Die pragmatischen Landesdenkmalämter haben sich um die Frage meist herumgemogelt und als „Krücke" z.B. eine längst verdorbene Kirche zum Einzeldenkmal erklärt (Regensburg Schottenheimsiedlung). Die saubere juristische Lösung geht einen anderen Weg: Einheitlich geplante Siedlungen (wie die Regensburger Beispiele oder die Plattenbauanlagen), technische Anlagen (wie Peenemünde und Kasernen), die Thüringer Schlösser mit ihren Parks oder das Olympiagelände sind bei präziser Auslegung des Denkmalbegriffs eben keine Ensembles, sie sind vielmehr meist zwanglos als einheitliche Einzeldenkmäler einzuordnen. Mit anderen Worten: Die Ganghofersiedlung in Regensburg und deutschlandweit ungezählte andere Siedlungen sind entgegen irriger landläufiger Ansicht auch der Spezialisten der Landesdenkmalämter (mit und wegen ihrer allein kunst- und architekturhistorischen, aber nicht denkmalrechtlich orientierten Einschätzung) eben keine Ensembles son-

9 **Synopse der Denkmalschutzgesetze in MK (s. A 3)**, Handbuch, Teil B IV.

10 Vgl. hierzu *M. Harzenetter*, Die Ganghofer-Siedlung, Regensburg, Bd. 5 1994, S. 5 ff.

dern jeweils insgesamt ein städtebauliches Einzeldenkmal.

2.2. Was ist Denkmal im Ensemble: Überlagerungen der Denkmaleigenschaft

Die Unterscheidung und die Überlagerung von Einzeldenkmal und Ensemble gehören zu den schwer zu vermittelnden Besonderheiten des Denkmalrechts. Mehrere Stufen sind zu unterscheiden. Sämtliche baulichen Anlagen im Ensemble werden völlig unabhängig von Alter und Wert zunächst über die Definition des Ensembles als Denkmalkategorie selbst zum Denkmal. Im Ensemble kann sich die Denkmaleigenschaft mehrfach überlagern: Ein einzelnes Baudenkmal kann in der Baugruppe eines Straßenensembles liegen, das sich seinerseits in einem Stadtensemble befindet. Der rechtliche Charakter des Einzeldenkmals wird infolge der Überlagerung nicht verändert, seine Bedeutung kann im Genehmigungsverfahren hierdurch zusätzliches Gewicht erhalten. Das Denkmalrecht kennt im Ensemble im Übrigen keine Lücken, das heißt alle einzelnen Bestandteile haben Denkmaleigenschaft und sind Denkmal, auch störende Neubauten oder Abbruchflächen gehören dazu; anderes gilt im Steuerrecht (siehe Nr. 2.4.).

2.3. Das Schutzsystem

Das Schutzsystem für Ensembles ergibt sich aus dem BauGB, den Landesbauordnungen, dem jeweiligen DSchG, ferner aus Ortsrecht und – der Praxis bisher noch nicht vertraut – dem UVP-Recht.

a) Die denkmalrechtliche Unterschutzstellung auch von Ensembles unterscheidet sich von Land zu Land; meist gilt das so genannte nachrichtliche System. Bestehen oder Fehlen einer Eintragung in der Denkmalliste begründen deshalb nur eine stets widerlegbare Vermutung. Seine Denkmaleigenschaft verliert ein Ensemble dementsprechend automatisch kraft Gesetzes beim Untergehen der begründenden Faktoren.[11] Das Bayerische Landesamt führt seit 2006 mutig eine bundesweit einmalige Nachqualifizierung der Denkmalliste durch und scheut sich nicht, fast ein Viertel der Ensembles zu streichen.[12]

b) Die Denkmalgesetze bringen für Ensembles wie für Einzeldenkmäler im Grundsatz gleich lautende Erhaltungs- und Verfahrensvorschriften. Unterschiede bestehen vor allem hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit von Veränderungen; sie sind nur aus einer entsprechenden Analyse einwandfrei zu bestimmen.[13]

c) Das BauGB enthält mit § 34 die „Mutter des Ensembleschutzes“ und in den Vorschriften zur Bauleitplanung und zur Erhaltung zahlreiche Bestimmungen, die sich zum Schutz von städtebaulichen Ensembles auswirken können.[14] Die Bauordnungen tragen hierzu durch den mittlerweile ausgedünnten Schutz vor Verunstaltungen und Ermächtigungen zum Erlass von Gestaltungssatzungen bei. Abbrüche von Denkmälern lassen sich damit nicht verhindern.

d) Bei einer Vielzahl von Planungen (vgl. z.B. § 2 Ab.4 und § 2a BauGB) und Maßnahmen ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung

11 Zum Beispiel bei einschneidenden Veränderungen, OVGNW v. 21.07.1999, EzD 2.2.2 Nr. 9.

12 Nach einer Aufstellung des Landesamtes vom 11.10.2006 haben nur 42 % ihren Bestand bewahrt, bei 35,3 % wird der Umfang korrigiert, 22,9% sind zu streichen.

13 Die Denkmalbelange müssen anschließend kategorieadäquat umgesetzt werden, siehe z.B. *D. Martin*, Denkmalschutzgesetz MV, 2007, Erl. 4.2.1.3 zu § §7.

14 BVerwG v. 18.05.2001, EzD 2.2.2 Nr. 12; siehe *M. Krautzberger*, in: MK (s. A 3), Teil F, Rn. 14 ff.

durchzuführen, sie erfasst die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung hinsichtlich der Folgen unter anderem auch für solche Kulturgüter wie Baudenkmäler und Ensembles. Die Möglichkeiten der UVP sowie der UP sind in ihrer Wirksamkeit für die Denkmal- und Ensemblebelange weder tatsächlich noch rechtlich ausgelotet.[15]

2.4. Rechtsfolgen der Denkmaleigenschaft des Ensembles

Die Unterscheidung zwischen Einzeldenkmal und Ensemble ist nicht nur eine juristische Spielerei. Gravierende und für die Praxis der Behörden, der Siedlungsträger und sonstiger Eigentümer bisher unerkannte Konsequenzen zeigen sich insbesondere bei vielen Siedlungen sowie z.B. beim Münchner Olympiagelände.

a) Konsequenz 1: Unerlässlich ist in jedem einzelnen Fall die präzise rechtliche Einordnung. Sauber ermittelt werden muss bei jeder Anlage in einem vermeintlichen Ensemble, ob sie selber Bestandteil des „Einzeldenkmals Siedlung G" (= Alternative 1; Beispiel Siedlung in Regensburg) ist oder ob sie nur innerhalb eines möglichen „Ensembles Siedlung XY" (= Alternative 2) liegt.

b) Konsequenz 2: Denkmalrechtlich genehmigungspflichtig sind generell alle Maßnahmen am Einzeldenkmal „Siedlung G" (= Alternative 1); am sonstigen Bau in einem Ensemble „Siedlung XY" (= Alternative 2) erfasst die Genehmigungspflicht von Land zu Land verschieden oft nur Maßnahmen, die sich auf vielleicht vorhandene Einzelbauten mit Denkmalcharakter oder auf das Äußere des Ensembles auswirken.

c) Konsequenz 3: Die denkmalrechtliche Erhaltungspflicht reicht unterschiedlich weit. Ist das Gebäude selber Bestandteil des „Einzeldenkmals Siedlung G" (= Alternative 1), so muss es – zumindest nach dem Wortlaut der Gesetze – in seiner Substanz erhalten werden, auch wenn es die Umgebung oder die gesamte Siedlung stört. Liegt es nur innerhalb des „Ensembles Siedlung XY" (= Alternative 2), können Abbruch und Änderung meist problemlos genehmigt werden, man wird allenfalls auf die Einfügung des Neubaus in das Ensemble achten.

d) Konsequenz 4: Angesichts der angeblichen Mittelknappheit der öffentlichen Hand wird bei der Bezuschussung von den fördernden Stellen ein strenger Maßstab angelegt: Zuschüsse nach Denkmalrecht gibt es in der Regel nicht für ein Gebäude, das selbst kein Einzeldenkmal ist.

e) Konsequenz 5: Die Energieeinsparungsverordnung EnEV (2007) hat mit § 16 Abs. 4 Satz 2 und § 2 Nr. 3a als Baudenkmäler alle nach Landesdenkmalrecht geschützten Gebäude oder Gebäudemehrheiten (also sämtliche Einzeldenkmäler, alle Ensembles und Denkmalbereiche sowie jedes Gebäude in jedem Ensemble) von der Pflicht zur Vorlage eines Energieausweises ausgenommen. Darüber hinaus wurde die Ausnahmeregelung im neuen § 24 EnEV (2007) so verändert, dass bei Baudenkmälern (gleichgestellt sind sämtliche Bauten in Ensembles) von den Anforderungen der EnEV ohne weiteren Antrag des Eigentümers abgewichen werden kann.

f) Konsequenz 6: Die §§ 7 i und 11 b Einkommensteuergesetz lassen für den Bauherrn eine erhöhte Absetzung von Herstellungskosten und eine zeitliche Verteilung des Erhaltungsaufwandes bei Baudenkmälern zu. Dies gilt für Einzeldenkmale und auch für alle Bestandteile eines Einzeldenkmals,

15 *D. Martin*, Alleen und Umweltprüfungen, UVP-report 2008, S. 48 ff.

somit auch für jedes bestehende Gebäude in dem „Einzeldenkmal Siedlung G", also die Alternative 1. Anders bei der Alternative 2: Bei einem Altbau, der zwar nicht selbst Baudenkmal, aber Teil eines denkmalgeschützten Ensembles „Siedlung XY" ist, sind nach § 7 i Abs. 1 Satz 4 EStG begünstigt (nur) die Kosten, die zur Erhaltung des schützenswerten Erscheinungsbildes des Ensembles erforderlich sind. In der Regel sind das die nach außen hin sichtbaren Maßnahmen an Dach und Fassaden, dagegen sind Maßnahmen im Inneren derartiger Gebäude nur begünstigt, soweit sie zum Erhalt des Äußeren nötig sein sollten.[16]

g) Noch ein interessantes Detail zum Steuerrecht: Nicht begünstigt sind generell Maßnahmen, die nicht unmittelbar der Erhaltung dienen, z.B. ein Abbruch mit Wiederaufbau eines gleichen oder ähnlichen Gebäudes, eine Entkernung eines Gebäudes oder alle Arten von Neubauten, selbst wenn diese z.B. durch Schließung einer empfindlichen Lücke zum schützenswerten Erscheinungsbild eines Einzeldenkmals „Siedlung G" (= Alternative 1) oder eines Ensembles „Siedlung XY" (= Alternative 2) beitragen.

h) Somit zeigen sich u.a. folgende frappierende Konsequenzen bei der Einkommensteuer: Liegt die Wohnung Nr. 627 im „Einzeldenkmal Olympiagelände" oder ist das Haus Danziger Freiheit 5 Bestandteil der Siedlung „Einzeldenkmal G", dann gibt es die Steuererleichterungen für alle Herstellungs- und Erhaltungsaufwendungen, auch für den neuen Heizkessel, die Erneuerung des Teppichbodens und das neue Badezimmer, und das sogar in der eigengenutzten Wohnung. Ist die „Siedlung XY" dagegen insgesamt nicht als Einzeldenkmal, sondern lediglich als Ensemble zu bewerten und ist ein darin befindliches Haus oder eine Wohnung kein Einzeldenkmal, dann gibt es die Steuervorteile nur für die Kosten der Erhaltung des Äußeren, meist also nur Dach und Fassade. Diese bisher weitgehend unerkannten Unterschiede haben erhebliche finanzielle Auswirkungen nicht nur bei den Wohnungen im Olympiagelände.[17]

2.5. Zum Umgang mit Ensembles

Die Denkmalschutzgesetze enthalten nur wenige und voneinander abweichende abstrakte Vorgaben für den Umgang mit Ensembles: z.B. kann nach Art. 6 Abs. 2 Satz 1 BayDSchG eine Genehmigung generell versagt werden, soweit im Einzelfall zu definierende Gründe des Denkmalschutzes für die unveränderte Beibehaltung des bisherigen Zustands, also sowohl im Aussehen als auch in der Substanz des Ensembles sprechen.[18] Nach § 2 Abs. 3 Satz 3 DSchGMV wird dagegen bei Ensembles nur deren äußeres Erscheinungsbild geschützt. Auch dies hat weitreichende Auswirkungen.

a) Der Bayerische Landesdenkmalrat hat schon 1977 nach eingehenden Gesprächen mit der Bayerischen Architektenkammer noch heute interessante Empfehlungen für Baumaßnahmen innerhalb oder in der Nähe von Ensembles sowie in der Nähe von Einzelbaudenkmälern verabschiedet.[19]

16 Zu den höchst schwierigen Rechtsfragen vgl. *R. Kleeberg u.a.*, in MK (s. A 3), Handbuch, Teil H VI, und die von Kleeberg kommentierten Gerichtsentscheidungen zum Steuerrecht in EzD.

17 Deswegen ist ein Bestreiten der Denkmaleigenschaft des Olympiageländes nicht im Sinn der Eigentümer der Häuser und Wohnungen.

18 Zum Folgenden vgl. auch *W. Eberl/D. Martin*, Bayerisches Denkmalschutzgesetz, Kommentar, 6. Auflage 2007, Erl. 88 ff. zu Art. 6.

19 IMS v. 19.04.1977, Nr. II B 4 – 9130 – 22, abge-

b) Im städtebaulichen Zusammenhang ist die oft anspruchsvolle Frage der Denkmalverträglichkeit besonders sorgfältig zu prüfen. Zum Abbruch eines Gebäudes im Ensemble hat das BayObLG entschieden, ein vernünftig denkender Eigentümer müsse von der Zerstörung des Erscheinungsbildes des Ensembles absehen.[20] Die Erhaltungsgebote der meisten Denkmalschutzgesetze gelten nicht nur für das Erscheinungsbild,[21] sondern für das Ensemble als Ganzes, seine Einzeldenkmäler und im Grundsatz auch für die sonstigen Teile des Ensembles. Alles kann nicht ohne weiteres abgebrochen, ausgetauscht oder verändert werden:[22] Dass bereits einiges an historischer Substanz des Ensembles verloren gegangen war, sprach für den BayVGH mehr für die Erhaltung des Restes als für die Aufgabe des Vorhandenen. „Ensembleprägende Bestandteile sollen grundsätzlich erhalten werden." Der BayVGH geht damit weit über die zögerliche, Rechtsprechung anderer Obergerichte hinaus.

c) Sorge bereitet überall die Ausdünnung von Ensembles durch Abbrüche und Veränderungen. Der Beitrag von Nicht-Denkmälern zum Ensemble kann unterschiedliche Ursachen haben und auch von unterschiedlicher Intensität sein (herausgehoben sind so genannte ensembleprägende Bestandteile).

druckt u.a. in D. *Martin/J. Viebrock/C. Bielfeldt,* Handbuch Denkmalschutz, Denkmalpflege, Archäologie, 1997-2002, Kennzahl 48.25.

20 BayObLG v. 03.10.1988, EzD 5.3 Nr. 5.

21 So fälschlich *Ch. Moench / Th. Schmidt*, Freiheit der Baugestaltung, Düsseldorf 1989, S. 113.

22 Zum Umgang mit nicht selbst denkmalgeschützten Gebäuden im Ensemble zutreffend BayVGH v. 03.08.2000, EzD 2.2.2 Nr. 8 mit Anm. Martin (Schutz wie Einzeldenkmal); einschränkend VG München, Urteil vom 11.12.2006, M 8 K 06.1560, aufgehoben von BayVGH v. 03.01.2008 - 2 BV 07.760.

d) Das Ensemble ist darüber hinaus nicht nur in sich zu schützen. Weil es als solches auch Baudenkmal ist, wird es damit wiederum geschützt vor Veränderungen seiner Nähe, seiner „Aura"; z.B. darf neben ein geschütztes Dorf nicht eine überdimensionierte Neubausiedlung oder ein Windkraftpark gesetzt werden.

e) Bei allen Maßnahmen an Siedlungen und Ensembles ist auf die Denkmalverträglichkeit zu achten. Genehmigungen und Anordnungen müssen darauf ausgerichtet sein, die Denkmäler und Ensembles nur nach den fachlichen Grundsätzen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes zu erhalten und zu verändern. Nicht zu unterschätzen ist bei derartigen Gefahren im Übrigen das Instrument eines (formlosen) Denkmalpflegeplanes für ein Ensemble. Einen Überblick über die anspruchsvollen Grundsätze der Denkmalverträglichkeit im städtebaulichen Zusammenhang gibt die Tabelle von Martin/Krautzberger (s. A 3).

Hierzu wenigstens einige Stichworte: a) Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Abstimmung des Instrumentariums (Recht, Planung, Durchführung, Finanzierung), Managementpläne betr. Behördeneinbindung, Fachplanung, Gestaltungsfibel, soziale Betreuung usw.; b) Erhöhte Anforderungen an die Ausführung, Respektierung von überliefertem Bestand, räumlicher Struktur, Maßstab, Erhaltung des Rahmens und der überlieferten Umgebung, Ausgewogenheit zwischen historischen Bereichen und Ganzem, Einfügung in das Ensemble und in die Eigenart der näheren Umgebung, Gebot der Unterscheidbarkeit bei hinzu zu fügenden Elementen, hoher Anspruch an neue Architektur, keine Fassadensanierung und Altstadtkosmetik.

c) Alle Maßnahmen am Ensemble unterliegen einer erhöhten Dokumentationspflicht.

Erika Spiegel

stadtmachen . eu – wohin des Weges?

Von der Konvergenz zur Divergenz von Standort, Funktion und Gestalt

stadtmachen . eu – Urbanität und Planungskultur in Europa, hrsg. von der Wüstenrot Stiftung in Zusammenarbeit mit *Johann Jessen, Ute Margarete Meyer, Jochem Schneider* und Fotografien von *Thomas Wolf*, Stuttgart: Wüstenrot Stiftung und Karl Krämer Verlag 2008, 236 Seiten, 25, – Euro.

stadtmachen.eu – der Titel des Buches lässt zunächst vermuten, dass es hier in erster Linie um die Instrumente und Verfahren geht, mit deren Hilfe heute in Europa Städte „gemacht" werden. Und in der Tat stellt die genaue Bestandsaufnahme und Analyse der kommunalpolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen, die das Stadtmachen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren geprägt haben, eines der großen Verdienste des Buches dar. Sein Gehalt und Interesse geht jedoch erheblich darüber hinaus. Wenn auch vielleicht so gar nicht beabsichtigt – was hier an einem gar nicht so fernen Horizont aufscheint, ist ein neuer Typ von Stadt, der sich in Struktur und Gestalt radikal von seinen Vorgängern unterscheidet.

1. Auftrag und Ziele

Das Buch ist hervorgegangen aus einem Auftrag der Wüstenrot Stiftung, die damit die Herausforderungen, die sich den europäischen Städten angesichts eines zunehmenden globalen Wettbewerbs, aber auch abnehmender eigener Steuerungsmöglichkeiten stellen, vor allem aber die Strategien und Maßnahmen, mit denen sie ihnen begegnen, zum Gegenstand einer empirisch angelegten Untersuchung gemacht hat. Als Fallbeispiele dienen acht europäische Städte, die zwar ein breites Spektrum unterschiedlicher historischer, ökonomischer und kultureller Rahmenbedingungen repräsentieren, sich aber sämtlich durch einen besonders innovativen Umgang mit den Chancen und Risiken einer aktiven Entwicklungspolitik auszeichnen: Barcelona, Amsterdam, Almere, Manchester, Kopenhagen, Leipzig, Sarajevo und Zürich. Die Ergebnisse der Untersuchung, die von gründlichen Recherchen und eingehenden Gesprächen vor Ort begleitet wurde, werden in ähnlich strukturierten „Portraits" vorgestellt. Behandelt werden jeweils die Leitvorstellungen und Ziele, die den entwicklungspolitischen Konzepten und Maßnahmen seit etwa Mitte der 1990er Jahre zugrunde lagen, die wichtigsten Akteure und Akteurskonstellationen, die daran beteiligt waren, schließlich zwei bis drei besonders markante Projekte oder Programme aus jüngerer Zeit, an denen sich die übergreifenden Entwicklungsziele und -strategien besonders deutlich ablesen lassen. Die Texte werden ergänzt durch eine große Zahl von Bildern, Skizzen und Plänen, deren kleinere Formate zwar nicht immer leicht zu lesen sind, die durch ihren passgenauen Bezug zu den Textaussagen aber eine wichtige Ergänzung darstellen. Zusätzlich hat die Stiftung einen Fotografen damit beauftragt, besonders charakteristische städte-

bauliche Situationen in eigenständigen Bildportraits der einzelnen Städte festzuhalten. Diese Bildportraits stehen zwar jeweils für sich, verleihen aber durch die Auswahl und visuelle Prägnanz der Bilder den Textaussagen eine zusätzliche Dimension – wobei sich der Betrachter manchmal fragt, ob die dezidierte Menschenleere der Aufnahmen ein Vor- oder ein Nachteil für die Aussagekraft der jeweils in den Blick genommenen Situationen ist.

Zwischen die Portraits eingestreut sind sieben vergleichende „Fokustexte", in denen Querschnittsthemen – Zukunftsbilder, Akteure, Prozesse, Stadtumbau, Offene Räume, Signifikanz, Gestalt – behandelt werden. Diese Anordnung hat den Vorteil, dass der Leser immer wieder an übergreifende Fragestellungen erinnert wird, allerdings auch den Nachteil, dass er dabei häufig mit Bezügen und Beispielen aus Portraits konfrontiert wird, die er noch nicht kennt und deren Stellenwert er daher noch nicht beurteilen kann. Den Abschluss des Bandes bilden zwei zusammenfassende Kapitel „Planungslabor Stadt – Kontinuitäten und Brüche" und „Die Transformation der Stadt – Reflexive Strategien", in denen wesentliche Ergebnisse der Untersuchung herausgearbeitet, nach ihrer Relevanz für die aktuelle städtebauliche Diskussion befragt und, wenn auch mit einiger Zurückhaltung, kritisch bewertet werden.

2. Die Stadtportraits

Die Stadtportraits selbst bieten gut fundierte, konzentrierte und bildkräftige Informationen über die jüngere Planungsgeschichte, die aktuell bedeutsamen Projekte und Maßnahmen sowie die derzeitigen Entwicklungsziele der einzelnen Städte. Dabei fällt bei *Barcelona* die stetige Maßstabserweiterung und die zunehmende Großräumigkeit sowohl der Pläne wie der realisierten Projekte auf, von den ersten, auf die Quartiersebene und Bestandsverbesserungen beschränkten Maßnahmen, die daher auch als „Stadtakupunktur" bezeichnet wurden, über räumlich klar umgrenzte „Urbane Projekte", etwa die Umnutzung des Hafens und der Bau des Olympischen Dorfes, bis zu großflächigen Eingriffen wie die umfassende Sanierung der Innenstadt, die Umstrukturierung von Industriegebieten, der Ausbau des Flughafens.

Dem gegenüber konzentriert sich der Bericht über *Amsterdam* zunächst auf die Erläuterung der veränderten kommunalpolitischen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen des Wohnungsbaus in den Niederlanden, dann auf die Darstellung der städtebaulichen und Gestaltungskonzepte für die großflächigen, für jeweils mehrere Tausend Bewohner und Arbeitsplätze bestimmten neuen Quartiere, die in den letzten Jahren sowohl in ehemaligen Hafengebieten wie auf künstlichen Inseln im IJmeer entstanden sind. Gemeinsam sind ihnen hohe Dichten und eine Wasserlage oder -bezogenheit, deren Gleichwertigkeit mit dem auch in den Niederlanden beliebten Wohnen im Grünen durch den Slogan „blauw is groen" (blau ist grün) suggeriert wird. Dabei schlägt sich die überall angestrebte urbane Verdichtung nicht nur in den relativ kompakten Blöcken an innenstadtnahen Standorten nieder, sondern auch in den auf eine Grundstücksbreite von 4,80 m begrenzten Reihenhauszeilen, deren individuelle architektonische Gestaltung den Eigentümern überlassen ist.

Auch wer in *Almere* immer noch die dezidiert suburbane, zu 90% zweigeschossige Entlastungsstadt für Amsterdam sieht, den Ort für den „Urlaub im Alltag", wird die Stadt kaum wieder erkennen. Inzwischen

mehr als 30 Jahre alt, mit etwa 180.000 Einwohnern und der Aussicht auf weitere 60.000 Wohnungen bis zum Jahr 2030, ist sie heute nicht nur Großstadt, sondern will es auch sein und als solche mit den anderen Großstädten des Landes konkurrieren. Am deutlichsten – aber nicht allein – drückt sich dies im baulichen Maßstab und den spezifischen Nutzungen des neuen „Stadshart" (Herz der Stadt) aus, dessen komplexe, mehrere Erschließungsebenen miteinander verschränkenden Megastrukturen – mit Reihenhäusern und Loftwohnungen auf den Dächern – von namhaften Architekturbüros entworfen wurden, aber auch in den noch stärker landschaftlich geprägten Entwicklungsprojekten auf dem Polder, die ebenfalls auf Höhe, Dichte und Kompaktheit, allerdings auch auf ein umfassendes Freiraumkonzept setzen, das in einem „Grünblauen Rahmenwerk" niedergelegt ist.

Manchester, die Wiege der englischen Textilindustrie, galt lange Zeit als Inbegriff einer sterbenden Industriestadt und gilt heute als erfolgreichstes Beispiel für die Revitalisierung einer Innenstadt, wie sie sich auch in einer Zunahme der Einwohnerzahl von kaum 1.000 Ende der 1980er Jahre auf inzwischen mehr als 15.000 widerspiegelt. Begünstigt durch eine großzügige zentralstaatliche Förderung und die Wiederaufbaumittel für das 1996 durch einen verheerenden Anschlag der IRA zerstörte Arndale Centre, aber auch durch die sehr effektive Arbeit der Central Manchester Development Corporation, hat sich die Stadt wieder als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum einer auch insgesamt relativ dynamischen Stadtregion etabliert, dazu als Wallfahrtsort einer avantgardistischen Musikkultur und vielfältiger alternativer Szenen, mit einer praktisch neuen, funktionsgemischten City, mehreren neuen Museen, darunter einem viel beachteten für Stadtkultur (URBIS), einer neuen Konzerthalle, einem Sportstadium, nicht zuletzt zahlreichen neuen oder radikal umgestalteten Wohngebieten, welche die heruntergekommenen Quartiere der 1970er Jahre und brach gefallene Industrie- und Hafenanlagen teils umnutzen, teils ersetzen – auch dies eine Erfolgsstory, die jedoch die immer noch scharfe Polarisierung zwischen Arm und Reich nicht beseitigen konnte.

Auch für *Kopenhagen* wird eine „dramatische Wende" konstatiert, hier allerdings eine Wende von der lange Zeit als vorbildlich geltenden „Politik des langen Atems und der kleinen Schritte" zu einer dynamischen und offensiv marktorientierten Stadtentwicklungspolitik, die mit großflächigen Eingriffen, spektakulären Großprojekten und auffälligen Architekturen den Anspruch der Stadt als metropolitanes Zentrum der Oeresundregion unterstreichen soll – mit der Aussicht auf einen 30%igen Bevölkerungszuwachs in den nächsten 30 Jahren (der vornehmlich aus dem Inland kommen soll). Auch hier wird die Umnutzung und Umgestaltung des Hafens von einem Slogan „Have Bolig >> Havne Bolig" – sinngemäß „statt Wohnen mit Garten Wohnen im Hafen" – begleitet, abzulesen nicht nur an einer neuen „Kanalstadt" mit individuell gestalteten Stadtblöcken, sondern auch am Umbau einer historischen Mühle, zweier Silos und einer gewaltigen Torpedoboothalle zu Wohnungen unterschiedlichen Zuschnitts, nicht zuletzt an einer neuen Wasserfront mit kulturellen Einrichtungen und einem großen Freibad – Strandatmosphäre inmitten der Stadt. Auch die Pläne und Modelle für die zwei künftigen Entwicklungsschwerpunkte, Oerestad und die Insel Amager, sehen neben großzügigen Erholungsflächen eine weithin

geschlossene Blockrandbebauung und großvolumige Einzelbauwerke vor.

Demgegenüber sieht *Sarajevo*, die Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina, die während des Bürgerkriegs 1992-1995 weitgehend zerstört wurde, seine Zukunft zum einen in einem möglichst originalgetreuen Wiederaufbau der historischen Innenstadt, einschließlich der zentralen Gotteshäuser der vier ursprünglichen Konfessionen, die als „Stein gewordener Beweis für die Existenz einer interreligiösen Kultur" erhalten bleiben sollen, zum anderen in seinem Ausbau als europäische Metropole, mit einem neuen Zentrum zwischen der osmanisch geprägten Altstadt und der habsburgisch geprägten gründerzeitlichen Stadt, aber auch mit der Legalisierung und Weiterentwicklung der zahlreichen, weitgehend ungeplanten Wohngebiete an den Talhängen beidseits des Zentrums.

Auch *Zürich*, lange Zeit eher auf sich bezogen und durch Abwanderung in das Umland geschwächt, setzt für den inzwischen eingetretenen und weiterhin erwarteten Bevölkerungszuwachs auf innere Verdichtung und eine Konzentration der äußeren Entwicklung auf Schwerpunkte vor allem entlang des Limmat- und des Glatttales. Dabei zieht die Umgestaltung des ehemaligen Industriequartiers im Kreis 5 („Zürich West") die größte Aufmerksamkeit auf sich. Nach langjährigen Kontroversen entsteht dort Schritt für Schritt nicht nur ein neues Quartier, sondern auch ein neuartiger Quartierstyp, eine vielfältige Mischung von je für sich konzipierten und sich auch architektonisch von einander abhebenden Projekten, etwa einem Technopark als privatem Gründerzentrum mit 200 Firmen, einer Produktions- und Spielstätte des Schauspiels im alten Schiffbau, genossenschaftlich und frei finanzierten Wohnungen in einer ehemaligen Seifenfabrik und entlang der Limmat. Vor der Verwirklichung stehen u.a. der Umbau einer Großmolkerei für die Hochschule der Künste und ein „Prime Tower" als höchstes Bauwerk der Schweiz. Auch wegen der zahlreichen „alternativen" Zwischennutzungen gilt das Quartier schon jetzt als „Trendquartier und Aushängeschild eines weltoffenen, jungen Zürich" – dem allerdings von seinen Kritikern die Inselhaftigkeit der einzelnen Projekte und das Fehlen verbindender Elemente vorgehalten wird.

Leipzig wird hier – anders als in dem Buch – ans Ende gestellt, weil die Stadt in vieler Beziehung ein Kontrastprogramm zu den anderen Beispielstädten bietet. Dies gilt zwar nicht für die auch dort erfolgreiche Revitalisierung der Innenstadt und der innenstadtnahen, ehedem bürgerlichen Wohnquartiere, die auch in Leipzig wieder Bevölkerung anziehen. Trotzdem bleibt Leipzig die einzige Beispielstadt, die auf absehbare Zeit nicht mit Wachstums-, sondern mit Schrumpfungsprozessen zu rechnen hat. Nach einem massiven Einbruch in der Nach-Wendezeit konnte der Bevölkerungsrückgang inzwischen zwar unterbrochen, angesichts der Geburtenraten aber sicher nicht dauerhaft aufgehalten werden. Bei mehr als 50.000 Leerständen sind auch Wohnungen kein knappes Gut mehr, für das durch innere Verdichtung oder Stadterweiterungen Nachschub geschaffen werden müsste. So konzentriert sich die Nachfrage denn auch auf die bevorzugten Wohnlagen im Bereich des Auengürtels; die ehemaligen Arbeiterquartiere im Osten und Westen der Stadt bleiben ausgespart. Ähnliches gilt für die brach gefallenen Gewerbe-, Bahn- und Militärflächen, deren potenzielle Nachnutzer ihren um ein Vielfaches größeren Flächenbedarf bereits entlang der Autobahn im Norden der Stadt befriedigt haben. Eine Art Kon-

trastprogramm bietet aber auch die planende Verwaltung selbst, die hier, allerdings auch weniger durch potente Investoren bedrängt, in eigener Regie Stadtumbau betreibt und dabei ein hohes Maß an Innovationsfähigkeit an den Tag legt, ob sich dies nun in der Konzeption neuer Plantypen, der Formulierung neuer Planungsgrundsätze, einem Repertoire neuartiger Freiräume oder erfindungsreichen Programmen zur (Zwischen)Nutzung leer stehender Wohnungen, Häuser oder Grundstücke niederschlägt.

3. Ein neuer Stadttyp?

Wenn eingangs gesagt wurde, dass die Stadtportraits einen radikal neuen Stadttyp aufscheinen lassen, so gilt dies zwar in erster Linie für die stark expandierenden Städte Barcelona, Amsterdam, Kopenhagen und Zürich (West), vielleicht auch noch für Almere, es ist aber auch in den Entwicklungsbedingungen und Entwicklungsstrategien der anderen Städte angelegt. Nicht umsonst wird daher auch in den abschließenden Kapiteln von einer Transformation, wenn nicht einem Umbruch gesprochen, denen sowohl das heutige Stadtmachen wie die gemachte Stadt selbst ausgesetzt sind. Insofern ist es vielleicht auch gerechtfertigt, sich an dieser Stelle etwas grundsätzlicher mit diesem Umbruch auseinandersetzen, vor allem mit seiner Zielrichtung, die zwar vermutlich so nicht intendiert ist, sich jedoch bereits vielerorts in neuen Standortmustern und Stadtbildern niederschlägt.

Bei genauerem Hinsehen betrifft dieser Umbruch denn auch nahezu alle konstituierenden Elemente der traditionellen Stadt: die Nutzungsverteilung, das Maß der baulichen Nutzung, nicht zuletzt das Erscheinungsbild, die Gestalt. Nicht nur die vorindustrielle, auch noch die gründerzeitliche Stadt war durch ein funktional und baulich-räumlich relativ eindeutiges Standortmuster geprägt. Wo Politik und Verwaltung, wo auch andere, wirtschaftlich, sozial oder kulturell bestimmte zentrale Funktionen ihren Ort hatten, wo Handwerk, Gewerbe und Industrie zu finden waren, auch wer wo wohnte, ergab sich weitgehend aus ihren Standortanforderungen auf der einen, der funktionsräumlichen Struktur der Stadt auf der anderen Seite; auch ihr städtebauliches und architektonisches Erscheinungsbild entsprach ihrer Funktion. Wer in einer fremden Stadt irgendwo abgesetzt wurde, konnte sich schnell orientieren, wo etwa er sich befand. Dies ist immer weniger der Fall. Standort, Funktion und Gestalt fallen auseinander, sie fügen sich nicht mehr zu einem in sich kongruenten, aus sich heraus verständlichen Stadtganzen zusammen.

Dies betrifft zunächst die Standortanforderungen und die sich daraus ergebenden Standortmuster, und zwar sowohl aus der Perspektive der Planung wie aus der Perspektive der Bauherren, inzwischen eher: der Projektentwickler. Wenn aus der Perspektive der Planung zunächst kritisch, dann zunehmend hoffnungsvoll von einer „Planung durch Projekte" die Rede war, so ergab sich die anfängliche Kritik sowohl aus dem Machtverlust der Planung allgemein, der durch die Projektentwickler der Vorrang streitig gemacht wurde, wie aus deren Standortanforderungen, die oft nicht mit den planerischen Vorgaben übereinstimmten. Je stärker allerdings die interkommunale Konkurrenz um Projektentwickler und Projekte wurde und je weniger Alternativen in Aussicht standen, desto mehr avancierten zunächst vor allem Großprojekte, ob Weltausstellungen, Olympische Spiele oder Millennien, zu Ideen- und Impulsgebern, mit deren Hilfe Entwicklungsschübe initi-

iert oder vorangetrieben werden konnten. Wenn dafür vorhandene Planungen modifiziert werden mussten, so galt dies weniger als Eingeständnis einer Niederlage denn als conditio sine qua non einer Entwicklungsstrategie, die flexibel auf neue Chancen reagieren, neue Erkenntnisse verarbeiten, ggf. auch neue Prioritäten setzen wollte. Auch Planung bedurfte offenbar der Reflexivität, der Rückkoppelung an die sich ändernden Voraussetzungen der eigenen Handlungsmöglichkeiten und -ziele.

Aus der Sicht der Projektentwickler stand bei der Standortwahl – sofern nur eine gute Anbindung an den Individual- und den Öffentlichen Nahverkehr, vorzugsweise den Schnellverkehr gesichert war – in der Regel die Verfügbarkeit geeigneter Flächen im Vordergrund, wo auch immer diese lagen. Sofern ihnen dafür Preise in Rechnung gestellt wurden, so waren dies ohnehin eher politische als Marktpreise. Je größer und potenter die Projektentwickler waren, desto eher waren sie auch in der Lage, sich die darüber hinaus benötigten Standortbedingungen – einschließlich des Renommees – selbst zu schaffen. Was ihnen bzw. den vorgesehenen Hauptnutzern an Teilhabern, Zulieferern oder Dienstleistern fehlte, wurde in die Projekte integriert, ob es sich dabei um arbeitsteilig verbundene Unternehmen handelte, ein Hotel, eine Freizeitanlage, ein Einkaufszentrum oder auch Wohnungen für eine gut verdienende Mittelschicht, die den Kundenstamm vergrößern oder Kostenteilung und eine krisenfeste Rendite sichern sollten. Ob sich die vielfach von Seiten der Kommunen gewünschten Sozialwohnungen ebenso mühelos in die Projekte integrieren lassen würden, blieb dabei meist cura posterior. Diese Unabhängigkeit der Standortwahl von vorgegebenen Standortbedingungen galt und gilt jedoch nicht nur für Großprojekte und -investoren. Zunehmend zeichnet sich ab, dass sich die Bindung der Nutzer an vorgegebene Standorte generell gelockert hat, zunehmend verkürzen sich auch die Lebenszyklen der Gebäude, die Nutzungs- und Abschreibungsfristen in einem solchen Ausmaß, dass von vornherein Nutzungsänderungen einkalkuliert werden müssen.

Unterstützt, wenn nicht aktiv gefördert wird die Auflösung der traditionellen Standortmuster aber auch durch die Leitvorstellungen der Planung selbst. Wenn sich die „Mischung der Funktionen" zu einer der dominierenden Handlungsmaximen des neueren Städtebaus entwickelt hat, so stand dabei zwar zunächst die „Belebung" monofunktionaler Büro- oder Wohnkomplexe durch die Einstreuung von Wohnungen hier, Geschäften, Praxen oder Kanzleien dort, im Vordergrund. Weitergedacht und konsequent umgesetzt setzt diese Mischung aber eine weitgehende Indifferenz der Funktionen gegenüber spezifischen Standortbedingungen voraus – oder auch eine nahezu ubiquitäre Verfügbarkeit solcher Bedingungen in weiten Teilen der Stadt. Ob und in welchem Ausmaß mit dieser Indifferenz gegenüber spezifischen Standortbedingungen auch eine Indifferenz gegenüber einem bislang dominierenden Kriterium der Standortbewertung – Lage, Lage, Lage – verbunden ist, ist zunächst noch offen. Allerdings geht es bei der Lage in diesem Sinne meist weniger um funktionsspezifische Qualitäten als um den sozialen Status eines Standorts, das Renommee. Und für dieses steht, wenn das Projekt nur groß und eindrucksvoll genug ist, weniger der Standort als der Name oder die Marke des Unternehmens, dem es dient. Ob dies projektbezogene Renommee auch zur Erhöhung der Grundstückspreise im engeren und weiteren

Umfeld – und damit zur Entstehung neuer dezentraler Standortmuster – beiträgt, wird erst eine längere Beobachtung der Preisentwicklung, dies auch in Relation zum gesamtstädtischen Preisgefüge, zeigen können.

Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als die stadträumliche Lage ist daher auch die Aufmerksamkeit, die einem Standort durch eine großvolumige, spektakuläre, weithin sichtbare Architektur zuteil werden kann, und zwar zunächst unabhängig von der Art der Nutzungen, denen sie dient. Es kann ohnehin niemand mehr von außen erkennen, ob ein behelmtes Hochhaus Büros, Wohnungen oder ein Hotel (oder alles zusammen) beherbergt, ob sich hinter einem gekippten Würfel ein Museum oder eine Feuerwache verbirgt, ob in einem gläsernen Kubus eine Kinderklinik oder eine Werbeagentur untergebracht ist. In dieser Hinsicht sind die Signale, die auch die spektakulärste Architektur aussendet, nichtssagend. Will sich ein Besitzer oder Nutzer damit nach außen kenntlich machen, so kann er dies nur durch die Anbringung eines Schriftzuges, eines Logos oder eines anderen Signets tun, das sich schnell und dauerhaft einprägt.

Diese Entkoppelung von Standort, Funktion und Gestalt gilt aber auch für die Umnutzung historischer Bestände, die mit ihrer ursprüngliche Funktion auch ihren funktionalen Bezug zu Standort und Gestalt verloren haben, ob es sich dabei um Hafenanlagen, Industrieareale, eine Spinnerei oder eine Torpedoboothalle handelt. Sie werden durch die Umnutzung nicht nur aus ihren ursprünglichen funktionsräumlichen Zusammenhängen gelöst. Wenn und wo ganz andersartige Nutzungen einziehen, ob Konferenzzentren, Hochschulen, Galerien oder auch Wohnungen, so behalten sie zwar – in Grenzen – ihr äußeres Erscheinungsbild, profitieren sogar von dessen historischem Flair oder seiner architektonischen Singularität. Was dort de facto geschieht, hat damit jedoch wenig bis nichts zu tun. Kraftwerke mutieren so zu Museen, Gasometer zu Ausstellungshallen, Molkereien zu Kunsthochschulen, Speicher zu Lofts, mit welchen Konnotationen und welchem Renommee die Standorte und Gebäude auch vorher besetzt waren. Im täglichen Gebrauch mögen sie sich zwar mit neuen Konnotationen und einem neuem Renommee verbinden – Umnutzungen und Umdeutungen hat es auch in der Geschichte immer gegeben –, ob sich diese dann aber wieder zu einem neuen, aus sich heraus verständlichen Standortmuster und Erscheinungsbild zusammenfügen, ist ungewiss. Je immaterieller und universeller, auch je akzidenteller die Nutzungen sind, die Standorte nachfragen, desto weniger verbinden sich Standort, Funktion und äußere Gestalt noch zu einem Ganzen. In größerem Maßstab gilt dies auch für Nutzungen, die weiterhin auf räumliche Nähe zu ihresgleichen setzen, mit dem neuen Bankenviertel Canary Wharf als prominentem Beispiel. Wo sich solche Nutzungen in der Stadt verorten, hängt heute ebenfalls weniger von vorgegeben Standortbedingungen ab als von der Konsequenz und Potenz, mit der diese Bedingungen wo auch immer geschaffen werden können.

Es liegt nahe, die schwer durchschaubare strukturelle Logik der neuen Stadt, den Ersatz von sinnfälligen durch nur auffällige Architekturen unter mehr oder weniger negativen Vorzeichen zu sehen, sie der Fragmenthaftigkeit, des Widersprüchlichen, der Heterotopie – in der Medizin die „Entstehung von Geweben am falschen Ort" – zu zeihen. Auch der Vergleich mit einem Flickenteppich, einer Collage liegt nahe. Und leicht wird sich dieser Kritik auch niemand entziehen können,

der die sich abzeichnende neue mit der traditionellen Stadt vergleicht. Die scheinbare Beliebigkeit der Standorte und Architekturen ist jedoch nicht nur einer ohnmächtigen oder fehlgeleiteten Planung anzulasten und auch nicht nur eigennützigen, allein an der Funktionslogik und dem Darstellungsbedürfnis ihrer Klientel orientierten Investoren. Sie ergibt sich vielmehr aus einem grundlegenden – und vermutlich auch irreversiblen – Wandel der ökonomischen und technischen Rahmenbedingungen, denen das Stadtmachen heute unterliegt, und der zunehmenden Unabhängigkeit der Nutzungen und Nutzer von spezifischen Standortbedingungen auf der einen, der nahezu ubiquitären Verfügbarkeit oder Herstellbarkeit der meisten Standortbedingungen auf der anderen Seite.

Allerdings wird auch der Anschluss an ein leistungsfähiges Verkehrssystem als eine der wenigen verbliebenen conditiones sine qua non der Standortwahl nur begrenzt als strukturrelevantes Merkmal – und damit auch als Orientierungshilfe – wahrgenommen. Die spektakulären Bahnhofsbauten des 19. Jahrhunderts sind zwar häufig aufwändig umgebaut und sind im Stadtbild erkennbar geblieben, neue sind hinzugekommen, auch Flugplätze haben neue Akzente gesetzt. Diese Akzente dienen aber eher der Imagebildung und Standortwerbung im überregionalen Wettbewerb als der Orientierung innerhalb der Stadt. Über Reichweite und Verlauf der lokalen Verkehrssysteme sagen sie nichts – können es auch nicht, sofern diese weithin unter der Erde verlaufen und die Gestaltung der Stationen nur in Ausnahmefällen etwas über die Orte aussagt, die sie erschließen. Auch die orientierende Bedeutung der „View from the Road" – so der Titel eines Buches von Donald Appleyard, Kevin Lynch u.a. aus dem Jahr 1964 – ist zwar seinerzeit Gegenstand einer engagierten städtebaulichen Diskussion gewesen, hat aber seither allenfalls punktuell bei der Konzeption und Ausgestaltung innerstädtischer Straßenetze Beachtung gefunden. Wer die Orientierung innerhalb der Stadt nicht allein abstrakten Formen der Wissensvermittlung, ob Stadtplänen, Branchenverzeichnissen oder Veranstaltungsprogrammen, überlassen will, wird die Ziele und Instrumente des Stadtmachens auch in dieser Beziehung ergänzen müssen.

Tilman Breuer / Richard Strobel

Schriftenverzeichnis August Gebeßler

(Mit Benno Hubensteiner): Hans Leinberger, der Bildschnitzer von Landshut, in: Unbekanntes Bayern, München 1955, [3]1957, S. 170-177.

Der profane Saal des 16. Jahrhunderts in Süddeutschland und den Alpenländern. Gestaltungsprinzipien des profanen Monumentalraumes in der deutschen Renaissance (= Diss. München) 1957.

Stadt und Landkreis Kulmbach, München 1958 (Bayerische Kunstdenkmale = BKD Bd. 3).

Stadt und Landkreis Bayreuth, München 1959 (= BKD 6).

Liste der schutzwürdigen Profanbauten der Stadt Bamberg, Ms. hektographiert 1959.

Stadt und Landkreis Hof, München 1960 (= BKD 7).

Landkreis Nürnberg, München 1961 (= BKD 11).

Stadt und Landkreis Erlangen, München 1962 (= BKD 14).

Dinkelsbühl, München-Berlin 1962 (= Deutsche Lande – Deutsche Kunst).

Stadt und Landkreis Dinkelsbühl, München 1962 (= BKD 15).

Stadt und Landkreis Fürth, München1963 (= BKD 18).

Ansbach, München-Berlin 1964 (= Deutsche Lande – Deutsche Kunst).

Der Schäufelein-Altar in Weiltingen, in: Historischer Verein Alt-Dinkelsbühl, Jb. 2 (1964) S. 14-16.

Das ehemalige Augustiner-Chorherrenstift in Rebdorf bei Eichstätt (Bayern). Zur Baugeschichte, in: 23. Bericht des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege 1964, München 1965, S. 35-42.

Die Innenrenovierung der evang.-luth. Pfarrkirche in Fürnheim, in: Schönere Heimat 55 (1966), S. 558-561.

Gestühlsordnung und Emporen in den protestantischen Barockkirchen Frankens, in: 25. Bericht des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege 1966, München 1967, S. 38-52.

Vom Umgehen mit der Ganzheit, in: 26.Bericht des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege 1967, München 1968, S. 196-235.

(mit Hans Fredrich): Kurzberichte. Mittelfranken, in: ebda., S. 362-365.

Großlellenfeld, München-Zürich 1968 (= Schnell & Steiner Kirchenführer 901), 3. Aufl. 2002.

Die Bildhauerstadt Weilheim / Fürstenbesuch im Barock, in: Bayerns Goldenes Zeitalter, Bilder aus dem Barock und Rokoko, hrsg. von Herbert Schindler, München 1968, S. 9-23 und 24-35.

(mit Walter Haas): Coburg. Innenrestaurierung der Morizkirche, in: Jb. der bayerischen Denkmalpflege 28 (1970/71). München 1973, S. 307.

Informationsdienst – warum?, in: L[andes-

amt] f[ür] D[enkmalpflege] Informationen 1 (1973), S. 2-3.

Historische Kirchen in neuer Funktion, in: LfD Informationen 1 (1973), S. 8-9.

Barockschlößchen gerettet: Jellenkofen, in: LfD Informationen 1 (1973), S. 11-12.

Zuletzt: die erste Information, in: LfD Informationen 1 (1973), S.12.

Personalia, in: LfD Informationen 2 (1973) S.11.

Weltdenkmalpflege 1975 in Rothenburg o.d.T., in: LfD Informationen 2 (1973), S. 12.

Altstadt und Denkmalpflege, in: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975, S. 57-72. – Im Auszug wiederabgedruckt in: Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten, hrsg. von. Norbert Huse, München 1984, S. 221-226.

Die Denkmalpflege, in: Das Münster 28, Doppelheft Europäisches Denkmalschutzjahr (1975) S. 1-8; Wiederabdruck: Zur Geschichte der Denkmalpflege. Denkmalbegriff – Organisation – Aufgaben – Probleme, in: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, München 1975, S. 157-164.

Rothenburg und der Denkmalschutz, in: Unser Bayern. Heimatbeilage der Bayerischen Staatszeitung 24 (1975), Nr.5, S. 33-35.

(mit Gottfried Kiesow, Hans Herbert Möller und Georg Mörsch): Denkmalpflege 1975. Versuch einer Beschreibung, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege (= DKD) 34 (1976) S. 87-89.

Denkmalpflege heute: zwischen Kahlschlag und Nostalgie. Zwänge und Chancen der praktischen Arbeit, in: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 26 (1977), Nr. 69 vom 31. August, S.3-4.

Aspekte der aktuellen Denkmalpflege, in: Schwäbische Heimat 28 (1977), S. 278-284.

Altstadt und Denkmalpflege, in: Regensburg. Die Altstadt als Denkmal, hrsg. von. Richard Strobel, München 1978, S. 9-12.

Zur Stiftung des Peter Haag-Preises, in: Schwäbische Heimat 29 (1978), S. 73-75.

(mit Wolfgang Eberl): Einleitung. Baudenkmalschutz heute, in: Schutz und Pflege von Baudenkmälern in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, hrsg. von August Gebeßler und Wolfgang Eberl, Köln 1980, S. 3-6; ebda., Ursachen und Gefahren für die Denkmalerhaltung, S. 61-69.

Denkmalpflege heute, in: Kleinodien in Baden-Württemberg: „Denkmalpflege heute", hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Karlsruhe 1980, S. 5-7.

Aktuelle Grundfragen der Denkmalpflege, in: Schwäbische Heimat 31 (1980), S. 10-21.

Aktuelle Denkmalzahlen als Problem für die denkmalpflegerische Praxis, in: DKD 38 (1980), S. 113-120.

Stadtarchitektur aus der Sicht der Denkmalpflege, in: Stadtgestalt und Architektur. Städtebauliches Kolloquium Universität Stuttgart, Stuttgart 1981, S. 24-29.

Denkmalpflege heute, in: Württembergisch Franken 65 (1981), S. 129-143.

Neue Architektur im historischen Zusammenhang. Erfahrungen aus der Sicht eines Denkmalpflegers, in: KS – Neues. Neues Bauen in Kalksandstein 1/81, Karlsruhe 1981, S. 2-4.

Zum Thema, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, Nachrichtenblatt des Landes-

denkmalamtes (= DBW) 12 (1983), S. 30-32.

Flächensanierung oder Objektsanierung – echte oder falsche Alternative? Thesen aus dem Blickwinkel der Denkmalpflege, in: Karlsruher Beiträge Nr.2, hrsg. von der Stadt Karlsruhe 1984, Fachtagung „Stadterneuerung zwischen Flächensanierung und Objekterhaltung... 1981 in Karlsruhe", S. 29-35.

Denkmalpflege in den achtziger Jahren. Zur Eröffnung der Berliner Tagung 1984, in: DKD 42 (1984), S. 98-101.

Zur Lage. Auszug aus der Eröffnungsansprache der Wuppertaler Tagung 1985, in: DKD 43 (1985), S. 90-92.

Einführung in die Themen des Ersten Landesdenkmaltages [Ravensburg 1984], in: DBW 14 (1985), S. 9-16.

Zur Denkmalstiftung Baden-Württemberg, in: DBW 14 (1985), S. 197.

Einführung, in: Denkmalstiftung Baden-Württemberg, Stiftung des bürgerlichen Rechts, Stuttgart 1986 [unpag. 4 Seiten].

Zur Lage: Inflation des Denkmalpflegens. Auszug aus der Eröffnungsrede der Jahrestagung 1986 in Speyer, in: DKD 44 (1986), S. 146-147.

Zur geplanten Domplatz-Neugestaltung in Speyer – Stellungnahme der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, in: DKD 44 (1986), S. 222.

Einführung – aus der Sicht der Denkmalpflege, in: Nutzung historischer Bausubstanz. Zentrale Fachtagung Gengenbach Oktober 1985, info bau 86, Mitteilungsblatt Staatlicher Hochbau Baden-Württemberg 13/2 (1986), S. 6-9.

Aktuelle Probleme der Denkmalpflege, in: Denkmalschutz und Denkmalpflege. Heft 14 der Wilhelm-Münker-Stiftung, Beiträge zur Lebensqualität, Walderhaltung und Umweltschutz, Siegen 1986, S. 12-29.

Handwerk und Denkmalpflege, in: Der Goldene Boden. Gedanken über das Handwerk, hrsg. von Paul Schnitker, Stuttgart ^{2}1987, S. 330-336.

Zur Lage. Auszug aus der Eröffnungsansprache der Lüneburger Tagung 1987 [Umgang mit dem Original], in: DKD 45 (1987), S. 142-145.

Aktuelle Fragen der Denkmalpflege [2. Landesdenkmaltag Mannheim 1986], in: DBW 16 (1987), S. 7-13.

Zur Neubauplanung für den Münsterplatz [Ulm], in: DBW 16 (1987), S. 165-168.

Professor Haßler – Der erste Konservator im Königreich Württemberg, in: Schwäbische Heimat 39 (1988), S. 114-117.

Einführung in die Tagung [Altstadt in der Erneuerung, 3. Landesdenkmaltag Bietigheim-Bissingen 1988], in DBW 18 (1989), S. 5-11.

Substanzerhaltung und Ersatzstoffe, in: DBW 18 (1989), S. 161-166.

Fragen zur Stadtarchäologie – und zur Stadt-Baudenkmalpflege, in: DBW 19 (1990), S. 38-47.

Einführung, in: Erhalten und Nutzen. Denkmalprogramme in Baden-Württemberg. Eine Dokumentation, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1991, S. 11-14.

Einführung in die Tagung [4. Landesdenkmaltag Villingen-Schwenningen 1990], in: DBW 20 (1991), S. 5-11.

Altstädte und Denkmalpflege, in: 40 Jahre Baden-Württemberg. Aufbau und Gestaltung 1952-1992, hrsg. von Meinrad Schaab, Stuttgart 1992, S. 251-275.

Zum Geleit, in: Erhaltungskonzepte. Erhalten historisch bedeutsamer Bauwerke, Sonderforschungsbereich 315 Universität Karlsruhe, Sonderband 1990 (Fritz Wenzel gewidmet), Berlin 1993, S. 1-7.

Berlin – ›Museumsinsel‹ und Denkmalpflege, in: Künstlerischer Austausch, Akten des XXVIII. Internationalen Kongresses für Kunstgeschichte Berlin, 15.-20. Juli 1992, hrsg. von Thomas W. Gaehtgens, Berlin 1993, Bd.2, S. 479-488.

Berlin. Museumsinsel und Denkmalpflege. Von den Schwierigkeiten bei der Wiederherstellung des Neuen Museums, in: Kunstchronik 46 (1993), S. 77-92.

Zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Denkmalpflege aus deutscher Konservatorensicht, in: Gemeinsames Erbe gemeinsam erhalten, 1. Statuskolloquium des Deutsch-Französischen Forschungsprogramms für die Erhaltung von Baudenkmälern Karlsruhe 1993, hrsg. von Stephan von Welck, Champs-sur-Marne 1993, S. 17-20.

Denkmalpflege und Architekten, in: Architekten und Denkmalpflege.Tagung des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS, Ulm 1992, Hefte 12, München 1993, S. 9-15.

Einführung in das Tagungsthema (Konservatorenauftrag und heutige Denkmalverantwortung, Jahrestagung Heidelberg 1993), in: DKD 51 (1993), S. 15-16.

Denkmalpflege und Öffentlichkeit [5. Landesdenkmaltag Pfullingen 1992], in: DBW 22 (1993), S. 8-14.

(mit Ernst Badstübner u.a.) Das Neue Museum in Berlin. Ein denkmalpflegerisches Plädoyer zur ergänzenden Wiederherstellung (=Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Heft 1) Berlin 1994.

Schloß Achberg – Rettung und Wiederherstellung, in: Schloß Achberg. Ein barockes Kleinod Oberschwabens, hrsg. von der Denkmalstiftung Baden-Württemberg, Stuttgart 1995, S. 23-36.

Freudenstadt – Geschick und Geschichtlichkeit einer Idealstadt, in: Die alte Stadt 23 (1996), S. 46-55 [= Tagungsvortrag Krems „Stadtutopien – Stadtwirklichkeit" 1995].

Der denkmalpflegerische Weg zur Rettung von Schloß Achberg, in: Schloß Achberg. Annäherungen an ein barockes Kleinod Oberschwabens, hrsg. von Irene Pill-Rademacher, Ravensburg 1999, S. 373-380.

Kirchengestaltung der 50er und 60er Jahre im Konflikt zwischen Kunstwert und Geschichtswert, in: Das Schöne und die Hist(orie). Kirchliche Räume in den Wechseljahren. Jahrestagung Kirche und Kunst 1998 der Evangelischen Akademie Bad Boll, Protokolldienst 11/99, S. 23-28.

Zum Denkmalthema in der „Alten Stadt", in: Die alte Stadt 26 (1999), S. 193-204.

Zur Auseinandersetzung um ein Instandsetzungskonzept, in: Gropius, Meisterhaus Muche/Schlemmer, Stuttgart 2003, S. 84-99.

Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?, in: Kunstchronik 57 (2004) S. 1-4; dasselbe in: Die alte Stadt 31 (2004), S. 58-62.

Zum Umgang mit Weltkulturerbe, in: Der unbestechliche Blick. Lo sguardo incorruttibile, Festschrift Wolfgang Wolters, hrsg. von Martin Gaier, Bernd Nicolai und Tristan Weddigen, Trier 2005, S. 139-144.

Denkmalpflegerische Annäherungen, in: Le Corbusier / Pierre Jeanneret. Doppelhaus in der Weißenhofsiedlung Stuttgart, hrsg. von Georg Adlbert, Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg und Stuttgart/Zürich 2006, S. 74-83.

Denkmalpflege und Moderne in der Weißenhofsiedlung, in: DBW 37 (2008), S. 3-4.

Buchbesprechungen

Pantheon, in: DKD 18 (1960), S. 96.

Walter Ohle, Schwerin – Ludwigslust, in: DKD 20 (1962), S. 156-157.

Maria Beck-Goehlich, Die mittelalterlichen Kirchengestühle in Westpreußen und Danzig, in: DKD 21 (1963), S. 92-93.

W. van Agt und W. Marres, De Monumenten van Geschiedenes en Kunst in Zuid-Limburg, in: DKD 23 (1965), S. 73-74.

Georg Dehio, Die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, in: DKD 25 (1967), S. 151.

Walter Frodl: Idee und Verwirklichung. Das Werden der staatlichen Denkmalpflege in Österreich, in: DKD 49 (1991), S. 168-171.

Harald Bodenschatz / Johannes Geisenhof, Eine Vergangenheit für unsere Zukunft. Planen und Bauen historisch begründet, in: Die alte Stadt 33 (4/2006), S. 397-400.

Nachrufe

(mit Tilman Breuer): Anton Ress †, in: Jahrbuch der bayerischen Denkmalpflege 28 (1970/71), München 1973, S. 315-316.

In memoriam Prof. Dr. Franz Dambeck (1903-1974), in: Ostbairische Grenzmarken, Passauer Jb. für Geschichte, Kunst und Volkskunde 16 (1974), S. 221.

Nachruf auf Landeskonservator Dr. Johannes Taubert, in: Denkmalpflege Informationen Reihe B 11 (1976), S. 1-3.

Peter Anstett †, in: DBW 15 (1986), S. 175.

Karl Heinrich Koepf †, in: DBW 20 (1991), S. 80.

Dr. Georg Sigmund Graf Adelmann von Adelmannsfelden †, in: DKD 50 (1992), S. 97; DBW 21 (1992), S. 35; Heilige Kunst 25 (1992/93), S. 244-245.

Dipl.-Ing. Thomas Boedeker †, in: DBW 23 (1994), S. 42.

Herausgeber

(mit Wolfgang Eberl): Schutz und Pflege von Baudenkmälern in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Köln 1980.

(mit Hans Schultheiß): Stadtjubiläen und städtische Erinnerungskultur = Die alte Stadt 28 (1/2001) mit Editorial S.1 [Städtetagung Trier 2000].

(mit Hans Schultheiß): Stadtkultur und Tradition im Wandel = Die alte Stadt 30 (4/2003) mit Editorial S. 295-296 [Städtetagung Rostock 2003].

Gropius. Meisterhaus Muche / Schlemmer. Die Geschichte einer Instandsetzung, Baudenkmale der Moderne, Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg und Stuttgart/Zürich 2003, mit Vorwort S. 12-13.

Stadt am Fluss – Stadt und Wasser = Die alte Stadt 31 (4/2004) mit Editorial S. 239-240 [Städtetagung Burghausen 2004].

Autorinnen / Autoren

Prof. Dr. Gerd Albers
Nach kommunaler Tätigkeit bis 1988 als Stadtplaner Ordinarius für Städtebau und Regionalplanung an der TU München.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz
Professor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin und Planungsbüro Gruppe DASS seit 1980.

Prof. Dr. Helmut Böhme
Prof. em. für Neuere Geschichte an der TU Darmstadt; 1971-1995 Präsident der TU Darmstadt.

Prof. Dr. Tilman Breuer
1958-1996 Tätigkeit am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege in München und Leiter der Abteilung Inventarisation.

Prof. Dr. Sylvia Greiffenhagen
Professorin für Politikwissenschaft an der Evangelischen Fachhochschule in Nürnberg.

Prof. Dr. Tilman Harlander
Professor für Architektur- und Wohnsoziologie am Institut für Wohnen und Entwerfen der Universität Stuttgart.

Prof. Dr. Johann Jessen
Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart.

Dr. Dieter Martin
Dozent für Management und Recht der Denkmalpflege an der Universität Bamberg.

Prof. Dr. Hans Rudolf Meier
Professor für Denkmalpflege und Baugeschichte an der Bauhaus-Universität Weimar.

Prof. Dr. Hansruedi Müller
Direktor des Forschungsinstituts für Freizeit und Tourismus (FIF) an der Universität Bern.

Prof. Dr. Wolfgang Pehnt
Architekturhistoriker und Architekturkritiker; Lehrauftrag an der Ruhr-Universität Bochum.

Prof. Dr. Marianne Rodenstein
lehrt Soziologie und Sozialpolitik mit Schwerpunkt Stadtforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Dipl.-Ing. Jochem Schneider
Stadtplaner und Inhaber von bueroschneidermeyer . Planung . Forschung . Kommunikation, Köln / Stuttgart.

Hans Schultheiss
Stadthistoriker in Waiblingen und Chefredaktion der Zeitschrift „Die alte Stadt".

Prof. Dr. Erika Spiegel
1981-1993 ord. Professorin für Sozialwissenschaftliche Grundlagen des Städtebaus an der TU Hamburg-Hamburg.

Dr. Richard Strobel
Langjährige Tätigkeit beim Landesdenkmalamt Baden-Württemberg; 1978-2001 als Oberkonservator.

Prof. Dr. Ursula von Petz
1977-2004 apl. Prof. am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund.

Dr. Jürgen Zieger
Oberbürgermeister der Stadt Esslingen a. N. und Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Dr. Günter W. Zwanzig
1972-1984 Oberbürgermeister der Stadt Weissenburg / Bayern.